

# Informationen

zur politischen Bildung / izpb



**338** 3/2018

B6897F

## Europa zwischen Kolonialismus und Dekolonisierung



# Inhalt



7



12



27



40

**Einleitung** 4

**Die „Eroberung der Welt“ und der Konflikt um universelle Rechte** 6

Fünf Phasen der europäischen Expansion vom 15. bis zum 19. Jahrhundert 6

Die atlantischen Revolutionen des 18. Jahrhunderts als Zäsur 8

Die Abschaffung des Sklavenhandels als transnationales Ereignis 9

**Die Epoche des Hochimperialismus** 12

„Wettlauf um Afrika“ und Ausdehnung imperialer Macht in Asien 12

Territorialisierung und Grenzziehungen in der Hochmoderne 15

Gewalt und Völkerrecht 16

Wirtschaft in der Globalisierung 20

**Krisen und Niedergang der europäischen Imperien** 26

Mobilisierung im Ersten Weltkrieg 26

Kolonialrevisionismus und „Lebensraum“-Politik 27

Völkerbund, Selbstbestimmungsrecht und Mandatssystem 30

Der Beginn antikolonialen Widerstands in den Metropolen 32

**Die Auflösung der europäischen Imperien und ihre Folgen** 34

Der Zweite Weltkrieg und die Illusion kolonialer Einheit 34

Auftakt der Dekolonisation in Asien nach 1945 38

Die Dekolonisation Afrikas und des Nahen und Mittleren Ostens 41

Innenpolitische Krisen in den Metropolen 45

Europäische Integration: Ersatz oder Fortsetzung kolonialer Herrschaft? 47

Aus dem Schatten der „Dritten Welt“: der globale Süden organisiert sich 48

**„Wir“ und die „Anderen“: europäische Selbstverständigungen** 50

„Zivilisierungsmissionen“ 50

Koloniale Wissensräume und die Erfindung des „Homo Europaeus“ 50

Geschlechterordnungen 53

Menschenschauen und Kolonialausstellungen 54

Weiße Helden? Kulturelle Vermittlungsformen 56

**Die „Anderen“ in den Metropolen** 58

Aktivisten, Arbeiter, Künstler: frühe Migrationen nach Europa 58

„Repatrierte“ und (Dekolonisations-)Migration nach 1945 60

Politische Krisen und Gewalt 64



61



74

<b>Kultureller Wandel und hybride Identitäten</b>	<b>68</b>
Postkoloniale Literaturen und Theoriebildung	68
Populäre Musik und Jugend(protest)-kulturen	70
Alltägliche Aneignungen: <i>Ethnic Food</i>	72
Hybride Identitäten postkolonialer Gemeinschaften	73
Erinnerungskulturen im Wandel	74
<b>Ausblick</b>	<b>80</b>
<b>Literaturhinweise</b>	<b>82</b>
<b>Internetadressen</b>	<b>82</b>
<b>Die Autorin</b>	<b>83</b>
<b>Impressum</b>	<b>83</b>

Die Eigenschaftswörter ‚Schwarz‘ und ‚Weiß‘ werden, im Unterschied zum Standardgebrauch der deutschen Rechtschreibung, in diesem Text groß geschrieben. Ziel dieser ungewohnten Schreibweise ist es, darauf hinzuweisen, dass diese Begriffe keine ‚Hautfarben‘, ‚Rassen‘ oder andere angebliche ‚biologische‘ Tatsachen bezeichnen. Sie verweisen vielmehr auf die komplexe kulturelle, soziale und politische Geschichte, in deren Verlauf diese Kategorien zur Bezeichnung von Gruppen und Einzelnen entstanden sind – als Produkte der kolonialen Geschichte.

# Editorial

Über Jahrhunderte haben Europäer die anderen Weltregionen erforscht, erobert, besiedelt, beherrscht, ausgebeutet und sie zugleich gemäß den eigenen Wertmaßstäben „zivilisiert“.

Dabei warf die Begegnung mit den jeweils „Anderen“ bei beiden – bei Europäern wie den Menschen in Außereuropa – Fragen nach der eigenen Identität auf. Seitens der Europäer wurde diese Frage meist aus der Hybris ihrer Höherwertigkeit und Überlegenheit beantwortet, die es fortan zu eigenem materiellen Nutzen unter Einsatz von Macht und Gewalt durchzusetzen sowie durch Wissenschaft, Religion, Recht und Politik zu untermauern galt.

Wenngleich sich das Engagement der Europäer auch darauf erstreckte, Wissen, Technik und medizinische Versorgung in ihren außereuropäischen Einflusszonen zu verbreiten, sahen sich die Menschen dort in die Rolle der Unterlegenen gedrängt, denen Gleichrangigkeit und Menschenwürde abgesprochen wurde. Sie mussten Landnahmen, Gewalt und Ausbeutung erleben und sich gegen ihre Abwertung zur Wehr setzen – in einem schmerzhaften, oft gewaltvollen und opferreichen Selbstermächtigungsprozess, der bis heute andauert und sich nicht selten auch gegen die eigenen, selbsternannten Eliten richtet.

Die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Asymmetrien von in Jahrhunderten verfestigten Weichenstellungen dauern bis heute an, selbst wenn Europa inzwischen seine dominante Rolle im internationalen Gefüge verloren hat.

Bislang gab es in den europäischen Gesellschaften kaum Wissen und vor allem wenig differenziertes Bewusstsein für die Zeit vor der kolonialen Landnahme, für die koloniale Vergangenheit und die Prägungen, die sie der Gegenwart auferlegt hat.

In den vergangenen Jahren mehren sich allerdings Anzeichen für einen Bewusstseinswandel und für ein wachsendes öffentliches Interesse am Thema: Initiativen auf kommunaler Ebene beschäftigen sich mit der kolonialen Vergangenheit ihrer Städte, Wissenschaftsrichtungen wie Globalgeschichte, *Postcolonial* und *Subaltern Studies* erschüttern die eurozentrischen Perspektiven, Nichtregierungsorganisationen und Aktivisten fordern Sensibilität und eine spezifische Gedenkkultur.

Auch die Globalisierung, die weltweite Vernetzung und internationale Zusammenarbeit sowie nicht zuletzt die globalen Migrationsbewegungen und das Bemühen um gesellschaftlichen Zusammenhalt setzen die Politik unter Handlungsdruck. So findet sich im aktuellen Koalitionsvertrag erstmals ein Abschnitt, der die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte zum demokratischen Grundkonsens in Deutschland zählt.

Wie verlief die europäische Expansion und globale Machtaneignung? Welche Folgewirkungen hat sie bis heute? Wie lassen sich vor diesem Hintergrund die Problemlagen bearbeiten, die sie verursacht hat? Wie lässt sich die Bereitschaft wecken, im jeweils anderen auch das Gemeinsame zu sehen und nicht allein das Trennende? Diesen Fragen will die vorliegende Darstellung nachgehen und zur Reflexion über eigene Denk- und Verhaltensmuster anregen.

Christine Hesse

GABRIELE METZLER

# Einleitung

**Der europäische Kolonialismus hat über Jahrhunderte hinweg große Teile der Erde geprägt, seinen Höhepunkt erreichte er in der Epoche des Hochimperialismus zu Ende des 19. Jahrhunderts. Die Bewertung der europäischen Expansion und Machtausübung ist umstritten. Sicher dagegen ist, dass sie nicht nur die betroffenen Erdregionen, sondern auch die europäischen Gesellschaften nachhaltig veränderte.**

1978 veröffentlichte Edward Said, ein US-amerikanischer Literaturtheoretiker palästinensischer Herkunft, eine Schrift, mit der er die Welt von Kolonialismus und Dekolonisierung intellektuell aus den Angeln hob.

Nur wenige Jahre zuvor war mit dem Rückzug der Portugiesen aus Angola, Mosambik und Guinea-Bissau eine Epoche zu Ende gegangen, die mit der Entdeckung Amerikas 1492 eingesetzt und der globalen Entwicklung über die Jahrhunderte ihren Stempel aufgedrückt hatte. Wie keines der antiken Reiche zuvor – und auch keines der neuen „Imperien“ danach – hatten es die Europäer vermocht, weite Teile der Welt direkt oder indirekt zu beherrschen. Es gelang ihnen, dort ihre Interessen durchzusetzen, lokale Wirtschaftsweisen und Lebensstile, Regierungsformen und Leitvorstellungen mit zu prägen und Wirkungen zu erzielen, die weit über ihre tatsächliche Präsenz hinausreichten. Vor diesem Hintergrund lässt sich tatsächlich von der „Unterwerfung der Welt“ durch die Europäer sprechen, wie es der Historiker Wolfgang Reinhard getan hat.

Vieles hatte zur erfolgreichen Expansion Europas beigetragen: Entdeckerlust und wissenschaftliche Neugier, gepaart mit militärischer Überlegenheit; bald – seit dem 18. Jahrhundert spätestens – auch kapitalistischer Ehrgeiz und ein missionarischer Antrieb, Zivilisation und Rechtgläubigkeit über die

Welt zu verbreiten. Den Nutzen davon hatten vor allem die europäischen Gesellschaften selbst.

Aber viele Historiker haben auch auf Errungenschaften wie moderne Infrastrukturen, das Schulwesen und wissenschaftliche Einrichtungen verwiesen, die durch die europäische Expansion in andere Erdteile gekommen seien. Und selbst die Nationalbewegungen in Asien und Afrika, die sich im 20. Jahrhundert gegen die europäische Herrschaft zur Wehr setzten, schienen dem europäischen Vorbild zu folgen und nach jeweils eigener Nationalstaatlichkeit zu streben.

Diese eher positive Sicht auf den europäischen Kolonialismus wurde jedoch bereits in den westlichen Öffentlichkeiten und Subkulturen der 1950er- und 1960er-Jahre in Frage gestellt. Kritische Stimmen wiesen auf die Kosten, die wirtschaftliche Ausbeutung sowie die sozialen und politischen Verwerfungen hin, die mit der europäischen Herrschaft einhergegangen waren. Doch auch diejenigen, die diese kritische Sicht vertraten, dachten die Welt in Kategorien von „hier Europa, dort Außereuropa“ und interpretierten sie als zwei Sphären, von denen die eine die andere unrechtmäßig beeinflusst und unterworfen hätte.

Und dann kam Said. Mit seiner Studie „Orientalismus“ präsentierte er einen neuen Blick auf die koloniale Vergangenheit. Den Orient (bei Said der Nahe Osten und die arabische Welt), den die Europäer vermeintlich zivilisiert (oder aus kritischer Sicht: unterworfen und ausgebeutet) hatten, gab es ihm zufolge gar nicht, er sei nicht mehr als eine Konstruktion westlicher Wissenschaften und Literaturen. Mit dem Orient hätten, so Said, die europäischen Orient- und Islamwissenschaften das Bild eines Raums entworfen, den sie systematisch als „anders“, als verschieden von Europa dargestellt hätten. Diesem Raum ließ sich auf diese Weise alles zuschreiben, was „Europa“ nicht sein sollte: irrational und unbeherrscht, exotisch und mysteriös, fanatisch religiös. Aus der Konstruktion solcher „Alterität“ – einer als grundlegend aufgefassten Andersartigkeit – hätten die Menschen Europas eine eigene Identität gewonnen und sich in der Begegnung mit dem Anderen selbst immer wieder bestätigen und bestärken können.

Mit dieser These, die durchaus auf Widerspruch traf, rüttelte Said nicht nur an der lieb gewordenen Überzeugung, die



Beginn einer Ära: Ein Bronzerelief in einem Fort von Maputo, der Hauptstadt Mosambiks, zeigt dessen Eroberung und Inbesitznahme durch die Portugiesen ...

picture alliance / Okapia KG, Germany / Soli Dreckmann

Europäer hätten in Außereuropa eine „Zivilisierungsmission“ erfüllt, sondern er löste darüber hinaus die Grenzen zwischen Europa und den Kolonien auf. Denn aus seiner Sicht fanden Imperialismus und Kolonialismus in Europa und in Außereuropa gleichzeitig statt.

### **Imperialismus, Kolonialismus, Dekolonisation, Dekolonisierung – eine Begriffserklärung**

„Imperialismus“ gehört zu den umstrittensten Begriffen in der politischen Sprache des 20. Jahrhunderts. Viele Ansätze zu seiner Definition beinhalten eine scharfe Kritik an ungleichen Machtverhältnissen. Vor allem die marxistischen oder marxistisch inspirierten Theorien haben den Aspekt der wirtschaftlichen Ausbeutung und politischen Unterdrückung hervorgehoben. Im allgemeinsten (und neutralsten) Sinne bezeichnet Imperialismus eine Machtbeziehung, in der eine Macht über ihre eigenen Grenzen hinaus Einfluss auf andere ausübt. Im Gegensatz zu üblichen Staatsbildungen folgt die Bildung von Imperien nicht ethnischen oder kulturellen Kriterien, sondern geökonomischen und geopolitischen Interessen. Diese können durchgesetzt werden, indem direkt, häufig aber auch indirekt, Einfluss auf andere ausgeübt wird, also etwa durch militärische Unternehmungen oder Handelsbeziehungen.

„Kolonialismus“ wiederum kann als eine Spielart von Imperialismus verstanden werden. Bei ihm steht die Herrschaft über fremde Territorien im Vordergrund. Diese Herrschaft muss nicht notwendigerweise mit unmittelbarer Besiedlung fremder Gebiete verbunden sein, sie kann auch auf informelle Weise erfolgen. Der Historiker Jürgen Osterhammel hat Kolonialismus definiert als „eine Herrschaftsbeziehung zwischen Kollektiven, bei welcher die fundamentalen Entscheidungen über die Lebensführung der Kolonisierten durch eine kulturell andersartige und kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren unter vorrangiger Berücksichtigung externer Interessen getroffen und tatsächlich durchgesetzt werden“.

Diese Definitionen spielen in der folgenden Darstellung eine Rolle, sie werden jedoch ergänzt durch eine weitere Perspektive, die sich aus den eingangs genannten Überlegungen Edward Saids ergibt: Kolonialismus soll nicht allein verstanden

werden als eine europäische Machtprojektion nach außen, sondern auch als ein in die europäischen Gesellschaften selbst hineinwirkendes Phänomen. Der US-amerikanische Historiker Frederik Cooper hat passend von „imperialen Räumen“ gesprochen, in denen über Zugehörigkeiten und Ausschlüsse, kulturelle Autonomie, soziale Rechte und politische Teilhabe verhandelt wurde. Demzufolge wurden dieselben Fragen, die seit der Französischen Revolution die europäischen Gesellschaften beschäftigten, auch in deren Kolonien gestellt. Die Kolonien waren damit Teil eines gemeinsamen politischen Raumes, in dem über diese Fragen, darunter etwa die Geltung der Menschenrechte, entschieden wurde.

Davon soll diese Darstellung handeln. Sie interessiert sich für Zusammenhänge und Wechselbeziehungen zwischen Europa und Außereuropa vor allem von den 1880er- bis zu den 1980er-Jahren, nimmt zugleich aber immer auch die Welt von heute in den Blick. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Westeuropa. Aus Gründen des Umfangs müssen die großen europäischen Kontinentalimperien Russland und die Habsburgermonarchie ebenso ausgeblendet bleiben wie die asiatischen Imperien und die USA. Ziel ist es, die Entwicklung der europäischen Gesellschaften aus ihrem Ausgreifen nach Außereuropa verständlich zu machen, und weniger, eine Geschichte globaler Ordnung durch Imperien zu erzählen.

Der Zeitraum, der hier betrachtet werden soll, beginnt mit dem Durchbruch des modernen Kolonialismus, sein Ende ergibt sich durch die Dekolonisation bzw. die anschließende Dekolonisierung. Gemäß einer Unterscheidung, welche die Historiker Christoph Kalter und Martin Rempe vorgeschlagen haben, bezeichnet im Folgenden „Dekolonisation“ das formalrechtliche Ende kolonialer Herrschaft, also den Wechsel der Souveränität und die Unabhängigkeit neuer Staaten. „Dekolonisierung“ dagegen bezeichnet einen längeren historischen Ablösungsprozess, der politische wie wirtschaftliche, soziale wie kulturelle Dimensionen einschließt und länger dauert als die Dekolonisation – wenn er überhaupt jemals abgeschlossen sein kann. Denn auch der Wandel von Erinnerungskulturen oder die Geltendmachung von Rechtsansprüchen wie Wiedergutmachung oder Rückgabe von „Raubkunst“ aus der Kolonialzeit sind ein Teil davon.



... und ihr Ende: Am 7. September 1974 vereinbaren die Vertreter der mosambikanischen Freiheitsbewegung Frelimo mit der portugiesischen Regierung in Lusaka, Sambia, die Entlassung Mosambiks in die Unabhängigkeit (1975).

GABRIELE METZLER

# Die „Eroberung der Welt“ und der Konflikt um universelle Rechte

**Ab dem 15. Jahrhundert gilt die Neue Welt in Europa als Quelle unermesslichen Reichtums. Auswanderungswillige sehen dort die Chance auf ein besseres Leben und Privatunternehmer beuten lokale Rohstoffe aus, die Handelsschiffe nach Europa bringen. Ermöglicht wird dies durch den Einsatz von Sklaven. Doch die Vorstellung universell gültiger Menschenrechte, die mit der französischen Revolution 1789 aufkommt, stellt die herrschende Praxis zunehmend in Frage.**

Der Anspruch der europäischen Mächte, die Welt untereinander aufzuteilen, wird vielfach mit der Epoche des Hochimperialismus im späten 19. Jahrhundert in Verbindung gebracht, doch er reicht sehr viel weiter zurück. Tatsächlich dürfte er zu keinem Zeitpunkt nachdrücklicher und umfassender erhoben worden sein als im Vertrag von Tordesillas, den Spanien und Portugal, vermittelt von Papst Alexander VI., 1494 miteinander abschlossen. Mit diesem Vertrag zogen sie auf der Karte der damals bekannten Welt kurzerhand eine Linie zwischen Nord- und Südpol, die ungefähr dem heute gültigen 46. Längengrad entsprach.



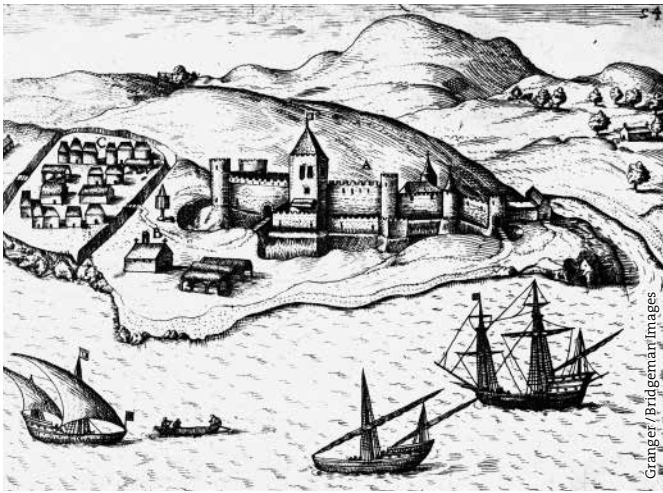
Eine Weltkarte von 1502 zeigt links die Demarkationslinie von 1494, die gemäß dem Vertrag von Tordesillas die Einflussbereiche von Portugal und Spanien trennt.

Was östlich dieser Linie lag, also Afrika und Asien, sollte Portugal zustehen; der westliche Teil, vor allem Südamerika, wurde als spanische Interessensphäre anerkannt. Eine Ausnahme bildete das heutige Brasilien, das noch zum Einflussbereich Portugals zählte, weshalb dort bis heute Portugiesisch und nicht – das sonst in Lateinamerika übliche – Spanisch gesprochen wird.

## Fünf Phasen der europäischen Expansion vom 15. bis zum 19. Jahrhundert

Mit diesem aus heutiger Perspektive geradezu Atem verschlagenden Federstrich setzten die beiden dominierenden Seemächte ihrer Zeit den Auftakt zur Expansion Europas in die Welt. Der Historiker Benedikt Stuchtey unterscheidet fünf Phasen, in denen sich dieses Ausgreifen vollzog: Waren (1.) zunächst Spanien und Portugal die treibenden Mächte, so traten seit dem 17. Jahrhundert (2.) mit England, Frankreich und den Niederlanden Konkurrenten auf den Plan, die ihrerseits eigene Gebiete zu kontrollieren begannen (Abb. Karte 1). Im 18. und frühen 19. Jahrhundert (3.) erfolgte der Aufstieg Großbritanniens zur globalen Supermacht. Um 1770 hatten die Europäer bedeutende Kolonialreiche etabliert, so in Nordamerika (Großbritannien, Frankreich), Südamerika (Spanien, Portugal), Indien (Großbritannien, das dort bald auch Frankreich verdrängte), Südostasien (Niederlande, Großbritannien), Südafrika (Großbritannien, Niederlande) sowie Neuseeland und Australien (Großbritannien). Freilich sagten sich in dieser Phase auch bereits die ersten Kolonien von ihrem jeweiligen Mutterland los: Großbritannien verlor 1776 bzw. 1783 die 13 Kolonien in Nordamerika, Frankreich verlor 1804 Haiti, Spanien musste in den 1820er-Jahren auf seine Besitzungen in Südamerika verzichten und Portugal 1822 auf Brasilien.

Kurz darauf, im Jahr 1830, nahm Frankreich jedoch Algerien ein und gab damit den Startschuss zur kolonialen Durchdringung des afrikanischen Kontinents (4.), die ganz wesentlich die Epoche des Hochimperialismus im späten 19. Jahrhundert bestimmte. In dieser Zeit begannen auch die USA, sich als imperialistische Großmacht zu etablieren. Im Krieg gegen Spanien eroberten sie 1898 Kuba, Puerto Rico, die Philippinen und Guam (5.). Der Aufstieg der USA und ihr Handeln als globale Macht sind seitdem ein bedeutender Einflussfaktor für die internationale Politik.



Das Fort Sao Jorge de Mina an der afrikanischen Goldküste entsteht 1482 auf Geheiß der portugiesischen Krone als Handels- und Versorgungsstation für den Schiffsverkehr.



Im September 1620 gehen die Pilgrim Fathers in Plymouth an Bord der Mayflower, um sich der religiösen Verfolgung in ihrer Heimat zu entziehen und in Amerika anzusiedeln.



Niederländische, deutsch- und französischsprachige Siedler lassen sich ab 1652 in Südafrika nieder, 1835 weichen viele vor den Briten ins Landesinnere aus.

## Die ferne Welt rückt näher

Die Form und die Intensität kolonialer Herrschaft fielen durchaus unterschiedlich aus. Vielfach handelte es sich nur um militärische Stützpunkte, die beispielsweise die britische Regierung entlang der westafrikanischen Küste errichten ließ, um den Seeweg nach Indien abzusichern. Manchmal entstanden aber auch Siedlerkolonien wie etwa in Nordamerika, in Südafrika oder in Australien. Bei weitem nicht immer waren europäische Staaten die treibenden Akteure. Oftmals gaben mit königlichem Statut ausgestattete private Handelsgesellschaften wie etwa die englische *East India Company* den Takt der Expansion vor. Auch die wirtschaftliche Durchdringung der kolonialen



Im 17. Jahrhundert wird aus Übersee importierter Kaffee in Europa zum Modegetränk der wohlhabenden Oberschichten.

Räume fiel unterschiedlich aus: Sie reichte von der Ausbeutung lokaler Rohstoffe und dem Handel mit Luxuswaren bis hin zur Einrichtung großer Plantagenwirtschaften, die wiederum vom Sklavenhandel abhängig waren. Eine Begleiterscheinung kolonialer Herrschaft und Wirtschaft war ein ausgeprägter „ökologischer Imperialismus“, so der US-amerikanische Historiker und Geograf Alfred Crosby: Mit den Menschen aus Europa kamen bis dahin unbekannte Krankheitserreger in die Neue Welt und führten dort zu massenhaftem Sterben der einheimischen Bevölkerung. Außerdem wurden Pflanzen und Tiere aus ihrer ursprünglichen, natürlichen Lebenswelt in neue Umgebungen verbracht, um dort mit ihrem Anbau bzw. ihrer Zucht größere Gewinne zu erzielen – was mitunter gravierende Folgen für die Fauna und Flora vor Ort hatte.

Für die Menschen in Europa waren die Kolonien vor dem Aufkommen moderner Massenkommunikationsmittel weit entfernt – und dennoch waren sie ihnen ganz nahe. Denn die Neue Welt befeuerte Fantasien und Weltsichten, sie war ein Vorstellungsraum, den „die Anderen“, lange Zeit als „edle Wilde“ Beschriebenen, besiedelten. Die Neue Welt galt als Quelle unermesslichen Reichtums, was Gold- und Silbereinfuhren etwa aus Südamerika zu bestätigen schienen. Sie war in exotischen Waren ganz handfest präsent, etwa in Gewürzen und teuren Stoffen wie Seide, in Genussmitteln wie Zucker, Kakao, Kaffee oder Tabak, aber auch in Rauschmitteln wie Opium. Europäische Herrscher und Oberschichten stellten ihren sozialen Status durch den Konsum solcher Luxuswaren zur Schau, während diese für das Gros der Bevölkerung lange Zeit unerreichbar blieben.

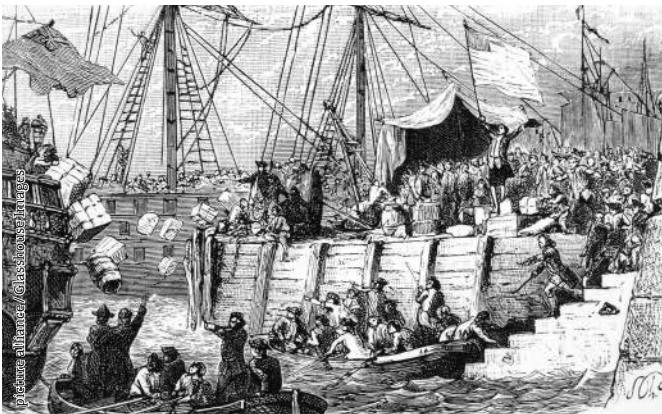
Aber auch mittleren und unteren Schichten boten die Kolonien Chancen auf ein besseres Leben und sozialen Aufstieg. Menschen, die aus religiösen Gründen verfolgt oder wirtschaftlich an den Rand der Gesellschaft gedrängt waren, wanderten massenweise in die Kolonien aus. Die Amerikas (Nord-, Mittel- und Südamerika) waren das bevorzugte Ziel, doch auch in Südostasien, Südafrika und Australien suchten Menschen aus Europa ihr Glück. Auch politisch Verfolgte strebten dort nach Sicherheit. Und die Anstellung im kolonialen Herrschaftsgefüge sicherte einer aufstrebenden Mittelschicht Einkommen und gesellschaftliche Anerkennung. Indes: Nicht alle gingen freiwillig. Denn im 18. und 19. Jahrhundert wurden Kolonien auch als Straflager für europäische Häftlinge genutzt, so etwa Australien oder Französisch-Guyana.

## Die atlantischen Revolutionen des 18. Jahrhunderts als Zäsur

Am 4. Juli 1776 erklärten die Vertreter der 13 englischen Siedlerkolonien in Nordamerika ihre Unabhängigkeit von der britischen Krone. Zum ersten Mal vollzogen Kolonien damit ihre Trennung vom Mutterland. Nach Jahren des Krieges zwischen den aufständischen Kolonien und Großbritannien besiegelte der Frieden von Paris 1783 offiziell die amerikanische Unabhängigkeit. Sie beraubte London nicht nur seiner Macht und seines Einflusses in diesem Teil Nordamerikas, sondern ihre Wirkung reichte noch viel weiter. Denn tatsächlich hatten hier erstmals Kolonien mit Nachdruck genau jene politischen Rechte eingefordert und durchgesetzt, die bisher nur den in der Metropole (also im Mutterland der Kolonien) ansässigen Engländern vorbehalten waren.

In erster Linie war es den Kolonisten zunächst um das Recht auf Repräsentation im Londoner Parlament gegangen, der Herzkammer britischer Souveränität seit den Revolutionen des 17. Jahrhunderts. Nur dort konnte über Staatsaufgaben und Staatsausgaben legitim beschlossen werden. Deshalb galt Besteuerung den – sich als englische Bürger verstehenden – Siedlern in Neuengland nur dann als akzeptabel, wenn sie auch dort vertreten waren, wo darüber entschieden wurde („*No taxation without representation*“). Das vorrangige Anliegen der Siedler in Amerika war es also gerade nicht gewesen, unabhängig zu werden, sondern ihr Hauptziel war die rechtliche und politische Gleichstellung mit den Bürgern des Mutterlandes.

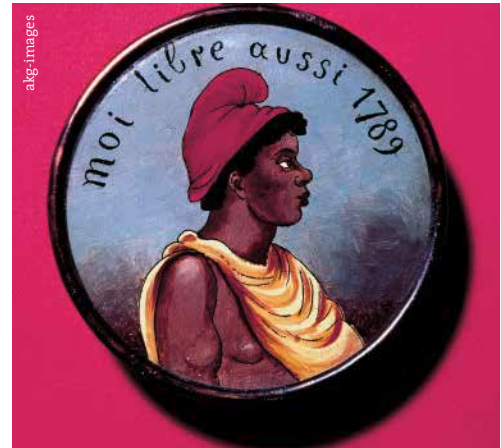
Diese Unterscheidung ist von zentraler Bedeutung. Denn genau hier trat erstmals eine der wesentlichen Fragen im Verhältnis von Kolonien und Metropole (Mutterland) offen zutage: Verfügten die Kolonien über politische Rechte? Und wem stand das Recht auf politische Teilhabe zu? Die Siedler in Nordamerika verstanden sich als eigenständige politische Bürger und sahen sich in der Praxis doch auf eine Stufe gestellt mit dem größten Teil der britischen Gesellschaft, der kein Wahlrecht besaß. Denn wer an Wahlen und damit an politischen Entscheidungen mitwirken wollte, musste bestimmte Voraussetzungen erfüllen, d. h. nicht nur im Mutterland wohnen, sondern auch über Besitz und Bildung verfügen. Alle anderen wurden mit dem Konstrukt der „virtuellen Repräsentation“ getröstet, also darauf verwiesen, dass die Gewählten ihre Interessen mitvertreten würden.



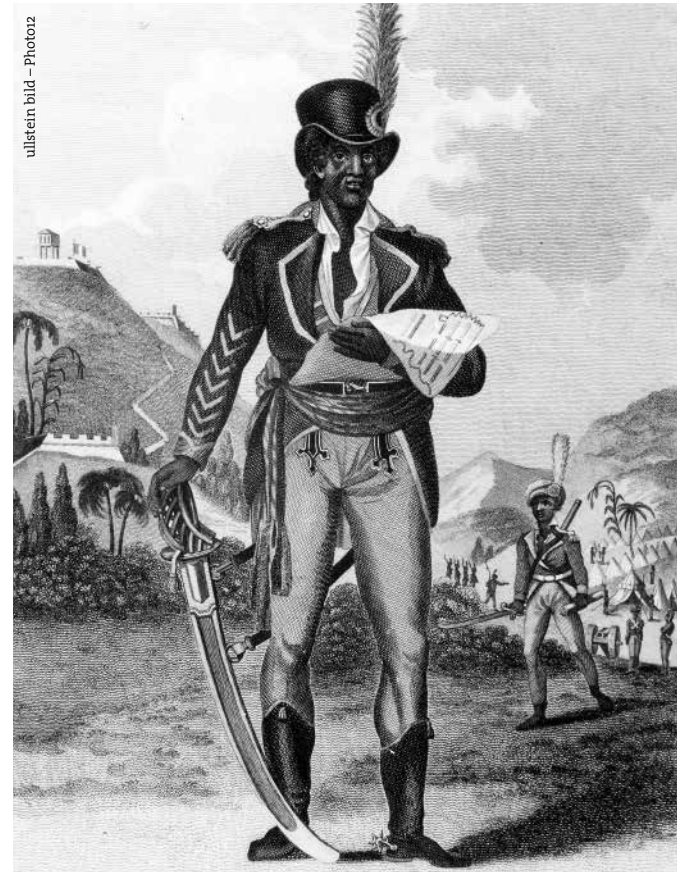
1773 werfen amerikanische Siedler die Teeladung eines Schiffes aus dem englischen Mutterland ins Bostoner Hafenbecken – ein symbolischer Protest dagegen, dass sie von politischer Mitsprache wie dem Beschluss über die Teesteuer ausgeschlossen waren.

## Die Französische Revolution

Genau diese Frage nach der Geltungskraft und Reichweite politischer Bürgerrechte spitzte sich nach der Französischen Revolution von 1789 noch einmal zu. Denn anders als den englischen Revolutionen des 17. Jahrhunderts war der Französischen Revolution ein universeller Anspruch zu eigen. Nicht von ungefähr stammt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1789 nicht aus London, sondern aus Paris. Aus Frankreich – und dies gilt für die frühe bürgerliche Revolution bis zu Napoleon – verbreitete sich die Idee, Menschen- und Bürgerrechte seien im Naturrecht verwurzelt und stünden allen Menschen, ganz unabhängig von Stand, Besitz oder Bildung, gleichermaßen zu.



Die Idee der allgemeinen Menschenrechte, die 1789 im revolutionären Frankreich propagiert wird, billigt allen Menschen gleiche Rechte zu und wirft neue Fragen auf.



Der ehemalige Sklave Toussaint Louverture führt die Karibikinsel Haiti in die erste Revolution von Kolonisierten gegen ihre französischen Machthaber. In der Darstellung hält er die Urkunde mit der Verfassung Haitis in der Hand.



ßen zu. Dass sich daraus Spannungslinien zum europäischen Projekt des Kolonialismus und der ihm zugrunde liegenden Überzeugung einer unterschiedlichen „Wertigkeit“ von Menschen ergeben mussten, liegt auf der Hand.

Lässt sich die Amerikanische Revolution von 1776 als Werk europäischer Siedler einordnen, so fand die erste wirkliche Revolution von Kolonisierten im französischen Machtbereich, auf Haiti, statt. Von der historischen Forschung lange Zeit ignoriert, dafür in den letzten Jahren in ihrer Bedeutung besonders hervorgehoben, stellt die Revolution auf Haiti genau den Wendepunkt dar, an dem Kolonisierte begannen, die universellen Geltungsansprüche europäischer Freiheits- und Rechtsvorstellungen beim Wort zu nehmen und für sich selbst einzufordern.

Die Revolution ging aus einem Sklavenaufstand auf der französisch beherrschten Karibikinsel Saint-Domingue 1791 hervor. 1794 schaffte der Nationalkonvent in Paris die Sklaverei im gesamten französischen Kolonialreich zwar ab, doch wurde sie von Napoleon 1802 wieder eingeführt (und bis 1848 beibehalten). Der Konflikt mit den Aufständischen in der Karibik schwelte weiter. Diese gaben sich unter der Führung des freigelassenen Sklaven Toussaint Louverture 1801 eine eigene Verfassung und erlangten damit eine gewisse administrative Unabhängigkeit von Frankreich. Vollends zu einer Revolte gegen die französische Herrschaft kam es 1804, als nach Louvertures Tod in französischer Haft dessen Anhänger Jean-Jacques Dessalines die unabhängige Republik Haiti ausrief.

In der karibischen Revolution spitzten sich die Fragen zu, die seitdem in den unterschiedlichsten Konstellationen immer wieder gestellt wurden: Wer durfte die 1789 formulierten Menschen- und Bürgerrechte in Anspruch nehmen? Wo verlief die Grenze zwischen denjenigen, die diese Rechte besaßen, und denjenigen, die rechtlos waren?

### Die „Atlantischen Revolutionen“ in Südamerika

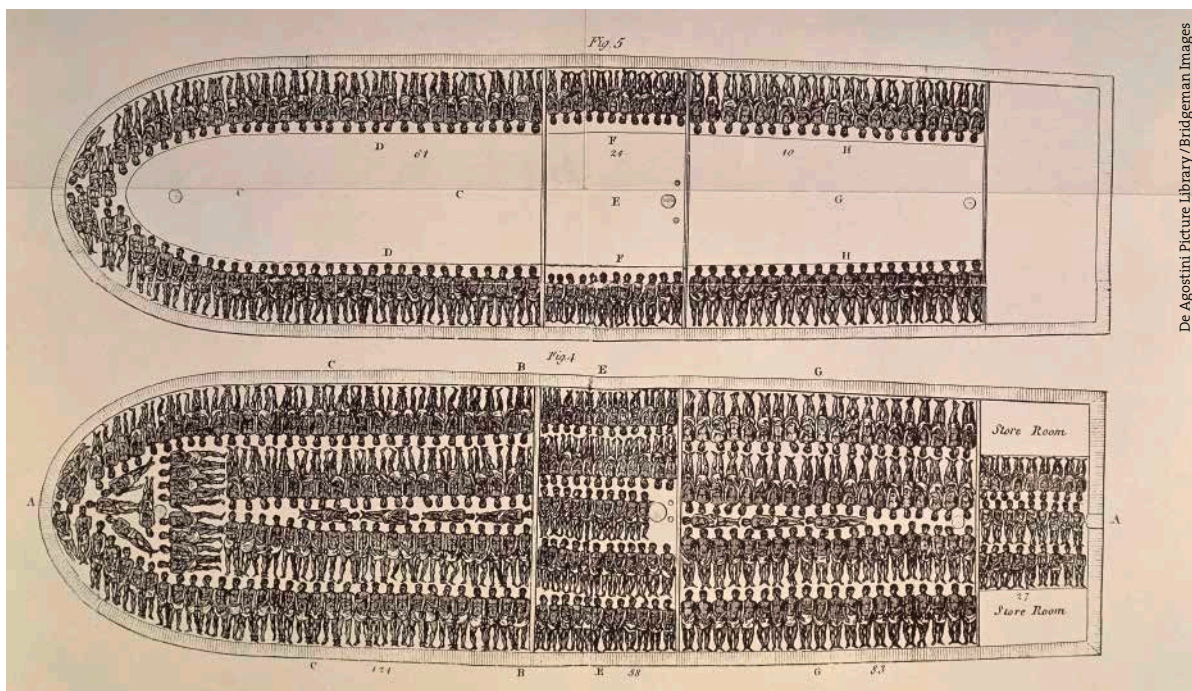
Das Zeitalter der „Atlantischen Revolutionen“ fand in den 1820er-Jahren in Südamerika seinen Abschluss. Spanien und

Portugal, in Folge der Napoleonischen Kriege in Europa geschwächt, mussten ihre Kolonien in Südamerika aufgeben. Diese lösten sich vom jeweiligen Mutterland und gründeten sich als unabhängige Republiken mit Ausnahme Brasiliens, wo bis 1891 eine Monarchie bestand. Leitfiguren wie der aus dem spanischen Vizekönigreich Neugranada, dem heutigen Venezuela, stammende Simón Bolívar fanden auch in Europa viele Anhänger. Und dass die neuen Republiken mit viel Pathos die Freiheit beschworen, inspirierte auch radikale Aktivisten in Europa wie etwa Giuseppe Garibaldi, den führenden Kopf der italienischen Nationalbewegung, der in den 1830er- und 1840er-Jahren in Brasilien und Uruguay Exil gefunden hatte.

Nicht nur Rohstoffe, Waren und Menschen – die Sklaverei wurde trotz Unabhängigkeit als Praxis fortgesetzt – zirkulierten nun zwischen Europa und den Americas, sondern auch politische Leitideen und Ordnungsvorstellungen der internationalen Politik. Als neue Macht auf dem amerikanischen Kontinent profilierten sich die Vereinigten Staaten. Ihr Präsident James Monroe erteilte 1823 allen künftigen Bestrebungen der Europäer, in der westlichen Hemisphäre neue Kolonien zu gründen, eine scharfe Absage („Monroe-Doktrin“).

## Die Abschaffung des Sklavenhandels als transnationales Ereignis

Die Herrschaft der europäischen Mächte über die Welt hatte ein altes System der Ausbeutung fortgeführt und erneuert, das auch von anderen Herrschern – etwa von Arabern in Ostafrika oder im Osmanischen Reich – praktiziert wurde: die Sklaverei. Vom atlantischen Dreieckshandel, der europäische Waren nach Westafrika, westafrikanische Sklaven auf die Plantagen Nord- und Südamerikas und die dort erwirt-



Der Grundriss zweier Schiffsdecks zeigt die bedrückende Enge, die Ende des 18. Jahrhunderts im Innern eines Sklavenhändlerschiffes herrschte. Von den Gegnern der Sklaverei veröffentlicht, sollten Darstellungen wie diese die öffentliche Meinung für solche Grausamkeiten sensibilisieren.

## Süße aus bitterer Quelle

[...] Über Jahrhunderte war Zucker ein Luxusprodukt, das sich nur die Wohlhabendsten leisten konnten. Angebaut wurde er auf einigen Inseln des südlichen Mittelmeeres; so wertvoll war er, dass er in Apotheken verkauft wurde. Arme Leute kannten Süße allein von Früchten und Honig. Dies sollte sich im Zuge der Expansion Europas im 15. Jahrhundert ändern.

Auf der Suche nach geeignetem Land und billigen Arbeitskräften verlagerten unternehmerisch gesinnte Kaufleute den Zuckerrohranbau zunächst auf Inseln vor der afrikanischen Küste wie die Kanaren. Dann überquerten sie den Atlantik, hin zu den neuen europäischen Kolonien in Südamerika und in der Karibik. Zucker wurde zum wichtigsten Agrarexport dieser Regionen, und Europäer vertilgten ihn in steigenden Mengen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts süßte auch die Arbeiterklasse ihren Kaffee oder Tee ganz selbstverständlich mit dem begehrten Stoff und aß Marmelade in solchen Mengen, dass der Zuckerkonsum pro Kopf in Großbritannien 1914 auf 50 Kilogramm stieg – heute liegt er im EU-Durchschnitt bei etwa 37 Kilo.

Dieser Boom war möglich geworden, weil Europäer im 16. Jahrhundert riesige Landflächen in der Karibik erobert hatten. Sie verdrängten und töteten die Ureinwohner – geschätzte zwei Millionen Arawak und Kariben fielen ihnen zum Opfer – und siedelten Millionen Menschen von der afrikanischen Westküste um, auf dass sie Wälder rodeten und Zuckerrohrplantagen anlegten.

[...] Am grausamsten wurde die Ausbeutung wohl auf Barbados betrieben. Dorthin hatten britische und holländische Kaufleute bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts Tausende von Afrikanern verschleppt, um die kleine bewaldete Insel in ein einziges Zuckerrohrfeld zu verwandeln. Der Anbau anderer Feldfrüchte war fortan nicht mehr möglich – die Inselbevölkerung musste fast all ihre Nahrungsmittel importieren.

Unterdessen spuckte die Plantagenmaschinerie immer größere Mengen Zucker aus und verschlang afrikanische Sklaven im Akkord. Die meisten starben jung – ausgemergelt von der harten Arbeit. Irgendwann glich die Insel einem Strafgefängnislager. Rebellierende Sklaven wurden gevierteilt, bei lebendigem Leibe verbrannt oder in Eisenkäfigen zur Schau gestellt, in denen sie vor den Augen ihrer Familien verhungern mussten.

Auf Inseln wie Martinique und Jamaika kopierte man das Modell Barbados, vor allem aber, im größtmöglichen Stil, auf Saint Domingue, dem heutigen Haiti. Bis zu 40 000 Sklaven wurden jährlich auf diese Insel gebracht, und der unglaubliche Wohlstand, den sie produzierten, schmückte die wachsenden französischen Städte. Der Zuckerhändler und Plantagenbesitzer Jean-Baptiste Hosten aus Bordeaux etwa investierte seine Zuckergewinne in Immobilien in ganz Paris. Seine zu Stein gewordenen Profite aus der Arbeit versklavter Afrikaner werden heute von Touristen bestaunt.

Doch dann, im späten 18. Jahrhundert, geriet der karibische Zuckerkomplex in eine Krise. Die Sklaverei, auf der der Anbau basierte, wurde immer schärfer kritisiert. Schließlich rebellierten die versklavten Arbeiter selbst. In den 1790er-Jahren vertrieb in Saint Domingue eine antikoloniale Revolution unter Führung von Toussaint Louverture die französischen Zuckerbarone.

Die Revolution auf Haiti, das Verbot des Sklavenhandels 1807 sowie die Abschaffung der Sklaverei in den britischen Kolonien 1834 führten zur Verlegung des Zuckeranbaus an andere Orte. Zunächst nach Kuba, wo reichlich unverbrauchte Böden vorhanden waren und die Sklaverei bis 1886 legal blieb. In einem radikaleren Schritt bewegte sich der Plantagenkomplex in den Pazifik, auf Inseln wie Fidschi und Mauritius, um Europas Gier nach Süßem zu stillen.

[...] Die Suche nach Arbeitskraft, Land und Ressourcen ließ die Zuckergrenze in den folgenden Jahrzehnten immer weiter über den Globus wandern. Als sich die Zuckergewinnung aus Rüben Ende des 19. Jahrhunderts verbreitete, erreichte sie Europa, wo Deutschland zu einem der weltgrößten Zuckerproduzenten aufstieg. [...]

Aus dem Englischen von Marieke Heimburger

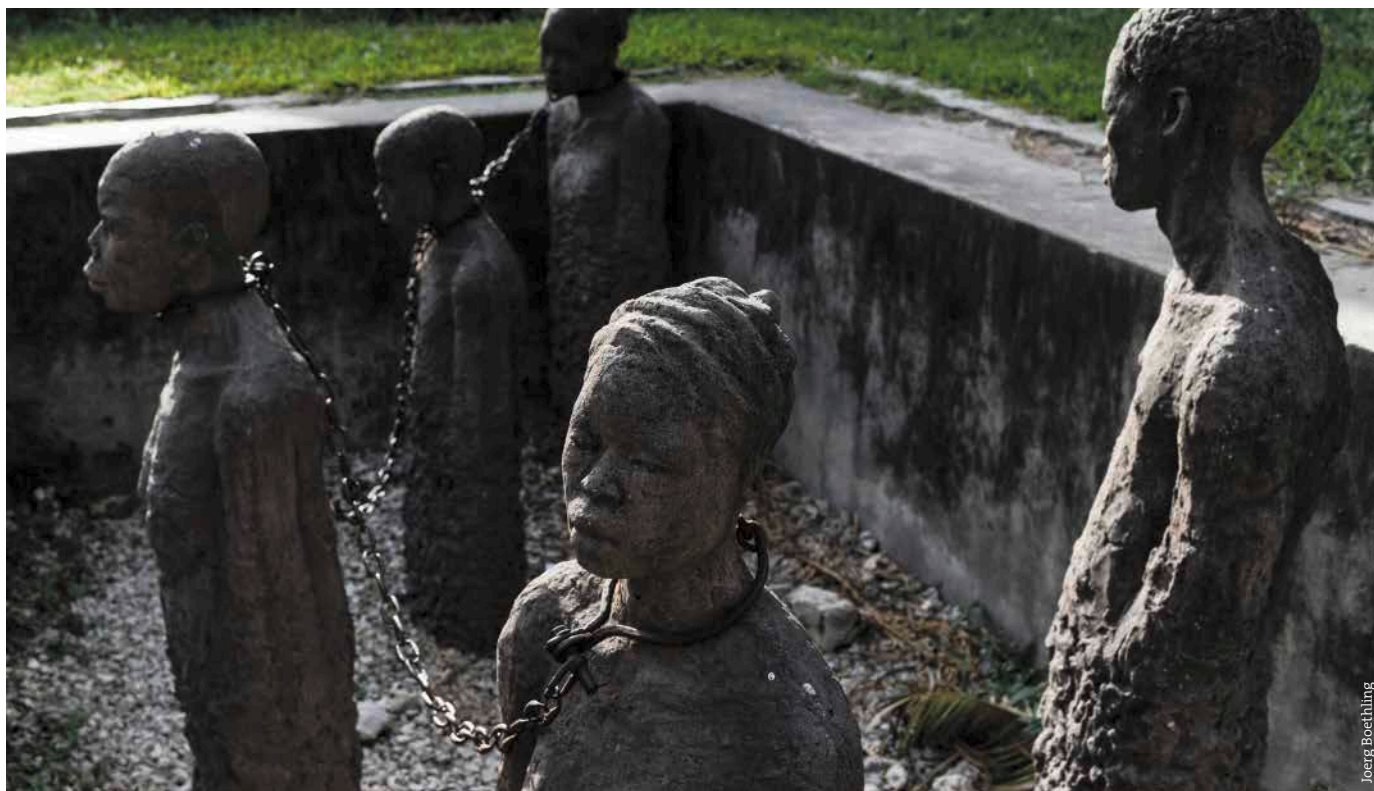
Sven Beckert ist Professor für Amerikanische Geschichte an der Harvard University. Als Co-Leiter ist er derzeit an einem internationalen Forschungsprojekt zur 600-jährigen Geschichte der weltweiten Rohstoffausbeutung und ihrer Folgen beteiligt. (Näheres siehe unter <https://wigh.wcfia.harvard.edu/commodity-frontiers-initiative>)

Dr. Mindi Schneider ist Fellow am Netherlands Institute for Advanced Study in Amsterdam.

Sven Beckert / Mindi Schneider, „Der große Landraub“, in: Die ZEIT Nr. 37 vom 6. September 2018



Sklaven beim Schneiden von Zuckerrohr auf einer Plantage der Karibikinsel Antigua in einer englischen Buchdarstellung von 1823



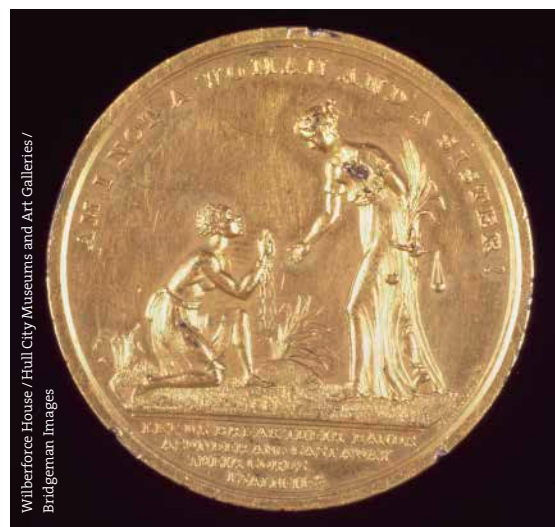
Denkmal für die in die Sklaverei verschleppten Menschen an der anglikanischen Kirche von Stone Town auf Sansibar. Die Altstadt ist Teil des UNESCO-Weltkulturerbes.

schafteten Produkte Baumwolle und Zucker wiederum nach Europa brachte (Abb. Karte II und III), hatten seit seinem Beginn im frühen 16. Jahrhundert viele europäische Kaufleute, Händler und Seefahrer profitiert.

Doch seit dem späten 18. Jahrhundert wurden Sklaverei und Sklavenhandel in Europa zunehmend kritisch gesehen. Von christlich-evangelikalem Glauben inspiriert, prangerte vor allem in Großbritannien seit den 1780er-Jahren eine zunehmend einflussreiche Lobby den Handel mit Menschen als unvereinbar mit Gottes Gebot an. Doch auch aufklärerische, naturrechtlich inspirierte Akteure sprachen sich gegen die Sklaverei aus.

In der Anti-Sklaverei-Bewegung, deren Anhänger hauptsächlich in Großbritannien, aber auch in anderen europäischen Ländern sowie in den USA vertreten waren, kamen nicht allein religiös inspiriertes Ethos und christliche Nächstenliebe zum Ausdruck. Zwar war es zunächst vor allem um ein Verbot des Sklavenhandels und nicht der Sklaverei selbst gegangen. Und viele derer, die sich im frühen 19. Jahrhundert der Anti-Sklaverei-Bewegung zugehörig fühlten, handelten allein aus Mitleid, ohne versklavten Menschen generell Menschenrechte zuzugestehen, wie sie heute in der UN-Menschenrechtscharta festgelegt sind. Doch gleichzeitig erwies sich, dass die Debatte um Teilhabe, Gleichberechtigung und Menschenrechte im frühen 19. Jahrhundert globale Dimensionen angenommen hatte.

Bemerkenswert ist, dass sich viele Frauen in Europa, vor allem in Großbritannien, gegen die Sklaverei engagierten und hier ein reiches und respektables Betätigungsfeld fanden. Ihnen gab die christliche Färbung und emotionale Aufladung der Bewegung die Chance zur politischen Teilhabe, während sie selbst von politischer Partizipation und Wahlrecht noch ausgeschlossen waren. Am 25. März 1807 verabschiedete das britische Unterhaus schließlich das Gesetz, das den Sklavenhandel verbot. Sklaverei selbst bestand freilich weiterhin



„Bin ich nicht auch eine Frau und eine Schwester?“ Der Appell an Mitmenschlichkeit und christliche Überzeugungen bewegte auch und besonders Frauen dazu, sich gegen die Sklaverei zu engagieren.

und ging nahtlos in andere Formen kolonialer Zwangsarbeit über. Erst 1833 verbot das britische Unterhaus auch die Sklaverei. Aber der „Slave Trade Act“ von 1807 setzte doch neue moralische Maßstäbe in der internationalen Politik, an denen sich – angesichts der britischen Vorherrschaft in der Weltpolitik – jeder andere Staat messen lassen musste. Es sollte noch Jahrzehnte dauern, ehe die Sklaverei, wenn nicht vollständig abgeschafft, so doch wirksam eingedämmt wurde. Dies konnte durchaus paradox erscheinende Folgen haben: Vor allem der belgische König und die britische Regierung begründeten ihr Ausgreifen nach Afrika vielfach damit, nur die eigene Präsenz vor Ort könne die Sklaverei wirksam bekämpfen.

GABRIELE METZLER

# Die Epoche des Hochimperialismus

**Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert verdichten und formalisieren die europäischen Staaten die Herrschaft über ihre Kolonialgebiete. An der dort lebenden Bevölkerung wollen sie eine „Zivilisierungsmission“ erfüllen. Widerstand beantworten sie mit rücksichtsloser Gewalt, zu der sie sich auch durch die aufkommende „Rassenlehre“ und die herrschende Völkerrechtsauffassung ihrer Zeit berechtigt glauben.**

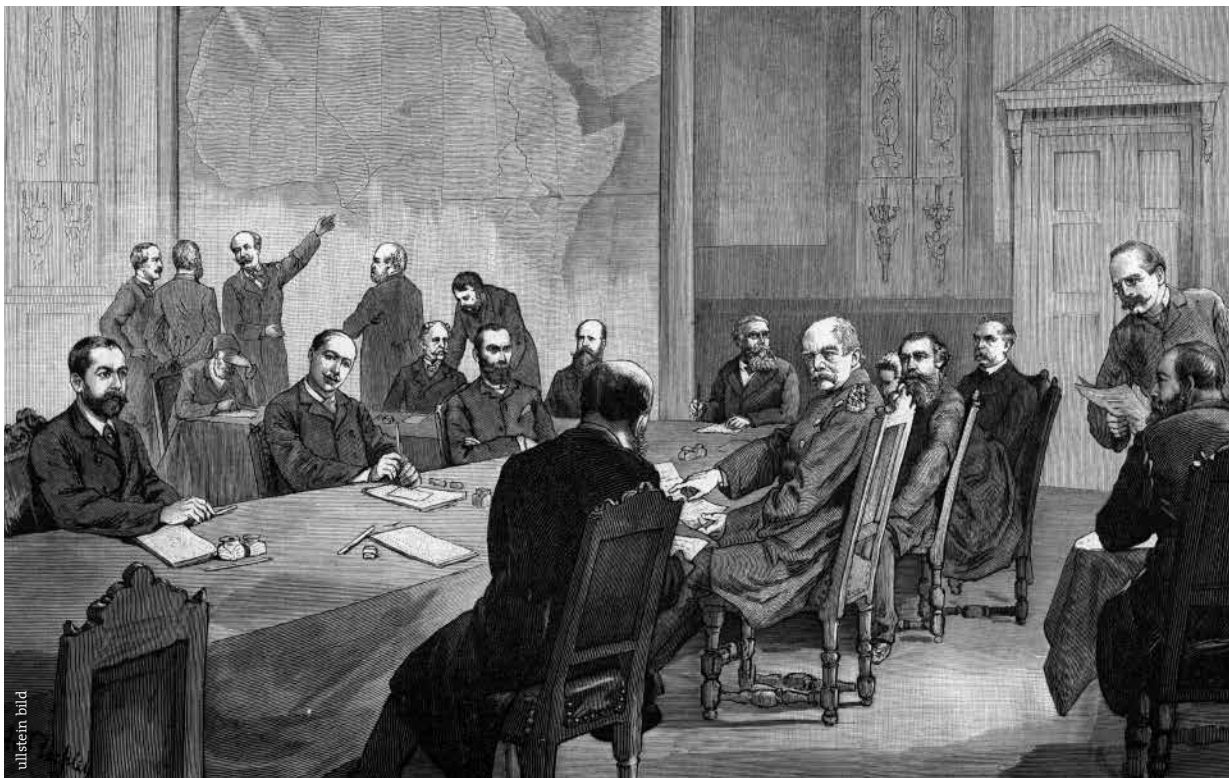
In den 1880er-Jahren trat die Eroberung und Ordnung der Welt durch die Europäer in eine neue Phase ein. Dies lässt sich in Asien und Afrika genauso beobachten wie in Europa selbst. Erste Anzeichen dafür hatte es schon Ende der 1850er-Jahre gegeben, als Großbritannien nach der sogenannten *Great Mutiny* von 1857, einem Aufstand des indischen Militärs, sein Reich in Indien neu ordnete und die Macht dort von der *East India Company* auf staatliche Vertreter Londons übergab.

Nun, seit den 1880er-Jahren, gewann Kolonialpolitik eine neue Qualität. Sie schlug sich nieder im Anspruch der europäischen Mächte, die kolonisierten Räume und Gesellschaften nach rationalen Kriterien aktiv zu gestalten. Dazu gehörten

groß angelegte Eisenbahn- und Straßenbauprogramme, medizinische Kampagnen zur Bekämpfung der Malaria oder der Schlafkrankheit sowie der Bau von Schulen. Die Wechselbeziehungen zwischen Europa und Außereuropa entwickelten sich nun noch dynamischer und der „Wettlauf um Afrika“ zwischen den europäischen Kolonialmächten war der prominenteste Teil davon. Der Historiker Jürgen Osterhammel bezeichnete die europäische Besetzung Afrikas als „einen einzigartigen Vorgang der zeitlich konzentrierten Enteignung eines Kontinents“.

## „Wettlauf um Afrika“ und Ausdehnung imperialer Macht in Asien

Als die Vertreter der europäischen Mächte und der USA am letzten Tag der Berliner Konferenz (15.11.1884–26.2.1885) ihre Unterschriften unter die sogenannte Kongo-Akte setzten und das riesige Kongobecken zu einer Freihandelszone erklärten, machten sie nicht nur wirtschaftliche Interessen geltend: Sie



Auf der Berliner Konferenz 1884/85 einigen sich die Vertreter europäischer Staaten unter Vermittlung Otto von Bismarcks auf Grundsätze und Verfahren zur Regelung ihrer kolonialen Besitzansprüche.

legten damit das Fundament des Hochimperialismus. Denn anders als vielfach behauptet, beschlossen sie auf der Berliner Kongo-Konferenz nicht, Afrika untereinander aufzuteilen. Faktisch war der „Wettlauf um Afrika“ längst im Gange. Vielmehr verständigten sie sich darauf, dass koloniale Inbesitznahme künftig „effektiv“ zu sein hatte, um anerkannt zu werden; und das hieß, dass in der Kolonie zumindest rudimentäre Strukturen eines territorialen Verwaltungsstaates auszubilden waren. Unter Kapitel VI der Akte vereinbarten sie, wie künftig der Anspruch auf europäischen Besitz zu erheben und zu legitimieren war: Wolle man von neuen Gebieten Besitz ergreifen oder auch nur eine „Schutzherrschaft“ errichten, so sei den übrigen europäischen Mächten davon Kenntnis zu geben, damit eventuelle Einsprüche geltend gemacht werden konnten. Zudem gehöre zur Inbesitznahme zwingend dazu, eine „Obrigkeit zu sichern, welche hinreicht, um erworbene Rechte und, gegebenenfalls, die Handels- und Durchgangsfreiheit (...) zu schützen“ (Art. 35 der Kongo-Akte).

Die Epoche informeller Durchdringung kam damit an ihr Ende, eine stärker formalisierte europäische Herrschaft wurde nun zur Regel. Bis dahin waren es vor allem die „men on the spot“ gewesen, die ohne ein politisches Mandat unmittelbar vor Ort in unerschlossene Gebiete vorgedrungen waren und Fakten geschaffen hatten; sei es aus kommerziellem oder wissenschaftlichem Interesse, aus purer Abenteuerlust oder Profilierungssucht. Ihr Einfluss wurde nun zwar nicht völlig verdrängt, aber doch staatlich überlagert. Diese Trendwende bewarben die europäischen Mächte als „Mittel zur Hebung der sittlichen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Völkerschaften“, wie sie sich in der Präambel der Kongo-Akte wechselseitig versicherten. Otto von Bismarck, als deutscher Reichskanzler Gastgeber der Konferenz, sah in dieser Aufgabe „ein neues Band der Gemeinsamkeit unter den Kulturvölkern“ herausgebildet, wie er in der Schlussrede kundtat.

Wie über die Zukunft des afrikanischen Kontinents in Berlin 1884/85 verhandelt wurde, ist durchaus charakteristisch für die europäische Politik vor dem Ersten Weltkrieg. So waren sich die Vertreter der europäischen Staaten vollkommen einig darin, die Afrikaner selbst an den Beratungen nicht zu beteiligen, ja sie nicht einmal anzuhören oder ihre Interessen zu berücksichtigen. Außer Frage stand für sie zudem, dass die Europäer in der „Zivilisierung“ außereuropäischer Völker ihre historische Aufgabe gefunden hätten; und dass sie insbesondere Menschen aus Afrika in jeder Hinsicht überlegen seien, wie es die zur gleichen Zeit dominant werdende „Rassenlehre“ suggerierte. Schließlich waren die Berliner Verhandlungen auch ein Beispiel dafür, dass koloniale Ansprüche oder Kolonien als Verfügungsmasse dienten, auf die die europäischen Staaten Zugriff hatten, wenn sie ihre Konflikte untereinander entschärfen wollten.

### Die Aufteilung Afrikas

Tatsächlich gelang es bis 1914 immer wieder, Konflikte durch koloniale Zugeständnisse friedlich zu lösen. Selbst wenn sich Konfrontationen zuspitzten, ließen sich koloniale „Ausgleichsgeschäfte“ vereinbaren und Interessensphären abgrenzen. So geschah es etwa 1898 bei Fashoda, einem sudanesischen Ort am Weißen Nil, als englische und französische Truppen dort aufeinandertrafen und den jeweiligen Ansprüchen ihrer Regierungen auf Afrika Nachdruck zu verleihen suchten: Frankreich seinen Plänen einer West-Ost-Expansion vom Senegal über den Tschadsee bis zum Nil, Großbritannien einer Süd-Nord-Verbindung von Kairo bis ans Kap der guten Hoff-



#### MARCHEZ ! MARCHAND !

GENERAL JOHN BELL (to MAJOR MARCHAND).—“COME, PROFESSOR, YOU’VE HAD A NICE LITTLE SCIENTIFIC TRIP! I’VE SWABBED THE DEVICES—LUCKILY FOR YOU—AND NOW I RECOMMEND YOU TO PACK UP YOUR FLAG AND GO HOME!!”

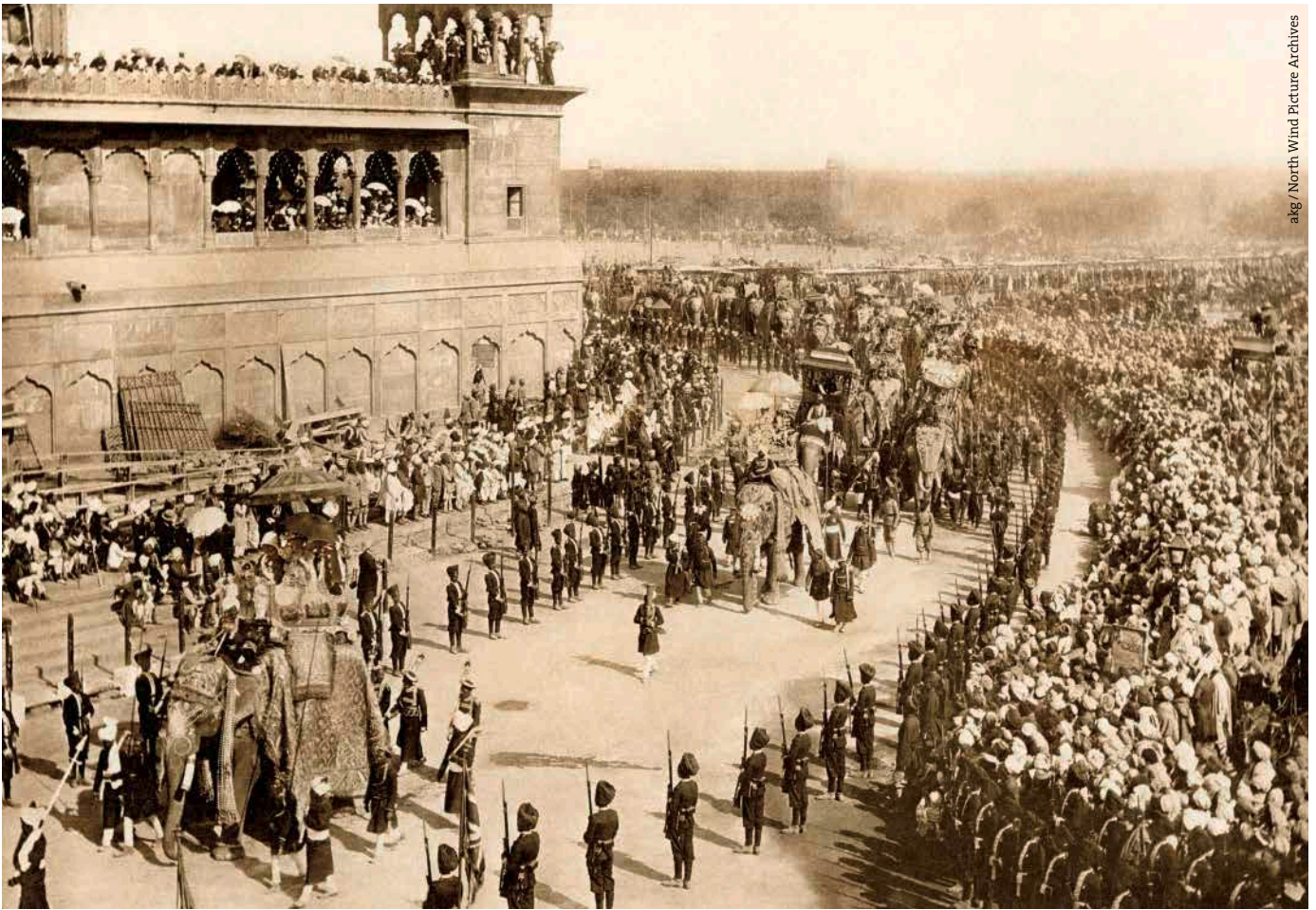
Die Berliner Vereinbarungen bewähren sich in der Praxis: Die französische Karikatur zeigt die Einigung des britischen Generals Horatio Kitchener und des Franzosen Jean-Baptiste Marchand bei ihrem Aufeinandertreffen in Fashoda 1898.

nung. Entschärft werden konnten auch die Konflikte von 1905 bzw. 1911, als deutsche und französische Interessen an Marokko zu wechselseitigen militärischen Drohgebärden geführt hatten.

Hatte zur Zeit der Berliner Konferenz die europäische Darstellung der Landkarte Afrikas noch weite weiße Flächen im Inneren des Kontinents aufgewiesen, so hatten die Europäer bis 1914 die Landmasse untereinander aufgeteilt. Lediglich Liberia und Abessinien, das Gebiet des heutigen Äthiopien und Eritrea, waren (noch) frei von europäischem Zugriff (Abb. Karte IV).

Afrika beflügelte nun auch die Phantasien der kolonialen „Spätkommer“ unter den europäischen Mächten: der beiden jungen Nationalstaaten Deutschland und Italien. Das Deutsche Reich erhob Ansprüche auf Deutsch-Südwest- und Deutsch-Ostafrika sowie auf Kamerun und Togo. Das junge Königreich Italien, selbst erst 1861 entstanden, kontrollierte vor dem Ersten Weltkrieg Libyen und einige Gebiete in Ostafrika (Somaliland, Eritrea); sein Protektorat über Abessinien bestand nur von 1889 bis 1896, blieb aber fortan im Horizont der italienischen Politik.

Damit waren das Deutsche Reich und Italien zwar an der Aufteilung Afrikas beteiligt, doch den Löwenanteil sicherten sich andere: Frankreich nahm sich neben Nordafrika – seit 1830 schon Algerien, das 1881 zum Teil Frankreichs wurde, sowie Tunesien und Marokko – den größten Teil Westafrikas. Tunesien war formal eine Provinz des Osmanischen Reiches



akg / North Wind Picture Archives

Großbritannien ist um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die europäische Supermacht in Asien. Zum Jahreswechsel 1902/03 findet in Delhi in Anwesenheit zahlreicher indischer Würdenträger ein Hoftag (Durbar) anlässlich der Krönung Edwards VII. zum Kaiser von Indien statt. Feierlicher Einzug des britischen Vizekönigs Lord Curzon und seiner Gemahlin

gewesen, bis Frankreich dort 1881 zunächst ein Protektorat errichtete und das Land zwei Jahre später ganz in sein Kolonialreich integrierte. 1896 stieß Frankreich dann im Osten des Kontinents mit der Errichtung der Kolonie Französisch-Somaliland (heute Dschibuti) bis an das Horn von Afrika vor, ein Jahr zuvor hatte es die Insel Madagaskar vor der südostafrikanischen Küste vereinnahmt.

Währenddessen dehnte sich die britische Herrschaft vor allem über Südafrika und weite Teile Ostafrikas aus. Selbst das nach europäischem Maßstab kleine Königreich Belgien hatte 1908 die seit der Berliner Konferenz 1885 als Kongo-Freistaat geführte riesige Privatkolonie König Leopolds II. übernommen. Auch die alte Kolonialmacht Portugal erneuerte ihre Herrschaft in Afrika, indem sie Gebiete in West- und Ostafrika (später Angola und Mosambik) sowie an der nordwestlichen Küste Guineas kontrollierte.

### Die Kolonisierung Asiens

Auch in Asien bestand die imperiale Herrschaft der Europäer nicht nur fort, sondern wurde vor dem Ersten Weltkrieg noch erweitert. Frankreich baute seine Kolonien in Südostasien aus. Der Schwerpunkt lag auf Tonkin, Annam und Cochinchina (den drei Provinzen des späteren Vietnam) sowie Kambodscha (*Union Indochinoise*, 1887); 1893 kam Laos dazu. Europäische Supermacht in Asien war freilich Großbritannien, das 1870 Indien, Burma, Ceylon, Malaya, Niederlassungen an der Straße von Malakka („*Straits Settlements*“), Singapur und Hongkong

beherrschte; bis 1914 kamen weitere kleinere Gebiete dazu. Präsent waren die Briten zudem im Pazifik.

Dort strebte auch das Deutsche Reich nach Kolonialbesitz, der mit Samoa und Neuguinea aber im Vergleich recht bescheiden ausfiel. Auch Portugal hielt einige kleinere Besitzungen im Pazifik (vor allem Macau und Portugiesisch-Timor), während das niederländische Imperium nahezu ganz auf Südostasien (Niederländisch-Ostindien, wo von Java aus weitere Inseln unterworfen wurden) konzentriert war. Mit den Vereinigten Staaten erwuchs den Europäern seit Beginn des Spanisch-Amerikanischen Krieges 1898 ein neuer, zunehmend mächtiger Gegenspieler gerade in ihrem alten Herrschaftsraum, der Karibik, und darüber hinaus: So waren die zuvor von Spanien beanspruchten Philippinen von 1902 bis 1946 eine Kolonie der USA.

Europäische Expansion traf auf Widerstand und konnte häufig nur gewaltsam durchgesetzt werden. Aber auch das Verhältnis von Kolonien und Metropole blieb umstritten. Am erfolgreichsten in ihrer Forderung nach Mitsprache waren Weiße Siedlerkolonien. So erlangte Kanada bereits 1867 den Status eines *Dominion* innerhalb des britischen *Empire*; Australien, Neuseeland und Neufundland folgten 1907, die südafrikanische Union 1910. Dieser Status war mit der Herauslösung aus unmittelbarer britischer Herrschaft und der weitgehend autonomen Regelung der eigenen inneren Angelegenheiten verbunden.

## Territorialisierung und Grenzziehungen in der Hochmoderne

Der in den 1880er-Jahren einsetzende „Wettlauf um Afrika“ bezeichnete nicht nur geografisch eine neue Phase europäischer Expansion; zugleich verband sich europäische Herrschaft nun mit einem höheren Grad territorialer Ordnung: Informelle wichen zunehmend formellen Herrschaftsformen. Die Aufteilung Afrikas, die seit der Kongo-Akte unter dem verbindlichen Vorzeichen „effektiver Inbesitznahme“ erfolgte, fällt zusammen mit dem einsetzenden Zeitalter der „Territorialität“, wie der US-amerikanische Historiker Charles Maier den Zeitraum von den 1860er- bis zu den 1980er-Jahren benannt hat.

„Territorialität“ bedeutet eine präzise, verbindliche Festlegung politischer Grenzen, aber auch, Grenzziehung als dominante soziale Praxis zu verstehen. Im Sinne Maiers heißt das, dass die Grenzen politischer Handlungs- und Identitätsräume in eins fallen; dass politische, rechtliche und soziale Infrastrukturen entstehen, auf denen Identität und „Wir“-Bewusstsein beruhen. Für die Menschen in Afrika war dies weithin eine neue Erfahrung, denn die meisten vorkolonialen Staaten dort waren als Personenverbandsstaaten organisiert. Dies bedeutet, dass sich politische bzw. staatliche Organisation nicht an einem festgelegten Territorium orientierte, sondern an einer Gruppe von Personen, die sich zusammenschloss. Was genau als Lebens- oder Siedlungsraum definiert wurde, war für die Existenz solcher Staaten von nachrangiger Bedeutung.

### Der Effizienzgedanke und die Rationalisierung von Herrschaft

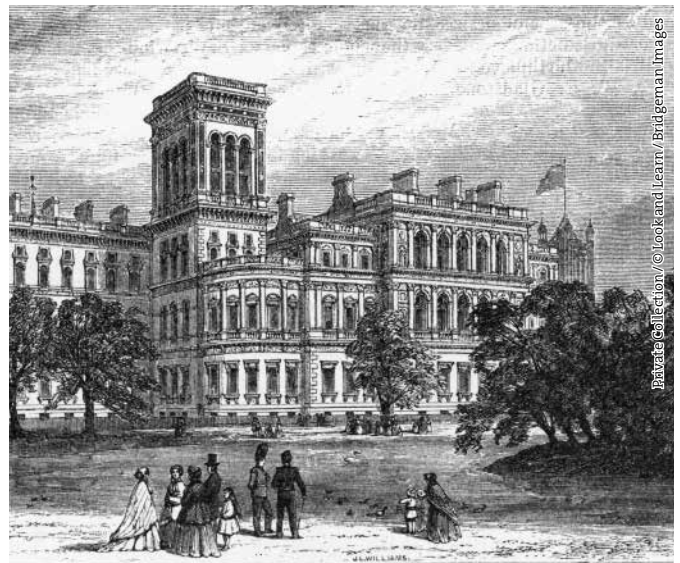
Der Prozess territorialer Grenzziehungen vollzog sich in Europa wie in den europäischen Kolonien gleichermaßen. „Effektive“ Inbesitznahme bedeutete territoriale Konsolidierung, klare rechtliche Absicherung, die Schaffung von Institutionen kolonialer Herrschaft oder Einflussnahme auf bestehende lokale Herrschaftsinstitutionen. Dies war nur möglich, weil sich die Kommunikation zwischen den Kontinenten im späten 19. Jahrhundert merklich verbesserte und beschleunigte. Telegrafien, Unterseekabel, aber auch Eisenbahnen verringerten räumliche Entfernungen, in den Kolonien selbst, aber vor allem auch zwischen ihnen und der Metropole. Die imperialen Räume zogen sich zusammen. Nicht nur symbolisch steht dafür die Übereinkunft von Washington (1884), die mit ihrer weltweiten Orientierung an der „Greenwich Mean Time“ eine globale Zeitordnung festlegte.

In den europäischen Hauptstädten entstanden nun zunehmend eigene Kolonialministerien, die für eine effizientere, mit den Interessen der jeweiligen Kolonialmacht abgestimmte Verwaltung sorgen sollten: in Großbritannien schon 1854 bzw. mit dem wichtigeren *India Office* 1858, in den Niederlanden 1842/57, in Frankreich 1894, in Belgien 1908, in Portugal 1911 und in Italien 1912. Im Kaiserreich wurde 1890 eine eigene Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt angesiedelt, die dem Reichskanzler unterstellt war. Mit Erlass vom 17. Mai 1907 folgte die Gründung des Reichskolonialamtes mit einem Staatssekretär an der Spitze. Das Amt blieb dem Reichskanzler unterstellt. Im Februar 1919 trat dann das Reichskolonialministerium die Nachfolge des Reichskolonialamtes an.

Die Professionalisierung der Kolonialverwaltung war unterschiedlich stark ausgeprägt, der Anspruch darauf aber nirgendwo zu übersehen. Allerdings wurde aus der Geschichtswissenschaft immer wieder darauf hingewiesen, dass in den

europäischen Kolonien fast nirgends wirklich umfassende und effektive Bürokrationen entstanden. In der Regel blieben die Institutionen vor Ort schwach und die europäischen Kolonialherren waren zur Durchsetzung ihrer Herrschaftsansprüche fast immer auf lokale Vermittlung und Unterstützung angewiesen, angefangen von Dolmetschern bis hin zu einheimischen militärischen Hilfstruppen.

Bemerkenswert ist, dass sich innerhalb des imperialen Raumes ähnliche Entwicklungen in Europa und Außereuropa zeigten. Dies gilt für die Rationalisierung von Herrschaft, also für die Vorstellung, Herrschaft müsse rationalen Kriterien folgen und dürfe nicht willkürlich sein, wenn sie effizient und anerkannt sein wollte. Daher wurden umfassende Planungen angestellt und räumliche Ordnungsvorstellungen durchgesetzt. Es erfolgten technokratische Zugriffe und es wurden, wie der Historiker Dirk van Laak gezeigt hat, „menschenswissenschaftliche“ und „mensenökonomische“ Kategorien erprobt, welche die Art und den Nutzen von Menschen wissenschaftlich zu begründen suchten. Dies schlug sich gerade gegen Ende des 19. Jahrhunderts in massenhaften Datensammlungen, Kartografierungen, botanischen und anthropologischen Systematisierungen, kurz: Vermessungen aller Art nieder, aus denen dann handlungsrelevantes Wissen, ja Handlungsanweisungen gewonnen wurden.



NEW FOREIGN OFFICE AND INDIA OFFICE, from St. James's Park.  
Drawn and engraved by J. L. Williams.

Die Verwaltung der Kolonien wird zunehmend professioneller. Beispiele dafür sind das 1858 eingerichtete britische *India Office* in London ...



... und Banknoten des Deutschen Reiches für seine Kolonie in Ostafrika.



Die unterschiedliche Wertigkeit von Menschen soll wissenschaftlich belegt werden. Anthropologen wie Rudolf Virchow vermessen Körper, um daraus Erkenntnisse über die Existenz und Hierarchie von „Rassen“ zu gewinnen.

Wissenschaftler wie der deutsche Mediziner/Pathologe und Anthropologe Rudolf Virchow vermaßen Körper, sowohl in Afrika als auch in großem Stil an deutschen Schulkindern, und suchten dabei Anhaltspunkte für die Existenz verschiedener „Rassen“ zu gewinnen. Sozialanthropologie, Eugenik und „Rasenforschung“ leiteten daraus eine Hierarchie von „Rassen“ ab, die in Europa wie in Außereuropa wissenschaftlich begründete Geltungskraft beanspruchte. Sozialgeografen markierten afrikanische Stammesgebiete genauso wie innerstädtische Armuts- und Kriminalitätszonen in Europa. Grenzen traten deutlicher zutage, nicht nur im politischen Sinne, sondern eben auch Grenzen etwa zwischen „Rassen“, zwischen „uns“ und „den Anderen“.

## Gewalt und Völkerrecht

Eine der zentralen Herrschaftstechniken der europäischen Mächte war die Anwendung von Gewalt. Im kolonialen Alltag war sie allgegenwärtig, sei es, indem sie konkret ausgeübt wurde, sei es, dass sie als permanente Androhung präsent war. Europäische Herrschaft war stets gefährdet, ihr wurde (mitunter gewaltvoller) Widerstand entgegengesetzt – und sie wurde von den Europäern auch als gefährdet empfunden. Deshalb erachteten sie es für notwendig, Aufstände brutal niederschlagen, Strafexpeditionen durchzuführen und blutige Exempel zu statuieren. Zwangsumsiedlungen waren gang und gäbe, wenn es etwa galt, Epidemien wie die Schlafkrankheit zu bekämpfen; und mit Gewalt wurden unzählige Menschen in den Kolonien zur Arbeit auf Plantagen, zum Abbau von Rohstoffen oder zur Arbeit in Fabriken gezwungen. In vielen Gegenden der Welt hat sich physische Gewalt als Mittel, Macht auszuüben und Herr-

schaft zu sichern, bis heute erhalten, auch weil sich die Staaten, historisch gesehen, kaum friedlich, sondern meist im Ergebnis gewaltsamer Auseinandersetzungen gebildet haben.

Besondere Härte in einer oftmals als lebensfeindlich empfundenen, fremden Umwelt zu zeigen, gehörte zum Selbstbild europäischer Männer in den Kolonien. Und auch in den europäischen Gesellschaften selbst war weithin anerkannt, dass die zivilisatorischen Aufgaben gegebenenfalls nur durch den Gebrauch von Gewalt erfüllt werden konnten. Während „der bürgerliche Werthimmel“, so der Titel eines Buches des Historikers Manfred Hettling, also das Bündel von Pflichten und idealen Eigenschaften, Europäern Tugenden wie Selbstbeherrschung nahelegte, kamen diese in den kolonialen Gewalträumen nur allmählich zur Anwendung.

### Die Haager Konferenzen und die Unterscheidung zwischen „Zivilisierten“ und „Kriegern“

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lässt sich gut beobachten, wie Europäer im Umgang mit exzessiver Gewalt zwischen sich und „den Anderen“ unterschieden. Gerade das Völkerrecht bietet reiche Anschauung dafür. So brachten die beiden Konferenzen, die 1899 und 1907 auf Initiative des russischen Zaren und auf Einladung der niederländischen Königin in Den Haag stattfanden, bedeutende Fortschritte in der Regulierung des Rechts im Krieg (*ius in bello*): Um die Zivilbevölkerung im Falle eines Krieges vor übermäßigen Folgen militärischer Gewalt zu schützen, wurde in der Haager Landkriegsordnung von 1899/1907 nun sorgfältig zwischen Kombattanten (Angehörigen der regulären Streitkräfte) und Nicht-Kombattanten (Zivilbevölkerung, aber auch Sanitäter) unterschieden; letztere standen fortan unter besonderem völkerrechtlichem Schutz.

Dies freilich galt nur für die Angehörigen „zivilisierter“, und das hieß zu dieser Zeit: souveräner, anerkannter Staaten. Schon an den Rändern Europas durften die Menschen kaum auf besonderen Schutz hoffen, wie die Balkankriege 1912/1913 zeigten. Doch vor allem in den kolonialen Räumen war die mäßigende Wirkung des modernen Kriegsvölkerrechts gering. Denn es galt vornehmlich für die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen „gesitteten Staaten“, wie es in der Präambel hieß. Nicht in souveränen Staaten organisierten Völkern außerhalb Europas wurde jene Zivilisiertheit abgesprochen, die Anlass zur völkerrechtlichen Einhegung des Krieges gegeben hatte, Kriegsgefangenen einen Anspruch auf rechtmäßige Behandlung und Zivilpersonen Schutzwürdigkeit zuerkannte.

Entsprechend argumentierten Völkerrechtler bis in die Zwischenkriegszeit hinein immer wieder, dass für Auseinandersetzungen in den Kolonien andere Gesetze gälten. Hier wird ein besonderes Menschenbild erkennbar. Denn ohne dies kritisch zu hinterfragen, ging die Mehrheit der Völkerrechtler zu dieser Zeit davon aus, dass es „wilde“ oder auch besonders „kriegerische“ Völker gäbe, gegen die „zivilisierte Europäer“ nur durch den Einsatz besonderer Gewaltmittel bestehen könnten. Die US-Amerikaner argumentierten im Hinblick auf ihre Eroberung Kubas und der Philippinen ähnlich.

Damit stellten sich westliche Mächte gleichsam einen Blankoscheck aus, durch den sie sich auch zum Gebrauch geächteter Waffen berechtigt sahen. So setzten die Briten zuerst im Sudan 1895, dann gegen vornehmlich nicht Weiße Truppen im zweiten Burenkrieg (1899–1902) Dum-Dum-Geschosse ein, die aufgrund einer nur teilweisen Ummantelung beim Auftreffen auf ein Ziel auseinanderplatzen und besonders schwere Verletzungen zufügen. Und in den 1920er-Jahren kam mehrfach bei „Aufstandsbekämpfungen“ Giftgas zum Einsatz.





Auch das Kriegsvölkerrecht, das Anfang des 20. Jahrhunderts in Den Haag entwickelt wird, legt unterschiedliche Maßstäbe an: Anders als bei Auseinandersetzungen zwischen „gesitteten Staaten“ ist gegenüber „wildern“ Völkern der Einsatz massiver Gewalt erlaubt. Mit Schusswaffeneinsatz verschafft sich im Dezember 1884 die Besatzung eines deutschen Marinekriegsschiffs Zugang zur Küste Kameruns.

## Wo der Imperialismus noch wirkt

**Frankfurter Rundschau (FR):** Herr Anghie, was für ein Verhältnis besteht zwischen internationalem Recht und Kolonialismus?

**Anghie:** Im 19. Jahrhundert war es völlig legal, in den Krieg zu ziehen, die Völker Afrikas und Asiens und deren Land zu erobern. Im Falle Australiens kam England an, pflanzte eine Flagge in den Boden und beanspruchte einen ganzen Kontinent als sein Hoheitsgebiet. Auch massive Gewalt war völkerrechtlich legal. [...]

[A]ußereuropäische Völker wurden nicht als souverän betrachtet, weil sie eine Kultur hatten, die sich von der Zivilisation unterschied, die Europa als dem richtigen Standard entsprechend ansah. Länder, die andere Kulturen oder Regierungssysteme hatten, galten als unzivilisiert. Und da sie unzivilisiert waren, wurde ihnen im 19. Jahrhundert die Souveränität abgesprochen.

Was das Völkerrecht angeht, ist es so: Wenn ein Staat nicht souverän ist, kann er sich nicht an der Gestaltung dieses Rechts beteiligen. Infolgedessen waren die Völker Afrikas und Asiens die Objekte, gegen die sich das Völkerrecht durchsetzen konnte. Als Ergebnis der europäischen Eroberung wurden alle diese Gebiete in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Pazifik unter ein von Europa geschaffenes Rechtssystem gebracht. [...]

**FR:** Hat sich das Völkerrecht seitdem verändert? Wie sieht es heute in Bezug auf die einstigen Kolonien aus?

**Anghie:** [...] Das Völkerrecht funktioniert nicht demokratisch. Hundert Länder könnten sagen, wir sollten Atomwaffen verbieten. Aber wenn die Atomstaaten sagen, dass sie sich dem nicht beugen und ihre Waffen behalten wollen, gibt es nichts, was die anderen Staaten tun können. Im Völkerrecht wie in

vielen anderen Bereichen des Rechts sind es die Mächtigen, die das Gesetz erlassen und es den Schwachen auferlegen. Und die Schwachen, selbst wenn sie unabhängige souveräne Staaten sind, können die Mächtigen nicht so leicht dazu zwingen, etwas zu tun, das ihren Interessen entgegensteht.

**FR:** Sie argumentieren, dass das Völkerrecht bis heute seinen imperialistischen Charakter bewahrt hat. [...] Könnten Sie das erklären?

**Anghie:** [...] Wenn wir zum Beispiel den Krieg gegen den Irak [von 2003 unter Führung der USA] betrachten [...], können wir sehen, dass dieses Gedankenkonstrukt [der *mission civilisatrice*, der Zivilisierungsmission der Kolonialmächte] immer noch sehr wirkmächtig ist und sich sogar in angeblich modernen Rechtsdoktrinen ausdrücken kann. [...] Mächtige Staaten rechtfertigen die Gewalt, indem sie neue Rechte vorbringen, die „der Zeit angemessen sind“ oder neue Versionen der Menschenrechtsgesetzgebung, die derartige Gewaltmaßnahmen erlauben.

Antony Anghie, Jahrgang 1961, ist Professor für Recht an der National University of Singapore und der University of Utah, Salt Lake City. Sein Forschungsinteresse gilt den Bereichen Völkerrecht, Internationales Wirtschaftsrecht, Menschenrechte, Internationale Rechts- und Geschichtstheorie.

„Im Völkerrecht ist es bis heute so, dass die Mächtigen das Gesetz erlassen“. Interview von Susanne Lenz mit Antony Anghie, in: Frankfurter Rundschau vom 28. Januar 2018

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt

## Tatbestand Völkermord

[...] Deutschland schloss in der neuerworbenen Kolonie [Deutsch-Südwestafrika] Schutzverträge mit einzelnen Stämmen, auch mit den Herero, zunächst aber nicht mit den Nama. [...] Die Herero, die sich von den Deutschen eigentlich Schutz vor den Nama [...] erhofft hatten, sagten sich 1888 von dem Schutzvertrag los. Zwar wurde das Abkommen zwei Jahre später wieder in Kraft gesetzt. In der Zwischenzeit hatten sich aber die allgemeinen Kräfteverhältnisse zu Lasten der Herero verändert. Zu einer Katastrophe [...] wuchs sich 1897 eine Rinderkrankheit aus [...]. Etwa 95 Prozent der Tiere verendeten. Fortan mussten viele Herero für die Kolonialmacht arbeiten, da sie sich anders nicht mehr ernähren konnten.

Das Leben in der Kolonie wurde für die Einheimischen zunehmend schwer, da sich die Kolonialherren im Wortsinne immer breiter machten. Siedler beanspruchten immer mehr Wasserstellen für sich, was den einheimischen Viehzüchtern die Lebensgrundlage entzog. Händler betrogen Einheimische. Die Unzufriedenheit wuchs und brach sich schließlich im Januar 1904 blutig Bahn. Die Akten der evangelisch-lutherischen Kirche der Kolonie enthalten ein Eingeständnis der Gründe für den Aufstand: „Bleibt die Wahrheit bestehen, dass der Zündstoff zum Aufstand 1904 zum großen Teil von solchen Weißen zusammengetragen worden ist, die im Bewusstsein ihres Herrenmenschentums das Recht empfinden des Herero-Volkes fortgesetzt und ungeschert glaubten mit Füßen treten zu dürfen.“ Geschrieben wurde das zwar erst [...] 1912. Aber für die damalige Zeit ist es doch eine sehr bemerkenswerte Aussage.

[...] Nachdem bis April 1904 die Kämpfe kein eindeutiges Ergebnis gezeigt hatten, stellte Gouverneur Theodor Leutwein die militärischen Operationen vorübergehend ein. Er wollte auf Verstärkung aus Europa warten. Auch danach gedachte Leutwein die Kämpfe so zu führen, dass das Volk der Herero erhalten bleibe. Der neue Oberbefehlshaber der Truppe, Generalleutnant von Trotha, hatte andere Vorstellungen. Afrikaner, so der Offizier [...], wichen nur der Gewalt. „Diese Gewalt mit krassem Terrorismus und selbst mit Grausamkeit auszuüben war und ist meine Politik“, äußerte Trotha.

Er sollte seinen Grundsätzen treu bleiben. Nachdem im Laufe des Monats Juli Verstärkung aus Deutschland in der Kolonie eingetroffen war, stellten sich die Aufständischen im August am Waterberg zur Entscheidungsschlacht. [...]. Die deutschen Trup-

pen schlossen sie ein, wobei sie die Einheiten so aufstellten, dass an einer Stelle ein Ausbruch der Belagerten möglich war. Dieser eine Ausweg führte allerdings in die Omaheke-Wüste, also ins beinahe sichere Verderben. Einzelnen war es, wie sich im Nachhinein auch zeigte, möglich, die Wüste zu durchqueren und das von Großbritannien kontrollierte Gebiet, das heute Botswana heißt, zu erreichen. Aber für Zehntausende reichten die wenigen Wasserstellen keinesfalls aus.

[...] Die deutschen Truppen verfolgten die Herero und trieben sie so tiefer in die Wüste. Sie verlegten den Fliehenden alle Wege, die sie hätten retten können. Diese Sperrung erfüllt aus heutiger Sicht den Tatbestand des Völkermords. Dieser Befund wird noch gestützt durch einen Befehl Trothas vom 2. Oktober 1904. Darin ordnete er an, Frauen und Kinder durch Schüsse über ihre Köpfe aus der Kolonie zu vertreiben, Männer dürften erschossen werden.

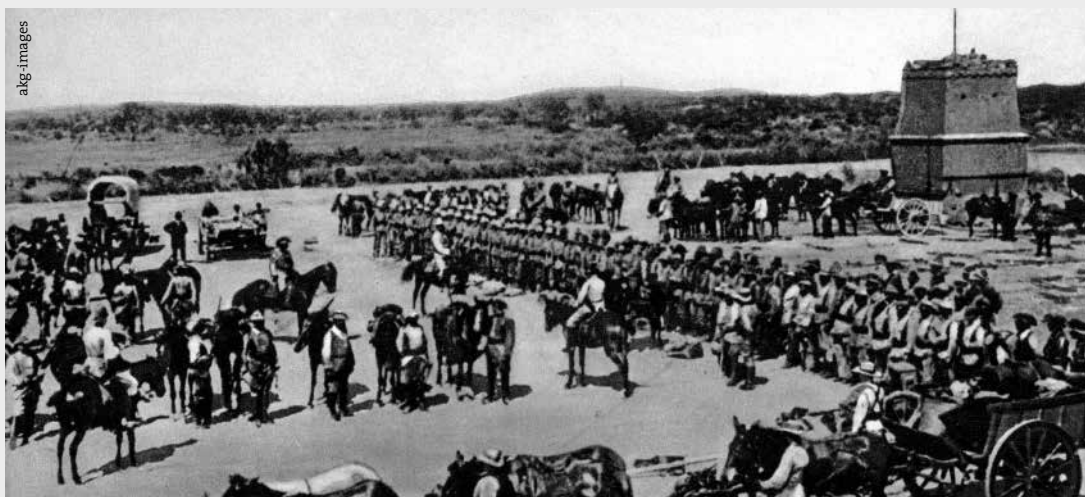
[...] Der politischen Führung in Berlin [...] war der Eifer ihres Oberbefehlshabers in der fernen Kolonie [...] nicht geheuer. [...] Nicht zuletzt als Reaktion auf öffentliche Kritik [...] veranlasste die Reichsregierung die Aufhebung des Trothaschen Befehls. Das geschah allerdings erst zum 1. Dezember 1905. [...] Die Volkszählung von 1911 in Südwestafrika ergab eine Herero-Bevölkerung von 15 130 Personen. Das wäre ein Fünftel bis ein Viertel der Bevölkerungszahl von vor dem Aufstand. [...]

Die Nama, die alten Rivalen der Herero, starteten ihren Aufstand erst im Oktober 1904. Die Kolonialherren waren überrascht, hatten sie die von ihnen so genannten "Hottentotten" doch für loyal gehalten. Diese allerdings sahen sich, wie die Herero, im eigenen Land von den Siedlern zunehmend marginalisiert. [...]

Trotz einer eindeutigen militärischen Überlegenheit zogen sich die Kämpfe mit den Nama über mehrere Jahre hin. [...] Sie stellten sich nicht zu irgendwelchen Entscheidungsschlachten, sondern entzogen sich dem finalen Zugriff der Deutschen immer wieder durch rechtzeitigen Abzug. [...] Wirklich vorbei war der Kampf erst im Februar 1909. Die Deutschen verloren 676 Mann. 76 Soldaten blieben vermisst, hinzu kamen 90 Verwundete. Die Verluste der Nama sind nicht genau zu beziffern, aber sie waren mit Sicherheit sehr hoch. [...]

Peter Sturm, „Tod in der Wüste“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Juni 2016

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv



Eine Abteilung der deutschen Schutztruppe im Februar 1904 bei der Militärstation Omaruru, die zuvor von Herero angegriffen worden war.

## Befehl von Generalleutnant von Trotha

**Kommando der Schutztruppe** Osombo – Windhuk, 2.10.04  
J. Nr. 3737.

Ich der große General der Deutschen Soldaten sende diesen Brief an das Volk der Herero.

Die Herero sind nicht mehr Deutsche Untertanen. Sie haben gemordet und gestohlen, haben verwundeten Soldaten Ohren und Nasen und andere Körperteile abgeschnitten und wollen jetzt aus Feigheit nicht mehr kämpfen. Ich sage dem Volk: Jeder der einen der Kapitäne an eine meiner Stationen als Gefangenen abliefert erhält tausend Mark, wer Samuel Maherero bringt erhält fünftausend Mark. Das Volk der Herero muß jedoch das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich es mit dem Groot Rohr dazu zwingen.

Innerhalb der Deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auch auf sie schießen.

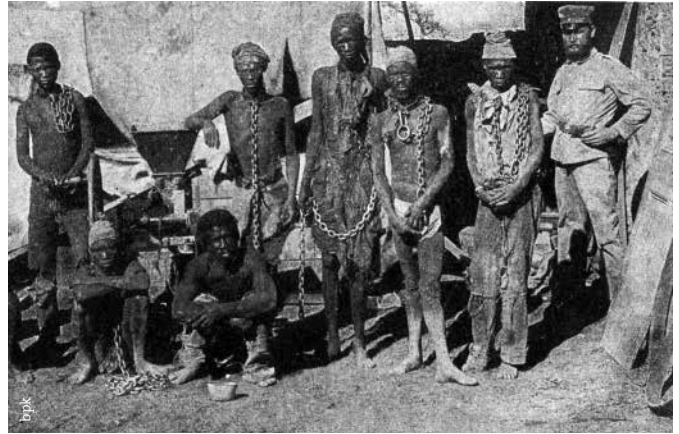
Dies sind meine Worte an das Volk der Herero.

Der große General des mächtigen Deutschen Kaisers.

Dieser Erlaß ist bei den Appells den Truppen mitzuteilen mit dem Hinzufügen, daß auch der Truppe, die einen der Kapitäne fängt, die entsprechende Belohnung zu teil wird, und daß das Schießen auf Weiber und Kinder so zu verstehen ist, daß über sie hinweggeschossen wird, um sie zum Laufen zu zwingen. Ich nehme mit Bestimmtheit an daß dieser Erlaß dazu führen wird, keine männliche Gefangene mehr zu machen, aber nicht zu Grausamkeiten gegen Weiber und Kinder ausartet. Diese werden schon fortlaufen, wenn zweimal über sie hinweggeschossen wird. Die Truppe wird sich des guten Rufes der Deutschen Soldaten bewußt bleiben.

Der Kommandeur.  
gez. v. Trotha  
Generalleutnant

Bundesarchiv R1001/2089



*Erfolge im Kampf gegen die Herero werden im Bild festgehalten und sollen damit auch die heimatische Öffentlichkeit erreichen: Ein Mitglied der Schutztruppe posiert mit gefangenen Widersachern.*



*Die Nama wehren sich mit Guerillataktik gegen die deutsche Kolonialmacht. Hendrik Witbooi, einer ihrer prominenten Anführer, und seine Gefolgsleute präsentieren sich selbstbewusst zu Pferde.*

eine rechtliche Gleichbehandlung der Kolonisierten plädierten, blieben randständig.

Besondere Aufmerksamkeit in der Forschung wie in öffentlichen Debatten Deutschlands hat in diesem Panorama der Gewalt das Vorgehen gegen die Herero und Nama gefunden. Im Anschluss an die Politologin und Philosophin Hannah Arendt formulierte der Historiker Jürgen Zimmerer die These, der deutsche Feldzug in Südwestafrika habe als erster „Vernichtungskrieg“ neue Maßstäbe gesetzt, aus denen sich dann im Nationalsozialismus die Politik des Völkermords entwickeln können. Vor allem ein Denken in Kategorien ethnischer Vernichtung hätte den Weg von „Windhuk nach Auschwitz“ bereitet.

Diese These ist kontrovers diskutiert worden. Die Historikerin Birthe Kundrus wandte dagegen ein, dass die Feldzüge gegen das Volk der Herero und Nama im Unterschied zur Vernichtung der europäischen Juden im Nationalsozialismus kein geplanter Völkermord gewesen seien; andere Historiker wie etwa Robert Gerwarth, Stephan Malinowski und Raphael Gross haben geltend gemacht, dass auch andere europäische Kolonialmächte, vor allem Frankreich und Großbritannien, gewaltvoll agiert, dann aber keinen Völkermord begangen oder faschistische Regime ausgebildet hätten. Dem wiederum ließe sich entgegenhalten, dass Lager und Stacheldraht, vor allem aber die Auffassung, es könne „Endlösungen“ geben, durchaus kolonialen Ursprungs waren.

## Zwischen rechtlicher und moralischer Legitimität

Rechtliche Konsequenzen hatte weder dies noch die Gewalt, die deutsche Kolonialtruppen 1904 bis 1908 im Kampf gegen die Herero und Nama anwandten. 2016, mehr als hundert Jahre später, bewertete die Bundesregierung die Niederschlagung der Aufstände der Herero und Nama als Völkermord, eine Kategorie, die allerdings erst seit 1948 im Völkerstrafrecht verankert ist und daher nach bisheriger Rechtsauslegung nicht rückwirkend geltend gemacht werden kann.

Zur Zeit kolonialer Expansion war das Recht jedenfalls kein verlässliches Instrument, mit dem sich Gewalt einhegen ließ. Im Gegenteil eröffnete es koloniale Gewalträume und legitimierte deren Existenz. Die Europäer nutzten diese historische Chance, ihre „zivilisatorische Überlegenheit“ tief in das moderne Völkerrecht einzuschreiben, sich selbst als Subjekte und die Kolonisierten allenfalls als Objekte des Rechts zu markieren – und auf diese Weise ein festes Fundament für asymmetrische Machtbeziehungen zu legen. Stimmen, die aus humanitären Gründen für eine Einhegung kolonialer Gewalt und



Die neue Massenpresse verbreitet Bilder der Schreckensherrschaft des belgischen Königs im Kongo und ruft damit Massenproteste hervor.

### Zwischen Verherrlichung und Protest: der Umgang mit kolonialer Gewalt in Europa

Werke der zeitgenössischen deutschen Jugendliteratur popularisierten den Krieg in Südwestafrika und konnten zur Folge haben, dass Heranwachsende in einer besonderen Gewaltkultur sozialisiert wurden. Literarische Verarbeitungen, ja Verherrlichungen kolonialer Gewalt blieben bis in die 1950er-Jahre gerade in Deutschland beliebt. Zu den bekanntesten und über Jahrzehnte gelesenen Büchern dieser Art zählt der Roman „Peter Moors Fahrt nach Südwest“ von Gustav Frenssen, der 1906 erstmals erschien, mehrere Auflagen mit insgesamt mehreren Hunderttausend Exemplaren erreichte und 1953 erneut aufgelegt wurde. Der Roman handelt von dem Jungen Peter Moor, der sich als Marinesoldat für den Krieg gegen die Herero meldet und über seine Kriegererlebnisse berichtet. Aus der Sicht dieser Romanfigur erscheint der Ausgang des Krieges nur als gerecht: „Diese Schwarzen haben vor Gott und den Menschen den Tod verdient. [...] Gott hat uns hier siegen lassen, weil wir die Edleren und Vorwärtsstrebenden sind“, heißt es beispielsweise in diesem für ein jugendliches Lesepublikum verfassten Buch.

Allerdings wurde koloniale Gewalt in den europäischen Gesellschaften vor dem Ersten Weltkrieg nicht ausschließlich als Normalität bewertet oder gar verherrlicht. Zwar blieben rechtliche Konsequenzen (vorerst) aus, doch gab es am Anfang des 20. Jahrhunderts durchaus gesellschaftliche Gruppen, die sich im humanitären Sinne engagierten. Daher stießen die Feldzüge gegen die Herero und Nama in Deutschland und in den Nachbarstaaten auch auf öffentliche Kritik. Doch wie bereits im Rahmen der Anti-Sklaverei-Bewegung des 19. Jahrhunderts waren es dann vor allem wieder britische Aktivistinnen und Aktivisten, die gegen die zeitgenössisch so genannten Kongo-

Gräuelt eine breitere europäische Öffentlichkeit zu mobilisieren suchten.

Das Schreckensregime des belgischen Königs Leopold II. im Kongo stellte in der Tat eine besonders grausame Form europäischer Herrschaft in Afrika dar. Speziell mit der Kautschukernte war eine extreme Ausbeutung der kongolesischen Arbeiter verbunden. So wurden beispielsweise Familienangehörige als Geiseln genommen und getötet, wenn die geforderte Erntemenge nicht abgeliefert wurde. Mit brutalen Strafen wurde auch gegen jene vorgegangen, die sich dem Regime zu widersetzen versuchten. Dass sich dagegen in den europäischen Gesellschaften Protest formierte, belegt, dass die Sensibilität gegenüber kolonialer Gewalt zunahm. Es zeigt aber auch, wie durch verbesserte Kommunikation und besonders durch das Aufkommen der Massenpresse koloniale Missstände in Europa skandalisiert werden konnten. Eindrückliche Fotografien, die in der Presse veröffentlicht wurden, sorgten dafür, dass die europäischen Gesellschaften Anteil nahmen, wenn sie die „Leiden anderer betrachteten“, um eine Formulierung der US-Publizistin Susan Sontag zu gebrauchen. Eine breite Protestwelle führte dazu, dass der Kongo-Freistaat aus dem Privateigentum des belgischen Königs in eine Kolonie des belgischen Staates überführt wurde.

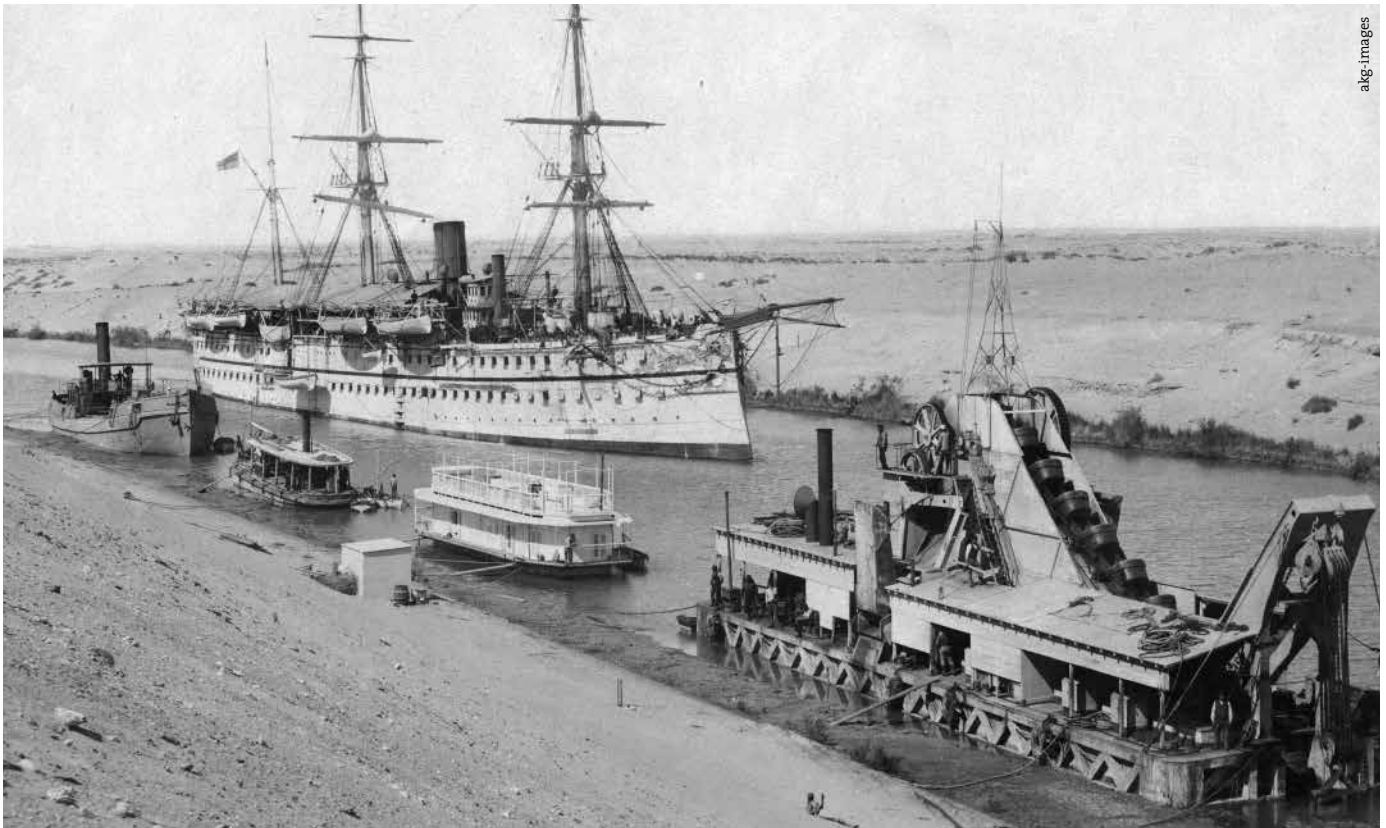
### Wirtschaft in der Globalisierung

Das späte 19. Jahrhundert erlebte eine weltweite Vernetzung, die in Ausmaß und Tiefe erst im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts vergleichbar erreicht wurde. Internationale Verbindungen verdichteten sich; Personen, Waren, von Menschen geschaffene oder bearbeitete (Kunst-)Gegenstände (Artefakte), aber auch Ordnungsvorstellungen zirkulierten in globalem Maßstab. Dies hatte zuallererst mit verbesserter Kommunikation zu tun. Nicht nur Nachrichten verbreiteten sich nun schneller zwischen den Kontinenten, sondern auch die Handelswege erfuhren eine rasante Beschleunigung. Nachdem der Suez-Kanal ab 1869 dem Schiffsverkehr offenstand, verkürzte sich beispielsweise die Reisezeit von London ins indische Mumbai um 41 Prozent. Die alten Segelschiffe wurden nun zunehmend durch die schnelleren und windunabhängigen Dampfschiffe verdrängt. Benötigten Reisende von Amsterdam nach Java in den 1850er-Jahren noch drei bis vier Monate, so waren sie um 1900 nur noch einen Monat lang unterwegs.

Transporte wurden billiger: Die Frachtraten sanken zwischen 1870 und 1913 um 50 Prozent. Moderne Kühltechnik an Bord erlaubte bald auch den Transport verderblicher Waren. Erst dadurch wurde der globale Handel, beispielsweise mit Fleisch oder Bananen, in großem Stil möglich. Einzelne Regionen der Welt setzten vor diesem Hintergrund bald vorrangig auf die Erzeugung von Agrarprodukten wie etwa Neuseeland, Kanada und Australien als Hauptlieferanten Großbritanniens. Insgesamt wuchs der Welthandel zwischen 1850 und 1913 um das Zehnfache.

### Europäische Nachfrage nach Rohstoffen

Westeuropa war eingebunden in den weltweiten Handel, in dem vor dem Ersten Weltkrieg die Amerikas eine herausragende Rolle spielten. Doch auch die europäischen Kolonien waren in einzelnen Bereichen bedeutsam. Die sogenannte zweite industrielle Revolution in Westeuropa, die sich in Elek-



akg-images

Der Suezkanal entsteht unter französischer Federführung in zehnjähriger Bauzeit von 1859 bis 1869, um die Handelswege zwischen Europa, Afrika und Asien enger miteinander zu verbinden und den Transport von Menschen und Gütern zu beschleunigen. Aufnahme um 1885



Hulton Archive / Getty Images

Erdöl wird zum unverzichtbaren Rohstoff des Maschinenzeitalters. Daher wecken die Ölfelder, die im Mittleren Osten entdeckt werden, das Interesse auswärtiger Staaten und Ölkonzerne. Anfänge der Ölförderung nahe Buschehr im heutigen Iran



Universal History Archive / UIG / Bridgeman Images

Cecil Rhodes gründet 1888 die Firma De Beers, die das Monopol über die Diamantenproduktion im südlichen Afrika erhält. Für die Arbeit in den Minen werden auch einheimische Zulu eingesetzt. Kimberley um 1885

trifizierung, Mechanisierung und Massenproduktion niederschlug, weckte einen neuen Bedarf an Rohstoffen. Nun waren es nicht mehr nur Baumwolle oder Kohle, sondern beispielsweise Kupfer für elektrische Leitungen, bald auch Erdöl, die die modernen europäischen Ökonomien benötigten. Vor allem die Erdölvorkommen im Mittleren Osten – in Persien, dem heutigen Iran, wurden 1908 Ölfelder entdeckt – wurden zum Schmierstoff im Getriebe des Imperialismus nach dem Ersten Weltkrieg. Hand in Hand mit multinationalen Ölkonzernen suchte die britische Regierung ihren Einfluss in der Region zu sichern. Allen voran kooperierte sie mit der *British Petroleum* (BP), hervorgegangen aus der *Anglo-Persian Oil Company*. Erst

ab den 1950er- und 1960er-Jahren gelang es den selbstständig werdenden Staaten zunehmend, ihre eigenen Interessen bei der Ölförderung durchzusetzen.

Die beginnende Automobilisierung in den westlichen Ländern ließ auch den Bedarf an Kautschuk in die Höhe schnellen. In Süd- und Südostasien entstanden mit britischem und niederländischem Kapital riesige Kautschukplantagen, die von indischen und chinesischen Kontraktarbeitern (siehe S. 24) bewirtschaftet wurden, während der Kautschuk-Boom im Kongo zu einer beispiellos brutalen Ausbeutung lokaler Arbeitskraft führte. Gleiches gilt für den Abbau anderer Mineralien, etwa von Gold und Diamanten.



INTERFOTO / TV-Yesterday

Die verbilligten Transportmöglichkeiten machen „Kolonialwaren“ auch für eine breitere Bevölkerung erschwinglich. Einer der ersten Edeka-Läden, eröffnet 1901 in Hannover, in einer Aufnahme von 1926

### Exotik im Tante-Emma-Laden

Bis in die siebziger Jahre hießen Tante-Emma-Läden noch Kolonialwarenläden – und wer weiß heute noch, dass die Abkürzung der Supermarktkette Edeka (gegründet 1898) für „Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler im Halleschen Torbezirk zu Berlin“ steht? Produkte aus den Kolonien wurden hier feilgeboten: Kaffee aus Brasilien oder Tee aus Kenia, Zucker aus Kuba oder Reis aus Vietnam, Kakao von der Westküste Afrikas oder Zigarren aus Indonesien.

Auf diese Spezereien waren die Händler stolz. Die Jagd nach den exotischen Gewürzen und Genussmitteln hatte schon Kriege ausgelöst und Entdecker- wie Abenteuerertum entfacht. Vasco da Gama war nicht nur aus Neugier nach Indien aufgebrochen.

Viele folgten seinen Spuren. Als der deutsche Steuermann Joachim Nettelbeck 1773 von seinem holländischen Sklavenschiff nahe Surinam an Land gehen musste, um ein Leck reparieren zu lassen, kam er ins Schwärmen: „Flugs wirbelte in mir auch dieser letztere Umstand im Kopf herum: der preußische Patriotismus ward in mir lebendig, und ich sann und sann, warum denn nicht mein König hier eben so gut, als England und Frankreich, seine Kolonie haben und Zucker, Kaffee und andere Kolonialwaren eben, wie Jene, anbauen lassen sollte?“

Der Begriff Kolonialwarenladen überlebte noch die Kolonialzeit. Nach und nach aber setzte er Patina an und wurde vom Supermarkt oder dem Feinkostgeschäft ersetzt. Nur wenige Geschäfte wie der Bremer Kolonialwarenladen Wilhelm Holtorf nennen sich immer noch so. 1976 wurde er sogar preisgekrönt – aber schon nicht mehr als Kolonialwarenladen, sondern als „Deutschlands schönster Tante-Emma-Laden '76“.

Thilo Thielke, „Exotischer Genuss: Der Kolonialwarenladen“, in: SPIEGEL GESCHICHTE Nr. 3/2013, S. 110



Exotik ist werbewirksam. Der „Sarottimohr“ war von 1918 bis 2004 Markenzeichen der in der Berliner Mohrenstraße entstandenen Schokoladenfirma Sarotti.

Im Lebensmittelsektor wurden ehemalige Luxusprodukte nun in wachsenden Mengen aus den Kolonien nach Europa gebracht und dort zu geringeren Preisen für breitere Bevölkerungsschichten zugänglich. Auch hier waren die Haupthandelspartner die Amerikas. Doch Zucker aus Java, Kaffee aus Kenia, Uganda, Äthiopien, Angola und Java, dann auch von der Elfenbeinküste, Tee aus Indien, Ceylon und Java, Kakao aus Trinidad, Surinam, der Goldküste, Nigeria, der Elfenbeinküste, Kamerun und Togo spielten für die europäischen Konsumenten ebenfalls eine wichtige Rolle. In Deutschland vermarkteten „Kolonialwarenhändler“ diese Produkte. Die bis heute bestehende Supermarktkette Edeka wurde 1898 als „Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler im Halleschen Torbezirk zu Berlin“ („E.d.K.“) gegründet. Die Händler betonten den exotischen Charakter der Waren und verbanden sie auf diese Weise werbewirksam mit Vorstellungen kolonialer Welten. Bilder exotisch wirkender Menschen, mit denen für verschiedene Produkte geworben wurde, verfestigten langlebige Bilder von fremdländischen „Anderen“ und rassistische Stereotype.

## Die Geschichte: Banania

Linda Lô, eine französische Journalistin, deren Eltern aus dem Senegal und Kamerun stammen, erzählt von ihrem zwiespältigen Verhältnis zu Banania:

Banania ist mir vertraut und gleichzeitig suspekt. Vertraut, weil es ein beliebtes Getränk ist, das von einer Figur angepriesen wird, die schwarz ist, wie ich. Suspekt, weil es ein Frankreich voller überholter Klischés symbolisiert. Denn in Banania, das zu Beginn des ersten Weltkriegs im Sommer 1914 auf den Markt kam, steckt nicht nur Kakao, sondern auch viel Kolonialgeschichte.

Die Zutaten laden zu einer Reise auf die Antillen oder nach Schwarzafrika ein: Bananenpulver – daher der Name – Kakao und Rohrzucker. Als er dieses Kakaopulver erfand, benutzte Pierre Lardet als Markenzeichen eine Frauenfigur von den Antillen. Ab 1915, also zu Kriegszeiten, wird daraus ein „tirailleur sénégalais“, ein Senegalschütze.

Etwas Geschichte: 1857 gründet General Louis Faidherbe, Gouverneur der französischen Kolonie Senegal, ein Soldatenkorps, die „tirailleurs sénégalais“, Senegalschützen. Eine Kolonialarmee, die bald überall in West- und Französisch-Äquatorialafrika Soldaten rekrutiert. [...] Um sich bei den Soldaten verständlich zu machen, die unterschiedliche Sprachen sprechen, bringt man ihnen vereinfachtes Französisch bei, Tirailleur-Französisch.

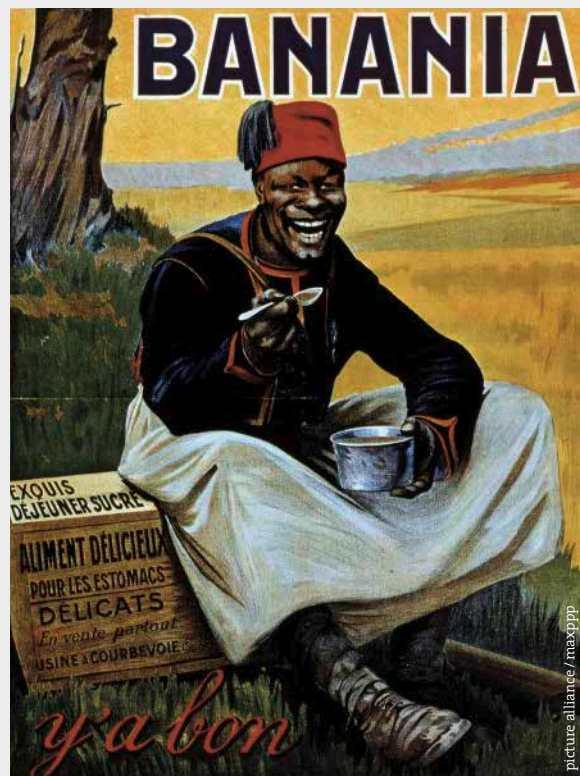
Doch zurück zu Banania. Seit 1915 zierte also dieser berühmte „Senegalschütze“ Lardets gelbe Dosen. Drei Merkmale: Die rote Chechia, die typische Kopfbedeckung der Moslems, das breite Lächeln und der Slogan: „Y'a bon Banania“, Tirailleur-Französisch für „C'est bon, le Banania“, „Banania schmeckt gut“. Angeblich soll das ein Senegalschütze nach dem ersten Schluck Banania am Fabrikausgang gesagt haben. Als Reklame für das Kakaopulver werden 14 mit Banania beladene Wagons zu den

Soldaten an die Front gebracht, damit diese „force et vigueur“, Kraft und Stärke tanken. Ein Erfolg.

Und schon bald hält die Dose in die französischen Haushalte Einzug. Im Ersten Weltkrieg können „Kraft und Stärke“ die Soldaten dieser Kolonialarmee leider nicht verschonen, einer Armee, in der Zwangsrekrutierte aus allen Teilen des Kolonialreiches dienen müssen, mit dem klaren Ziel: Das Leben der weißen Soldaten zu schonen. General Mangin schreibt von „schwarzen Streitkräften, die vor dem Winter verbraucht werden müssen, da sie keine Kälte vertragen“. Mit den Schwarzafrikanern schickt man tausende Soldaten aus dem Maghreb, von den Antillen und aus Neu-Caledonien für Frankreich an die Front. Von den ungefähr 200 000 afrikanischen Soldaten, die von 1914 bis 1918 für Frankreich kämpfen, fallen mehr als 30 000.

Im Zweiten Weltkrieg zeichneten sich die Senegalschützen erneut aus, sterben auf dem Schlachtfeld oder in Konzentrationslagern. Ein trauriges Ereignis leitet das Ende der Senegalschützen ein: Das Massaker von Thiaroye. Am 1. Dezember 1944 wird in einem Lager bei Dakar im Senegal auf Senegalschützen, die ihren Sold einfordern, das Feuer eröffnet. Offiziell kamen 35 Soldaten um, 4 Tage später ist in einem Bericht von 70 Opfern die Rede. Doch der Senegalschütze sagt auf den Bananiadosen weiterhin „Y'a bon Banania“. Erst 1977 schafft die Marke den Slogan, der oft zu rassistischen Zwecken verfremdet wird, ab. Zugegeben, das breite naive Lächeln und ein Spruch, der das vereinfachte Französisch karikiert, sind wirklich überholt. Heute sind die Gegenstände mit dem Kopf des Senegalschützen Sammlerobjekte. Gegenstände, die diesen Helden der französischen Geschichte zumindest ein Gesicht verleihen.

Linda Lô, „die Geschichte: Banania“, arte – Karambolage 345 vom 16. November 2014



„Banania“, ein in Frankreich beliebtes Kakaopulvergetränk, wird anfangs mit der Abbildung einer exotischen Schönheit von den Antilleninseln beworben. Ab 1915, im Ersten Weltkrieg, zierte ein Kolonialsoldat, ein „Senegalschütze“, die „Banania“-Dosen.



Häufig übernehmen Kontraktarbeiter, vor allem Chinesen, die frühere Sklavenarbeit. Bau einer Militärstraße in Hongkong um 1920

### Zwangsarbeit als Teil der europäischen „Zivilisierungsmission“

Wenig thematisiert wurde in den europäischen Gesellschaften, dass der koloniale Handel mit massenhafter Zwangsarbeit einherging. Zwar war der Sklavenhandel seit dem frühen 19. Jahrhundert offiziell abgeschafft, doch bestand Sklaverei in Form der „*indentured labour*“ (Kontraktarbeit) in weiten Teilen der Welt fort. Gerade die kolonialen Plantagenwirtschaften, die Bergwerke und Minen waren angewiesen auf billige Arbeitskräfte, die häufig aus China stammten. Der chinesische „*Coolie* (Kuli)“ war der prominente Typus eines Arbeiters, der – häufig gewaltsam – rekrutiert und nach Afrika, Südamerika oder Südostasien gebracht wurde, wo er die Kosten seiner Überfahrt „abarbeiten“ musste, deshalb nur geringen Lohn erhielt und unter zumeist elenden Bedingungen lebte. Diese Praxis bestand bis weit in die Zeit zwischen den Weltkriegen hinein.

Zur europäischen „Zivilisierungsmission“ gehörte die Vorstellung, dass die Arbeiter in den Kolonien „zur Arbeit erzogen“ werden müssten. Klagen über ihre vermeintlich mangelnde Arbeitsmoral und Effizienz bestimmten den Diskurs in den europäischen Metropolen. Der Historiker Sebastian Conrad hat gezeigt, wie aus der kolonialen Begegnung mit den Menschen in den Kolonien und deren Missionierung überhaupt erst Vorstellungen von „deutscher Arbeit“ gewonnen wurden. Hier tritt eine Abgrenzung zutage, auf deren Existenz und Einhaltung gerade auch die erstarkenden europäischen Arbeiterbewegungen pochten, um den Wert europäischer, besser: Weißer Arbeit zu unterstreichen. Die Idee globaler Solidarität gewann in der Arbeiterbewegung nur allmählich Zuspund, und im Grunde war es erst die kommunistische Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg, die dieser Vorstellung größeres politisches Gewicht beimaf.

### Kapitalexport als Wesenskern des Imperialismus

Die wirtschaftlichen Verbindungen Europas zu den Kolonien hatten große Bedeutung, obwohl der Anteil kolonialen Han-

dels am Wirtschaftsleben der europäischen Staaten vor dem Ersten Weltkrieg höchst unterschiedlich ausfiel. Während er in Großbritannien durchaus signifikante Anteile erreichte, blieb er für das Deutsche Reich, Italien oder Spanien ökonomisch nahezu unbedeutend (siehe Tabelle, S. 25).

Gerade im britischen Fall kommt hinzu, dass das Land seine kolonialen Verbindungen weniger als Produzent, Importeur oder Exporteur von Waren nutzte, sondern vor allem Kapital in die Kolonien exportierte bzw. britisches Kapital dort direkt investierte. Bevorzugt ging es in die „weißen“ Siedlerkolonien Australien, Kanada und Neuseeland, außerdem nach Südafrika sowie in das informelle „Freihandelsimperium“, das die Briten vor dem Ersten Weltkrieg in Lateinamerika aufrechterhielten. Viele der dortigen, formal unabhängigen Länder waren wirtschaftlich abhängig vom Handel mit dem britischen Königreich.

Gestützt wurde die Dominanz Londons in der Weltwirtschaft dadurch, dass das britische Pfund Sterling – gebunden an den Goldstandard – als internationale Leitwährung fungierte. Diese finanzkapitalistische Durchdringung der Welt wurde schon von Zeitgenossen als Wesenskern des Imperialismus gesehen – und kritisiert. Der britische Ökonom John Atkinson Hobson formulierte 1902 eine erste Imperialismus-Theorie, in der er die Notwendigkeit, Anlagemöglichkeiten für Kapital zu finden, als Triebkraft des britischen Ausgreifens in die Welt identifizierte. Der Staat erschien in dieser Sicht nur als Garant und Stabilisator von außereuropäisch angelegtem Kapital.

Auch spätere Theoretiker von Rosa Luxemburg bis W.I. Lenin sahen im Kapitalismus die Haupttriebkraft für den Imperialismus. Nicht-marxistische Historiker verwiesen darüber hinaus auf den Nutzen imperialistischer Strategien zur Abfederung innenpolitischer und innergesellschaftlicher Konflikte. Hans-Ulrich Wehler etwa vertrat in den 1970er-Jahren mit dem Begriff des „Sozialimperialismus“ die These, dass die imperialistische Politik des Kaiserreichs Konflikte, die sich aus sozialer Lage und Forderungen der Arbeiterschaft nach politischer Teilhabe ergaben, systematisch in die kolonialen Räume und in ein Streben nach Weltmachtgeltung abgelenkt habe.



## Relativer Anteil des Kolonialhandels für die Mutterländer und für die Kolonien im Jahr 1913

	Handel der Mutterländer			Handel der Kolonien		
	Gesamtexport (in Millionen US \$)	Anteil des Handels mit den Kolonien (in %)		Gesamtexport (in Millionen US \$)	Anteil des Handels mit den Mutterländern (in %)	
		Exporte	Importe		Exporte	Importe
Vereinigtes Königreich	2556	37,2	20,5	2450	42,0	45,7
Sich selbstverwaltende Dominions*	–	17,6	12,0	950	57,8	38,4
Andere	–	19,6	18,5	1400	25,7	53,8
<b>Kontinentaleuropa</b>						
Belgien	702	0,7	1,0	11	90,4**	66,1**
Frankreich	1328	13,0	9,5	320	50,0	61,8
Deutschland	2403	0,5	0,4	57	20,7**	40,5**
Italien	485	1,8	0,2	3	42,8	43,0
Portugal	37	14,2	3,2	35	31,0***	31,0***
Spanien	204	2,1	0,5	7	27,3	38,5
Niederlande	413	5,3	13,5	275	28,1	33,3
<b>Außereuropäische Länder</b>						
Vereinigte Staaten****	356	5,2	6,6	70	58,8	62,7
Japan*****	2429	2,0	9,2	150	75,4	75,4

\*Australien, Kanada (einschließlich von Neufundland), Neuseeland, Südafrika \*\*1912. \*\*\*Gesamtimport und -export \*\*\*\*inklusive Hawaii als seine Kolonie \*\*\*\*\*nur Korea und Taiwan (aber diese stehen für mehr als 95 Prozent dieses Handels)

Quelle: Schätzungen des Autors basierend auf verschiedenen nationalen und internationalen Quellen (in der Hauptsache auf den Statistischen Jahrbüchern der einzelnen Länder).  
The Cambridge Economic History of Europe. Band 8: The Industrial Economies: the Development of Economic and Social Policies, hg. v. Peter Mathias / Sidney Pollard, Cambridge / New York / New Rochelle / Melbourne / Sydney 1989, S. 127

### Imperiale Wirtschaftspolitik – Fluch oder Segen?

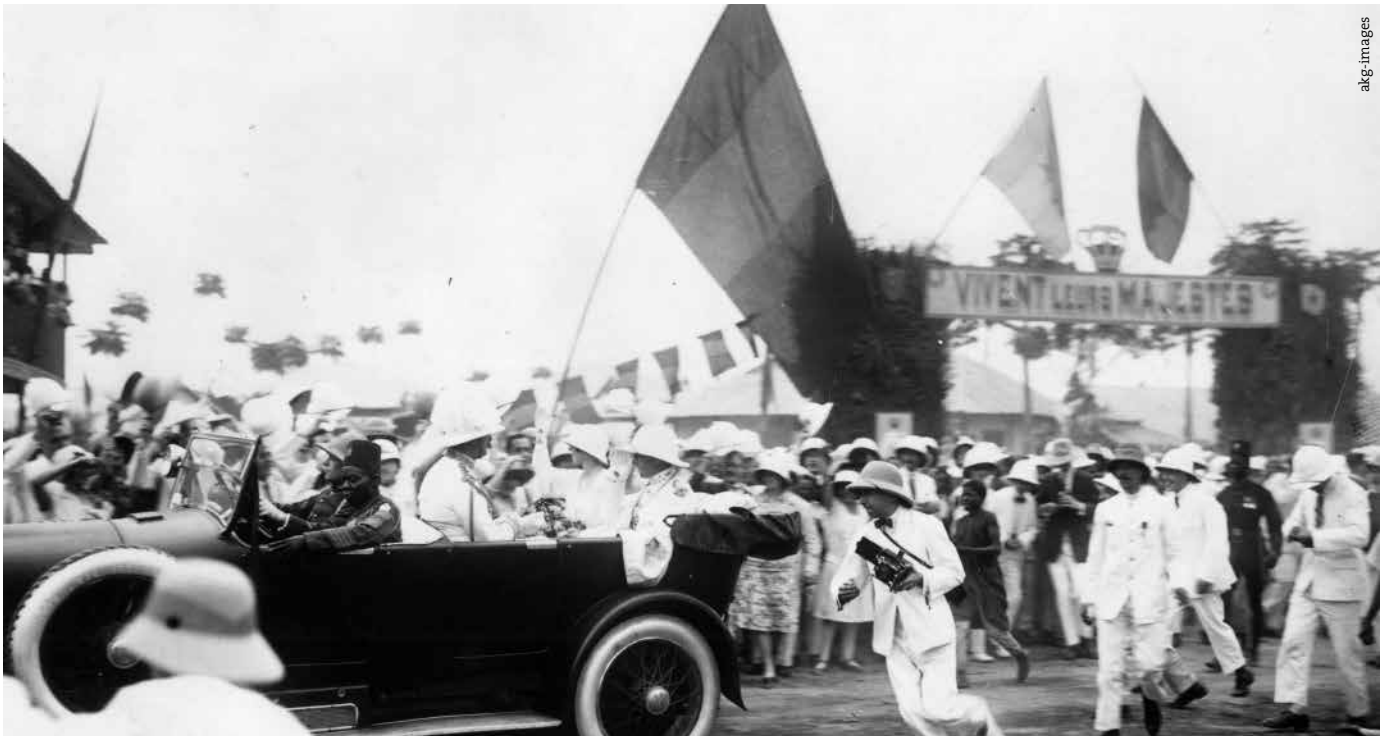
Der asymmetrische Charakter des Kolonialismus, der die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Europa und seinen Kolonien von Anbeginn geprägt hatte, setzte sich in der Epoche des Hochimperialismus fort. Ungleiche Verträge, die Durchsetzung westlicher Vorstellungen von Eigentumsrechten und der Schutz europäischer Händler und Investoren durch die kolonialen Verwaltungen sorgten dafür, dass die wirtschaftlichen Interessen der Einheimischen denen der Kolonialmächte nachgeordnet wurden. Gleiches lässt sich für die westliche „Politik der offenen Tür“ gegenüber China sagen, in deren Rahmen sich die westlichen Großmächte gewaltsam freien Zugang zum chinesischen Markt verschafften. Auch setzte sich der „ökologische Imperialismus“ (Alfred Crosby) fort, der wenig Rücksichten darauf nahm, wie mit lokalen natürlichen Ressourcen umgegangen wurde. Dies galt erst recht für die europäischen Kriegswirtschaften, vor allem für Großbritannien und Frankreich, die während des Ersten Weltkriegs in erheblichem Maße auf Rohstoffe und Arbeitskräfte aus den Kolonien zugriffen.

Die Deutung, die europäischen Kolonialmächte hätten die außereuropäische Welt nur ausgebeutet, greift freilich zu kurz. Ohne den „Nutzen“ oder gar „Segen“ europäischer Herrschaft überzeichnen zu wollen, wie dies lange und häufig in der europäischen Selbstwahrnehmung der Fall war, so ist doch festzuhalten, dass in vielen Regionen der Welt der europäische Einfluss wichtige Entwicklungen in Gang gebracht oder zumindest verstärkt hat. Der Historiker Wolfgang Reinhard hat in seinen Forschungsergebnissen diesen Nutzen für die globale Weltgemeinschaft unterstrichen. Als Beispiel ließe sich die

Verbreitung der modernen Technik in Gestalt von Dampfmaschinen, Dieselmotoren und Elektrizitätsversorgung nennen. Aber auch wissenschaftliche Errungenschaften – etwa die Erschließung, Standardisierung und Verbreitung indigener Sprachen wie der Bantu-Sprache Swahili (Kishuaeli) – lassen sich anführen, medizinische Erkenntnisse und Versorgungseinrichtungen, Verkehrsnetze, das Schulwesen und schließlich politische und gesellschaftliche Leitvorstellungen – etwa hinsichtlich der Gleichstellung der Frauen –, welche die Europäer in ihrem Einflussbereich verbreitet haben.



Auf europäische Initiative hin entstehen in Asien und Afrika Verkehrsnetze, die auch die einheimische Bevölkerung nutzt. Bahnhof in Dakar, Senegal



Um internationale Bedeutung und Wirtschaftskraft zu bewahren, suchen die europäischen Staaten ihren Status als Kolonialmächte zu erhalten. Besuch des belgischen Königspaares in Léopoldville, Belgisch-Kongo, heute Kinshasa, Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo, 1928

GABRIELE METZLER

# Krisen und Niedergang der europäischen Imperien

**Im Ersten Weltkrieg werden Arbeitskräfte und Soldaten aus den Kolonien rekrutiert, der Krieg wird nicht nur in Europa, sondern auch in Übersee geführt. Während das besiegte Deutschland seinen Kolonialbesitz verliert, sehen sich die westlichen Siegermächte mit Forderungen aus den Kolonien nach Mitsprache und Unabhängigkeit konfrontiert.**

Der Erste Weltkrieg sorgte für eine weitere Verdichtung des imperialen Raums. Denn der Krieg war nicht auf Europa beschränkt, sondern mobilisierte auch in Außereuropa Menschen und Ressourcen in zuvor ungekanntem Maße. Rasch war absehbar, dass damit auch die Frage nach Zugehörigkeiten und Rechten an Dringlichkeit gewinnen würde. Doch die neue Weltordnung nach 1919 ließ das Machtgefälle zwischen Europa und den europäisch beherrschten Gebieten in Außereuropa zunächst unangetastet. In den westeuropäischen Gesellschaften selbst nahm die Bedeutung des Kolonialismus sogar zu: Im besiegten Deutschen Reich, das seinen Kolonialbesitz mit dem Versailler Friedensvertrag aufgeben musste (siehe S. 27ff.), mehrten sich propagandistische Rückgabeforderungen, während Großbritannien oder Frankreich sich ihrerseits auf eine empathische

Inszenierung und „Inwertsetzung“ ihrer Imperien verlegten. Doch der Bedeutungsgewinn des Kolonialismus zeigte sich auch im Widerstand gegen diese Herrschaftspraxis, der nun in den europäischen Metropolen selbst artikuliert wurde.

## Mobilisierung im Ersten Weltkrieg

Als im August 1914 der Krieg zwischen den europäischen Mächten ausbrach, wurde er rasch zum „Weltkrieg“, und dies in mehrfacher Hinsicht: Die Kämpfe wurden auch in den Kolonien ausgetragen. Besonders Ostafrika hatte darunter zu leiden, da dort die Kriegshandlungen am längsten andauerten. Während in Europa am 11. November 1918 ein Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten auf der einen, und den Westmächten, allen voran Großbritannien und Frankreich, auf der anderen Seite die Kämpfe beendete, kapitulierten die deutschen Truppen in Ostafrika erst am 25. November 1918.

Die europäischen Kolonialmächte suchten Gebietsgewinne auch in den außereuropäischen Räumen zu erlangen und

die Herrschaft der jeweils anderen zu destabilisieren; und schließlich wurden in den jeweiligen Kolonien Ressourcen für den Krieg in Europa mobilisiert. Dazu zählten vor allem Rohstoffe und finanzielle Mittel, aber auch Arbeitskräfte und Soldaten wurden vor allem in den britischen und französischen Kolonien zu Hunderttausenden für den Krieg in Europa rekrutiert.

Auf britischer Seite kämpften 1914/15 zunächst indische Einheiten, ehe Truppen aus den Weißen *Dominions* nach Europa verlegt wurden, darunter eine halbe Million Kanadier und 300 000 Australier. Frankreich setzte rund eine halbe Million Soldaten aus West- und Nordafrika sowie aus Indochina und Madagaskar an den europäischen Fronten ein. Dass hier erstmals Soldaten zum Einsatz kamen, die von den Europäern der Zeit als „farbig“ bezeichnet wurden, prangerte die deutsche Führung als „völkerrechtswidrig“ an und stellte es als besonders entwürdigend dar.

Die bereits vor dem Krieg verbreitete Ansicht, dass es besonders „kriegerische Rassen“ unter den Kolonisierten gebe, hatte für die Angehörigen bestimmter Völker nun fatale Folgen. Denn die etwa den Männern aus Westafrika zugeschriebenen Eigenschaften wie Unerschrockenheit und Nervenstärke führten dazu, dass sie in besonders gefährlichen Missionen zum Einsatz kamen, und entsprechend lag ihr Risiko, im Krieg zu fallen, um 20 Prozent höher als dasjenige der französischen Soldaten.

Als Kriegsgefangene waren die Soldaten aus den Kolonien häufig politischen Instrumentalisierungs- und Indoktrinationsversuchen ausgesetzt. In deutschen Kriegsgefangenenlagern suchte man Männer aus Irland oder aus dem arabischen Raum gegen die britische Kolonialherrschaft aufzuwiegeln,



Im Ersten Weltkrieg setzt Frankreich seine Kolonialsoldaten auch auf den europäischen Kriegsschauplätzen ein. Kampf gegen die Deutschen um Fort Douaumont nahe Verdun 1916

und die Muslime unter ihnen wurden zum „Dschihad“, zum „heiligen Krieg“ gegen die Briten aufgerufen. Vergleichbar verfuhr die deutsche Kriegspropaganda in den britisch kontrollierten Gebieten des Mittleren Ostens.

Zur Mobilisierung im Ersten Weltkrieg zählte auch der Einsatz von Arbeitskräften aus den Kolonien. Zum einen wurden sie in ihrer Heimat selbst (zwangs-)rekrutiert, um dort die Kriegsproduktion für die Europäer zu steigern. Zum anderen wurden rund eine halbe Million Menschen nach Europa – vor allem nach Großbritannien und Frankreich – gebracht, um dort Hilfsdienste an der Front zu verrichten oder in den Fabriken bzw. im Bergbau zu arbeiten. Auf britischer Seite zählte man rund 300 000 Arbeitskräfte aus den Kolonien, zu denen etwa 100 000 Chinesen hinzukamen; in Frankreich wurden während des Krieges um die 200 000 Männer aus Asien und Afrika beschäftigt.

Je länger der Krieg andauerte und je tiefer die Kriegsmoral in den europäischen Gesellschaften sank, desto häufiger wurden diese Arbeiter aus den Kolonien Opfer rassistisch motivierter, gewalttätiger Übergriffe. In Frankreich verloren allein 1917 durch solche Gewalttaten 20 meist aus Nordafrika stammende Menschen ihr Leben, während es in Großbritannien vor allem in der Nachkriegskrise von 1919 zu „Rassenunruhen“, speziell in den Hafenstädten, kam. Abermals ist bemerkenswert, wie eindeutig die Idee der „Rasse“ das Ideal der Solidarität in der europäischen Arbeiterbewegung unterlief. Darüber hinaus zeigte sich, dass die „Zugehörigkeit“, wie sie die Europäer in diesem Krieg gegenüber ihren kolonialen Soldaten beschworen hatten, lediglich eine Fiktion gewesen war. Substantielle Zugeständnisse im Hinblick auf politische Teilhabe oder eine Verbesserung ihrer sozialen Umstände wurden nirgends gemacht.

## Kolonialrevisionismus und „Lebensraum“-Politik

Der Erste Weltkrieg endete 1918 mit der Niederlage der Deutschen und ihrer Verbündeten. Mit dem verlorenen Krieg ging auch die Monarchie unter. Der Kaiser dankte ab und schon die Waffenstillstandsvereinbarung und den darauf folgenden Friedensvertrag von Versailles 1919 mussten die Vertreter des neuen Staates, der Weimarer Republik, unterzeichnen. Der Vertrag verpflichtete Deutschland zu hohen Reparationsleistungen, zu Gebietsabtretungen im Osten und Westen des Reiches, zu weitgehender Demilitarisierung und zur Aufgabe seiner Kolonien. All dies wurde der Republik von ihren Kritikern angelastet, was umso schwerer wog, als die alten militärischen Eliten und die rechtskonservativen bzw. rechtsextremen Politiker die Legende in Umlauf brachten, „im Felde“ sei „Deutschland unbesiegt“ geblieben, aber oppositionelle Kräfte im Inland hätten das Heer durch ihr Handeln hinterrücks „erdolcht“ („Dolchstoßlegende“).

Die Forderung an Deutschland, seinen Kolonialbesitz aufzugeben, begründeten die Siegermächte damit, dass sie Deutschland schlicht die Fähigkeit absprachen, kolonialisatorisch im Sinne der europäischen „Zivilisierungsmission“ tätig zu sein. Besonderen Zorn erregte in der deutschen Öffentlichkeit ein britisches Blaubuch, das die deutsche Kolonialmacht als extrem gewalttätig darstellte und dies mit bedrückenden Schilderungen aus dem Krieg gegen die Herero und die Nama untermauerte.

## Ende des deutschen Kolonialreiches

[...] In Togo [...] ist der Weltkrieg nach drei Wochen zu Ende – so schnell wie nirgends sonst. [Die Kolonie zwingt sich förmlich durch „Feindesland“: im Osten die britische Goldküste, das heutige Ghana, im Westen das französische Dahomey, heute ein Teil Benins. Zwar hat Doering etwa 1000 einheimische Söldner unter Befehl, doch taugen sie nicht zum Kriegseinsatz – wie kaum eine der deutschen Schutztruppen, deren alleiniger Zweck es ist, die „Ordnung im Inneren“ zu sichern.] Am 26. August kapituliert Hans Georg von Doering und übergibt den Alliierten 320 000 Schuss Munition, was alle spätere Propaganda Lügen straft, man habe sich aus Munitionsmangel [...] nicht zur Wehr setzen können. Tags zuvor hat er die Funkstation von Kamina demolieren und die neun gewaltigen Masten kappen lassen, damit sie nicht in die Hände der Briten und Franzosen geraten. Die deutschen Kolonien sind damit bis auf Weiteres offline. Der erste Dominostein des deutschen Kolonialreichs ist gefallen.

[...] Ende August besetzen die Neuseeländer Samoa. Am 21. September ergibt sich die Schutztruppe von Neuguinea den Australiern. Im Oktober und November nehmen japanische Streitkräfte die Marschallinseln, die Karolinen und die Marianen in Besitz. Am 7. November strecken die Verteidiger von Tsingtao im deutschen Pachtgebiet Kiautschou in China vor der japanischen Übermacht die Waffen. Noch vor Ablauf des ersten Kriegsjahres sind sämtliche Besitzungen in Ozeanien und Ostasien verloren.

Als Nächstes fällt Südwestafrika [...]. In der einzigen Siedlungskolonie des Reichs leben am Vorabend des Weltkriegs rund 12 000 Deutsche [...]. [...] Anders als in den übrigen Kolonien besteht die 3000 Mann zählende Schutztruppe hier vorrangig aus Deutschen. [...] Zum Verhängnis [...] wird den Siedlern der Ehrgeiz des britischen Dominions Südafrika. In Absprache mit London beschließt dessen Premier Louis Botha, in die Nachbarcolonie einzurücken [...]. Im Juli 1915 geben die Verteidiger in Deutsch-Südwest auf.

In Kamerun, mehr als 3000 Kilometer nördlich, wo die meisten deutschen Plantagen liegen, zögert man die Niederlage noch ein wenig hinaus. Die letzten Kämpfer harren bis Mitte Februar 1916 in einer Bergfeste aus, dann rollen auch sie die Fahne mit dem Kaiseradler ein [...]. [...]

Fast alle Kolonien sind zu diesem Zeitpunkt besetzt. Nur einer kämpft noch: Paul von Lettow-Vorbeck – in Ostafrika. [...] Als er 1914 zum Kommandeur der ostafrikanischen Schutztruppe ernannt wird, ist Lettow-Vorbeck ein Liebling des Kaisers. Mit größter Verachtung begegnet er seinem Vorgesetzten, Gouverneur Heinrich Schnee. [...] Als Schnee befiehlt, den Besitz der Kolonie nicht durch aussichtslose Kämpfe zu riskieren, ganz wie es die offizielle Linie ist, denkt er daher nicht daran, Folge zu leisten. Eigenmächtig lässt er im August 1914 britische Nachschublinien attackieren und im November die Hafenstadt Tanga ohne Abstimmung gegen eine britische Invasion verteidigen [...]. [...]

Er kommt damit durch, weil er Erfolg hat. Ohnehin kann sich, seit der Funkverkehr über Togoland zusammengebrochen ist, keine höhere Stelle mehr in den Zwist zwischen Gouverneur und Kommandeur einschalten. Und so stürzt sich Lettow-Vor-

beck in einen persönlichen Guerillakrieg gegen Großbritanniens Kolonialarmee, an seiner Seite weiße Offiziere und schwarze Askari, die man mit solidem Lohn und sozialen Privilegien lockt.

[...] Über Monate und Jahre betreibt er ein kräftezehrendes Katz-und-Maus-Spiel, im anmaßenden Irrglauben, dadurch feindliche Streitkräfte in großer Zahl zu binden und von den europäischen Schlachtfeldern fernzuhalten. [...] Den Preis zahlt einmal mehr die Zivilbevölkerung. [...] Bald liegen die Felder brach, so viele Männer verschlingt der Krieg. Die Truppen plündern die Vorräte der Bauern. Hunger und Seuchen grassieren. [...]. In den Dörfern vergewaltigen die Askari Frauen, die oft mit dem marodierenden Tross weiterziehen müssen.

[...] Bald nehmen feindliche Truppen die Verfolgung auf, und so mündet das Ausweichen in den Süden in einen ziellosen Gewaltmarsch, kreuz und quer durch kaum kartiertes Terrain, bis zu 30 Kilometer Tag für Tag, 2600 insgesamt. [...] Dann, am 12. November 1918, das letzte Gefecht mit den Briten. Erst am Morgen danach erfährt der unentwegte Ostafrika-Krieger [...], dass in Europa bereits die Waffen ruhen. Es ist vorbei. Am 25. November ergibt sich Lettow-Vorbeck als letzter deutscher Weltkriegsgeneral – ganz und gar „ritterlich“, wie die Briten loben. [...]

Am 2. März 1919 zieht Paul von Lettow-Vorbeck umjubelt durchs Brandenburger Tor. Der Krieg ist verloren, aber hier kehrt ein Sieger heim. [...] Lettow-Vorbeck wird nun zum Gärtner seines kolonialen Nachruhms, nachdem er wegen Teilnahme am rechten Kapp-Lüttwitz-Putsch von 1920 aus der Armee entlassen worden ist. In den Dreißigern betätigt er sich als williger Askari der Nazis und ihrer neokolonialen Kampagnen, einträchtig neben seinem einstigen Gegenspieler, Gouverneur Heinrich Schnee.

Dem 1933 gegründeten Reichskolonialbund bescheren sie Mitglieder in Massen. Zwei Millionen sind es 1940. „Auch hier liegt unser Lebensraum!“, behauptet damals frisch ein Plakat der NS-Organisation, darauf eine Hakenkreuzfahne vor Palmwedeln über einer farbenfrohen Karte der früheren „Schutzgebiete“. Doch schon lange vor dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 richten sich die „Lebensraum“-Planungen der Nationalsozialisten nicht gen Süden, sondern gen Osten. 1943 verschwinden die Afrikapläne endgültig in der Schublade.

Vielleicht hat auch diese letztlich folgenlos gebliebene Kolonial-Agitation dazu beigetragen, dass sich nach 1945 der Eindruck durchsetzen konnte, der deutsche Kolonialismus sei eine Art Karl-May-Fantasie gewesen, mehr romantische Schwelgerei als reale Herrschaftspraxis.

[...] Paul von Lettow-Vorbeck [verbringt] [...] seine letzten Jahre als geachteter Bürger der Bundesrepublik. 1953 besucht er, bezahlt von der Deutschen Illustrierten, noch einmal die Stätten seiner afrikanischen „Großtaten“. Vor der Kamera gibt er alten Askari-Kriegern die Hand. Noch einmal ist er auf Safari. So wirkt sein Mythos fort, zäh wie sein Schöpfer. Seine Nazi-Vergangenheit hat ihm nie geschadet [...].

Christian Staas, „Der Untergang“, in: DIE ZEIT Nr. 40 vom 27. September 2018

## Aufrechterhaltung deutscher Kolonialforderungen (Kolonialrevisionismus)

In der Folge formierte sich in Deutschland Widerstand nicht nur gegen den Versailler Vertrag im Allgemeinen, sondern auch gegen seine kolonialen Bestimmungen im Besonderen. Die Vorwürfe der Siegermächte wurden als „Kolonialschuldfrage“ zurückgewiesen. Die im Kaiserreich gegründeten Kolonialverbände schlossen sich 1922 zur Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft zusammen, die das Land mit Propaganda überzog. Ihr Ziel war es, den Friedensvertrag zu revidieren und die Kolonien zurückzuerhalten (Kolonialrevisionismus) oder wenigstens Völkerbundmandate (siehe S. 30 ff.) über die ehemaligen deutschen Kolonien zu übernehmen. Die Deutsche Kolonialgesellschaft stellte Bilderschaufenster für den Schulunterricht zur Verfügung, die Reichsregierung unterstützte Veröffentlichungen kolonialrevisionistischer Literatur.

Zur Zielscheibe dieser Propaganda wurden auch die aus Afrika stammenden Besatzungssoldaten, die Frankreich zeitweilig im Rheinland stationierte. Die Kampagne gegen die „schwarze Schmach am Rhein“ mobilisierte Zuspruch weit über die Region hinaus. Auch im Reichstag waren die Kolonialrevisionisten vertreten, wobei Heinrich Schnee, der letzte Gouverneur von Deutsch-Ostafrika und maßgebliche Stichtwortgeber der „Kolonialschuldfrage“, die zentrale Rolle spielte. Er saß für die rechtsliberale Deutsche Volkspartei von 1924 bis 1932 im Reichstag, ab 1933 für die NSDAP.

Eine weitere Leitfigur der Kolonialrevisionisten war Paul von Lettow-Vorbeck, der vor allem die Jugend in seinen Bann zog. Er hatte während des Krieges das Kommando über die deutsche „Schutztruppe“ in Ostafrika innegehabt und dort gemeinsam mit einheimischen Soldaten (vor allem „Askari“) den Krieg über den Abschluss des Waffenstillstands im November 1918 hinaus fortgesetzt. Anfang Januar 1919 wurde er mit Teilen seiner Truppen, darunter auch einigen afrikanischen Soldaten, am Brandenburger Tor wie ein Kriegsheld empfangen. Als unermüdlicher Redner und Buchautor sowie in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter der rechten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) von 1928 bis 1930 befeuerte von Lettow-Vorbeck die Kolonialpropaganda in der Weimarer Republik. Besonders sein Jugendbuch „Heia Safari“, das die deutsche Gewaltherrschaft in Ostafrika verherrlichte, verkaufte sich in 281 000 Exemplaren und erschien in mehreren Auflagen – die neunte und letzte 1952.

Auf ihn geht auch maßgeblich der Mythos der „treuen Askari“ zurück, der zumeist aus der Region des heutigen Sudan rekrutierten Krieger, die angeblich besonders kampfbereit gewesen und selbst bei Bedrohung des eigenen Lebens nicht von der Seite ihrer Weißen, deutschen Kolonialherren gewichen seien. Bis weit in die NS-Zeit hinein wurde dieser Mythos anlässlich von Kolonialausstellungen und anderen propagandistischen Aktivitäten wach gehalten, auch wenn gelegentlich in Ermangelung „echter Askari“ deutsche Darsteller mit schwarzer Schminke im Gesicht Afrikaner darstellten.



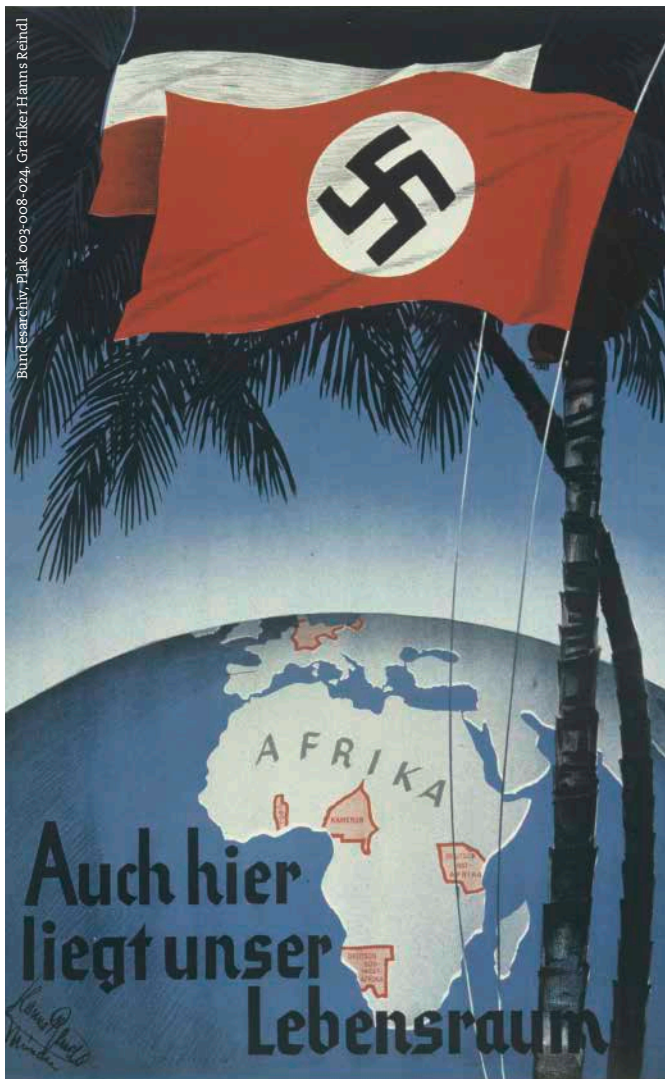
Die Kontrollen durch Kolonialsoldaten der französischen Armee in den 1920er-Jahren empfindet die Bevölkerung des besetzten Rheinlands als Demütigung.



Paul von Lettow-Vorbeck, der in Ostafrika über das Kriegsende hinaus gegen die Briten kämpft, wird 1919 in Berlin als Kriegsheld empfangen.



Der „treue Askari“ wird zum Gegenbild der als „schwarze Schmach am Rhein“ verteilten französischen Kolonialsoldaten stilisiert.



Zwar fordert der 1933 gegründete Reichskolonialbund, an den ehemaligen Kolonien als deutschem Lebensraum festzuhalten, doch das Interesse des NS-Regimes richtet sich vornehmlich in eine andere Richtung.

### „Lebensraum im Osten“

Zu einem Verkaufsschlager und mehr noch zu einem Stichwortgeber für die Politik wurde der ebenfalls vor kolonialem Hintergrund spielende Roman: „Volk ohne Raum“, den der bis dahin wenig bekannte Schriftsteller Hans Grimm 1926 veröffentlichte. Die junge NSDAP machte sich den Titel des Buches rasch zu eigen und leitete daraus ein Programm ab, das allerdings weniger auf den Rückeroberung der überseeischen Kolonien zielte als auf die „Eroberung von Lebensraum im Osten“.

Tatsächlich hat die jüngere historische Forschung mit guten Gründen darauf hingewiesen, dass der Kolonialrevisionismus der Weimarer Republik sich weit weniger darauf gerichtet habe, ein überseeisches Kolonialreich wieder zu erlangen, sondern vielmehr ein kontinentales Imperium im Osten Europas angestrebt habe. Schon während des Ersten Weltkriegs hatte im Besatzungsgebiet des Oberbefehlshabers Ost („Ober Ost“) unter Paul von Hindenburg dazu eine Art Probelauf stattgefunden: In einem Gebiet, das sich 1917 vom heutigen Lettland über Litauen bis in die westlichen Gebiete Polens bzw. Weißrusslands erstreckte, wurden massenhafte Umsiedlungen der ansässigen Bevölkerung und deutsche Ansiedlungen geplant, Zwangsarbeiter rekrutiert und „Kulturarbeit“ zur „Zivilisierung“ der dortigen Bevölkerung geleistet.

Als die NSDAP 1933 an die Macht gelangte, hatte die Gewinnung von „Lebensraum im Osten“ für sie klare politische Priorität, der Erwerb überseeischer Kolonien war demgegenüber nachrangig. Zunächst aber gingen die Nationalsozialisten ab 1933 systematisch daran, die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu unterhöhlen. Zur geplanten Revision des ihnen so verhassten Vertrages gehörte es auch, das Erbe der aus Afrika stammenden französischen Besatzungssoldaten zu beseitigen: So wurden die Kinder, die in den frühen 1920er-Jahren aus Beziehungen zwischen diesen Soldaten und deutschen Frauen hervorgegangen waren, ab 1935 als „Rheinlandbastarde“ systematisch zwangssterilisiert.

### Völkerbund, Selbstbestimmungsrecht und Mandatssystem

Während die Weimarer Republik die Folgen der Kriegsniederlage zu verarbeiten hatte, erreichten die Imperien der Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich nach 1919 ihre historisch größte Ausdehnung. Denn die von Deutschland aufzugebenden Kolonien wurden nicht selbstständig und unabhängig, sondern unter die Mandats Herrschaft des 1919 neu gegründeten Völkerbundes gestellt. Zwar hatte der Initiator des Völkerbundes, US-Präsident Woodrow Wilson, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker eine neue wirkmächtige Leitidee in die internationale Politik eingebracht. Doch zum einen traten die USA dem Völkerbund nicht bei und konnten entsprechend diese Entwicklung nicht weiter vorantreiben; zum anderen entpuppte sich das Versprechen der Selbstbestimmung nach 1919 für die kolonialen Gesellschaften als Enttäuschung. Statt sie in ihrem Streben nach Unabhängigkeit zu unterstützen, übertrug der Völkerbund Mandate, gestaffelt je nach politischer „Reife“ der betroffenen Völker in A-, B- und C-Mandate, auf die europäischen Kolonialmächte, allen voran Großbritannien und Frankreich. In gewissem Sinne wurde auf diese Weise die „Zivilisierungsmission“ der Europäer ungebrochen fortgeführt.



US-Präsident Woodrow Wilson vertritt das Selbstbestimmungsrecht der Völker ...



... doch die europäischen Mächte gehen andere Wege. Nach einer Karikatur der *Chicago Tribune* von 1920 sät das Mandatssystem des Völkerbunds den Keim neuer Konflikte.

Doch so gewinnbringend die Übernahme eines Mandats für die europäischen Staaten auf den ersten Blick erscheinen mochte, so ernüchternd war die Realität. Nirgends ließ sich die Mandats Herrschaft etablieren, ohne auf die politische Opposition oder gar den offenen Widerstand der lokalen Gesellschaften zu stoßen. Die Mandats Herrschaft blieb stets gefährdet, brachte den europäischen Staaten ein ums andere Mal erhebliche Legitimationsprobleme ein und untergrub auf mittlere Sicht das Ansehen und den Status der Europäer als Kolonialmächte. Um ihre Herrschaftsansprüche durchzusetzen, griffen die europäischen Mächte auch in anderen Regionen außerhalb der Mandatsgebiete zu Mitteln, die das Kriegsvölkerrecht ausdrücklich verbot und die humanitäre Katastrophen nach sich zogen. Ein Beispiel ist der Einsatz von Chemiewaffen durch Spanien im Krieg gegen den marokkanischen Berberstamm der Rifkabylen (Rif-Krieg 1921–1926) sowie durch Italien in Abessinien/Äthiopien 1935/1936. Frankreich wiederum griff 1925 im syrischen Damaskus gezielt die Zivilbevölkerung an und Großbritannien führte 1923 im Irak ebenfalls Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung durch. Wie zuvor die Kolonien blieben damit auch die Mandatsgebiete Gewaltträume, in denen eigene Regeln galten.

### Das Schwinden kolonialer Macht am Beispiel Irlands

Nicht nur in den neuen Mandatsgebieten, sondern auch in den Kolonien war die europäische Herrschaft nun gefährdeter denn je. Ein Beispiel dafür ist – wenn es auch an dieser Stelle überraschen mag – der irische Unabhängigkeitskrieg (1919–1921), der zu den Dekolonisationskonflikten hinzugezählt werden kann. Zwar war Irland seit dem *Act of Union* von 1800, der das Königreich Großbritannien und das Königreich Irland zum „Vereinigten Königreich Großbritannien und Ir-

land“ vereinigte, formal keine Kolonie mehr, doch sowohl Briten als auch Iren dachten über ihr Verhältnis in kolonialen Kategorien. Großbritannien führte drei Jahre lang einen erbitterten Krieg um den Verbleib Irlands im Vereinigten Königreich: ein Kampf, der umso brutaler geführt wurde, als die Briten fürchteten, andere Kolonien, vor allem Indien, könnten dem irischen Beispiel folgen. 1922 kam es zu einem Kompromiss, der allerdings niemanden vollends zufriedenstellte: Im Süden der Insel entstand der irische Freistaat. Er erhielt den Status einer *Dominion* und proklamierte sich 1937 als Republik Irland. Diese trat 1949 aus dem *Commonwealth* (siehe S. 40 f.) aus und 1973 den Europäischen Gemeinschaften (EG) bei. Die Provinzen in Nordirland gehören dagegen bis heute zum Vereinigten Königreich. Über die Frage einer Wiedervereinigung beider Landesteile und ihr Verhältnis zu Großbritannien gab es Jahrzehnte lang gewaltvolle Auseinandersetzungen. Diese konnten zwar durch das „Karfreitagsabkommen“ von 1998 vorläufig befriedet werden, doch die Folgen des mit dem Referendum vom 23. Juni 2016 beschlossenen britischen Austritts aus der EU („Brexit“) könnten künftig zum Wiederaufleben des Konflikts beitragen.

### Zwischen Gewalt und Hilfe: der Umgang mit Souveränitätsbestrebungen

Forderungen aus den Kolonien nach mehr Mitsprache beantworteten die Europäer teils mit Gewalt – so wie die Briten 1919 im indischen Amritsar –, teils mit nicht allzu weit reichenden Zugeständnissen. Vor allem aber waren sie bestrebt, im eigenen Mutterland den Rückhalt für ihre Kolonialherrschaft zu stärken. Daher erlebten alle westeuropäischen Gesellschaften in der Zwischenkriegszeit, dass sich die kolonialistische Propaganda deutlich intensivierte. Die großen Kolonialausstellungen wie etwa die britische „*Empire Exhibition*“ in Wembley 1924/25 und die „*Exposition coloniale internationale*“ in Paris 1931 waren beispielgebend, doch auch in den anderen europäischen Metropolen fanden vergleichbare Ausstellungen statt. Mancherorts, etwa in Belgien und Italien, wurden eigene „Kolonialtage“ oder „Kolonialwochen“ eingeführt, an denen Militärparaden und Ansprachen die Präsenz der Kolonien wach zu halten suchten und an denen besonders die Schulen aktiv beteiligt waren.



Unabhängigkeitsbestrebungen werden mit Gewalt beantwortet. Im April 1919 feuern britische Truppen in Amritsar, Punjab, auf friedliche Demonstranten.



Gezielte Modernisierung soll die Kolonien „inwertsetzen“. Albert Sarraut, der Initiator dieser Idee und spätere Kolonialminister Frankreichs zeigt Einwohnern von Laos in seiner Amtszeit als Gouverneur Indochinas die Funktionsweise eines Plattenspieler

All dies diente dazu, sich der etablierten Ordnung zwischen Kolonien und Metropolen zu vergewissern, zugleich aber auch neue Vorstellungen von „Fortschritt“ umzusetzen: Gerade die beiden großen europäischen Kolonialmächte, Großbritannien und Frankreich, unternahmen nun gezielte Initiativen zur Modernisierung ihrer Kolonien. 1923 formulierte der französische Kolonialminister Albert Sarraut die Leitidee einer „Inwertsetzung“ der Kolonien („*Mise en valeur*“). Die Gewinne der Europäer, so die Überlegung dazu, ließen sich steigern und die Kosten für den Unterhalt der Kolonien senken, wenn dort in moderne Infrastrukturen investiert würde.

Hier scheint die europäische Selbstsicht als Taktgeber einer Modernität auf, die es nunmehr nicht allein in Europa, sondern auch in Außereuropa durchzusetzen galt. Nach Eisenbahnen wurde jetzt in den Ausbau von überregionalen Straßennetzen investiert, in Elektrizitätsnetze, in die Gesundheitsversorgung und in das Schulwesen. Mit dem Leitmotiv der „Modernisierung“ setzte Sarraut einen wirkmächtigen Impuls für die spätere „Entwicklungspolitik“. Seine Initiative entsprang sicherlich dem Wunsch, durch Modernisierung die Lebensbedingungen in den Kolonien zu verbessern. Doch gleichzeitig sprach aus ihr das Bewusstsein europäischer Überlegenheit und der aus ihr abgeleiteten „Zivilisierungsmission“.

Andererseits ließ sich nicht mehr übersehen, wie abhängig die verbliebenen europäischen Kolonialmächte inzwischen von ihren Kolonien geworden waren: Dies betraf nicht allein das Prestige und den internationalen Einfluss, den sie aus dem Besitz der Kolonien und der Übernahme von Völkerbundmandaten gewannen, sondern es galt allzu bald, spätestens während der Weltwirtschaftskrise nach 1929, in ganz materieller Hinsicht.

Vor allem Großbritannien suchte während der Weltwirtschaftskrise Rückhalt im *Empire*. Ältere Ideen eines durch Präferenzzölle zusammengehaltenen (Handels-)Raumes wurden 1932 erneut aktuell. Allerdings hatten die *Dominions* durch das im Dezember 1931 vom britischen Parlament erlassene Westminster Statut faktisch volle politische Souveränität gewonnen. Kanada scherte aus dem wirtschaftlichen Bündnis mit Großbritannien bald aus und schloss 1935 einen Handelsvertrag mit den USA. Die (informelle) Sterlingzone mit dem britischen Pfund Sterling als Leitwährung verband zunächst Metropole, *Dominions* und Kolonien; bis Mitte der 1930er-Jahre

traten ihr noch weitere Länder bei. Auf dieser Basis gelang es Großbritannien, seinen Status als Weltwährungsmacht sogar noch aufrechtzuerhalten, nachdem es 1930 die Golddeckung des Pfund Sterling hatte aufgeben müssen. Erst 1944, nach der Konferenz von Bretton Woods, die die internationale Währungsordnung neu regelte, löste der US-amerikanische Dollar als neue internationale Leitwährung das britische Pfund Sterling ab.

## Der Beginn antikolonialen Widerstands in den Metropolen

In der Zwischenkriegszeit nahmen nicht nur in den Kolonien die Konflikte zu, sondern auch in den Metropolen wurden die Kämpfe nun verstärkt ausgetragen. Vor allem die nach der Russischen Revolution 1917 erstarkende Komintern, die 1919 gegründete internationale Vereinigung kommunistischer Parteien, spielten hierbei eine zentrale Rolle.

Im politischen Spektrum nach dem Ersten Weltkrieg waren die Kommunisten die einzigen, die die Befreiung von Kolonialherrschaft vorbehaltlos auf ihre Fahnen geschrieben hatten, und sie waren nun in den Kolonien wie in den europäischen Metropolen aktiv. Vor allem in Frankreich sammelten sich unter dem Dach der kommunistischen Partei PCF ganz unterschiedliche Initiativen und Akteure. Einer der führenden Köpfe war der aus dem Senegal stammende Lamine Senghor, der im Krieg als Soldat nach Europa gekommen war. Seine 1927



Die in der Zwischenkriegszeit erstarkende kommunistische Bewegung unterstützt vorbehaltlos den internationalen Kampf gegen die Kolonialherrschaft. Plakat der Kommunistischen Partei Frankreichs und der CGTU von 1930





picture alliance / Everett Collection

Der junge Vietnamese Ho Chi Minh plädiert 1919 auf einer Pariser Konferenz für die Unabhängigkeit seines Heimatlandes.



alg. images / Science Source

Der US-amerikanische Bürgerrechtler W.E.B. DuBois kämpft gegen Rassismus und organisiert von 1919 bis 1923 gesamtafrikanische Kongresse.

**Gegen Kolonial-Sklaverei!**

Bundesarchiv, Plak 002-033-032

**Freitag, den 14. Juni**  
20 Uhr, ANDRÉAS-SALE, Andreasstr. 21  
**KUNDGEBUNG**  
der „Liga gegen Imperialismus“ zum  
antimperialistisch. Weltkongress in Paris  
THEMA:

**Befreiungskämpfe  
der kolonialen Arbeiterklasse und die  
Aufgaben des deutschen Proletariats**  
REDNER: Emil Burns, London; Regina  
Rubens, Berlin; Abdul Shaika, Bombay;  
Prof. Resch, Berlin  
URAUFFÜHRUNG:

**IMPERIALISMUS**

Propaganda-Szenen von Hans Huss.  
Mitwirkende: ROTE BLUSEN, Berlin  
(A.Th. B. D.) sowie indische, japanische  
u. chinesische Arbeiter. Musik: Lichten-  
berger Liebhaber-Orchester

Arbeiter, Angestellte, Frauen u. Männer  
Berlins! Beweist durch Massenbesuch  
Eure Klassen-Solidarität mit den aus-  
gebeuteten u. unterdrückten Arbeitern  
der Kolonial-Länder!

**Liga gegen Imperialismus  
und koloniale Unterdrückung  
Ortsgruppe Berlin**

Die Berliner Ortsgruppe der Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung wirbt im Juni 1929 mit diesem Plakat um Unterstützung und Klassen-solidarität mit den Arbeitern in den Kolonien.

gegründete Zeitung *La Race Nègre* wurde zu einem einflussreichen Organ innerhalb wie außerhalb Europas. In Großbritannien war der in Trinidad geborene George Padmore die treibende Kraft hinter der Gründung von (kommunistisch geprägten) Gewerkschaften für Schwarze Arbeiter, während sich in Deutschland der Medienunternehmer Willi Münzenberg für diese Sache engagierte. Er gründete die Internationale Arbeiterhilfe (IAH), eine der KPD nahestehende Organisation, die in den 1920er- und frühen 1930er-Jahren unter anderem Sozialleistungen für Arbeiter bereitstellte. Außerdem war er Mitinitiator der 1927 in Brüssel gegründeten „Liga gegen Imperialismus, gegen Kolonialherrschaft und für Nationale Unabhängigkeit“, die in den zehn Jahren ihres Bestehens zu einem internationalen Netzwerk von Kolonialgegnern unter kommunistischen Vorzeichen wurde.

In Deutschland selbst hatten bereits 1919 Aktivisten aus den Kolonien auf sich aufmerksam gemacht. Unter Führung des Deutsch-Kameruners Martin Dibobe, der 1896 als Darsteller einer Völkerschau nach Deutschland gekommen war, richteten einige Afrodeutsche eine Petition an die Weimarer Nationalversammlung, in der sie sich zwar für die Fortführung deutscher Herrschaft in Afrika aussprachen, für diesen Fall jedoch das Zugeständnis gleicher Rechte einforderten. So sollte etwa das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) auch in den Kolonien gelten, die Gewalt gegen die Kolonisierten sollte enden und der Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen allen offenstehen. Daraus wurde bekanntlich nichts, doch blieben die Autoren der Petition aktiv und fanden über den von ihnen gegründeten Afrikanischen Hilfsverein schließlich ebenfalls ins kommunistische Lager.

Doch nicht Berlin oder London, sondern Paris entwickelte sich in den 1920er-Jahren geradezu zur „Metropole des Anti-Imperialismus“, so der Historiker Michael Goebel. In der französischen Hauptstadt wurde eine Vielzahl von Aktivisten aus den Kolonien politisiert, darunter einige, die später zu zentralen Figuren der Unabhängigkeitsbewegungen in ihren Heimatländern wurden.

Dazu zählten der junge Vietnamese Nguyen Ai Quoc, der spätere Ho Chi Minh, oder der senegalesische Student und Intellektuelle Léopold Sédar Senghor – nach 1960 der erste Staatspräsident des unabhängigen Senegal. Gemeinsam mit dem aus Martinique stammenden Aimé Césaire gab er die maßgeblichen Impulse für die intellektuell und kulturell geprägte Strömung der *Négritude*, die die kulturelle Eigenständigkeit und Gleichrangigkeit Schwarzer Kultur betonte. Sie legte zusammen mit der *Harlem Renaissance*, einer Bewegung afro-amerikanischer Künstler und Schriftsteller, die ebenfalls in der Zwischenkriegszeit in den USA zu Einfluss gelangt war, den Grundstein für ein neues Schwarzes Selbstbewusstsein.

Maßgeblich von dem US-amerikanischen Bürgerrechtler W.E.B. DuBois organisiert war auch die panafrikanische, also gesamtafrikanische Bewegung, die von 1919 bis 1923 ihre Kongresse in Paris, London, Brüssel und Lissabon abhielt. In London florierten, vor allem in den 1930er-Jahren, studentische Vereinigungen, Literaturzirkel und Zeitschriften, die den Schwarzen internationalistischen Diskurs vorantrieben.

GABRIELE METZLER

# Die Auflösung der europäischen Imperien und ihre Folgen

**Auch im Zweiten Weltkrieg ist die außereuropäische Welt Zankapfel, Kriegsschauplatz und Ausbeutungsobjekt für die kriegführenden Mächte. Die Nachkriegszeit steht im Zeichen des Ost-West-Konflikts und der Dekolonisation. Viele Länder des globalen Südens erlangen ihre Unabhängigkeit und müssen ihren Platz in der Staatenwelt finden.**

Die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, den die Alliierten – auch – um ihre Vorstellungen von Recht und Freiheit führten, hinterfragten und schwächten die Dominanz der europäischen Kolonialmächte. In Asien, wo während des Kriegs Japan zur regionalen Vormacht aufgestiegen war, konnten sie ihre alte Position nach 1945 nicht wieder einnehmen. Hier setzte nun die Dekolonisation mit aller Macht ein, noch bevor dann auch der Nahe und Mittlere Osten sowie Afrika unabhängig wurden.

Indes blieben die Folgen kolonialer Erfahrungen überall spürbar, in Krisen und Konflikten, die teils bis heute nachwirken. Dies gilt nicht allein für die ehemaligen Kolonien, sondern ebenso für die Europäer selbst. Sie mussten sich neu orientieren. Die europäische Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg war Teil dieser Neuorientierung. Doch auch in den nun entstehenden Europäischen Gemeinschaften blieben Spuren des kolonialen Erbes erkennbar. Die Vorstellung, die Europäer bzw. der Westen hätten eine besondere Zivilisierungsaufgabe in der Welt, blieb zählebig und verlor nur langsam an Bedeutung.

## Der Zweite Weltkrieg und die Illusion kolonialer Einheit

Begann der Zweite Weltkrieg am 3. Oktober 1935? Vor allem afrikanische Historiker haben dafür plädiert, dieses Datum und nicht den 1. September 1939, den Tag des deutschen Überfalls auf Polen, als Kriegsbeginn zu setzen. Vieles spricht für ihre Deutung: Am 3. Oktober 1935 marschierten Truppen des faschistischen Italiens ohne vorherige Kriegserklärung in Äthiopien ein. Ein regelrechter Vernichtungskrieg begann, die italienischen Truppen setzten unter Missachtung des bestehenden Völkerrechts Giftgas, Brand- und Splitterbomben ein und richteten ihre Angriffe auch gegen die afrikanische Zivilbevölkerung. Zwar vermochten sie ihre Übermacht gegen die äthiopischen Truppen rasch auszuspielen, doch gegen die Armenen und die Flotte Großbritanniens, dem Italien 1940 den Krieg erklärte, war Mussolinis Militär machtlos; nur ein Jahr später mussten die Italiener Äthiopien aufgeben.

Die ungewohnte Datierung des Kriegsbeginns – 1935 anstelle von 1939 – lenkt den Blick darauf, dass der Zweite Weltkrieg auch in den Kolonien hart und erbarmungslos geführt wurde. Und sie waren nicht nur Schauplatz bewaffneter Auseinandersetzungen, sondern zugleich Beuteobjekt, denn die faschistischen Mächte Italien, Deutschland und Japan verfolgten unverhohlenen Eroberungspläne in Afrika und Asien. Im Sep-



In Abessinien, dem heutigen Äthiopien, beginnt der Zweite Weltkrieg bereits 1935. Bei ihrem Angriffskrieg setzt die italienische Invasionsarmee auch Giftgas ein. Foto einer Londoner Zeitung vom 31. August 1935



Durch die Kollaboration mit dem französischen Vichy-Regime kann das NS-Regime die Verfolgung der Juden auch auf Nordafrika ausdehnen. In Tunis werden jüdische Männer 1942 unter Bewachung deutscher Soldaten und Beobachtung der arabischen Einwohner zur Zwangsarbeit abgeführt.

tember 1939 teilten sie weite Teile der beiden Kontinente auf dem Papier untereinander auf.

Auch die nationalsozialistischen Machthaber, die koloniale Eroberungen lange Zeit hinter ihrem Hauptziel, Deutschland „Lebensraum im Osten“ Europas zu sichern, zurückgestellt hatten, sahen nach ihrem Sieg über die europäischen Kolonialmächte Frankreich und Belgien 1940 eine günstige Gelegenheit gekommen, ihre Herrschaft nach Afrika auszudehnen. Dahinter standen die strategischen Erwägungen, auf diese Weise Großbritannien und sein *Empire* nachhaltig zu schwächen und in Afrika den eigenen Bedarf an Rohstoffen und Kolonialprodukten zu sichern.

### Kolonien als Planungs- und Aktionsfeld der Judenverfolgung

Zwei Jahre lang intensiviert das NS-Regime nun seine kolonialen Initiativen, die sich zeitweise mit dem von ihm vorangetriebenen Völkermord an den europäischen Juden verschränkten. So wurde die Insel Madagaskar, vor der Küste Ostafrikas gelegen, zeitweilig als Zielort für die Deportation von rund vier Millionen europäischer Juden in Betracht gezogen, wo die überwiegende Mehrzahl von ihnen, bedingt durch die klimatischen und ökonomischen Verhältnisse der tropischen Insel, mit großer Sicherheit nicht überlebt hätte. Der Seekrieg gegen Großbritannien verhinderte die Umsetzung dieses Vorhabens. 1939/40 zog die Regierung in London dann ihrerseits die britische Kolonie Guyana in Betracht, um den durch die Nationalsozialisten verfolgten Juden und Jüdinnen ein sicheres Terrain zu erschließen. Keiner dieser Pläne wurde verwirklicht.

Durch die Kollaboration mit dem französischen Vichy-Regime, das nach der militärischen Niederlage Frankreichs am 16. Juni 1940 in starker Abhängigkeit vom Deutschen Reich verblieb, erreichte die deutsche Politik der Judenvernichtung auch Nordafrika. Dort wurden antijüdische Gesetze erlassen, Menschen jüdischer Herkunft deportiert oder zur Zwangsarbeit verpflichtet.

Bei arabischen Akteuren fanden die Deutschen ebenfalls oft willige Unterstützung, da sie sich selbst gegen die zuneh-

mende jüdische Besiedlung Palästinas zur Wehr setzten. Eine führende Rolle übernahm dabei der islamische Geistliche und Großmufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini. Freilich kam es auch vor, dass Araber sich aktiv für Verfolgte einsetzten. So gewährte der muslimische Tunesier Khaled Abdul-Wahab mehreren jüdischen Familien Zuflucht auf dem elterlichen Bauernhof.

### Kolonien als Reservoir für wichtige Kriegsgüter

Das Hauptinteresse der deutschen Politik galt den Erdölvorkommen im Nahen und Mittleren Osten sowie den kriegswichtigen Bodenschätzen Afrikas. Mit dem Start von Projekten zum Bau von Atombomben wurden die Uranvorkommen im Kongo nicht nur für die Deutschen, sondern auch für ihre alliierten Kriegsgegner interessant.

Für den Kriegseinsatz der Alliierten hatten die Kolonien zentrale Bedeutung. Neben Bodenschätzen wurden ihnen Nahrungsmittel, Textilien und andere wichtige Kriegsgüter abverlangt; und auch Frankreich und Großbritannien setzten Zwangsarbeiter in der kolonialen Kriegswirtschaft ein – neben Hunderttausenden von Soldaten, die in den Kolonien rekrutiert und auf allen Kriegsschauplätzen eingesetzt wurden. Sie alle erfuhren Diskriminierungen, angefangen von geringerem Sold und schlechteren Aufstiegschancen über eine miserable Behandlung in Kriegsgefangenschaft bis hin zu entwürdigender Schlechterstellung in der Veteranenversorgung nach dem Krieg. Schon im Dezember 1944 kam es in einem Lager bei Dakar zu einem Aufstand senegalesischer Soldaten, die den vorgesehenen Sold für die Zeit ihrer Kriegsgefangenschaft einforderten, aus der sie just zurückgekehrt waren. Anstatt sie auszuzahlen, schlug die französische Militärverwaltung die Revolte brutal nieder, die Zahl der dabei getöteten senegalesischen Soldaten wird zwischen 35 und 300 geschätzt.

Die kolonialen Gesellschaften erfuhren den Krieg als Zeit enormer Entbehrungen. In Großbritannien etwa setzte das Kriegskabinett fest, welche Mengen an Lebensmitteln, Rohstoffen und anderen Gütern sie zu welchen Preisen abzulie-

## Rekrutierungsmethoden der Briten in den Kolonien

Aziz Brimah lebte vor dem Krieg als Sohn eines wohlhabenden Kolanusschändlers in Accra, der Hauptstadt der Goldküste. Seine Familie hatte von der Kolonialherrschaft profitiert, und so fühlte er sich dem britischen König George verpflichtet und meldete sich freiwillig zur Armee. „Ich dachte, es wäre auch in unserem eigenen Interesse. Die Deutschen wollten die ganze Welt erobern. Wenn wir uns ihnen nicht entgegenstellten, würden sie auch nach Afrika kommen.“ Die britische Propaganda tat das ihre, junge Männer zum Kriegsdienst zu motivieren. In den westafrikanischen Kolonien verteilten die britischen Behörden Flugblätter: Eine Hälfte zeigte *Britain's way* – schwarze Richter, Lehrer, Krankenschwestern und Polizisten – und versprach, England wolle „die Afrikaner nach und nach lehren, sich um ihr eigenes Land zu kümmern und selbst gute Gesetze zu machen“. Die andere Hälfte des Flugblattes zeigte *Germany's way*: grobschlächlige, mit Hakenkreuzen behangene Sturmtruppen, die ihre afrikanischen Opfer auspeitschten und niederschossen.

Aber auch in vielen Gebieten des Empires wurden Afrikaner systematisch zwangsrekrutiert. [...]

In Britisch-Ostafrika ging der 15-jährige Jackson Mulinge, der später einmal die kenianische Armee befehligen sollte, mit seiner Schwester auf dem Markt seines Dorfes Machakos „Hühner und eine Schuluniform“ einkaufen, als dort gerade rekrutiert wurde. „Ich hatte noch nie zuvor Weiße getroffen und drängte mich vor, um besser sehen zu können. Da befahlen sie mir vorzutreten. Wenig später warfen sie mich auf einen LKW und brachten mich in ein Trainingszentrum in Uganda.“ In allen Kolonien mussten sich die Dorfvorsteher, die *chiefs*, an der Werbung von Rekruten beteiligen. Die Dorfvorsteher waren als Teil des kolonialen Herrschaftssystems in die britische Verwaltung eingebunden. [...]

Bildad Kaggia, nach dem Krieg Mitglied der kenianischen Befreiungsbewegung, arbeitete bei Kriegsausbruch im Rekrutierungsbüro, als die britischen Distriktkommissare die *chiefs* aufforderten, monatlich eine bestimmte Zahl junger Männer zu rekrutieren. Um das Soll zu erfüllen, benutzten die Oberhäupter alle möglichen Methoden, „von Überzeugung bis Zwang. Obwohl die Afrikaner kein Interesse an diesem Krieg hatten,

ließen sich viele freiwillig einziehen, weil sie in zivilen Berufen keine Arbeit fanden. Die Armee bot ihnen Jobs. (...) Andere wurden zwangsverpflichtet, und die *chiefs* nutzten die Wehrpflicht, unliebsame Leute loszuwerden.“ Weil es immer schwieriger wurde, Rekruten zu finden, und weil viele Zwangsverpflichtete desertierten, führten die Briten in einigen Kolonien wie der Goldküste die allgemeine Wehrpflicht ein. [...]

Selbst die meisten so genannten Freiwilligen gingen nicht aus Loyalität gegenüber den Kolonialmächten in die Armee, sondern um ihren Unterhalt zu verdienen. Immerhin erhielten sie dort für eine ungelernete Tätigkeit mehr als das Doppelte als in anderen Jobs. Die meisten Rekruten kamen vom Land, waren Analphabeten und ungelernete Wanderarbeiter. Sie erhofften sich ein festes Einkommen und soziale Anerkennung. Der Kenianer Robert Kakembo, der vom Studenten zu einem der wenigen afrikanischen Oberfeldwebel aufstieg, beobachtete, dass der Militärdienst das Prestige ostafrikanischer Männer deutlich verbesserte: „Ein Mann verlässt sein Dorf, verschwindet für 18 Monate und kommt hundertprozentig verändert zurück. Er ist gut genährt, stark, sauber und clever; er kann viel erzählen und viel Geld ausgeben. Die jungen Mädchen beten ihn an; die jungen Männer folgen ihm auf Schritt und Tritt (...) Mit anderen Worten: Er macht die beste Werbung für die Armee.“

[...] Die Armee machte aus armen, unterernährten, vernachlässigten Arbeitssklaven gehorsame Infanteristen. Sie mussten ihre Identität wechseln, ihre Stammeszeichen entfernen und ihre indigene Sprache verleugnen. Die *King's African Rifles* sollten ihre neue Identität werden. Auch Fachkräfte fanden ein Auskommen beim Militär. Afrikaner mit einer Ausbildung als Techniker, Sanitäter, Funker, Artilleristen oder Fahrer der Spezialeinheiten wurden sogar besser bezahlt als europäische Gefreite und rangierten deshalb in der militärischen Hierarchie zwischen den britischen und den afrikanischen Soldaten. Am unteren Ende der Rangordnung standen jedoch die afrikanischen Hilfsarbeiter der britischen Truppen. [...]

Rheinisches JournalistInnenbüro, „Unsere Opfer zählen nicht“. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, hg. v. Recherche International e. V., 4. unveränd. Aufl., Berlin/Hamburg: Assoziation A 2012, S. 69 ff.



Gut ausgebildete Soldaten aus Indien genießen mitunter besondere Privilegien. Zum Kriegseinsatz verpflichtete Inder bei ihrer Ankunft in England 1940

## Erfolgreicher Widerstand ostafrikanischer Askaris

[...] Die größte Widerstandsaktion während des Zweiten Weltkrieges organisierten ostafrikanische *Askaris* im Februar 1942. Eine Infanteriebrigade, einige Tausend Mann, weigerte sich, an Bord eines Schiffes nach Ceylon zu gehen. Die meisten der Soldaten hatten bereits zwei Jahre ohne Heimaturlaub in Äthiopien gekämpft und den Kontakt zu ihren Familien verloren; manche wollten zu Beschneidungszeremonien ihrer Nachkommen nach Hause. Tatsächlich hatte General Jonas Mansfield Platt auch „eine kurze Ruhepause vor weiteren Kämpfen“ versprochen. Aber während die britischen Offiziere zum Kurzurlaub nach Nairobi flogen, saßen die *Askaris* im eritreischen Hafen Massawa fest. Ohnehin hatte man den Heimaturlaub für ostafrikanische Soldaten während des Krieges von drei Monaten auf 20 Tage jährlich gekürzt. Am 19. Januar 1942 erreichte ein anonymes Brief das britische Offizierskorps, in dem es hieß: „Eure Regierung will uns in einen Krieg in weiter Ferne schicken, mit dem wir nichts zu tun haben. Unser Krieg in Ostafrika ist vorbei. Unser Sold ist sehr niedrig, beträgt nur 28 Schilling. Das ist extrem wenig, um dafür in ein Land zu ziehen, das so weit weg liegt. Eure Herren glauben anscheinend, uns Schwarze wie Hunde behandeln zu können. Aber wir alle, Schwarze und Weiße, sind Geschöpfe Gottes. Wir können ihre Befehle nicht verweigern, und wenn sie uns zwingen, werden wir gehen, aber wir werden uns dem Feind ergeben, sobald wir ihn treffen, denn auch hier leben wir wie Gefangene.“ Die Verfasser monierten außerdem, man habe ihnen verschwiegen, dass sie aus Afrika verlegt werden sollten. Die Unruhe unter den Soldaten im Camp in Massawa nahm zu; einige verließen unerlaubt die Baracken und machten sich auf die Suche nach Frauen und Alkohol; andere verweigerten offen die Befehle, und es gab erste Übergriffe auf Offiziere. Ein *Askari* erklärte: „Ihr Europäer behauptet, uns zu helfen. Tut ihr das wirklich? Tatsächlich sind wir es doch, die Schwarzen, die euch helfen, obwohl wir kein *Empire* haben, das wir verteidigen müssten.“

Weil die Briten nicht ein paar tausend Mann entwaffnen und inhaftieren konnten und den Imageschaden im Falle einer gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes fürchteten, hatte die Meuterei der *Askaris* Erfolg. Ab März 1942 fuhren die ersten Lastwagen von der eritreischen Küste aus nach Süden, in die Heimat, denn die Soldaten weigerten sich, an Bord eines Schiffes zu gehen. „Wenn ein Schiff erst mal auf See ist – wer weiß schon, wohin es dann fährt?!“ Die Afrikaner konnten einen Erfolg verbuchen. Allerdings identifizierte der militärische Geheimdienst später einige „Rädelsführer“ und stellte sie vor ein Kriegsgericht. Die Kolonialregierung in Britisch-Ostafrika befürchtete, dass der Widerstand auf die „Eingeborenenreservate“ übergreifen würde; sie unterdrückte alle Nachrichten über den Streik und verbot den Soldaten, im Heimaturlaub davon zu erzählen. Einige Anführer wurden aus der Armee entlassen, einige Soldaten desertierten und nur eines von drei ostafrikanischen Bataillonen rückte nach Burma aus. [...]

Rheinisches JournalistInnenbüro, „Unsere Opfer zählen nicht“. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, hg. v. Recherche International e.V., 4. unveränd. Aufl., Berlin/Hamburg: Assoziation A 2012, S. 75 ff.

## Roshan Horabin erlebt den Zweiten Weltkrieg

„[...] Als ich mich in meinem überwiegend europäischen Wohnviertel zur *St. John's Ambulance Brigade* melden wollte, einer Sanitätseinheit, wiesen sie mich mit der Begründung ab, dass sie nur Weiße akzeptierten und ich mich beim YMCA melden sollte, was ich auch tat. [...] Auch dort war ich das einzige Mädchen mit braunem Gesicht. Nach dem Schulabschluss wollte ich mich der Frauenabteilung der Marine anschließen, dem *Women's Royal Naval Service*, aber wieder hieß es, sie rekrutierten keine eingeborenen Mädchen, was mich sehr empörte und verärgerte.“

Erst als im April 1944 ein Munitionsschiff im Hafen von Bombay explodierte und viele britische Soldaten umkamen und verletzt wurden, griffen die britischen Behörden auch auf indische Helferinnen zurück: „Ich erhielt einen Anruf, wurde um zwanzig nach acht morgens abgeholt, ins *St. George's Hospital* gebracht und war dort bis abends um neun damit beschäftigt, Verletzte zu waschen und ihre Wunden zu säubern, ohne auch nur eine Tasse Tee trinken oder etwas essen zu können. [...]

Damals bat eine Mrs. Aitkin meine Schwester und mich, als Kellnerinnen in einem Offizierskasino Tee zu servieren. Dort sagte eine blonde Dame mit sehr lauter Stimme: ‚Wir dürfen es nicht zulassen, dass Inderinnen unsere Jungs bedienen. Was sollen sie denn denken?‘ Mrs. Aitkin antwortete darauf: ‚Wir sind hier in Roshans Land und wir alle kennen ihre Familie.‘ Tatsächlich war meine Mutter Leiterin einer Wohlfahrtsorganisation zugunsten der indischen Marine, und sie verbrachte endlose Stunden damit, Schals für die Soldaten zu stricken, während meine Schwester Socken und Handschuhe fertigte. Auch ich half dabei manchmal aus. Später kümmerte ich mich um heimkehrende Kriegsgefangene, die mit einem Schiff namens *Andes* landeten. [...] Ihre grauenvollen Erlebnisse quälten mich nachts in Alpträumen.“

Als Roshan im Juli 1945 einen englischen Soldaten namens Ivan heiratete, verwehrte ihm die britische Marine deshalb die Abfindung.

„Ich schrieb an Ivans Vater in Cornwall. Er war außer sich, wandte sich an den Obersten Befehlshaber der Marine und erklärte, er werde dafür sorgen, dass dieser Skandal im Unterhaus behandelt werde, wenn sein Sohn nicht umgehend seine volle Entlassungsprämie erhalte: ‚Er ist ein Engländer, geboren und aufgewachsen in England, aber wen er heiratet, geht keinen etwas an.‘ Die Admiralität meldete sich in Delhi, Delhi meldete sich in Bombay und Ivan erhielt seine Abfindung.“

Rheinisches JournalistInnenbüro, „Unsere Opfer zählen nicht“. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, hg. v. Recherche International e.V., 4. unveränd. Aufl., Berlin/Hamburg: Assoziation A 2012, S. 266 f.

fern hatten. Strenge Devisen- und Außenhandelskontrollen schränkten den Spielraum kolonialen Wirtschaftens weiter ein. Sogar viele Bauern konnten sich nicht mehr selbst ernähren, weil sie anstelle von Produkten für den Eigenverbrauch nun sogenannte *cash-crops*, ausschließlich für den Markt erzeugte Agrarprodukte, zur Lieferung an die Kolonialherren anbauen mussten.

### Kolonien als Spiegelbild innenpolitischer Konfliktlinien?

Dagegen inszenierte die Kriegspropaganda der Europäer eine unverbrüchliche Einheit und Interessenidentität zwischen ihnen und den Kolonisierten. Europäische Länder, die von den deutschen Truppen besetzt waren, wie Belgien und die Niederlande, suchten ihre Kolonien als Machtbasis zu stabilisieren. Vor allem aber für die gespaltene französische Gesellschaft spielten die Kolonien eine zentrale Rolle, sei es, dass sie das mit dem Deutschen Reich zusammenarbeitende Vichy-Regime unterstützten, sei es, dass sie dem „Freien Frankreich“ unter Charles de Gaulle im Widerstand gegen Vichy und die Deutschen halfen wie beispielsweise Kamerun und Tschad. Innenpolitische Konfliktlinien zogen sich im französischen Fall quer durch den gesamten imperialen Raum.



Die Spaltung Frankreichs in Gegner und Unterstützer des NS-Regimes setzt sich in den Kolonien fort. 1941 verlassen einheimische Soldaten per Zug Douala, Kamerun, um die Truppen des Freien Frankreich im Tschad zu unterstützen.



Großbritannien ist zwar einig im Kampf gegen Hitlers Unrechtsregime, doch Vorkommnisse wie die Niederlage gegen die Japaner in Singapur 1942 schwächen die bis dahin unangefochtene britische Kolonialmacht.

Anders gelagert war die Verbindung von Großbritannien und seinem *Empire*: Das Land, koloniale Supermacht seit Jahrhunderten, hatte mit dem Fall Singapurs im Februar 1942 und generell durch die japanische Herausforderung in Südostasien eine schwere Niederlage erlitten, die lange nachhallte und das britische Selbstbewusstsein unterhöhlt. Zugeständnisse an die Kolonien waren unumgänglich, um die Kriegsanstrengungen aufrechtzuerhalten. Indiens Unabhängigkeit war so bereits 1942 von Großbritannien ins Gespräch gebracht worden, auch als Gegenleistung für den Militäreinsatz von hunderten Tausenden Indern auf britischer Seite.

## Auftakt der Dekolonisation in Asien nach 1945

Nach 1945 waren, so schien es, in vielen Regionen der Welt die Weichen für die Unabhängigkeit der Kolonien gestellt: Es gab Unterschiede, gewiss, aber die meisten Zeitgenossen hielten es für unwahrscheinlich, dass die europäischen Kolonialmächte wie nach 1918 ihre Imperien vollständig wiedergewinnen oder konsolidieren könnten. Mit den USA und der Sowjetunion etablierten sich zwei Supermächte, die sich beide – wenn auch unterschiedlich begründet – das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Die USA zogen daraus praktische Konsequenzen und gaben ihre kolonialen Ansprüche auf die Philippinen auf, die 1946 unabhängig wurden.

Die erste Welle der Dekolonisation nach 1945 erfolgte in Asien. Dort hatte der Zweite Weltkrieg am 7. Juli 1937 mit dem japanischen Überfall auf die chinesische Mandschurei, den nordöstlichen Teil Chinas, begonnen. In den folgenden Jahren stürzte der aggressive Expansionismus Japans die europäische Kolonialherrschaft in eine tiefe Krise. Bis 1942 eroberte Japan unter anderem Burma, die Philippinen, Malaya (das spätere Malaysia) und Niederländisch-Ostindien (Indonesien). Indochina stand faktisch unter japanischer Kontrolle, wurde allerdings erst im März 1945 militärisch besetzt. Auch die Kriegserfahrung der Kolonisierten in Asien war von militärischer Massenrekrutierung, Diskriminierung und wirtschaftlicher Ausbeutung geprägt.

### Japans Kapitulation und politisches Vakuum

Nach der Kapitulation Japans am 2./15. September 1945 entstand an vielen Orten Asiens ein politisches Vakuum, das die Führer der während des Krieges erstarkten nationalistischen Bewegungen zu nutzen verstanden. So rief Sukarno am 17. August 1945 die Unabhängigkeit der Republik Indonesien von den Niederlanden aus, am 2. September 1945 verkündete Ho Chi Minh die Unabhängigkeit Vietnams von Frankreich. Die beiden Kolonialmächte wiesen dies zurück und beanspruchten, ihre Herrschaft wiederherzustellen und fortzuführen.

Für die Niederlande wie für Frankreich (und Großbritannien) ging es darum, durch wirtschaftliche Ausnutzung der Kolonien ihren eigenen Wiederaufbau voranzutreiben und die während des Krieges entstandene Abhängigkeit von den USA zu mildern. Vor allem aber waren sie überzeugt, dass ihre Rolle in Europa und der Welt entscheidend davon abhing, dass sie Kolonialmächte blieben. Es folgten Jahre brutal geführter militärischer Auseinandersetzungen, deren Härte gegenüber den eigenen Öffentlichkeiten heruntergespielt wurde. Erst auf Druck der USA zogen sich die Niederlande 1949 aus Indonesien zurück.

## Vietnams Weg in die Unabhängigkeit

[...] Als nationalchinesische Truppen im August 1945 im Norden und alliierte Truppen im Süden nach Indochina einmarschierten, hatten die Partisanen längst weite Teile des Landes befreit. Damit war der Zeitpunkt gekommen, auf den Ho Chi Minh gewartet hatte. Unterstützt von Zehntausenden Anhängern nahm die *Viet Minh* am 19. August die wichtigsten Regierungsstellen in Hanoi ein, und Ho Chi Minh schickte eine Funkmeldung in englischer Sprache an das Oberkommando der US-Truppen: „Das Komitee für die nationale Befreiung der *Viet Minh* bittet die US-Behörden, die Vereinten Nationen darüber zu informieren, dass wir gegen die Japaner gekämpft und sie sich ergeben haben. Wir bitten die Vereinten Nationen, ihr feierliches Versprechen einzuhalten, allen Nationen Demokratie und Unabhängigkeit zu gewähren. Sollten die Vereinten Nationen ihr feierliches Versprechen brechen und Indochina die vollständige Unabhängigkeit verwehren, werden wir so lange weiterkämpfen, bis wir sie durchgesetzt haben.“

Am 2. September 1945 proklamierte Ho Chi Minh in Hanoi die Demokratische Republik Vietnam und verlas vor einer begeisterten Menschenmenge die Unabhängigkeitserklärung, in der es hieß:

„Achtzig Jahre lang haben die französischen Kolonialherren unter dem Deckmantel des Leitsatzes von ‚Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit‘ unser Land ausgeraubt und unsere Landsleute geknechtet. Ihre Taten standen in schreiendem Widerspruch zu allen Prinzipien der Menschlichkeit und Gerechtigkeit. In politischer Hinsicht haben sie uns aller demokratischen Freiheiten beraubt und uns barbarische Gesetze aufgezwungen.

Sie haben drei verschiedene politische Ordnungen in Zentral-, Süd- und Nordvietnam eingeführt, um die Einheit unseres Vaterlandes, die Einheit unseres Volkes zu zerstören. Sie haben mehr Gefängnisse als Schulen erbaut. (...)

Im Herbst 1940, als die japanischen Faschisten in Indochina eindrangten, um es als Stützpunkt im Krieg gegen die Alliierten zu nutzen, verrieten die französischen Kolonialherren unser Land, gaben es in die Hände der Eroberer und kapitulierten vor Japan. Seitdem hatte unser Volk unter dem doppelten japanisch-französischen Joch zu leiden. Das verschlechterte die ohnehin bedauernswerte Lage des Volkes. Ende 1944 und Anfang 1945 starben von Quang Tri im Süden bis zum Norden des Landes über zwei Millionen unserer Landsleute an Hunger.

Am 9. März 1945 entwaffneten die Japaner die französischen Truppen. Und wieder sind die französischen Kolonialherren geflohen oder haben einfach kapituliert. [...] (...) De facto war unser Land schon seit Herbst 1940 keine französische Kolonie mehr, sondern eine japanische.

Nach der Kapitulation Japans erhob sich die gesamte Bevölkerung unseres Landes, nahm die Macht in die eigenen Hände und gründete die Demokratische Republik Vietnam. Wir haben unsere Freiheit und Unabhängigkeit damit den Japanern abgerungen und nicht den Franzosen.“

[...]

Rheinisches JournalistInnenbüro, „Unsere Opfer zählen nicht“. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, hg. v. Recherche International e.V., 4. unveränd. Aufl., Berlin / Hamburg: Assoziation A 2012, S. 243 f.

Der 1946 begonnene Indochinakrieg Frankreichs wurde hingegen von den USA unterstützt. Denn vor dem Hintergrund des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion galt es, den Kommunismus zu bekämpfen, der seit der kommunistischen Machtübernahme in China 1949 vom Westen als große Bedrohung wahrgenommen wurde. Nach jahrelangen Kämpfen kapitulierten die französischen Truppen erst angesichts ihrer verheerenden Niederlage bei Dien Bien Phu am 7. Mai 1954. Die Unterhändler auf der Genfer Konferenz 1954 einigten sich zwar auf die Unab-

hängigkeit Vietnams, Kambodschas und Laos', schufen jedoch mit der zeitgleich vereinbarten Teilung zwischen dem kommunistischen Norden Vietnams und dem autoritär regierten, aber pro-westlichen Süden des Landes ein Problem, das sich ab 1955 zum Vietnamkrieg, einem Stellvertreterkrieg im Rahmen des Ost-West-Konflikts unter direkter militärischer Beteiligung der USA entwickelte. Erst 1975, nach dem Truppenabzug der USA, herrschte formal kurz Frieden in der Region, faktisch folgten bald blutige Kriege und Bürgerkriege.



1949 müssen sich die Niederlande aus Indonesien zurückziehen. Im Beisein von Königin Juliana wird im Königspalast von Amsterdam die Unabhängigkeitsurkunde unterzeichnet.



Im Mai 1954 entscheiden die Vietnamesen die Schlacht bei Dien Bien Phu für sich und besiegeln damit Frankreichs Niederlage im Indochinakrieg sowie das Ende seiner Kolonialherrschaft in der Region.

### „Ein Fiasko sondergleichen“

Auf den ersten Blick ganz anders verlief der britische Rückzug aus Südasien. In Ceylon, dem heutigen Sri Lanka, gelang 1948 ein problemloser Übergang in die Unabhängigkeit. Überraschend schnell zog sich Großbritannien auch aus Indien zurück. Dort hatten erstarkende nationalistische, hinduistische und muslimische Bewegungen, der gewaltige indische Kriegseinsatz, aber auch die in Folge der Kriegswirtschaft ausgebrochene Hungerkatastrophe in Bengalen die britische Herrschaft entscheidend geschwächt. Antibritische Proteste, aber auch Konflikte zwischen Muslimen und Hindus spitzten die Lage so zu, dass die Briten ihrer schließlich nicht mehr Herr werden konnten. Sie entschlossen sich zur Flucht nach vorn, und als Lord Mountbatten, der letzte Vizekönig, der im Auftrag der britischen Regierung die Regierungsgewalt über die Kronkolonie ausübte, nach Indien kam, verlegte er das Datum der Unabhängigkeit sogar noch um ein Jahr, auf den 15. August 1947, vor.



Premierminister Jawaharlal Nehru feiert mit einer großen Menschenmenge am 15. August 1947 vor dem Roten Fort in Neu Delhi die Unabhängigkeit Indiens.

Die Dekolonisation Indiens verlief gewaltvoll und chaotisch. Da es nicht gelang, Muslime und Hindus zu einen, erfolgte mit der Unabhängigkeit die Teilung des Landes in den hinduistisch dominierten Staat Indien und den muslimischen Staat Pakistan. Eine nicht geplante, enorme, mit verheerenden sozialen Problemen und massiver Gewalt einhergehende Umsiedlungsaktion von rund zehn Millionen Menschen zwischen den beiden Staaten war die Folge und löste eine humanitäre Katastrophe aus. Ungelöst blieb, was aus der Kaschmirregion werden sollte, auf die beide Staaten – bis heute – Anspruch erheben. So beurteilen die Historiker Jan C. Jansen und Jürgen Osterhammel die Dekolonisation Südasiens mit guten Gründen als „ein Fiasko sondergleichen“.

Als Nachzügler der Dekolonisation in Asien wurden 1957 Malaya (seit 1963: Malaysia), 1965 Singapur und schließlich 1999 das britische Hongkong und das portugiesische Macau unabhängig. Von „der asiatischen Dekolonisation“ zu sprechen, würde einen einheitlichen Prozess suggerieren, der de facto aber in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich verlief. Gewalt war häufig im Spiel, und selbst dort, wo wie in Malaya Kolonialmacht und lokale Akteure konsensorientiert handelten, kam es während der Niederschlagung von kommunistischen Aufständen zu enormem Gewalteininsatz seitens Londons.

### Staatenbünde im Zeichen nationaler Selbstbestimmung

Bemerkenswert ist, wie wenig sich die zeitgenössischen europäischen Gesellschaften mit der Tatsache befassten, dass sie ihre Imperien in Asien aufgeben mussten. Möglicherweise hat deren Überleitung in das *Commonwealth of Nations* bzw. die *Union Française* zur Befriedung der öffentlichen Meinung in den jeweiligen Ländern beigetragen. Das *Commonwealth* wurde 1931 durch das Westminster-Statut offiziell gegründet, seit der Londoner Deklaration von 1949 sind alle Mitgliedstaaten formell gleichgestellt. Die (heute 53) Mitglieder sind verbunden durch ihre besondere Beziehung zur britischen Krone, die



Die Dekolonisation des Subkontinents und seine Teilung in die Staaten Indien und Pakistan gehen mit massiver Gewalt einher. Mehr als zehn Millionen Menschen werden aus ihrer Heimat vertrieben. Muslime 1947 auf der Flucht im Norden Indiens.



als Oberhaupt des *Commonwealth* fungiert: In 16 Staaten ist die Queen offiziell noch Staatsoberhaupt.

Die *Union Française* hingegen war kurzlebiger: Sie wurde 1946 gegründet und 1958 in die *Communauté Française* übergeleitet. War die *Union* zunächst als enger Zusammenschluss der bestehenden Übersee-Territorien und *Départements* mit selbstständig gewordenen vormaligen Kolonien und Frankreich konzipiert, verlor sie rasch an Verbindlichkeit und Bedeutung. 1995 wurde die *Communauté* aufgelöst. Die Hoffnungen der Nachkriegszeit, solche „Auffangorganisationen“ könnten als Ersatz für verlorene imperiale Einheit dienen und wenigstens den symbolischen Fortbestand einer auf die beiden europäischen Mächte fokussierten Weltordnung garantieren, wurden demnach auf lange Sicht enttäuscht.

Der Optimismus, der das *Commonwealth*, die *Union Française* und auch die noch kurzlebigere Niederländisch-Indonesische Union (1949–1954) begleitete, ist jedoch nicht der einzige Erklärungsansatz für die relative Leidenschaftslosigkeit, mit der die Europäer in den späten 1940er- und in den 1950er-Jahren ihre Kolonien in Asien aufgaben. Weitere Gründe sind wohl vor allem in Europa selbst zu suchen. Hier waren die Gesellschaften nach den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs hauptsächlich damit beschäftigt, im eigenen Land Alltagsnöte zu beseitigen und den Wiederaufbau zu bewerkstelligen. Die von der *Labour Party* geführte Regierung in Großbritannien, die für die Unabhängigkeit Indiens, des „Kronjuwels“ im *Empire*, verantwortlich zeichnete, hatte andere, namentlich innen- und gesellschaftspolitische Prioritäten.

Der beginnende Kalte Krieg tat schließlich ein Übriges, dass sich koloniale Nostalgie und überkommene Herrschaftsansprüche dem kalten Licht des weltpolitischen Realismus ausgesetzt sahen. In der Auseinandersetzung um die weltpolitische Ordnung zwischen Ost und West war westliche Kolonialherrschaft nur noch schwer zu legitimieren, auch wenn sie im Kampf gegen den Kommunismus noch eine Zeit lang fortgeführt wurde.

Doch mit dem Selbstbestimmungsrecht, das US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premierminister Winston Churchill in der Atlantik-Charta im August 1941 abermals bekräftigt hatten, war den antikolonialen Bewegungen ein starkes Argument an die Hand gegeben. Auch gewann durch die UN-Charta vom Juni 1945 und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte seitens der Vereinten Nationen im Dezember 1948 der Diskurs über die universelle Geltung von Rechten wirkmächtige neue Impulse.

## Die Dekolonisation Afrikas und des Nahen und Mittleren Ostens

Spätestens seit sie die Mandate des Völkerbunds übernommen hatten, wussten die Briten und Franzosen, dass der Nahe und Mittlere Osten eine besonders konfliktträchtige Region war. Sie selbst hatten dazu ganz wesentlich beigetragen, als sie sich 1916, während des Ersten Weltkriegs, in dem geheim gehaltenen Sykes-Picot-Abkommen auf die Aufteilung der Region verständigt hatten. Zudem hatten die Briten in der Balfour-Erklärung von 1917 der zionistischen Bewegung versprochen, sie bei der „Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ zu unterstützen.

Anders als von den beiden europäischen Mächten erwartet, schuf die Umsetzung des Sykes-Picot-Plans zahlreiche neue



Mit dem Ende des britischen Mandats in Palästina verlässt der Hohe Kommissar, Sir Alan Cunningham, am 14. Mai 1948 das Regierungsgebäude in Jerusalem.

Probleme, und zu keinem Zeitpunkt gelang es ihnen, ihre Herrschaft im Nahen und Mittleren Osten zu stabilisieren. Zwar vermochte London, 1932 den Irak und 1946 Transjordanien (ab 1950 offiziell Jordanien) Königshäusern zu überantworten, die den Briten freundlich gesonnen waren, und damit die eigenen (Öl-)Interessen vorerst zu sichern, doch war dies in der Region eher die Ausnahme als die Regel. Frankreich erfuhr dies in Syrien und dem Libanon, Großbritannien in Palästina. Seit 1944 wurden die Briten dort zum Angriffsziel sowohl seitens radikaler Zionisten, die die Gründung eines unabhängigen jüdischen Staates forderten, als auch seitens der palästinensischen Araber, die ebenfalls nach einem eigenen Staat strebten und dafür zu Mitteln politischer Gewalt griffen.

Nach der Auflösung des Völkerbunds wandelten die Vereinten Nationen als Nachfolgeorganisation dessen Mandatssystem in ein System der Treuhandschaft, scheiterten jedoch mit der Absicht, die Treuhandschaft für Israel selbst zu übernehmen. Einen Tag bevor das britische Mandat auslief, am 14. Mai 1948, proklamierte David Ben Gurion den neuen Staat Israel. Dieser ging aus harten Kämpfen hervor, ein erster Angriff der benachbarten arabischen Staaten erfolgte umgehend, die Vereinten Nationen blieben machtlos. Mit dem Erstarken panarabischer Bestrebungen unter dem ägyptischen General Gamal Abdel Nasser nach 1952 war absehbar, dass der Nahostkonflikt zu einem Dauerkonflikt würde. Nasser gelang es 1956, die Suezkanalgesellschaft, die bis dahin im Besitz Großbritanniens und Frankreichs gewesen war, zu enteignen und zu verstaatlichen. Mit seinem Erfolg in der Suezkrise zeigte er den europäischen Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien die Grenzen ihrer Handlungsmacht auf.

## Die Dekolonisation Afrikas

In Afrika setzte die Dekolonisation rund ein Jahrzehnt später ein, verlief dann aber umso dynamischer. Als erste Staaten wurden 1956 der Sudan und 1957 Ghana, die vormalige Goldküste, unabhängig. Mit dem ghanaischen Präsidenten Kwame Nkrumah setzte sich eine Führungsfigur der panafrikanischen Bewegung aus der Zwischenkriegszeit an die Spitze ihres Landes und beeinflusste von dort eine ganze Reihe weiterer Unabhängigkeitsbewegungen. Sein politisches Engagement hatte Nkrumah während seiner Studienzeit in den USA und in London intensiviert, und er stand wie kaum ein anderer für die engen Verbindungen der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen mit der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA ebenfalls an Dynamik und Zulauf gewann.

Fast scheint es, als sei nach diesem Auftakt die Dekolonisation in Afrika nicht mehr aufzuhalten gewesen. Allein 1960, im „Jahr Afrikas“, wurden 17 Staaten südlich der Sahara unabhängig, bereits 1965 überstieg die Zahl der unabhängigen UN-Mitgliedstaaten aus Afrika mit 37 diejenige jedes anderen Kontinents. Doch darf diese beeindruckende Entwicklung nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Dekolonisation in Afrika sich in die Länge zog. Portugal löste sich von seinen Kolonien erst Mitte der 1970er-Jahre, Namibia und Eritrea wurden durch ihre Sezessionen von Südafrika bzw. Äthiopien erst 1990 bzw. 1993 unabhängig. Rhodesien, dessen einseitige Unabhängigkeitserklärung 1965 von Großbritannien nicht anerkannt worden war, wurde erst 1980 als unabhängiger Staat Simbabwe

selbstständig. Und auch das Ende der Apartheid, der strikten staatlich verfügten Rassentrennung im formal seit 1931 unabhängigen Südafrika, das erst in den 1990er-Jahren erfolgte, muss in den langen Prozess der Dekolonisierung eingeordnet werden.

Die Wege in die Unabhängigkeit waren nicht nur unterschiedlich lang, sondern verliefen auch höchst unterschiedlich. Vielfach kam es zu gewaltvollen Kämpfen, besonders dann, wenn es um Siedlerkolonien ging. Dies lässt sich für Kenia beobachten, wo die britische Kolonialmacht gemeinsam mit den Weißen Siedlern zwischen 1952 und 1959 brutal gegen aufständische Kikuyu („Mau Mau-Aufstand“) vorging. In Algerien, einer französischen Siedlerkolonie, fochten über acht Jahre algerische Bewegungen, allen voran die „Nationale Befreiungsfront“ (*Front de Libération Nationale, FLN*), Weiße Siedler und französische Truppen einen erbitterten Kampf aus (1954–1962). Ebenso brutal verliefen die Konflikte in den portugiesischen Siedlerkolonien Angola und Mosambik (1961–1975).

Während vielfach Übergänge in die Unabhängigkeit geplant und friedlich verliefen, kam es auch zu überstürzten Abzügen europäischer Kolonialmächte, die in völligen Desastern endeten. Der belgische Kongo ist hierfür das bedrückendste Beispiel. Galt der Kongo noch bis weit in die 1950er-Jahre als Muster stabiler Kolonialherrschaft, so sahen sich die Belgier ab Anfang 1959 einer wachsenden Protestbewegung gegenüber, auf die sie mit politischer Hilflosigkeit reagierten. Panisch gaben sie ihre Ansprüche auf, schon am 30. Juni 1960 wurde die Demokratische Republik Kongo unabhängig. Der



Die Wege in die Unabhängigkeit verlaufen in Afrika höchst unterschiedlich und selten problemlos. In Kenia erheben sich die einheimischen Kikuyu, um die britischen Siedler zu vertreiben, in Algerien kämpft die FLN gegen die Franzosen. Verhaftung von Mau Mau-Rebellen Ende 1952 in Kenia, Gefangennahme eines FLN-Kämpfers 1958 nahe Djebel Tarf



In der Demokratischen Republik Kongo brechen nach der Unabhängigkeit Unruhen aus. Der gewählte Ministerpräsident Patrice Lumumba wird 1961 von Rebellen ermordet. In Eritrea, das als einer der letzten afrikanischen Staaten 1993 unabhängig wird, herrscht heute ein diktatorisches Regime.



neu gewählte Ministerpräsident Patrice Lumumba vermochte die aufbrechenden Krisen des Landes, vor allem die Sezessionsbewegung in der Provinz Katanga, nicht unter Kontrolle zu bekommen; er wurde durch die Sezessionisten (unter Beteiligung des CIA und des belgischen Geheimdienstes) 1961 ermordet. Vier Jahre später putschte sich Joseph Mobuto mit Hilfe des Militärs an die Macht, die er bis 1997 ausübte.

### Kriege, Krisen und Konflikte: das Erbe der Dekolonisation

Die Beispiele verweisen darauf, dass Afrika und Asien nach der Dekolonisation in weiten Teilen nicht zur Ruhe kamen. Vielerorts gingen die Kämpfe um die Unabhängigkeit nahtlos in brutale Bürgerkriege über. So geschah es im Kongo oder in

Nigeria, wo sich Machtkämpfe mit ethnischen und wirtschaftlichen Konflikten zwischen den drei größten Volksgruppen des Landes verwoben und in den Biafrakrieg von 1967 bis 1970 mündeten. Dieser war nicht nur eine militärische Auseinandersetzung, sondern auch eine humanitäre Katastrophe riesigen Ausmaßes: Mehr als eine Million Menschen, darunter viele Kinder, verloren ihr Leben, die meisten davon starben den Hungertod.

Der Biafrakrieg mobilisierte in den westlichen Gesellschaften Hilfsbereitschaft – und Proteste. Mit ihm wurden in den kritischen Öffentlichkeiten der 1960er-Jahre die politischen Kosten und humanitären Folgen westlicher Herrschaft thematisiert. Nicht zuletzt daraus erwuchs eine breite Solidaritätsbewegung mit dem globalen Süden, der zeitgenössisch

### Bürgerkrieg um Biafra

[...] Die Ursachen des [nigerianischen Bürgerkriegs um die Abspaltung Biafras] [...] reichen zurück bis in die Kolonialzeit. 1862 hatten die Briten Lagos und die Umgebung der Stadt zum Protektorat erklärt und in den folgenden Jahren das Gebiet des heutigen Nigeria unterworfen. Wie viele andere Kolonialgebilde umfasste es zahlreiche Sprach- und Volksgruppen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung, vornehmlich Hausa und Fulani, lebte im muslimischen Norden. Der Rest teilte sich zwischen den Regionen des kleineren, wirtschaftlich jedoch weitaus potenter christlichen Südens auf – der mehrheitlich von Yoruba bewohnten Westregion und dem von Igbo dominierten Osten. [...]

Als Nigeria schließlich 1960 unabhängig wurde, unterschätzten fast alle Beteiligten die Explosivkraft der [...] ethnisch-regionalen Konflikte. Mithilfe einer parlamentarischen Demokratie und eines föderativen Systems [...] glaubte man, sie bändigen zu können.

Doch [...] [s]chon bald brach das politische Gleichgewicht zusammen: Am 15. Januar 1966 putschten sich Offiziere der nigerianischen Armee, überwiegend Igbo, an die Macht. [...] Im muslimischen Norden des Landes [...] wurde die Aktion als Versuch der Igbo gedeutet, ihre Macht auszudehnen.

Nach einem Gegenputsch im Juli 1966 übernahmen Militärs aus dem Norden [...] die Bundesregierung. Zur gleichen Zeit begannen in der Nordregion Pogrome gegen die dort lebenden Igbo. Rund 30 000 wurden ermordet, in einer Massenflucht strömten schätzungsweise eine Million Igbo in ihr ursprüngliches Heimatgebiet im erdölreichen Südosten des Landes.

Es war der Beginn der Abspaltung. Aus Angst vor einem Genozid rief die Militärregierung der südöstlichen Region unter General Chukwuemeka Odumegwu Ojukwu am 31. Mai 1967 einen unabhängigen Staat aus – Biafra, benannt nach dem alten Namen der Region. [...]

[...] [E]s entwickelte sich ein zäher, erbitterter Bürgerkrieg. Die Zugangswege nach Biafra waren schon bald blockiert, was zu einer dramatischen Versorgungskrise in der dicht bevölkerten Region führte. Die Bundesarmee brauchte dennoch fast zweieinhalb Jahre, um Biafra militärisch zu schlagen. Die Kapitulation trat am 15. Januar 1970 in Kraft. [...]

Der mögliche Zerfall von Afrikas verheißungsvollem Land berührte viele Interessen. Afrikanische Staatsmänner fragten sich, ob das Beispiel Biafras sezessionistische Kräfte in ihren eben erst unabhängig gewordenen, noch fragilen Staaten inspirieren würde. Großbritannien hatte vor allem seine wirtschaftlichen Interessen an den Ölvorkommen im Blick [...]. [...]

Frankreich wiederum unterstützte offen das Projekt [...]. Dahinter stand die Sorge, ein vereinigt und wirtschaftlich erfolgreiches Nigeria könne die fragmentierten und ökonomisch oft schwachen frankofonen Staaten überflügeln und so die Machtverhältnisse in Westafrika zum Nachteil der Franzosen verändern. Überdies hatte Paris ein vitales Interesse an den Erdölvorkommen in Biafra.

[...] Historiker sehen [...] [im Biafrakrieg] einen Wendepunkt des postkolonialen Zeitalters. Die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Garantie der Menschenrechte erhielt durch das Blutvergießen in Biafra neue Brisanz. In Europa und den USA löste „Biafra“ eine zivilgesellschaftlich verankerte Menschenrechtsbewegung aus. Das konkrete Engagement ließ zwar rasch nach, war aber die Geburtsstunde für viele heute noch aktive Organisationen [...].

Bestehen blieb auch das durch diesen Krieg maßgeblich geprägte Bild Afrikas: Aus dem Kontinent der Hoffnung war 1968 in den Augen der Weltöffentlichkeit ein krisengeschüttelter, zur Entwicklung unfähiger Weltteil geworden. [...]

Der Autor ist Professor für die Geschichte Afrikas an der Humboldt-Universität Berlin

Andreas Eckert, „Als die Hoffnung starb“, in: DIE ZEIT Nr. 17 vom 14. April 2016



Im Bürgerkrieg zwischen Nigeria und dem für seine Abspaltung kämpfenden Biafra stellt sich der Führer der Sezessionisten, General Chukwuemeka Odumegwu Ojukwu, auf einer Pressekonferenz 1968 den Fragen der Journalisten.



Bilder verhungender Kinder aus dem Biafrakrieg mobilisieren die westlichen Gesellschaften und werfen Fragen nach den politischen Kosten und den humanitären Folgen westlicher Herrschaft auf. Am 23. Juni 1968 blockieren Polizeikräfte in London einem Protestzug den Zugang zum Dienstsitz des Premierministers, wo eine Petition gegen die britische Unterstützung der nigerianischen Regierung abgegeben werden sollte.

als „Dritte Welt“ bezeichnet wurde. Deutlich anders verhielt es sich mit der Kritik am Algerienkrieg: Sie wurde im Frankreich der späten 1950er- und frühen 1960er-Jahre nur von einer kleinen Gruppe von Intellektuellen und Schriftstellern geäußert und konnte trotz medialer Verbreitung keinen umfassenden Protest mobilisieren. Gleichwohl zeitigten die Krisen und Konflikte der Dekolonisation auch in den westeuropäischen Gesellschaften Wirkungen. Eine ganze Generation im Westen prägte um 1968 ein neuartiges globales Bewusstsein aus.

### Koloniale Ordnungsvorstellungen und gescheiterte Staatlichkeit

In Afrika und Asien hatte die Erfahrung kolonialer Herrschaft Folgen für die postkolonialen gesellschaftlichen und politischen Ordnungen. Wie tief die kolonialen Spuren heute noch sind, schätzt die Wissenschaft unterschiedlich ein. Der Historiker Harald Fischer-Tiné verwies in diesem Zusammenhang auf Kontinuitäten in den Schlüsselinstitutionen Armee, Polizei, Justiz und Bildungswesen, doch auch soziale Kategorien, welche die Kolonialherren zur Organisation ihrer Herrschaft genutzt hatten, erwiesen sich als langlebig und konfliktträchtig. Zu diesen Kategorien zählt Fischer-Tiné beispielsweise „Stamm“, „Kaste“ oder „Religionsgemeinschaft“, die auch für die neuen Machthaber handlungsleitend geblieben seien. So hatten deutsche und vor allem belgische Kolonialherren in Ruanda maßgeblichen Anteil an der Ethnisierung und rassistisch begründeten sozialen Einordnung von Tutsi und Hutu, die seit den 1950er-Jahren immer wieder gewaltsame Konflikte gegeneinander austrugen. Diese gipfelten 1994 in einem Genozid an den Tutsi, dem mehr als 75 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe zum Opfer fielen.

Vor dem Hintergrund, dass die europäischen Kolonisierer zwar die Entstehung einer westlich ausgebildeten urbanen Elite gefördert, die ländlichen Regionen aber politisch vernachlässigt hatten, verweist Mahmood Mamdani, ein indischstämmiger, in den USA lehrender Anthropologe und Politik-



Tödliches Erbe: Im heutigen Ruanda förderten die Kolonialmächte ethnische Polarisierung. Nach der Unabhängigkeit schwelt der Konflikt zwischen Hutu und Tutsi weiter und eskaliert 1994 im Genozid. Gräber ermordeter Tutsi in Nyanza, Ruanda

wissenschaftler, auf eine etwas anders gelagerte Kontinuität: Die auf die Kolonialherrschaft zurückgehende Spaltung in „citizens“, also mit allen Rechten ausgestattete Vollbürger in den Städten, und „subjects“, auf dem Land lebende Staatsangehörige ohne volle Rechte, habe sich in den postkolonialen afrikanischen Staaten in der Zweiteilung von städtischen und ländlichen Gebieten fortgesetzt.

Der Politikwissenschaftler Klaus Schlichte hingegen problematisiert die westlichen Erwartungen an die Länder des globalen Südens und hält das Urteil, es handele sich bei einer Reihe von ihnen um „gescheiterte Staaten“, für verfehlt. Von den 35 Staaten, bei denen der „Global Peace Fund“ 2017 mit hoher oder höchster Dringlichkeit vor einem bevorstehenden vollständigen Staatsversagen warnte, befinden sich 27 in Afrika; und mit Ausnahme von drei Staaten handelt es sich bei allen um ehemalige europäische Kolonien.

Auch der größte Teil von Blauhelmeinsätzen der Vereinten Nationen galt Dekolonisations- oder postkolonialen Konflikten. Dass sich die Redeweise von „gescheiterten“ oder „fragilen Staaten“ so fest etablieren konnte, mag einerseits damit zusammenhängen, dass es in der Tat in vielen Weltregionen nicht gelang, stabile Staaten zu etablieren. Andererseits deutet sie auch darauf hin, dass sich mit der Dekolonisation bis zum heutigen Tag auf Seiten der Europäer die feste Erwartung verbindet, die unabhängigen Regionen würden Staatlichkeit nach westlichem Vorbild ausprägen.

Nur wer den westlichen demokratischen Rechts- und Sozialstaat vor Augen hat, kann „scheiternde Staatlichkeit“ diagnostizieren, so Schlichte. Würden andere Formen der Organisation von Macht und der Ausübung von Herrschaft in Betracht gezogen und anerkannt, so verlöre ein „*failed states index*“ seinen Sinn. Dagegen wäre allerdings einzuwenden, dass auch in postkolonialen Staaten selbst viele Akteurinnen und Akteure Demokratie und Rechtsstaatlichkeit anstreben, das Modell also nicht nur deshalb verworfen werden sollte, weil es westlichen Ursprungs ist.

## Innenpolitische Krisen in den Metropolen

Politische Krisen und Instabilität waren nicht nur in den postkolonialen Staaten Afrikas und Asiens zu beobachten. Auch in den europäischen Metropolen selbst verstärkten die Erfahrungen der Dekolonisation bestehende Probleme. Besonders drastisch machte sich dies in Frankreich und Portugal bemerkbar, wo es nicht zuletzt in Folge der Dekolonisation sogar zu Wechseln der politischen Systeme kam.

### Drohende Militärputsche in Frankreich

In Frankreich versetzte die Krise in Algerien der von vielen Zeitgenossen ohnehin als schwach und instabil wahrgenommenen IV. Republik 1958 den Todesstoß. Ihren Ausgang nahm

die Krise am 13. Mai in Algier, wo französische Generäle die Regierungsgewalt an sich zogen und damit den Druck auf die Regierung in Paris erhöhten, für den weiteren Verbleib Algeriens bei Frankreich zu kämpfen.

Um zu verhindern, dass der Militärputsch auf Frankreich selbst übergriff, trug Staatspräsident René Coty Ende Mai 1958 Charles de Gaulle die Bildung einer neuen Regierung an. Nur de Gaulle, der von seiner Anhängerschaft als Held des Zweiten Weltkriegs verehrt, führende Kopf des „Freien Frankreich“ und der selbststilisierte „Befreier Frankreichs“ von 1945, schien die Armee unter Kontrolle halten und die französische Politik im Angesicht kolonialer Krisen stabilisieren zu können. Er ließ eine neue Verfassung ausarbeiten, die ganz auf ihn zugeschnitten war. 80 Prozent der französischen Bürgerinnen und Bürger stimmten in einem Referendum dieser neuen Verfassung zu. Im Dezember 1958 wurde de Gaulle in indirekter Abstimmung zum Präsidenten der neuen V. Republik gewählt.

Die Verfassung der V. französischen Republik trägt bis heute, gleichsam als genetischen Code, die schwere Dekolonisationskrise der späten 1950er- und frühen 1960er-Jahre in sich. Damit die Republik handlungsfähig blieb, wurden dem Präsidenten große Vollmachten gegenüber Regierung und Parlament übertragen sowie weitreichende Notstandsrechte eingeräumt, die heute das politische Geschehen in Frankreich prägen.

Eine weitere innenpolitische Krise drohte 1962, als prominente Teile der Armee sich gegen die Unabhängigkeit Algeriens wandten und ihren Widerstand nun nach Frankreich selbst trugen. Die aus den Reihen des Militärs gegründete *Organisation de l'Armée Secrète* (OAS) überzog Frankreich mit einer Welle von Bombenanschlägen, und auch der Präsident selbst wäre im August 1962 beinahe einem Attentat zum Opfer gefallen. Der drohende Militärputsch wurde abgewendet, de Gaulle konnte sich behaupten, Algerien wurde im Juli 1962 unabhängig. De Gaulle nutzte die Gunst der Stunde und verstärkte die Legitimation des französischen Staatspräsidenten dadurch, dass dieser fortan direkt durch das französische Volk und nicht mehr durch Wahlmänner gewählt wurde.



Französische Militärangehörige gründen 1960/61 die OAS, eine Geheimorganisation, die mit Gewalt den Verbleib Algeriens bei Frankreich durchsetzen will. Dazu verüben sie auch in Frankreich selbst Attentate. Bombenanschlag auf den Schnellzug Strasbourg-Paris im Juni 1961 mit 24 Toten

## Maurice Audin – ein Opfer des Algerienkrieges

[...] Präsident Emmanuel Macron hat [...] die Witwe des Mathematikers Maurice Audin besucht und um „Pardon“ gebeten, dass ihr Mann „im Namen der Französischen Republik von Soldaten gefoltert und umgebracht oder zu Tode gefoltert“ wurde. Es ist das erste Mal, dass ein französischer Staatschef öffentlich das damals legale System willkürlicher Verhaftungen und Folter durch die Streitkräfte in Algerien eindeutig verurteilt. In einem vom Elysée-Palast verbreiteten Communiqué heißt es weiter: „Seit 61 Jahren bleibt das Verschwinden von Maurice Audin (...) eine Schattenseite der Geschichte des Algerien-Krieges. (...) Der Präsident hat deshalb entschieden, dass es an der Zeit ist, dass die Nation zu diesem Thema die Wahrheitsfindung zum Abschluss bringt.“ Der Elysée-Palast kündigte an, Historikern alle Staatsarchive zugänglich machen zu wollen, die zur Aufklärung des Falls Audin und des Schicksals anderer „Verschwundener“ beitragen können.

Der Kommunist und Mathematiker Maurice Audin, der an der Universität in Algier lehrte und die algerischen Unabhängigkeitskämpfer des „Front National de Libération“ (FNL) unterstützte, war am 11. Juni 1957 von französischen Soldaten verhaftet worden. Es ist bis heute unklar, unter welchen Umständen er – im Alter von nur 25 Jahren – starb. Der als „Foltergeneral“ bekannte, 2013 verstorbene damalige Geheimdienstkommandant in Algier, Paul Aussaresses, hatte behauptet, dass Audin von einem seiner Männer „auf Befehl“ getötet worden sei. Der Fernsehsender France 3 zeigte Anfang 2014 in einem Dokumentarfilm ein Schreiben, in dem der General die Tötung Audins anwies. Der Historiker Pierre Vidal-Naquet hatte bereits 1958 in dem Buch „L’affaire Audin“ an der offiziellen Version gezweifelt, wonach Audin bei einem Fluchtversuch ums Leben gekommen sei. Vidal-Naquet zitierte Augenzeugen, die Audin im berüchtigten Gefängnis von El-Biar gesehen hatten, in dem die Verdächtigen systematisch gefoltert wurden. Seine These war es schon damals, dass Audin besonders brutale Folter nicht überlebt hatte.

Audins Witwe hat nie die Hoffnung aufgegeben, die genauen Todesumstände zu erfahren. [...] Im Juli 1957 hatte Josette Audin zum ersten Mal Anzeige gegen unbekannt erstattet. 2007 flehte sie in einem Brief Präsident Nicolas Sarkozy an, das Verbrechen endlich aufzuklären. Sie erhielt nie eine Antwort. „Mein Kampf ist nicht zu Ende“, sagte sie jetzt der Zeitung „Le Monde“. Auch wenn die Anerkennung des Verbrechens durch Präsident Macron ein großer Schritt sei, hoffe sie, dass die noch lebenden Zeugen „jetzt endlich reden“.

Der Unabhängigkeitskampf Algeriens bleibt bis heute ein emotional diskutiertes Kapitel der französischen Geschichte. [...] Es gibt noch immer etliche Franzosen, die sich Kritik am damaligen Vorgehen der Armee verbitten. Die aus Algerien vertriebenen Siedler und ihre Nachfahren haben den Eindruck, dass ihrem Schicksal weniger Bedeutung beigemessen wird

als dem Unrecht, das den Unterstützern der Unabhängigkeit widerfahren ist. Auch die Harkis, die algerischstämmigen Hilfssoldaten und ihre Familien, ringen um Rehabilitierung. Sie waren größtenteils ihrem Schicksal überlassen worden. [...] Die Armeeführung wiederum fürchtet, dass das Eingeständnis staatlich organisierter Folter dem allgemeinen Ansehen der Streitkräfte schaden könnte. [...]

Macron hatte bereits im Wahlkampf versucht, die Debatte über die algerische Kolonialvergangenheit anzustoßen. Im Februar 2017 bezeichnete er bei einem Besuch in Algerien die Kolonisierung als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Das führte zu großer Entrüstung unter den Nostalgikern, die Frankreichs „zivilisatorische Leistung“ in der Kolonialzeit gewürdigt sehen wollen. Bei seinem Antrittsbesuch als Präsident in Algerien im vergangenen Dezember [2017] äußerte sich Macron deshalb vorsichtiger. Er sprach von „Verbrechen gegen die Menschheit“ und betonte: „Wir müssen den Blick auf die Zukunft richten“. Erst das Eingeständnis, dass es multiple Erinnerungen an die Kolonialzeit und den Unabhängigkeitskrieg gebe, werde dazu führen, dass „die Vergangenheit vergehen kann“, so Macron. Die für Veteranen zuständige Staatssekretärin soll prüfen, wie auch die Harkis besser für das widerfahrene Unrecht entschädigt werden können.

Michaela Wiegel, „Macrons historische Geste“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. September 2018 © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv



In einer Sonderausgabe vom 2. Dezember 1959 berichtet France nouvelle über die Ermordung von Maurice Audin.

## Die „Nelkenrevolution“ in Portugal

Das Militär spielte auch im zweiten Fall eines Regimewechsels in Europa eine maßgebliche Rolle, wenngleich in anderer Weise als in Frankreich. In Portugal bestand seit den 1930er-Jahren ein katholisch-autoritäres Regime unter António de Oliveira Salazar. Basierend auf dem soziokulturellen Einfluss der katholischen Kirche, hatte das Salazar-Regime – wie das ähnlich autoritäre Franco-Regime in Spanien – über das Ende des

Zweiten Weltkriegs hinaus Bestand. Indes geriet es in Anbetracht wachsender Konflikte in den Kolonien und dann offener Dekolonisationskriege in Angola ab 1961, in Guinea-Bissau ab 1963 und in Mosambik ab 1964 unter zunehmenden Legitimationsdruck, zumal diese Kriege gewaltvoll, blutig und opferreich geführt wurden.

Nachdem Salazar 1968 sein Amt nicht mehr ausüben konnte, schlugen mehrere Versuche fehl, das Land entweder zu mo-



Eine andere Rolle als in Frankreich spielt das Militär bei Regimewechsel und Dekolonisation in Portugal. Die „Nelkenrevolution“ beendet die Diktatur und entlässt die Kolonien in die Unabhängigkeit.

dernisieren oder den Einfluss rechter Militärs weiter zu stärken. Eine zentrale Rolle kam schließlich der „Bewegung der Hauptleute“ (*Movimento dos Capitães*) zu, in der sich der Konflikt über Karrierewege junger Offiziere in der Armee ebenso widerspiegelte wie die realistische Erkenntnis, dass die Kriege in den Kolonien nicht zu gewinnen waren. Im Bündnis mit Liberalen, Sozialisten und Kommunisten trieb die aus den „Hauptleuten“ hervorgehende „Bewegung der bewaffneten Kräfte“ (*Movimento das Forças Armadas*) Reformen voran – und schließlich die Revolution: Am 25. April 1974 übernahmen sie die Macht in Lissabon, friedlich, mit Nelken in den Gewehrläufen, was dem politischen Umbruch in Portugal auch den Namen gab: Nelkenrevolution. Danach war die Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonien nur noch eine Frage der Zeit. Guinea-Bissau wurde im September 1974 unabhängig, Angola und Mosambik 1975.

## Europäische Integration: Ersatz oder Fortsetzung kolonialer Herrschaft?

Die europäische Integration erhielt maßgebliche Impulse aus den Erfahrungen, die die Völker Europas in zwei verheerenden Weltkriegen gemacht hatten. Nun, nach 1945, sollten Strukturen geschaffen werden, die zumindest im Westen des europäischen Kontinents dauerhaft Frieden sicherten – auch indem sie Sicherheit vor Deutschland schufen. Die Einbindung der Bundesrepublik in die entstehenden europäischen Institutionen war nicht zuletzt bedingt durch den Wunsch, ein mögliches Wiedererstarken des Militarismus in dem jungen deutschen Weststaat zu verhindern, der 1949 aus den drei Besatzungszonen der Westalliierten hervorgegangen war. Freilich zeigte sich bald ein klarer Unterschied zur Situation nach 1918: Sowohl die Bundesrepublik wie auch die DDR, die 1949 aus der sowjetisch besetzten Zone entstanden war, erkannten die Kriegsniederlage Deutschlands ebenso an wie die deutsche Schuld am Kriegsausbruch.

Mochte die Bonner Außenpolitik bis 1970 offiziell noch an einer Rückkehr zu den Ostgrenzen von 1937 festhalten, so orientierte sie sich in ihrer Praxis doch immer an dem, was machbar war. Offener Revisionismus, das heißt das Streben nach einer Veränderung des bestehenden völkerrechtlichen Zustands, lag ihr fern, und dies galt erst recht für die Frage deutscher Ko-

lonien. Sie spielten nach 1945 in der deutschen Politik in Ost wie West überhaupt keine Rolle mehr.

Einen zweiten wirkmächtigen Impuls für den Zusammenschluss der westeuropäischen Staaten gaben der anbrechende Kalte Krieg und die US-amerikanische Politik, die mit dem Marshallplan, dem US-amerikanischen Hilfsprogramm für Westeuropa, wichtige Weichen stellte.

### Institutionen für „Eurafrika“

Übersehen wird in dieser geläufigen Gründungserzählung freilich häufig der Anteil, den die Dekolonisation an der Integration Europas hatte. So sorgte der Verlust der Imperien bei den beiden großen europäischen Kolonialmächten dafür, dass sie sich Europa zuwandten, im Falle Frankreichs sehr früh, im Falle Großbritanniens erst in den 1960er-Jahren. In den Anfängen der Integration spielte die französische Politik eine maßgebliche Rolle, zielte sie doch darauf, Europa als Ersatz für verloren gehende oder bereits verlorene Macht in anderen Teilen der Welt und als Brücke nach Afrika zu nutzen.

In der Tat hatte Afrika schon in frühen Initiativen zur europäischen Einigung eine wichtige Rolle gespielt. Bereits Graf Richard Coudenhove-Kalergi, ein japanisch-österreichischer Schriftsteller und Politiker sowie zentraler Akteur in der paneuropäischen Bewegung der Zwischenkriegszeit, war der festen Überzeugung gewesen, dass sich Europa gegenüber den USA und der Sowjetunion nur mit seinen starken Kolonien in Afrika im Rücken würde behaupten können.

Durchaus ähnlich dachten die Protagonisten der Integration nach dem Zweiten Weltkrieg: Auch ihnen galt, wie die schwedischen Historiker Peo Hansen und Stefan Jonsson gezeigt haben, die enge Verbindung Europas zu Afrika als Voraussetzung dafür, dass die Europäer als „dritte Weltmacht“ zwischen den beiden Supermächten ihren Platz in der Weltpolitik fanden. „Eurafrika“ sollte Europa den afrikanischen Kontinent als Rohstofflieferant und als Absatzmarkt erschließen, die europäischen Volkswirtschaften beleben und dadurch die Abhängigkeit des europäischen Handels von den USA verringern.

Besonders Paris drängte in den Verhandlungen über die Römischen Verträge 1957 darauf, die französischen Kolonien, namentlich Algerien, sowie die afrikanischen Kolonien der übrigen Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu assoziieren und auch diesen Gebieten zollfreien Zugang zu gewähren. Durch die Assoziierung würden, so die Hoffnung auch anderer europäischer Regierungen 1957, die Europäer ihren Einfluss in Afrika bewahren, mochte auch



Die Dekolonisation befördert die europäische Einigung: Graf Richard Coudenhove-Kalergi (M.), ein führender Vertreter der paneuropäischen Bewegung, 1929 bei einer Tagung in Berlin.



Besonders Frankreich setzt sich für eine enge Verflechtung seiner afrikanischen Kolonien mit der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ein. Staatspräsident Charles de Gaulle auf Staatsbesuch in Abidjan 1958

die Suez-Krise im Jahr zuvor (siehe auch S. 41) eine andere Einsicht nahelegen. Gleichzeitig sollte ein mit der Assoziierung verbundener Entwicklungsfonds in turbulenten Zeiten gemäßigte Kräfte auf dem afrikanischen Kontinent unterstützen. Bundeskanzler Konrad Adenauer gab der Überzeugung Ausdruck, man könne auf diesem Weg Europa gegenüber den „nicht-weißen Völkern, die nun die Weltbühne [betreten]“ stärken, während andere einen Vorteil gegenüber dem Panarabismus Nasserscher Prägung zu erkennen meinten – Hinweise, die darauf hindeuten, dass es bei alledem auch um europäische Macht ging.

Der Europäische Entwicklungsfonds, der zeitgleich mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) geschaffen wurde, verdankte sich ebenfalls einer französischen Initiative. Wie die belgische Historikerin Véronique Dimier gezeigt hat, waren es hauptsächlich französische Diplomaten und Verwaltungsbeamte, die, vielfach aus dem kolonialen Verwaltungsdienst nach Europa zurückgekehrt, nun in die administrativen Stellen in Brüssel einrückten und der frühen europäischen Entwicklungspolitik ihren Stempel aufdrückten. Freilich entfaltete sich im zuständigen Generaldirektorat VIII, das in der EWG-Kommission für die überseeischen Gebiete zuständig war, durchaus auch eine eigene Handlungslogik mit innovativen Ansätzen, die, so der Historiker Martin Remppe, den Befund einer bloßen Fortschreibung spätkolonialer Modernisierungspolitik relativieren.

### Britische Zurückhaltung und französische Blockade

Großbritannien hielt sich zunächst von der europäischen Integration fern. Das Land vertraute länger als die anderen europäischen Kolonialmächte auf sein *Empire* als Basis eigener Macht in der Welt. Auch ökonomisch stützte sich Großbritannien lange auf das *Commonwealth* bzw. die Sterlingzone, während es seinen europäischen Handel durch die Gründung einer eigenen Freihandelszone (EFTA) im Jahr 1960 zu fördern suchte. Indes blieb der Handel innerhalb der EFTA deutlich hinter den Erwartungen zurück, der EWG-Markt erwies sich rasch als ein dynamischer und auch für die britische Wirtschaft attraktiver Partner.

Noch bevor die Desintegrationstendenzen innerhalb der Sterlingzone offen zutage traten, begab sich deshalb auch die britische Politik auf den Weg ins „Europa der Sechs“, in die Europäischen Gemeinschaften, die die sechs Gründungsstaaten

Frankreich, Bundesrepublik, Italien und die Benelux-Staaten geschaffen hatten. Ein erstes Beitritts-gesuch scheiterte 1963 jedoch am „Nein“ de Gaulles. Besonders umstritten war die Frage, inwiefern auch die Länder des *Commonwealth* in vollem Umfang assoziiert werden könnten. Obwohl die britische Regierung 1967 von der Forderung nach voller Assoziierung abrückte und nur noch partielle Zollfreiheiten für das *Commonwealth* anstrebte, ließ sich der Widerstand de Gaulles nicht überwinden. Erst nach dem Rücktritt des französischen Präsidenten im Frühjahr 1969 war der Weg frei, 1973 traten Großbritannien (und mit ihm Irland und Dänemark) den Europäischen Gemeinschaften bei.

## Aus dem Schatten der „Dritten Welt“: der globale Süden organisiert sich

### Einbindung in die Europäische Gemeinschaft

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den vormaligen europäischen Kolonialmächten, nunmehr organisiert als EWG/EG, und den unabhängigen Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums – den sogenannten AKP-Staaten – trugen in den 1950er- und 1960er-Jahren unverkennbar den Charakter der späten Kolonialzeit. In der Spätphase ihrer Herrschaft hatten die europäischen Regierungen Konzepte zur Modernisierung ihrer Kolonien entwickelt, die nun in der Entwicklungspolitik Europas deutlich durchschienen. Diese Modernisierungskonzepte fügten sich nahtlos in jene Blaupausen der Entwicklung ein, die in dieser Zeit insgesamt die Politik des Westens gegenüber den „unentwickelten“ oder „unterentwickelten“ Ländern bestimmten. Hier bestand der imperiale Raum vorerst bruchlos fort.

Vorbild für die gewünschte Entwicklung waren nach dieser Auffassung die westlichen Gesellschaften, die nach historischen Phasen der Anhäufung von Kapital, Arbeitskräften und Wissen die Industrialisierung gemeistert, sich zu reifen Konsumgesellschaften entwickelt und – so die verbreitete zeitgenössische Annahme – stabile demokratische Gemeinwesen gebildet hatten. Diesem Weg hätten die vormaligen Kolonien nun nur zu folgen, um stabile Staatlichkeit und blühende Volkswirtschaften hervorzubringen.

Tatsächlich aber förderte die europäische „Entwicklungshilfe“ tendenziell die Festigung neopatrimonialer Strukturen in den Empfängerländern, in denen Amtsträger öffentliche Ressourcen nutzten, um ihre Anhänger, ihre Klientel, an sich zu binden und sich deren Unterstützung zu sichern. Daran änderte sich vorerst nur wenig, als die „Entwicklungsländer“ mehr Mitsprache bei der konkreten Ausgestaltung der Verträge forderten.

In den Lomé-Abkommen, die in der togolesischen Hauptstadt Lomé 1975, 1979, 1984 und 1989 zwischen der EG und 77 AKP-Staaten geschlossen wurden, schien es zunächst, als hätte sich die Verhandlungsposition der AKP-Staaten verstärkt. Denn die Ölpreiskrise von 1973/74 hatte die Abhängigkeit der Industrieländer von den ölexportierenden Staaten gezeigt und die Koordination der Länder des globalen Südens untereinander hatte sich verbessert. Infolgedessen sahen die Abkommen, neben einem Entwicklungsfonds, jeweils auch Garantien für Exporterlöse für Agrarprodukte aus Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum vor (Stabex). Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe konnten begünstigt in die EG ex-





Mit den Abkommen, die 1975 in Lomé, der Hauptstadt Togos, geschlossen werden, wollen die Europäischen Gemeinschaften die wirtschaftliche Entwicklung der Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik fördern – mit durchwachsenem Ergebnis.



Die Vereinten Nationen bieten den aus Kolonialbesitz hervorgegangenen Staaten ein Forum für ihre Anliegen, doch ihr machtpolitischer Einfluss bleibt begrenzt. Eröffnungsveranstaltung des UN-Gipfels vom September 2015 in New York

portiert werden. Dies führte freilich dazu, dass die industrielle Entwicklung in den AKP-Staaten vergleichsweise vernachlässigt wurde und nur wenig Eigendynamik entfaltete. Gegen die wachsende Armut, gegen grassierende Korruption und die Erosion von Staatlichkeit blieben die Lomé-Abkommen wirkungslos.

Durch das Ende des Kalten Krieges und den damit einhergehenden Globalisierungsschub war das System von Lomé vollends überholt. Daher sollte im Jahr 2000 mit dem Abkommen von Cotonou zwischen der EU und nunmehr 79 AKP-Staaten eine neue Basis der Zusammenarbeit gelegt werden. Das „Partnerschaftsabkommen“ von Cotonou zielte nicht nur darauf ab, die AKP-Staaten besser in die Weltwirtschaft einzubetten. Darüber hinaus sollte es auch die Zivilgesellschaften stärken und dazu beitragen, „good governance“, also effizientere, transparentere und demokratischere Regierungsformen in den AKP-Staaten zu verankern. Und nicht zuletzt sollen die „Millenniumsziele“ erreicht werden, auf die die Vereinten Nationen im selben Jahr geeinigt hatten, um die Lebensbedingungen aller Menschen in ihren Mitgliedstaaten zu verbessern und ökologische Nachhaltigkeit sowie gerechte Beziehungen zwischen den Staaten und Gesellschaften herzustellen. Angesichts weiterhin asymmetrischer globaler Wirtschaftsbeziehungen sind die Europäer und die AKP-Staaten freilich von diesen Zielen auch heute noch weit entfernt.

### Die weltpolitische Rolle ehemaliger Kolonien und die Notwendigkeit globaler Zusammenarbeit

Eine ähnlich ernüchternde Bilanz lässt sich im Hinblick auf das politische Gewicht der ehemaligen Kolonien in der Weltpolitik ziehen. Zwar konnten sie die Vereinten Nationen immer wieder erfolgreich als Bühne nutzen, um ihre Anliegen der Weltöffentlichkeit vorzutragen, doch trotz intensiver Reformdiskussionen hat noch immer kein afrikanisches Land einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat erlangen können.

Während des Kalten Krieges versuchten einige dekolonisierte Staaten, zwischen den beiden Blöcken eigene Handlungsspielräume zu gewinnen. Im April 1955 trafen sich im indonesischen Bandung die Vertreter von 29 unabhängig gewordenen Staaten unter interessierter Beobachtung durch die westliche Öffentlichkeit, um zusammen über die aktuelle Weltlage zu beraten. Für sie stand fest: Der Kolonialismus der Europäer hatte keine Zukunft mehr, sie gehörte dem Respekt vor Unab-

hängigkeit und Souveränität. Der Einordnung in bestehende Bündnissysteme der Supermächte erteilten diese unabhängigen Staaten eine Absage, die sechs Jahre später (1961), vom dortigen Staatspräsidenten Tito in Jugoslawien organisiert, zur Gründung der Bewegung der Blockfreien führte.

Hatten in Bandung zwar die vormals Kolonisierten selbst ihre Stimme erhoben und dies nicht mehr – wie auf den panafrikanischen Kongressen der Zwischenkriegszeit – von den Metropolen ihrer Kolonialherren aus, sondern aus einem unabhängig gewordenen Land – so zeichnete sich dort und auf Folgekonferenzen dennoch ab, dass sie in der Weltpolitik eher symbolisches als faktisches Gewicht zu gewinnen vermochten. Schon die Frage, wie mit Israel umzugehen sei, entzweite die postkoloniale Gemeinschaft, und die tiefen Differenzen etwa zwischen Indien und Pakistan traten auch hier zutage.

Ähnliches gilt für die regionalen Zusammenschlüsse: Die Organisation für die Einheit Afrikas (OAU), 1963 gegründet, blieb angesichts einer Vielzahl zwischenstaatlicher Konflikte ebenso schwach wie die Afrikanische Union, die ihr 2002 nachfolgte.

Durch ihr stetes Beharren auf kulturelle Eigenständigkeit, eigene politische Ziele und Vorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung haben die postkolonialen Staaten in Afrika und Asien auf lange Sicht dennoch dazu beigetragen, dass der westliche Blick auf die Welt hinterfragt wurde, auch und gerade in den westlichen Gesellschaften selbst. In der Entwicklungspolitik ist in den vergangenen Jahren deutlich zu Tage getreten, dass die Vision eines universalen, westlich geprägten Entwicklungsmodells überholt ist und dass in der Gegenwart andere Antworten auf die globalen Probleme insgesamt wie auf diejenigen des globalen Südens notwendig sind. Schon in der Rio-Deklaration der Vereinten Nationen von 1992 wurde Entwicklungs- als Wachstumspolitik mit umweltpolitischen Zielsetzungen verbunden. Die „Agenda 2030“, 2015 auf einem UN-Gipfel von allen Mitgliedstaaten verabschiedet, stellt Nachhaltigkeit in wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Hinsicht in den Mittelpunkt globaler Zusammenarbeit.

GABRIELE METZLER

# „Wir“ und die „Anderen“: europäische Selbstverständigungen

**Mit dem kolonialen Projekt verbanden sich auf europäischer Seite auch langlebige Weltansichten und Selbstbeschreibungen. Die Auffassung, eine zivilisatorische Aufgabe in der Welt zu haben, wurde untermauert mit Repräsentationen „des Anderen“ auf Völkerschauen und Weltausstellungen, in der Wissensproduktion und in der populären Kultur. Doch vor allem Literatur und bildende Kunst der Zwischenkriegszeit setzen dem hegemonialen Blick bereits radikal andere Sichtweisen entgegen.**

## „Zivilisierungsmissionen“

Als der französische Politiker Jules Ferry im Juli 1885 vor der Nationalversammlung in Paris von einem Recht Europas auf kolonialen Besitz sprach, begründete er diesen Anspruch mit der „Pflicht der überlegenen Rassen, die minderwertigen [Rassen] zu zivilisieren“. Die Formel von der „Zivilisierungsmission“, die auf Ferry zurückgeht, stellte das Leitmotiv des europäischen Hochimperialismus dar. In der Gewissheit, anderen „Rassen“ überlegen zu sein, diene sie dazu, die Ausdehnung europäischer Macht ideologisch zu rechtfertigen, und zugleich spiegelte sich darin die europäische Selbstsicht wider: Indem sie permanent ihre Fortschrittlichkeit und Überlegenheit beschworen, konnten die Menschen in (West-)Europa ein Bewusstsein von Gemeinsamkeit ausprägen, das sowohl die osteuropäischen und die europäischen Gesellschaften an der südlichen und südöstlichen Peripherie des Kontinents ausschloss als auch afrikanische und asiatische Gesellschaften; ja in ihrer „Zivilisiertheit“ lag geradezu der Kern einer (west-)europäischen Identität.

Die „Zivilisierungsmission“ richtete sich jedoch nicht allein nach außen, sondern auch nach innen. Denn die Befürworter

dieser Idee vertraten die Auffassung, auch die europäischen Gesellschaften selbst dürften nicht auf dem erreichten Stand stehenbleiben, sondern müssten sich weiterentwickeln, wollten sie nicht der Dekadenz anheimfallen.

Es ist kein Zufall, dass mit Jules Ferry der zentrale Bildungs- und Schulpolitiker der III. Französischen Republik die „Zivilisierungsmission“ ausrief. Ferry hatte sich im Inneren die Verdrängung der Jesuiten aus den Schulen, den Kampf gegen den Einfluss der katholischen Kirche und einen geradezu militanten Laizismus auf die Fahnen geschrieben. Schulbildung galt in Frankreich als Schlüssel zur Integration in die Nation, in den Kolonien sollte sie den Weg zur Assimilierung ebnen. Die Durchsetzung der französischen Sprache wurde in den Kolonien zur gleichen Zeit forciert wie in Frankreich selbst, wo die regionalen Dialekte zurückgedrängt wurden, um „Franzosen“ zu kreieren. Die Vorstellungen darüber, wie ein „Franzose“ zu sein hatte, prägten sich also auch in einem Beziehungsgeflecht zwischen Frankreich und den Kolonien aus.

Ähnliche Konstellationen zeigen sich nach Erkenntnissen des Historikers Sebastian Conrad im Hinblick darauf, wie ein verbindliches Arbeitsethos durchgesetzt wurde. Die stereotype Darstellung der Menschen in den Kolonien als ungebildet, faul und arbeitsunwillig ermöglichte im Kontrast ein positives Selbstbild der Europäer: Sie konnten sich als bildungsbegeistert, arbeitsam und fleißig wahrnehmen oder wenigstens einen eben solchen Anspruch an sich selbst stellen. In diesem Gedankengebäude war es nur konsequent, auch soziale Randgruppen und Unterschichten in den eigenen Gesellschaften als „Wilde“ oder „Barbaren“ zu bezeichnen.

## Koloniale Wissensräume und die Erfindung des „Homo Europaeus“

Lange Zeit gingen die westlichen Gesellschaften ganz selbstverständlich davon aus, dass die modernen Wissenschaften im Westen entstanden seien und sich von dort schließlich in die ganze Welt verbreitet hätten. Unter dem Einfluss postkolonialer Kritik ist diese Sicht relativiert und ergänzt worden. Denn sie wies überzeugend nach, dass die Wissensproduktion auf vielfältigen und dynamischen Austausch- und Wechselbeziehungen zwischen europäischen und außereuropäischen Räumen beruhte.

### Naturwissenschaftliche „Testräume“

Tatsächlich haben viele der modernen Wissenschaften, wie sie sich in den westlichen Universitäten und Akademien etablierten, von den Verbindungen in koloniale Räume profitiert, und dies nicht nur, weil dort Forschung betrieben werden konnte.



Die europäischen Gesellschaften betrachten es als ihre Aufgabe, die Menschen in den Kolonien zu „zivilisieren“. Die erste Klasse der evangelischen Missionsschule in Windhuk, Namibia, um 1910

### (Starke) Wurzeln des Rassismus

Die Rassenkonzepte der Aufklärungszeit verbanden sich im 19. Jahrhundert mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und gewannen dadurch enorm an gesellschaftlicher und politischer Wirkmächtigkeit. War es im 18. Jahrhundert umstritten gewesen, wie die menschlichen „Rassen“ im Rahmen des biblischen Schöpfungsmythos entstanden sein könnten, so lieferte Charles Darwins Evolutionslehre nun scheinbar eine naturgeschichtliche Erklärung. Darwin publizierte 1859 sein bahnbrechendes Werk *„The Origins of Species by Means of Natural Selection“*. Darin formulierte er die Theorie, dass als Entwicklungsprinzipien der Arten Variation, Vererbung und Überproduktion von Nachkommen eine Rolle spielen und sich eine natürliche Auswahl vollziehe, bei der die am besten Angepassten überleben.

Rasch wurden diese naturgeschichtlichen Mechanismen in Gestalt des sogenannten Sozialdarwinismus auch auf die menschliche Gesellschaft übertragen: Gemäß dieser Vorstellung bestand auch zwischen Individuen, „Völkern“ und „Rassen“ ein Wettkampf ums Überleben, den nur die Stärksten bestanden. Dieser Überlebenskampf wurde als Motor jeglichen Fortschritts betrachtet. [...]

Der Kampf ums Überleben betraf nach Ansicht vieler Sozialdarwinisten auch „Völker“ und „Rassen“. Der deutsche Geograph Alfred Kirchhoff formulierte 1884 in seinem Referat „Über den Darwinismus in der Völkerentwicklung“ die These, im „internationalen Daseinskampf“ siege stets das „physisch und sittlich tüchtigere Volk“. Der Sozialdarwinismus konnte damit auch Imperialismus und Rassismus bis hin zum Völkermord legitimieren.

Der Sozialdarwinismus war eingebettet in ein biologisches Weltbild, das mit dem Siegeszug der Naturwissenschaften zunehmend dominant wurde. Physische, intellektuelle und moralische Eigenschaften einzelner Menschen oder Menschengruppen erschienen als von der Natur gegeben. Auch gesellschaftliche Ungleichheiten sowie Abweichungen von der „Norm“ wurden auf physische Veranlagungen zurückgeführt, soziale und kulturelle Faktoren dagegen weitgehend ausgeblendet. [...]

Vor diesem Hintergrund erschien es vielen Wissenschaftlern als zentral, das empirische physisch-anthropologische Wissen zu erweitern. Immer neue Maßgrößen zur Beschreibung der „Rassen“ wurden entwickelt. Einen wichtigen Zweig bildete die Schädelvermessung, die aus Form und Größe menschlicher

Schädel Erkenntnisse über die Intelligenz und andere Eigenschaften der „Rassen“ gewinnen wollte. Großangelegte Vermessungsaktionen ergaben allerdings zwiespältige Resultate. Die „reinen Rassen“ rückten in immer weitere Ferne, je ausgeklügelter die Methoden waren, die zu ihrer Erfassung entwickelt wurden. Dies regte allerdings kaum einen Forscher dazu an, das Rassenkonzept grundsätzlich zu überdenken.

[...] [N]icht nur die Naturwissenschaften trugen zur Entwicklung und Verbreitung rassistischer Denkmuster bei, sondern auch die sich herausbildende Linguistik. Spielten die Philologen einzelner Sprachen seit dem späten 18. Jahrhundert eine wesentliche Rolle bei der Formierung von Nationalbewegungen, so konstruierte die vergleichende Sprachwissenschaft durch die Analyse von Sprachverwandtschaften „Kollektive“, die über den Nationen stünden. Nicht nur die Sprachen, sondern auch deren Sprecher schienen miteinander verwandt zu sein. Großgruppen wie die „Germanen“, „Slawen“ und „Romanen“ wurden sprachwissenschaftlich begründet und bald als unterschiedliche „Rassen“ mit jeweils spezifischen intellektuellen und charakterlichen Eigenschaften betrachtet.

[...] Um 1800 wurde die Verwandtschaft der altindischen Sprache Sanskrit mit zahlreichen europäischen Sprachen entdeckt. Daraus entwickelte sich rasch ein Indien-Mythos. Der Begriff „Arier“ wurde von einer Selbstbezeichnung der Sanskrit-Sprecher zum Synonym für alle „Indogermanen“. Indien galt nun teilweise als älteste Hochkultur. Sprache, Mythologie und Kultur der ganzen Alten Welt waren nach dieser Vorstellung aus einer Eroberungs- und Kolonisationsbewegung der „Arier“ von Indien hervorgegangen. Die neuen sprachwissenschaftlichen Erkenntnisse wurden mit den anthropologischen Rassen-einteilungen in Verbindung gesetzt. [...]

Schließlich spielte der biologische Rassismus, vermischt mit sozialdarwinistischen Denkmustern und der Ideologie der Zivilisierungsmission, auch eine zentrale Rolle als Begründungselement der kolonialimperialistischen Ausbreitung der europäischen Mächte über weite Teile der Welt. Die globale Herrschaft der „weißen Rasse“ erschien in diesem Licht als Triebkraft des Fortschritts der gesamten Menschheit.

Prof. Dr. Christian Koller, geb. 1971, lehrt Geschichte an der Universität zu Zürich, seit 2014 ist er zudem Direktor des Schweizerischen Sozialarchivs. Zu seinen Schwerpunkten zählen Nationalismus und Rassismus.

Christian Koller, „Identität aus den Genen“, in: DAMALS 6-2018, S. 22 ff.

Um überhaupt das „Eigene“ wissenschaftlich erkennen und verstehen zu können, bedurfte es eines (kolonialen) „Anderen“. Die moderne Anthropologie hat in dieser Differenz ihren Ursprung. Ihre „Referenz- und Kontrollgröße“ – so die Historiker Veronika Lipphardt und Kiran Klaus Patel – war der *„Homo Europaeus“*, der von dem schwedischen Naturforscher Carl Linné im 18. Jahrhundert erstmals als Unterart des *„Homo sapiens“* definiert worden war.

Ableitungen aus Schädel- und Knochenfunden, aber auch systematische Vermessungen von Schädeln und anderen Körperteilen sollten der Annahme, es existierten von Natur aus unterschiedliche „Rassen“, eine wissenschaftliche Basis geben. Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein blieb der Unterschied zwischen „europiden“, „negriden“ und „mongoliden“ „Rassen“ als Leitkategorie in der Anthropologie bestehen, mochten auch die rassistisch motivierten Zuschreibungen von Minder- oder

Höherwertigkeit nach 1945 in den Hintergrund treten. Dass die genetischen Unterschiede der Menschen zu groß sind, um sie einigen wenigen Typen oder gar „Rassen“ zuzuweisen, ist eine Einsicht, die sich erst im späten 20. Jahrhundert durchsetzte.

In den Kolonien wurden Deutungsmuster der europäischen Wissenschaften gewonnen, bestätigt und legitimiert. Dies gilt nicht allein für die Anthropologie, sondern für viele weitere Fachrichtungen. Auch die Kolonialmedizin ging lange Zeit von unterschiedlichen „Rassen“ aus und konstruierte „den Europäer“ als Gegenbild zum „Afrikaner“, wie dies in der Schlafkrankheitsforschung deutlich wurde. Die medizinische Forschung, die vor dem Ersten Weltkrieg aufblühte, bietet zum einen reichlich Anschauung für europäische Kooperation in kolonialen Räumen: Zusammenarbeit gab es selbst in historischen Situationen, in denen sich die Konkurrenz



Wissenschaftler nutzen die kolonialen Räume, um ihre Forschung voranzutreiben und Medikamente an Menschen zu testen. Robert Koch untersucht 1906 in Ostafrika Blut auf Erreger der Schlafkrankheit.

zwischen den europäischen Staaten zugespitzt hatte und auf dem europäischen Kontinent selbst alles bestimmte, wie vor 1914 oder in der Zwischenkriegszeit. Zum anderen wurden Kolonien als Testräume genutzt, um neues Wissen zu gewinnen, wie Beispiele der Medizinforschung zeigen. Nachdem Medikamentenversuche in den europäischen Gesellschaften – vorzugsweise an sozialen Randgruppen oder Insassen von Haftanstalten – gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert wurden, testeten Kolonialmediziner ihre Medikamente an Menschen in den Kolonien.

Wesentliche Einsichten zur Behandlung von Cholera, Malaria oder Diphtherie wurden in den Kolonien gewonnen, und die Entwicklung moderner Chemotherapien zur Behandlung von Krebserkrankungen wurde dadurch ebenfalls gefördert. Mediziner wie Robert Koch und Paul Ehrlich oder Alphonse Laveran profitierten alle von den neu geschaffenen Wissensräumen in den Kolonien. So ist es nicht verwunderlich, dass viele Wissenschaftler zu den nachdrücklichsten Befürwortern des Kolonialismus zählten. Besonders Geografen profitierten sich hier. Aber auch Ethnologen und Sprachforscher, Naturkundler und Archäologen waren an den Kolonialgebieten interessiert.

### Museen und Forschungsinstitute

Die Museen und wissenschaftlichen Sammlungen Europas – Stätten der Wissensproduktion, der Bildung, aber auch der Sozialisation – füllten sich mit Objekten und Kunstwerken

aus den Kolonien. In ihnen und besonders in den ethnologischen Sammlungen blieb der koloniale Blick am längsten bestimmend. Ein spektakuläres Beispiel dafür ist der Fall der Khoikhoi-Frau Sara Baartman, die 1810 aus der Kapkolonie zunächst nach England, dann nach Frankreich verbracht wurde. Aufgrund bestimmter anatomischer Charakteristika wurde sie als Sensation auf Jahrmärkten, aber auch vor Wissenschaftlern zur Schau gestellt. Nach ihrem Tod gelangten die sterblichen Überreste der zeitgenössisch so genannten „Hottentotten-Venus“ ins Pariser Naturkundemuseum (später: *Musée de l'homme*), wo ihr Skelett und ein bemalter Gipsabdruck ihres Körpers bis in die 1970er-Jahre hinein ausgestellt waren. Erst nach langen Kontroversen wurden ihre sterblichen Überreste 2002 sukzessive nach Südafrika zurückgeführt und dort bestattet. Heute sind auch andere wissenschaftliche Sammlungen und Museen mit Forderungen nach Rückgabe konfrontiert (siehe S. 75 ff.)

Nicht nur europäische Museen, sondern auch große Forschungsinstitute, die in Teilen heute noch bedeutende Zentren weltkundlichen Wissens sind, haben vom Wissenserwerb in den Kolonien profitiert. Das 1908 gegründete Hamburgische Kolonialinstitut bildete den Kern der späteren Universität der Hansestadt. Das schon 1852 etablierte *Koninklijk Instituut voor Taal-, Land- en Volkenkunde* (KITLV, dt.: *Königliches Institut für Sprachen-, Land- und Völkerkunde*) in Leiden ist bis heute die wichtigste niederländische Forschungsstätte für Asien und die



Wer stellt sich hier bloß? Sara Baartman, „La venus Hottentote“ – handkolorierte, zeitgenössische Darstellung um 1814



Die Wissenschaften profitieren in vielfacher Weise von den Kolonien. In den Metropolen werden Forschungsinstitute gegründet, wie 1908 das Hamburgische Kolonialinstitut, aus dem 1919 die Universität hervorgeht.

Karibik, desgleichen die 1916 in London gegründete *School of Oriental and African Studies* (SOAS) für Großbritannien – um nur einige Beispiele zu nennen. Allerdings haben das KITLV und die SOAS seither ihre Tätigkeitsschwerpunkte verlagert: von den Kolonialstudien und der Ausbildung von Kolonialbeamten zu den Regionalwissenschaften oder „*Area Studies*“, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit Hilfe US-amerikanischer Stiftungen (vor allem der Rockefeller-Stiftung, [www.rockefellerfoundation.org](http://www.rockefellerfoundation.org)) etabliert und durchgesetzt haben. Ausgebildet werden heute an diesen Institutionen gerade auch künftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter internationaler Organisationen.

## Geschlechterordnungen

In den Kolonien wurden männliche Helden geboren. Die Figuren des Entdeckers und Eroberers, des Siedlers, des Händlers und des Plantagenbesitzers, des Großwildjägers und des Kolonialkriegers, aber auch des Wissenschaftlers und des Tropenmediziners – sie alle waren exklusiv männlich besetzt. Und in der Tat war die Gesellschaft der europäischen Kolonisierer in Übersee bis an die Schwelle des 20. Jahrhunderts eine männlich geprägte Gesellschaft. Europäische Frauen hatten zu ihr kaum Zutritt und traten allenfalls in Diensten christlicher Missionen in Erscheinung. Doch bald wurden in allen europäischen Ländern mit Kolonialbesitz größere Anstrengungen unternommen, um den Anteil Weißer Frauen in den Kolonien zu erhöhen. Denn ihnen wurde eine zivilisierende, kultivierende Wirkung und ein Effekt „moralischer Hebung“ zugeschrieben. Das Ideal einer heterosexuellen, exklusiv Weißen Zweierbeziehung bzw. einer Familie mit Eltern und Kindern wurde auf diese Weise in die Kolonien transferiert und umgekehrt von dort aus in den westeuropäischen Gesellschaften stabilisiert.

### Koloniales Vereinswesen und die Stärkung von Geschlechterrollen

So blieben Frauen zwar vorrangig in der dienenden, sich den Interessen von Mann und Familie unterordnenden Rolle; doch gleichzeitig bot der Kolonialismus ihnen auch zunehmend die Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit politisch zu betätigen. In Deutschland, wo Vereinsgründungen von Frauen in weiten



Zunächst zieht es die Männer in die Kolonien, aber bald werden Anstrengungen unternommen, auch Frauen aus Europa für ein Leben in den Kolonien zu gewinnen und dort „zivilisierend“ zu wirken. Mutter mit Kindern in Deutsch-Ostafrika 1905

Teilen des Landes erst nach 1908 möglich waren und das Frauenstimmrecht erst 1918 eingeführt wurde, bestand bereits seit 1907 der Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft. Er suchte Frauen zur Auswanderung in die deutschen Kolonien, vor allem nach Deutsch-Südwestafrika, zu motivieren, damit sie dort „das Deutschtum“ verbreiteten.

Nicht weibliche Emanzipation war das Ziel, sondern Unterstützung des kolonialen Projekts. Dadurch wurden auch die Rassengrenzen in den Kolonien schärfer gezogen. Zur gleichen Zeit wie die Präsenz Weißer Frauen gefördert wurde, wurden in den deutschen Kolonien „Mischehen“ gesetzlich verboten. Nicht nur in Deutschland spielten Frauen auf diese Weise in „rassenhygienisch“ fundierten Ordnungsvorstellungen eine maßgebliche Rolle: Engagement für das koloniale Projekt zeigte auch die 1901 gegründete britische „*Victoria League*“, die den Zusammenhalt des *Empire* auf ihre Fahnen schrieb und sich auch in den Kolonien etablierte. Die *British Women's Emigration Association* förderte vor dem Ersten Weltkrieg nachdrücklich die Auswanderung „anständiger“ Frauen ins *Empire*. Das reiche Genre der Kolonialliteratur, aber auch die vor allem in der Zwischenkriegszeit zunehmenden Kolonialfilme transportierten und popularisierten dieses Bild.

Jüngere Generationen übten sich in diese Rollen ein, wenn sie sich den *Boy Scouts* bzw. den *Girl Guides* anschlossen. Nach dem Vorbild jugendlicher Späher und Helfer britischer Truppen während des zweiten Burenkriegs der Briten gegen die mehrheitlich aus den Niederlanden stammenden Siedler Südafrikas (1899–1902) gründete der ehemalige britische Kolonialoffizier Robert Baden-Powell 1907 die *Boy Scouts*, eine Pfadfindergruppe, die bald in allen westeuropäischen Ländern Nachahmung fand.

Mit dem Handbuch *Scouting for Boys*, das 1908 erstmals erschien, definierte Baden-Powell männliche Tugenden wie Selbstdisziplin und Opferbereitschaft, Tapferkeit und Pflichtbewusstsein. Sie sollten im praktischen Pfadfinderleben, im Einsatz wie am Lagerfeuer handlungsleitend sein. So wurden die *Boy Scouts* zu einer Schule der Männlichkeit, die sich generell in das Panorama der Jugendbewegungen um die Jahrhundertwende einfügte, aber eben auch den Geist des Kolonialismus in sich trug. Baden-Powells Buch zählt mit rund 150 Millionen Exemplaren im Übrigen zu den Werken mit der höchsten Auflage, die jemals gedruckt wurden. Dass die Pfadfinder männlich geprägt waren, belegt auch die parallele Gründung der *Girl Guides* durch Baden-Powell 1909. Durch sie sollten Mädchen zu kameradschaftlichen Ehefrauen und guten, gesundheitsbewussten Müttern erzogen werden, nicht jedoch die Grenzen ihrer Geschlechterrolle überschreiten.

### Sexuelle Stereotype

Die Konstruktion der Weißen, heterosexuellen und monogamen (Ehe-)Frau, die in Mütterlichkeit ihre Hauptaufgabe sah, wurde durch die Entwürfe nichteuropäischer Weiblichkeit in den Kolonien erheblich fundiert, stabilisiert und reproduziert. Die „Hottentotten-Venus“ dagegen repräsentierte nicht nur das „rassisch“ „Andere“, sondern ihr wurde auch eine ganz andere Sexualität zugeschrieben. An dieser vermeintlich anderen Sexualität gerade afrikanischer Frauen entzündeten sich in den europäischen Gesellschaften erotische Phantasien. Die Vorstellung der sexuellen Verfügbarkeit indigener Frauen war einerseits auch ein Motiv kolonialer Expansion, andererseits ein Angriffsfeld für Moralkampagnen und politisches Engagement gerade Weißer bürgerlicher Frauen.

### Lady mit der Peitsche

[...] Mit zwanzig, noch daheim in England, hat [...] [Flora Annie Steel] William Steel geheiratet, einen Zivilbeamten des *Empire* in Indien; gleich nach der Hochzeit sind sie 1868 abgereist. Was sie in Indien erwartet, weiß Steel nicht wirklich, obwohl zwei ihrer Brüder dort leben. Sogar ihr Klavier hat sie mitgenommen, wahrscheinlich rechnet sie damit, dass sie einen viktorianisch-bürgerlichen Haushalt führen würde, ähnlich dem ihrer Eltern in Schottland. [...]

Steel ist eine der Frauen, die man in Indien „Memsahib“ nennt: Gattinnen britischer Beamter oder Militärs, die im Raj, im von Großbritannien beherrschten Indien leben. Sie sind eine Minderheit in einer Minderheit: Nur 90 000 in Großbritannien geborene Einwohner zählt der indische Zensus 1881, davon lediglich 12 610 Frauen – bei einer Gesamtbevölkerung von fast 254 Millionen Menschen.

[...] Während es im Heimatland einen Frauenüberschuss gab, hatte das britische Indien wegen der zahlreichen einsamen Soldaten und Beamten den Ruf eines perfekten Heiratsmarktes.

Doch trotz dieser Aussichten ist es eine Reise in eine völlig andere Welt. Um 1880 liegt die Sterblichkeit unter den Frauen und Kindern der in Indien stationierten britischen Soldaten dreimal so hoch wie im Heimatland. Gewöhnungsbedürftig sind auch andere Bedingungen des kolonialen Lebens: Unter den wenigen Ausländern kennt fast jeder jeden – der *Indian Civil Service* ist eine kleine Elite von nur 1500 britischen Beamten. Auch Privates spricht sich rasend schnell herum. Hinzu kommt das unstete Dasein der Familien, die kaum irgendwo Wurzeln

schlagen können. Flora Steel und ihr Mann ziehen in 16 Jahren 15-mal um, in den insgesamt 22 Jahren, die sie in Indien verbringen, bleiben sie nur an drei Orten länger als zwölf Monate.

Wo immer möglich, versuchen die Briten so zu leben wie daheim. Man trifft sich auf Bällen oder bei Abendeinladungen, organisiert Theateraufführungen oder geht auf die Jagd. Doch auf den Außenposten, wo die meisten Beamten des *Civil Service* arbeiten, fehlt jede Geselligkeit. „Im Umkreis von etwa 60 Meilen war ich ganz allein, abgesehen von meinem Ehemann. In Kasur gab es im wortwörtlichen Sinne niemanden, außer den Einheimischen“, schreibt Flora Steel.

Die Beamten machen ihren Job, zu ihren Aufgaben gehört es, ethnische und religiöse Konflikte zu schlichten, Banditentum zu verhindern und Steuern einzutreiben. Ihre Frauen haben meist nichts als den Haushalt – und auch der ist wenig zeitintensiv, weil die einheimischen Angestellten das meiste erledigen. Viele widmen sich wohlütigem Engagement [...]. [...]

Nicht einmal mit der Kindererziehung haben die Frauen viel zu tun: Indische Kindermädchen, „Ayas“, übernehmen das meiste, ab etwa zehn Jahren besucht der Nachwuchs gewöhnlich englische Internate. Die Leere ihres Alltags treibt viele Frauen in Alkohol und Depressionen.

Indien jedoch bietet auch Freiheiten. Mehr als Geschlechterrollen und Etikette zählt hier Pragmatismus. Die Frauen haben viele Möglichkeiten, sie müssen sie nur nutzen [...]. [...]

Eva-Maria Schnurr, „Lady mit der Peitsche“, in: SPIEGEL GESCHICHTE 1/2016, S. 72f.

Als massive Bedrohung der europäischen, Weißen Geschlechterordnung hingegen wurden Schwarze Männer wahrgenommen, die als sexuell potent, leidenschaftlich und besonders an Weißen Frauen interessiert galten. Solche Stereotype waren weit verbreitet und wurden schließlich auch auf die Schwarzen Kolonialsoldaten projiziert, die in französischen Diensten im Krieg und als Besatzungssoldaten im Rheinland der Zwischenkriegszeit eingesetzt waren und in Deutschland zu Opfern einer regelrechten Hasskampagne wurden (siehe S. 29).

## Menschenschauen und Kolonialausstellungen

In Berlin, im Bezirk Wedding, gibt es bis heute das Afrikanische Viertel. Ortsnamen wie Togostraße oder Petersallee verweisen auf die kolonialen Bezüge, die bei der Namensgebung um 1900 hergestellt wurden. Tatsächlich aber zeugen sie von einem gescheiterten Projekt: Denn eigentlich hatte Carl Hagenbeck, ein Hamburger Tierhändler, Ausrichter von Völkerschauen und Gründer des Hamburger Tierparks, in diesem Viertel einen Zoo inklusive eines Areals für Völkerschauen geplant.

Zwar vereitelte der Kriegsausbruch 1914 das Vorhaben, doch deutet die städtische Lage und die Größe des vorgesehenen Areals auf die enorme Popularität von Tier- und Menschenschauen hin, die diese nicht allein im Deutschen Reich genossen. So galt ein nachgebildetes „Negerdorf“, in dem

mehr als 400 Männer, Frauen und Kinder aus Frankreichs afrikanischen Kolonien zur Schau gestellt wurden, als eine der Hauptattraktionen der Pariser Weltausstellung von 1889. Vor dem Ersten Weltkrieg dürfte es in Westeuropa Hunderte solcher Spektakel gegeben haben und auch nach 1918 erfreuten sie sich großer Beliebtheit. Allein für Deutschland wird die Zahl der Völkerschauen von 1870 bis in die 1930er-Jahre auf rund 400 geschätzt.

Aus den Programmen der Weltausstellungen waren sie kaum wegzudenken und auch die großen Kolonialausstellungen, die nach dem Ersten Weltkrieg stattfanden, präsentierten häufig Menschen aus den Kolonien. Sie wurden in vermeintlich authentischer Umgebung, zwischen einfachen Hütten, vorgeführt; häufig aber auch vor prächtigen Kulissen, die weniger den Reichtum ihrer Kultur als vielmehr die vermeintliche zivilisatorische Leistung ihrer Kolonialherren dokumentieren sollten. So boten die Franzosen 1931 in Vincennes eine monumentale Rekonstruktion des Tempels von Angkor Wat auf, um sich als Einiger „Indochinas“ darzustellen. Ganz gleich, ob Bauwerke, Kunstwerke, Tiere oder Menschen: Immer ging es darum, „Andersartigkeit“, Exotik, zu inszenieren und zu betonen, und aus dem Kontrast dazu konnte das europäische Publikum ein weiteres Mal ein Bild von sich selbst gewinnen.

Die Kolonialausstellungen als Leistungsschauen der europäischen Kolonialmächte richteten sich an die konkurrierenden Staaten, vor allem aber an die eigenen Bevölkerungen. Sie zogen – selbst nach heutigen Maßstäben – ein Riesenumfeld an: Die in Wembley besuchten 1924/25 rund 27 Millionen Gäste, die *Exposition Internationale Coloniale* in Vincennes bei Paris zog 1931 acht Millionen Gäste an, und selbst die

## „Völkerschauen“

[...] Das späte 19. Jahrhundert hatte für Forscher, Entdecker und Bürger viel an Exotik zu bieten: 5000 Jahre alte ägyptische Mumien Schädel, die auf eigenen „Mumien-Auswickel-Partys“ als Sensation ausgerollt wurden; Karl May, der mit seinen Büchern nicht nur Kinder mit Abenteuern aus dem Orient-Zyklus fesselte; Orientalmalerei, zoologische und botanische Gärten, Opern wie „Aida“ von Verdi – all das nährte Phantasie, Schwärmerei und Wissensdurst.

Dass sich die vermeintlich antiken Mumien mitunter als alte Holzstücke in dreckigen Tüchern entpuppten, schmälerte die Begeisterung für Exotik damals genauso wenig wie die Tatsache, dass Karl May Sachsen erstmalig Richtung Orient verließ, als seine berühmten Werke schon über zehn Jahre alt waren. Ähnlich verhielt es sich mit den Völkerschauen: Nicht jeder angekündigte „Indianer“ war auch wirklich einer, und nicht jede „garantiert originale“ afrikanische Prinzessin war von königlichem Blut, auch wenn die Impresarios dies dem Publikum glaubhaft machen wollten. [...]

Als Spielort dienten häufig zoologische Gärten: Tiergärten zogen an sich viele Zuschauer an, boten ausreichend Präsentationsfläche, entsprechende Logistik und Werbemittel. [Carl] Hagenbeck [einer der erfolgreichsten Aussteller von Völkerschauen] trieb seine Inszenierungen bis zur Perfektion, installierte sogar Basare, errichtete Tempel, stellte Zelte auf und sorgte immer für eine optisch ausgesprochen attraktive Szenerie, die dem Betrachter Originalität und Authentizität versprach.

[...] [V]ieles war vertraglich geregelt für die Monate, die eine Schau dauerte: „Der Auszuführende willigt hiermit ein, im Umfang der allgemeinen Nützlichkeit in Hagenbecks Show tätig zu sein, ... alles zu tun, was nach Vernunft und Billigkeit von ihm verlangt werden kann ... Der Dienst ... soll aus nicht mehr als

sechszwanzig (26) Vorstellungen pro Woche und zehn (10) Arbeitsstunden pro Tag bestehen.“

Die durch solche Verträge verpflichteten „Völker“ versuchten aber durchaus, sich zu wehren: Aktenbestände in Polizeibehörden sowie Presseberichte verzeichneten Beschwerden über Misshandlungen durch die Veranstalter. Umgekehrt gab es auch Menschen, die öfter zu Völkersausstellungen nach Europa kamen und zu denen die Veranstalter bisweilen jahrzehntelang Kontakt hielten.

[...] Gesucht wurde, was dem bestehenden Bild des „Wilden“ und „Exotischen“ in den Köpfen der Zuschauer entsprach, damit diese ihre Erwartungen befriedigen konnten. [...] Es bildete sich durch diese Schauen ein ewiger Kreislauf: Das Klischee galt als Vorbild für die Völkerschau, die Völkerschau diente als Bestätigung des Klischees.

Kritik am menschenverachtenden Charakter der Völkerschauen gab es zwar, aber diese war eher selten. Die Schauen konnten keinen differenzierten Blick auf die Kultur eines Volkes bieten, bildeten Stereotype ab, welche ihre „alltägliche“ Lebensweise darstellen sollten. Komplexe gesellschaftliche Strukturen, Hierarchien, Religionen oder Arbeiten wurden nicht erläutert.

[...] Die große Zeit der Völkerschauen ebte nach den 1930ern mit dem Einzug des Filmwesens ab; man konnte nun mit der Kameralinse in die Ferne sehen – und das noch gekonnter. [...]

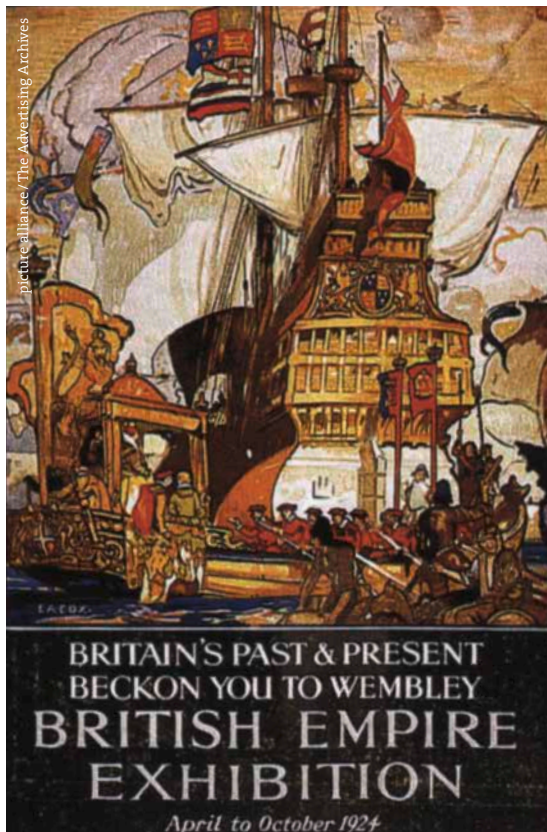
Dr. Anne Dreesbach promovierte über die Geschichte der Völkerschauen. Sie leitet den Dreesbach Verlag in München.

Nadine Beck studierte Europäische Ethnologie und Kunstgeschichte. Sie arbeitet als Autorin.

Anne Dreesbach / Nadine Beck, „Ausgestellt und angegafft“, in: DAMALS 6-2018, S. 26 ff.



Während der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden 1911 dient ein „Abyssinisches Dorf“ zur Unterhaltung der Schaulustigen, die hier eine Vorstellung von „wilder“ Exotik bekommen sollen.



Kolonialausstellungen sollen einen Eindruck von der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Kolonialmacht vermitteln – Ausstellung des britischen Empire 1924/1925 ...



... und sie sollen die „Andersartigkeit“ der kolonialen Gesellschaften vor Augen führen – Kolonialausstellung in Paris 1931.

Antwerpener *Wereldtentoonstelling voor Koloniën, Zeevaart en Oud-Vlaamsche Kunst* kam 1930 auf fünf Millionen Besucherinnen und Besucher. Zum Vergleich: Für die Weltausstellung, kurz Expo, 2000 in Hannover interessierten sich 18 Millionen Menschen. Neben ihrer propagandistischen Funktion hatten die Völkerschauen auch eine gewisse Bedeutung für den wissenschaftlichen Diskurs. Forscher wie der Mediziner und Politiker Rudolf Virchow stießen anthropologische Forschungsprojekte an, in deren Rahmen Akteure dieser Schauen beispielsweise serienmäßig Vermessungen ihrer Schädel unterzogen wurden.

Neben den Ausstellungen häuften sich schon in der Zwischenkriegszeit Reisen in die Kolonien. Besonders beliebte Reiseziele waren die „orientalischen“ Mandatsgebiete im Libanon und Palästina. Touristische Abenteuer, wie sie beispielsweise der französische Automobilclub organisierte, boten vielen Reisenden Gelegenheit, stereotype Sichtweisen zu verfestigen. Der touristische Blick verschmolz mit dem eingeübten kolonialen Blick auf den „Anderen“.

## Weißer Helden? Kulturelle Vermittlungsformen

Auch in der europäischen Kultur waren die Kolonien immer präsent. In Literatur, bildender Kunst, bald auch im Kino boten koloniale Räume die exotische Bühne, auf der über Identitäten und Zugehörigkeiten verhandelt wurde. Gerade die auf ein Massenpublikum zielenden Produktionen verbreiteten und verfestigten orientalistische Stereotype und führten damit in gewissem Sinne die Völkerschauen mit modernen cineastischen Mitteln fort. Populäre Spielfilme, aber auch Massensliteratur setzten immer wieder das Bild Weißer männlicher Helden in Szene, die sich in kolonialen Auseinandersetzungen zu behaupten wussten.

Die Übergänge vom Unterhaltungsfilm zur Kolonialpropaganda waren in den westeuropäischen Kinoproduktionen der 1920er- und 1930er-Jahre fließend. Filme wie „Ich hatt einen Kameraden“ (Regie: Conrad Wiene, D 1926) und „Die Reiter von Deutsch-Ostafrika“ (Regie: Herbert Selpin, D 1934) stehen dafür ebenso wie „Le Bled“, eine Auftragsarbeit von Jean Renoir für das französische Generalgouvernement in Algerien (F 1929), oder „Sanders of the River“ (Regie: Zoltan Korda, GB 1935). Stereotype vom „primitiven“ Afrikaner hielten sich bis weit in die zweite Nachkriegszeit hinein; „Liane – Das Mädchen aus dem Urwald“, ein Kinoerfolg von 1956 (Regie: Eduard von Borsody) oder „Sammy Going South“, der im Kontext der Suez-Krise spielt (Regie: Alexander Mackendrick, GB 1963), sind hierfür exemplarisch. Auch Tierfilme wie die in der Nachkriegszeit überaus erfolgreichen Produktionen des Tierfilmers und Frankfurter Zoodirektors Heinz Grzimek zeigten bemerkenswerte Kontinuitäten in der Repräsentation des „Anderen“, „Wilden“ und „Ungezähmten“ und trugen so zur Fortdauer alter Stereotype in der bundesdeutschen Gesellschaft bei.

## Wachsende Distanz zum Kolonialismus

Es wäre aber zu einfach, die kulturellen Repräsentationen Außereuropas allein als Ausdruck eines stabilen europäischen Blicks zu deuten. Schon früh sind Brüche im europäischen Selbstbild erkennbar, besonders in der Literatur. Vom zivili-





Filmplakat von 1934: Während zeitgenössische europäische Unterhaltungsfilme meist Klischees und „Weiße“ Überlegenheit transportieren ...



... lassen sich Künstler von afrikanischen Kunstwerken inspirieren. Pablo Picasso schuf die Darstellung der „Demoselles d'Avignon“ 1907 nach dem Vorbild afrikanischer Masken und Figuren.



Breite gesellschaftliche Schichten behielten aber rassistisch fundierte Überzeugungen bei. Eröffnung der Ausstellung „Entartete Kunst“ in Berlin 1938

satorischen Triumphgebaren offizieller Kolonialpropaganda oder der Literatur beispielsweise eines Rudyard Kipling war schon Joseph Conrads Erzählung „Das Herz der Finsternis“, erschienen 1898, denkbar weit entfernt.

In der europäischen Literatur der Zwischenkriegszeit nahm die Distanz zum Kolonialismus als europäischem Projekt noch einmal deutlich zu und ungebrochene Fortschrittserzählungen verloren an Substanz, wie die literarischen Werke etwa Virginia Woolfs, Leonard Woolfs oder T. S. Eliots belegen. Hier kamen viele Einflüsse zusammen, wie die Erfahrung des Ersten Weltkriegs und der Aufstieg der Freudschen Psychoanalyse. Die Krise des Kolonialismus trug aber ebenso dazu bei, dass Autoren und Autorinnen anders über die Figuren ihrer literarischen Werke schrieben und sie als Subjekte thematisierten.

Greifbar wird dies in der bildenden Kunst. Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich mit dem Primitivismus eine Kunstrichtung herausgebildet, die eine Verbindung zu afrikanischen Kunstformen suchte. In Werken von Pablo Picasso wie „Les Femmes d'Avignon“ von 1907 und in Henri Matisse's „Blue Nude“ von 1907 zeigt sich die Inspiration durch das Vorbild afrikanischer Masken und Figuren. Sind hier noch orientalistische Muster erkennbar, so gelangten die Surrealisten in den 1920er-Jahren von ihrer Auseinandersetzung mit außer-europäischer Kunst zu klaren antikolonialen Positionen. Unter jenen, die gegen die Pariser Kolonialausstellung 1931 öffentlich protestierten, fanden sich auch die Schriftsteller André Breton und Louis Aragon sowie der Maler Yves Tanguy. Auf der Gegenexposition „Die Wahrheit über die Kolonien“ („La Verité sur les colonies“), von Aragon und André Thirion unter der Ägide der Kommunistischen Partei Frankreichs organisiert, wurden – neben prosojetischer Propaganda – auch Werke von Künstlern aus den Kolonien gezeigt.

### Die Gleichberechtigung des „Anderen“ als Elitenprojekt

Dass „Negerplastik“, so der Titel einer vielbeachteten Studie des Kunsthistorikers und Schriftstellers Carl Einstein von 1915, als eigenständige afrikanische, der europäischen Kunst vollkommen gleichrangige Kunstform anerkannt wurde, zeugt von einer intensivierten Rezeption. Es deutet vor allem aber darauf hin, dass europäische Kunstschaaffende auf der Suche nach neuen Ausdrucksformen nicht mehr allein auf die europäische Kunst und ihre historischen Vorläufer sahen. In der künstlerisch wie intellektuell vibrierenden Atmosphäre der 1920er- und 1930er-Jahre ließ sich die Grenze zwischen einem „Wir“ und „den Anderen“ nicht mehr so scharf ziehen, wie dies zuvor suggeriert worden war.

Eine breitere Öffentlichkeit erreichte dies vor allem im kommerzialisierten Rahmen der Jazzkultur, ein Massenpublikum ließ sich damit jedoch ebenso wenig ansprechen wie mit modernistischer Literatur. Aber die intellektuellen und künstlerischen Debatten der Zwischenkriegszeit weisen doch darauf hin, dass nach der starren Trennung von Kolonisieren und Kolonisierten etwas Neues im Entstehen begriffen war und eine postkoloniale Welt aufschien. Doch war dies kein linearer Prozess, Verzögerungen und Gegenläufigkeiten sind nicht zu übersehen. Breite gesellschaftliche Schichten blieben rassistisch fundierten Überzeugungen europäischer, Weißer Überlegenheit treu. Und die Nationalsozialisten diffamierten schließlich außereuropäische oder außereuropäisch beeinflusste Werke pauschal als „Negerkunst“.

GABRIELE METZLER

# Die „Anderen“ in den Metropolen

**Durch die Dekolonisierung wurden die westeuropäischen Gesellschaften durcheinandergewirbelt. Hunderttausende von Migrantinnen und Migranten aus den Kolonien gelangten nach Europa, manchmal gefördert, weil sie als Arbeitskräfte willkommen waren; manchmal aber auch gegen Widerstände und Abwehr. Damit waren unterschiedliche Rechte, Integrations-, aber auch Ausgrenzungs-, ja Gewalterfahrungen verbunden.**

## Aktivisten, Arbeiter, Künstler: frühe Migrationen nach Europa

Seit die Europäer Kolonien erworben hatten, waren diese ein Auswanderungsziel von Menschen gewesen, die in Übersee ihr Glück suchten, als Abenteurer, Arbeiter, Siedler, Händler oder Plantagenbesitzer; manche freilich auch in Diensten der Kolonialverwaltung oder einer Missionsgesellschaft. Vor allem die Amerikas waren und blieben bis weit ins 20. Jahrhundert das Hauptziel europäischer Auswanderung. Nach deren Unabhängigkeit zogen insbesondere die Kapkolonie (im heutigen Südafrika), Algerien, Kenia, Mosambik und Angola sowie Deutsch-Südwestafrika europäische Siedler an, wenngleich Siedlerkolonien eher den Sonder- als den Normalfall des europäischen Kolonialismus darstellten.

In umgekehrter Richtung waren zunächst nur vereinzelte Wanderungsbewegungen zu beobachten. Im 19. Jahrhundert nahmen sie, wie der Historiker Jochen Oltmer festgestellt hat, vielfach die Form von „Bildungsmigration“ an, denn die



Von der Kolonie in die Metropole: Mahatma Gandhi als Student in London 1891

meisten der nach Europa kommenden Asiaten und Afrikaner wollten sich an den – vor allem französischen und britischen – Universitäten für den Verwaltungsdienst und andere höhere Positionen in ihren Heimatländern qualifizieren. Unter ihnen war beispielsweise der junge Inder Mahatma Gandhi, der von 1888 bis 1891 in London Jura studierte. Hinzu kamen seit der Wende zum 20. Jahrhundert Seeleute, die für die Handelsmarinen arbeiteten und sich, wenn sie nicht auf den Weltmeeren unterwegs waren, in den europäischen Hafenstädten niederließen. Liverpool und Cardiff, Hamburg und Rotterdam boten schon vor dem Ersten Weltkrieg ein lebendiges multikulturelles Bild.

## Rassendiskriminierung statt staatsbürgerlicher Gleichheit

Der Erste Weltkrieg dynamisierte die interkontinentale Migration. Erstmals wurden Soldaten aus den Kolonien auf europäischen Kriegsschauplätzen eingesetzt. Auch Arbeitskräfte wurden von dort rekrutiert, von denen viele nach Kriegsende in Europa blieben. Dadurch gewann die Frage nach rechtlicher Anerkennung, Zugehörigkeit und staatsbürgerlicher Gleichstellung erheblich an Bedeutung.

Im britischen Empire wurde zunächst jede Person, die dort geboren wurde, als „*British subject*“ und damit in einem besonderen Treue- und Schutzverhältnis gegenüber der Krone stehend angesehen. Dies symbolisierte die Einheit des *Empire*. Gleiche politische Rechte waren damit allerdings nicht verbunden, der Status des britischen *citizen* mit politischen Rechten war abhängig davon, im Vereinigten Königreich geboren zu sein oder in den *Dominions* der Weißen Bevölkerungsgruppe anzugehören. Die mit dem *Subject*-Status verbundene Freizügigkeit, also das Recht, sich im gesamten *Empire* frei zu bewegen und auch niederzulassen, grenzten nicht nur die *Dominions* bereits vor dem Ersten Weltkrieg entlang rassistischer Kriterien ein, die vor allem gegen Inder gerichtet waren. In Anbetracht eines angespannten Arbeitsmarktes in den frühen 1920er-Jahren verschärfte auch die Regierung im Vereinigten Königreich die Gesetzeslage, um weitere Zuwanderung zu erschweren. Einige dieser Gesetze wie die „*Special Restriction (Coloured Alien Seamen) Order*“ von 1925 waren ganz offen rassistisch und deuteten bereits an, dass „*race*“ die entscheidende Trennlinie innerhalb der britischen Einwanderungsgesellschaft würde.

Auch im Falle Frankreichs hüllten rassistische Unterscheidungen den eigentlich universalistischen Anspruch der französischen Staatsbürgerschaft aus. So wurde in den französischen Kolonien zwischen „*citoyens*“, also Vollbürgern, und „*sujets indigènes*“ ohne politische Rechte unterschieden.

Neben „rassischem Anderssein“ erzeugten auch religiöse Differenzen Spannungen zwischen den Gesellschaften der Metropole und Zuwandernden aus den Kolonien. Gerade die



Im Ersten Weltkrieg kommen vermehrt Soldaten und Arbeitskräfte aus den Kolonien in die europäischen Mutterländer. Trotz staatlicher Hindernisse und gesellschaftlicher Diskriminierung lassen sich viele dort dauerhaft nieder. Indischer Bonbon-Verkäufer in London 1930

französische Gesellschaft zeigte sich zunehmend sensibel gegenüber einer wachsenden muslimischen Präsenz in ihrer Mitte. Die Eröffnung der Großen Moschee in Paris, die 1926 in Anwesenheit des Staatspräsidenten stattfand, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass muslimische Migrantinnen und Migranten in der französischen Gesellschaft bereits in den 1920er-Jahren weitgehend an den Rand gedrängt und mit Einrichtungen wie etwa einem eigenen Krankenhaus in Paris separiert wurden. Ein rechtliches Gefälle zwischen den Europäern und den Kolonisierten blieb in der Zwischenkriegszeit bestehen. Es war dabei unerheblich, ob es sich um Migrantinnen und Migranten handelte, die sich in den europäischen Metropolen niederließen, oder um Menschen in den europäischen Kolonien in Afrika und Asien.

### Bemerkenswerte Karrierewege

Bei allen bestehenden Asymmetrien zwischen den europäischen Gesellschaften und ihren Zuwandernden gelang es in der Zwischenkriegszeit einer kleinen Gruppe von Menschen aus den Kolonien dennoch, die Aufmerksamkeit des europäischen Publikums auf sich zu ziehen. Denn die großen westeuropäischen Städte waren in den 1920er-Jahren Zentren einer echten Unterhaltungsindustrie, in der auch Menschen gerade aus Afrika ihren Platz fanden. Zwar speiste sich das Interesse auch in diesem Fall oft vornehmlich aus der Vorstellung von Schwarzen als den exotisch Anderen. Aber einigen Schwarzen Künstlern gelang es, auf dieser Basis eine beachtliche Karriere zu machen. Ein Beispiel dafür bietet der aus Kamerun stammende Schauspieler Ludwig M'bebe Mpepa, der unter seinem amerikanischen Künstlernamen Louis Brody bis in die NS-Zeit hinein in einer Vielzahl von deutschen Spielfilmen mitwirkte.

Der unumstrittene Star der Schwarzen Kulturszene dieser Zeit war allerdings Josephine Baker. Mit ihrer *Revue Nègre* schlug sie besonders das Pariser Publikum in ihren Bann, doch auch anderswo jubelten die Weißen Zuschauer der Tän-



Unumstrittener Star der Schwarzen Kulturszene ist Josephine Baker, die mit ihren Shows das europäische Publikum begeistert.

zerin zu. Indem sie koloniale Stereotype aufgriff und künstlerisch umsetzte – etwa in ihrem berühmten „Bananentanz“ –, wendete sie den Rassismus der Weißen subversiv gegen diese. Der – in den Augen des Weißen Publikums – Primitivismus und die unverstellte Sexualität, die in den Schwarzen Aufführungen zum Ausdruck kamen, verband sich mit der Jazz-Musik und den Einflüssen der afroamerikanischen *Harlem Renaissance*, einer Bewegung afroamerikanischer Künstler

### Von Kamerun nach Babelsberg: Die Geschichte des Schauspielers Louis Brody

Ludwig M'bebe Mpressa, der sich später Louis Brody nannte, wurde am 15. Februar 1892 in Duala/Kamerun geboren. Wie er nach Deutschland kam, ist unbekannt. Mit 23 Jahren bekam er seine erste Rolle [...]. Immer wieder trat er in Abenteuerfilmen als bedrohlich-exotischer „schwarzer Mann“ auf. [...]

Die Nazi-Zeit bedeutete für Louis Brody keinen Bruch in seiner Karriere. Für das neue Genre der Kolonialfilme brauchten die Nazis schwarze Schauspieler. [...] Am bekanntesten wurde [...] [Louis Brody] in der Rolle des bösen Häuptlings im NS-Kolonialfilm *Ohm Krüger* von 1941. Brody gehörte zu den wenigen schwarzen Darstellern, denen auch Sprechrollen zugestanden wurden – die meisten schwarzen Filmkomparnen hatten lediglich dekorativ im Hintergrund herumzustehen, während im Vordergrund die weißen „Herrenmenschen“ ihre Heldentaten vollbrachten. Die Rollen, die Brody zu spielen hatte, zeigten ihn allerdings stets in untergeordneter Position, mal als Diener oder Barmann, manchmal auch als Ringer. [...] Seine vielseitige Begabung und seine großen Sprachkenntnisse sicherten ihm bis zum Kriegsende seinen Lebensunterhalt – und retteten ihm möglicherweise das Leben. 1938 heiratete er die schwarze Danzigerin Erika Diek, deren Vater ebenfalls aus Kamerun stammte. Sie erzählt über das Leben damals in einem Interview:

„Meinem Mann wurde die deutsche Staatsangehörigkeit damals auch aberkannt. Da Kamerun noch französische Kolonie war, wandte er sich an das französische Konsulat und erhielt ohne weiteres die französische Staatsangehörigkeit. Somit wurde ich durch die Heirat französische Staatsbürgerin. Wir mussten uns jede Woche bei der Polizei melden. In Berlin hatten wir viel auszustehen. Als ich schwanger war, bekam ich zu hören: ‚Unser Führer legt keinen Wert auf solche Kinder.‘ Als unsere Tochter vier Jahre alt war, meldete ich sie im Kindergarten an, ich arbeitete den Tag über. Nach einer Woche durfte ich sie

nicht mehr hinbringen, da den anderen Kinder nicht zugemutet werden konnte, mit einem ‚Negerkind‘ zu spielen. [...]“

Den Zusammenbruch der NS-Herrschaft erlebte Brody in Berlin [...]. Nach dem Krieg setzte er seine Schauspielerkarriere bei der Deutsche Film AG (DEFA) fort. Außerdem trat er als Sänger und Schlagzeuger der *McAllen Band* [...] auf. Noch 1950 ging er mit dieser Formation auf Tournee. Am 11. Februar 1951 starb Louis Brody in Berlin und wurde auf dem Friedhof Berlin-Hohenschönhausen beerdigt. Sein Grab existiert heute nicht mehr.

© Deutsches Historisches Museum <https://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/namibia/stadtpaziergang/muenzenbergkonzern.htm>



Ludwig M'bebe Mpressa alias Louis Brody mit Emil Jannings in einer Szene des NS-Propagandafilms „Ohm Krüger“

und Schriftsteller der 1920er-Jahre, zu einer wirkmächtigen Gegenkultur. Auch sie trug, zusammen mit dem wachsenden politischen Aktivismus Schwarzer Menschen, dazu bei, die Selbstverständlichkeiten europäischer Kolonialherrschaft zu hinterfragen.

### „Repatrierte“ und (Dekolonisations-) Migration nach 1945

Die Wanderungsbewegungen in das Europa der Zwischenkriegszeit nehmen sich freilich gering aus im Vergleich zur massenhaften Migration nach 1945. Sie veränderte einige der westeuropäischen Gesellschaften von Grund auf.

Nach wissenschaftlichen Schätzungen kamen zwischen 1950 und 1980 zwischen fünf und acht Millionen Menschen in Folge von Dekolonisationsprozessen nach Europa. Dies bettet sich ein in ein dramatisches globales Wanderungsgeschehen, war doch fast die gesamte Welt nach dem Zweiten Weltkrieg in Bewegung geraten. Millionen von Menschen verließen ihre Heimat, weil sie flüchten mussten oder vertrieben wurden:

1. wie beispielsweise jene Deutschen, die sich östlich von Oder und Neiße angesiedelt hatten. Ganz aktuell beginnt die Geschichtswissenschaft über die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten auch unter dem Vorzeichen postkolonialer Migration zu diskutieren;
2. wie Millionen von Hindus sowie Muslimen und Muslimas, die im Zuge der indischen Unabhängigkeit zwischen Indien und dem neuen Staat Pakistan umsiedeln mussten;
3. oder wie aus Europa stammende Siedler, Verwaltungsbeamte, Lehrkräfte, Militärs oder Missionare, die nach der Dekolonisation Länder in Afrika oder Asien verlassen mussten oder wollten.
4. Nicht vergessen werden dürfen auch die zahlreichen kolonialen Hilfstruppen und Personen, die vor Ort die jeweilige Kolonialmacht unterstützt hatten und sich dort nun massiven Anfeindungen ausgesetzt sahen.
5. Und schließlich wanderte eine große Zahl von Menschen aus den vormaligen Kolonien nach Europa, um dort Arbeit zu finden oder weil Familienangehörige bereits in Europa lebten.

#### Die Heterogenität postkolonialer Migration

Wie heterogen die Gruppen der postkolonialen Zuwanderung waren, zeigte sich am Beispiel der Niederlande. Dorthin wanderten zwischen 1945 und 1963 rund 300 000 Menschen



Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wandern immer mehr Menschen aus den ehemaligen Kolonien in die Mutterländer ein. In Großbritannien kommen 1948 auf der „*Empire Windrush*“ fast 500 Jamaikaner an. Sie berufen sich auf den *British Nationality Act* von 1948, der allen Commonwealth-Bewohnern die britische Staatsbürgerschaft zuerkannte.

aus dem unabhängig werdenden Indonesien, darunter auch 12 000 Südmolukker (Ambonesen) als Angehörige der kolonialen Hilfstruppen (siehe S. 63 ff.).

In Großbritannien begann die postkoloniale Zuwanderung Ende der 1940er-Jahre, als vor allem Menschen aus der Karibik eintrafen. Zum Symbol wurde die Ankunft des Schiffes *Empire Windrush*, das 1948 eigentlich Soldaten von Jamaika nach Großbritannien befördern sollte, bei seiner Ankunft indes auch knapp 500 Jamaikaner an Bord hatte. Sie beriefen sich auf den *British Nationality Act* von 1948, auf dessen Basis alle Bürger des *Commonwealth* auch Bürger Großbritanniens waren. Ab Mitte der 1950er-Jahre gewann dann die Einwanderung vom indischen Subkontinent an Gewicht. 1966/67 wurde die Millionengrenze der zeitgenössisch und offiziell als „farbig“ („*coloured*“) beschriebenen Zuwanderung nach Großbritannien überschritten.

Zur selben Zeit erlebte auch Frankreich einen steigenden Zuzug aus seinen Kolonien. Hatte das Land schon seit den 1920er-, verstärkt seit den 1950er-Jahren Arbeitskräfte aus Nordafrika aufgenommen, so kamen nun weitere Zuwanderer im Kontext des Krieges um Algerien und dessen anschließende Unabhängigkeit. In den frühen 1960er-Jahren wanderten allein rund eine Million Algerienfranzosen aus dem nordafrikanischen Land nach Frankreich ein. Fast zwei Drittel von ihnen siedelten sich zu Beginn in Marseille an, was die Stadt rasch an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit brachte.

Zusätzlich kamen noch rund 91 000 *Harkis*, die als ehemalige koloniale Hilfstruppen während des Algerienkrieges nunmehr in ihrer Heimat Vergeltungsakte gewärtigen mussten und in ihrer Existenz bedroht waren. Allein in den acht Wochen nach Abschluss der Abkommen von Evian im März 1962, die den Algerienkrieg beendeten und die Unabhängigkeit Algeriens besiegelten, waren 10 000 von ihnen ermordet worden oder auf andere Weise verschwunden. Die wachsende Zuwanderung stellte den französischen Staat vor Probleme,

die für die unterschiedlichen Gruppen der Neuankömmlinge unterschiedlich gelöst wurden (siehe auch S. 63).

Eine ähnlich gedrängte und intensive Form der Zuwanderung erlebte von den westeuropäischen Ländern ansonsten nur Portugal. Dorthin gelangten 1973/74 rund eine halbe Million Menschen aus Angola, Mosambik und den übrigen nunmehr selbstständigen portugiesischen Kolonien. Diese sogenannten „*retornados*“ machten dem Historiker Jochen Oltmer zufolge Mitte der 1970er-Jahre gut sechs Prozent der portugiesischen Bevölkerung aus. Deutlich geringer blieb der Anteil von Kongolesen in Belgien, einer Gruppe, die von der belgischen Politik wie von der sozialwissenschaftlichen Forschung lange Zeit weitgehend ignoriert wurde. Schätzungsweise 60 000 Menschen aus dem Kongo leben heute in Belgien.

### Begrenzung postkolonialer Zuwanderung

Was die Zahlen hier nicht wiedergeben können, sind die bisweilen dramatischen Umstände, unter denen die Menschen aus den unabhängig werdenden Kolonien nach Europa gelangten. Gerade diejenigen, die in den vormaligen Siedlerkolonien gelebt hatten, erlebten häufig Traumatisches. Da die koloniale Herrschaft dort am längsten und nachdrücklichsten verteidigt wurde, erfolgte die Auswanderung bzw. Flucht am Ende häufig überstürzt. Und in den europäischen Aufnahmegesellschaften waren allzu oft nicht hinreichend Vorkehrungen getroffen worden, um die große Zahl der postkolonialen Ankömmlinge zügig aufnehmen zu können. Soziale Probleme waren die Folge, die sich insbesondere in unzulänglichen Wohnbedingungen und Bildungsangeboten niederschlugen.

Doch auch in politischer Hinsicht zeitigte die postkoloniale Zuwanderung nachhaltige Effekte. Denn aus der Auseinandersetzung mit ihr erwachsen neue Regeln, die darüber entschieden, wer als zugehörig und wer als „fremd“ galt, wer staatsbürgerliche Rechte beanspruchen durfte oder allenfalls das Gastrecht in Anspruch nehmen konnte. Hier lohnt ein Blick auf Großbritannien: Ganz unverstellt tritt der Rassismus der



UK Government/Handout via Reuters

Die verstärkte Einwanderung aus den ehemaligen Kolonien führt in Großbritannien dazu, dass die Bedingungen für die Staatsangehörigkeit verschärft werden. Nicht jeder erhält den begehrten Pass.

britischen Regierung und weiter Teile des Parlaments vor Augen, wenn man die zeitgenössischen Debatten über den 1962 verabschiedeten *Commonwealth Immigrants Act* verfolgt. Auf seiner Grundlage wurde die Zuwanderung aus den Kolonien bewusst beschränkt und erschwert. Was pro forma für alle postkolonialen Zuwanderer galt, traf de facto besonders diejenigen aus Indien, Pakistan und der Karibik. Weitere Gesetze in den Folgejahren verschärften die Bedingungen für Zuwanderung und für die Inanspruchnahme der britischen Staatsbürgerschaft weiter. Mit dem *British Nationality Act* zog die Regierung Thatcher 1981 schließlich einen Schlusstrich unter eine jahrhundertalte Praxis und begründete eine eigene, spezifisch britische (und nicht mehr *Commonwealth*-) Staatsangehörigkeit.

Auch Frankreich verengte die Zuzugsmöglichkeiten seiner vormaligen kolonialen „Untertanen“. Hatte die IV. Republik nach 1946 noch die Fiktion einer zusammenhängenden *Union Française* mit Freizügigkeit – auch nach Frankreich – aufrechterhalten, so wurde 1973 Menschen aus Afrika die Sicherheit des Zuzugsrechts gesetzlich aufgekündigt. In den Niederlanden wiederum wurden zwar die Weißen Zuwanderer aus Indonesien rechtlich gleichgestellt, doch die Molukker blieben bis in die 1980er-Jahre staatenlos und erhielten erst spät die Chance, die niederländische Staatsangehörigkeit überhaupt zu beantragen.

### Soziale Konflikte: die Grenzen der Integration

Ob und wie die Neuankömmlinge in den europäischen Gesellschaften Fuß fassen und sich ein neues Leben aufbauen konnten, hing zuallererst davon ab, wann sie dorthin gelangten. Was zunächst banal erscheinen mag, erweist sich bei näherer Betrachtung tatsächlich als einer der wesentlichen Faktoren im Prozess der sozialen Integration. Am leichtesten taten sich jene, die in den 1950er-Jahren zuwanderten. Denn bis dahin hatten die europäischen Gesellschaften die akuten ökonomischen und sozialen Nachkriegskrisen überwunden, das wirtschaftliche Wachstum nahm zu und mit ihm stieg die Beschäftigtenquote. Arbeitskräfte waren bald stark nachgefragt – so sehr, dass die westeuropäischen Unternehmen Arbeitskräfte in Süd-, dann auch in Südosteuropa gezielt anwarben.

Wer in den Zeiten des Nachkriegsbooms aus einer Kolonie nach Westeuropa zuwanderte, hatte demnach gute Chancen, rasch in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Allerdings teilten die postkolonial Zugewanderten auf dem Arbeitsmarkt

häufig das Schicksal der Arbeitskräfte aus Süd- und Südosteuropa, indem für sie allzu oft nur die körperlich schweren, schmutzigen und gefährlichen Arbeiten blieben, welche die Weißen Arbeiter angesichts besserer Angebote nicht mehr übernehmen wollten. Und sowohl postkoloniale wie süd(ost)-europäische Arbeitskräfte waren in besonderem Maße betroffen, als sich die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt ab den frühen 1970er-Jahren verschlechterten und die Konkurrenz um schwindende Jobs zunahm.

### Die „Farbigen“ in der britischen Gesellschaft

In Großbritannien erwies sich die Hautfarbe als entscheidender Faktor, der über die Integrationschancen entschied. Den zugewanderten, als „Farbige“ („*coloured*“) Bezeichneten blieb zunächst nichts anderes übrig, als sich in den heruntergekommenen innerstädtischen Vierteln anzusiedeln, aus denen die Weiße Bevölkerung sobald als möglich weggezogen war. Dort trafen sie nicht nur auf schlechte Wohnbedingungen, sondern auch auf schlechte Bildungschancen, schlechte Sozialdienste und eine schlechte medizinische Versorgung.

Dennoch konnten sich viele Zugewanderte vor allem aus Südasien im Laufe der 1960er-Jahre, als Familien den zunächst allein eingewanderten Männern nachzogen, bescheidene selbstständige Existenzen aufbauen. Aus dem britischen Alltag sind die indisch- oder pakistanischstämmigen Familien, die Zeitungsgeschäfte, Imbissrestaurants, Reinigungen oder Kleiderläden betreiben, seither nicht mehr wegzudenken. Ganz nach dem Wunsch liberaler Kreise in der Weißen britischen Gesellschaft assimilierten sich oft vor allem die aus Indien Zugewanderten und passten ihr familiäres wie soziales Leben an das der Durchschnittsbriten an. Freilich eigneten sie sich auch deren Rechte an, und so ist es kaum überraschend, dass sich die abhängig Beschäftigten aus Südasien bald auch gewerkschaftlich organisierten. 1964/65 fanden erste Arbeitskämpfe mit indischer und pakistanischer Beteiligung statt.

Bemerkenswert ist, dass die aus den Kolonien zugewanderten Menschen häufig erst in Europa ein spezifisches ethnisches Selbstbewusstsein ausprägten. Besonders deutlich wird dies an den Zuwanderern aus der Karibik, die sich in ihren Heimatländern etwa als Einwohner von Jamaika oder Trinidad, in der neuen britischen Umgebung aber bald als „*Afro-Caribbeans*“ verstanden.



picture alliance / prisma / TPX

Trotz schwieriger Startbedingungen gelingt es vielen Zugewanderten, sich bescheidene selbstständige Existenzen, oft als Laden- oder Restaurantbetreiber, aufzubauen. Straße mit indischen und pakistanischen Imbissrestaurants in London

## Integrationsprobleme in Frankreich

In Frankreich verlief die soziale Trennlinie ebenfalls entlang rassistischer Zuschreibungen, in die sich koloniale Repräsentationen, also hierarchische Verhältnisse aus der Kolonialzeit, mischten. Wer etwa aus Algerien nach Frankreich kam, traf auf höchst unterschiedliche Chancen. Eine Sonderstellung hatten die „Repatriierten“ aus Algerien, die auch als „*pieds-noirs*“ bezeichnet wurden. Zu diesen zählten nicht nur Weiße Siedler oder Angehörige der Kolonialverwaltung, sondern auch jene *Français musulmans d'Algérie*, die Funktionen in der Kolonialverwaltung innegehabt hatten. Ethnische oder religiöse Differenzen traten in den Hintergrund, sie wurden wie die Weißen behandelt. Die Weißen unter ihnen stammten im Übrigen keineswegs alle aus Frankreich. Manche waren ursprünglich in Italien, Spanien oder auf Malta beheimatet gewesen und hatten sich anschließend im kolonialen Algerien niedergelassen.

Nun, in Frankreich, suchten sich die Repatriierten vor allem im Süden des Landes eine neue Heimat aufzubauen. Dabei unterstützte sie der französische Staat, der bis 1965 rund 114 000 Sozialwohnungen für diese Zuwanderungsgruppe errichtete. Dennoch blieben zunächst Tausende auf Behelfsunterkünften angewiesen, die auf die Schnelle in Ferienanlagen, Hotels oder Herbergen aller Art eingerichtet worden waren.

Um die Repatriierten zu integrieren, gewährte der Staat ihnen günstige Kredite, half bei der Arbeitsvermittlung, und in der Tat gelang es vielen von ihnen, sich eine gute Existenz zu sichern. Ihre Massenpolitisierung, die sich die politische Rechte erhofft hatte, blieb aus.

Andere Probleme der Integration sah der französische Staat bei den vornehmlich muslimischen Arbeitsmigranten, die schon in den 1950er-Jahren nach Frankreich gekommen waren und dort wesentlich zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und Aufschwung des Landes beigetragen hatten. Laut der US-amerikanischen Historikerin Amelia Lyons waren diese Migranten willkommen, weil ihre Arbeitskraft gebraucht wurde. Sie belegte zudem, dass auch der Nachzug von deren Frauen und Familien unterstützt wurde, weil die französischen Behörden überzeugt waren, dies diene der Integration der arbeitenden Männer in die französische Gesellschaft. Flankiert wurde dies durch eine Reihe sozialer Maßnahmen, darunter der Einsatz von Sozialarbeitern und Managern von Wohnanlagen, die die Assimilierung der neu Zugezogenen erleichtern sollten. Lyons argumentiert, Unterstützung, Disziplinierung und soziale Kontrolle seien in diesem Fall Hand in Hand gegangen, worin sie auch eine Übertragung kolonialer Herrschaftstechniken nach Frankreich selbst sieht.

Andere Historikerinnen und Historiker haben darauf verwiesen, dass aus Algerien stammende Arbeitskräfte von der französischen Regierung in dem Moment als Problem wahrgenommen wurden, als die FLN begann, unter den algerischen Arbeitern zu agitieren und sie für den Unabhängigkeitskampf zu mobilisieren. Daher sei ihre wachsende Kontrolle nicht nur durch soziale und kulturelle Differenz, sondern auch durch politische Sorgen auf französischer Seite motiviert gewesen.

In völlig anderer Situation befanden sich die algerischen Muslime, die als koloniale Hilfstruppen die französische Herrschaft unterstützt hatten. Die sogenannten *Harkis* waren nach der Unabhängigkeit Algeriens vielfach brutalen Vergeltungsmaßnahmen seitens ihrer Landsleute ausgesetzt gewesen (siehe auch S. 61). Sie sind die Verlierer der französischen Dekolonisation. Viele von ihnen verließen ihr Heimatland 1962 vollkommen überstürzt, ohne dass ihnen von



In Frankreich leiden insbesondere die muslimischen Zuwanderer aus Algerien, die im Krieg auf französischer Seite gekämpft hatten, unter Diskriminierung. Oftmals wohnen die Harkis in Elendsquartieren am Stadtrand, wie hier in Nanterre 1969.

der französischen Regierung Hilfe zugesichert worden war. Im Gegenteil, Paris wollte ihren Zuzug möglichst verhindern. Gleichwohl fanden rund 91 000 *Harkis* einschließlich ihrer Familien Zuflucht in Frankreich. Sie wurden zunächst in Lagern untergebracht, wo oft schlechte hygienische und soziale Bedingungen herrschten, darunter das Lager Rivesaltes in den Pyrenäen, das auch schon zur Unterbringung von Juden sowie Sinti und Roma während der deutschen Besatzung im Krieg gedient hatte.

Manche *Harkis* mussten mangels Alternativen für 10 bis 15 Jahre in diesen Lagern ausharren. Andere zogen in die Städte, um Arbeit zu finden. Dort wohnten sie, gemeinsam mit anderen Zugewanderten aus dem Maghreb, vielfach unter erbärmlichen Bedingungen in Wellblechhütten und anderen Behelfsunterkünften in den sogenannten *Bidonvilles* – *Slum*-ähnlichen Ansiedlungen an den städtischen Randzonen. Ihre Integration gelang nur unter großen Schwierigkeiten, zumal sich die Ausgrenzung über Generationen weiter vererbte. Im Hinblick auf Ungleichheiten blieben in ihrem Leben die kolonial bestimmten Statuszuweisungen erhalten, in gewissem Sinne konnten sie den imperialen Raum nie verlassen.

## Große Unterschiede: die Niederlande und Portugal im Vergleich

Ähnliche Probleme der Integration zeigten sich im Fall der Molukker in den Niederlanden. Auch sie verbrachten lange Jahre in Behelfslagern, darunter auch das ehemalige Konzentrationslager Westerbork, das unter neuem Namen bis Anfang der 1970er-Jahre genutzt wurde. Während die überwiegend eurasischen „*Indische Nederlanders*“ aus Indonesien als kulturell gleich angesehen wurden und ihre Integration in die niederländische Gesellschaft gelang, blieben die Molukker ausgegrenzt; nennenswerte staatliche Integrationsbemühungen wurden nicht unternommen. Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt waren schlecht, und es blieb ungeklärt, ob und wie sie als ehemalige Angehörige der niederländischen Kolonialtruppen

weiter versorgt würden. Frustration und schließlich Gewaltbereitschaft machte sich gerade unter den Jüngeren breit (siehe unten).

Vor diesem Hintergrund mutet es überraschend an, wie gut es Portugal gelang, die vergleichsweise hohe Zahl von *retornados* zu integrieren. Freilich waren – und dies ist eine Besonderheit in der europäischen Migrationsgeschichte – die meisten von ihnen erst in den 1950er- und 1960er-Jahren überhaupt in die Kolonien ausgewandert, hatten ihre Verbindungen in die Heimat aufrechterhalten und kehrten nun, ein bis zwei Jahrzehnte nach ihrer Migration, dorthin zurück. Den häufig gut ausgebildeten jungen Männern, die das Gros der Migranten stellten, boten sich nach dem politischen Umbruch in Portugal Chancen in der Verwaltung, zumal sie sich auch nicht in einer Region ballten, sondern sich über das gesamte Land verteilten. Familiäre Verbindungen und, wie in Frankreich, umfangreiche staatliche Hilfsprogramme, erleichterten zusätzlich ihre Integration.

## Politische Krisen und Gewalt

Die postkoloniale Zuwanderung, ja die Dekolonisierung selbst zog eine Welle der Gewalt auch in Europa nach sich, die dem friedlichen Selbstbild der europäischen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg entgegensteht. Ganz neu war das Phänomen nach 1945 nicht.

Denn rassistisch motivierte Gewalt trat bereits offen zutage, als im Ersten Weltkrieg erstmals Soldaten und Arbeiter aus den Kolonien nach Europa kamen. In Frankreich, wo vergleichsweise die meisten Hilfskräfte aus den Kolonien eingesetzt wurden, kam es seit 1917 immer wieder zu rassistischen Übergriffen. Zum einen galten die Arbeiter aus Indochina und Afrika als billige „Schmutzkonkurrenz“ und zum anderen gingen Teile der Weißen Gesellschaft davon aus, dass der Einsatz der Kolonialarbeiter in der Kriegsindustrie französische Arbeiter für den Fronteinsatz freistellen würde – in einem Krieg,

dessen die meisten Französischen und Franzosen längst überdrüssig geworden waren. Die Kolonisierten wurden als Sündenböcke für das Versagen der politischen wie militärischen Führung angegriffen, und es ist eben kein Zufall, dass sich die Attacken auf sie 1917 häuften. Denn im gleichen Jahr gaben Streiks und Meutereien in der Armee der um sich greifenden Kriegsmüdigkeit der Franzosen Ausdruck.

Zur Zielscheibe rassistischer Angriffe wurden Arbeiter und Soldaten aus den Kolonien auch nach dem Krieg. In den britischen Hafenstädten, wo besonders viele von ihnen als Seeleute oder Hafentarbeiter tätig waren, kam es zu ersten „Rassenunruhen“ (*race riots*), ein Begriff, der seit 1945 zum Grundvokabular der britischen Gesellschaftsgeschichte gehört.

Unverhohlenem Rassismus begegneten schließlich auch die Schwarzen Besatzungssoldaten, die nach 1919 in französischen Diensten im Rheinland über die Demilitarisierung wachten. Ihnen wurde von deutscher Seite nicht nur eine ausgeprägte (insbesondere sexuell motivierte) Neigung zu Gewalt unterstellt, sondern sie wurden ein ums andere Mal auch selbst Opfer gewalttätiger Übergriffe.

In besonderer Weise stellte sich die Gewaltfrage jedoch nach 1945. Nicht nur verliefen viele der Dekolonisierungskonflikte außerordentlich gewaltsam, sondern der Kampf um die Dekolonisation wurde auch in die Metropolen selbst getragen. Vor allem aber machten postkoloniale Migrantinnen und Migranten auch in den europäischen Gesellschaften Gewalterfahrungen.

### Alltägliche (Staats-)Gewalt in Großbritannien und Frankreich

Physische Gewalt gehörte überall in Europa zu den Alltagserfahrungen postkolonialer Migranten, doch in Großbritannien kam sie besonders zum Tragen. Ein erster Höhepunkt war erreicht, als 1958 Weiße Jugendliche im Londoner Stadtteil *Notting Hill* einen aus der Karibik stammenden Mann angriffen, den sie in Begleitung einer Weißen, aus Schweden stammenden Frau antrafen. Eine ganze Woche lang streiften männliche Weiße Jugendliche („*Teddy Boys*“) durch das Vier-



Diskriminierung und oft auch körperliche Gewalt gehören bei vielen Migranten zu ihren Alltagserfahrungen. Im Londoner Stadtteil Notting Hill kommt es im November 1958 zu „Rassenunruhen“. Aufgebrachte Weiße Jugendliche jagen Farbige Menschen, die sich ihrerseits zur Wehr setzen.





Am 17. Oktober 1961 geht die Pariser Polizei mit rabiaterem Einsatz gegen Menschen aus Algerien vor, die gegen Schikanen protestieren und ihre Sympathie für den Unabhängigkeitskampf in Algerien bekunden. Der Einsatz kostet viele Demonstrierende das Leben. Teilnehmer der Kundgebung werden vor einer Polizeistation von Sicherheitskräften bewacht.

tel und griffen immer wieder Farbige Menschen an, die ihrerseits mit Gewalt zurückschlugen. Die britische Öffentlichkeit nahm diese Zusammenstöße als „(Notting Hill) race riots“ wahr. Die afrokaribische Community wiederum, die Polizeirazzien in ihren Restaurants und Läden durchaus gewohnt war, sah sich durch die Vorkommnisse ein weiteres Mal herausgefordert. Sie reagierte darauf, indem sie sich öffentlich sichtbar zu machen und ihren kulturellen Eigensinn zu formulieren und zu behaupten suchte. Der *Notting Hill Carnival*, heute ein touristisches Großereignis in der britischen Hauptstadt, hat hier seinen Ursprung.

Neben alltäglicher rassistisch motivierter Gewalt aus den Weißen Gesellschaften selbst heraus sahen sich migrantisches Gemeinschaften auch immer wieder der Polizeigewalt ausgesetzt. So hatten die französischen Sicherheitsbehörden während des Algerienkrieges die in Frankreich ansässige algerische Bevölkerungsgruppe besonders in den Blick genommen. Sie wollten damit terroristische Gewaltakte verhindern, die von der FLN in großer Zahl verübt wurden, wandten dabei aber oft harte Methoden an, auch Folterungen bei Verhören sind bezeugt. Nach mehreren Mordanschlägen, die auch Polizisten gegolten hatten, war die Polizei in starkem Maße alarmiert.

Als am 17. Oktober 1961 algerische Migranten in Paris gegen eine Ausgangssperre und andere, als Schikane empfundene Polizeimaßnahmen protestierten und ihre Unterstützung für die FLN und deren Unabhängigkeitskrieg kundtaten, eskalierte die Situation. Dem Polizeieinsatz gegen die Demonstranten fielen offiziellen Berichten zufolge drei Algerier zum Opfer, während die britischen Historiker Jim House und Neil MacMaster in ihrer sorgsam abwägenden Untersuchung zum Schluss kommen, dass die Polizei mehr als 120 Demonstrierende tötete. Sie setzte brutal ihre Schlagstöcke ein, Zeitzeugen sahen Leichen in der Seine treiben, doch zu einer offiziellen Untersuchung kam es nicht. Erst 1998, als der damals verantwortliche Polizeipräfekt Maurice Papon wegen seiner Aktivitäten für das Vichy-Regime im Zweiten Weltkrieg als Angeklagter vor Gericht stand, wurden auch die Ereignisse vom Oktober 1961 öffentlich breiter thematisiert.

Maurice Papon ist in gewissem Sinne eine exemplarische Gestalt für den Kreislauf der Gewalt, der zwischen den westeuropäischen Gesellschaften und ihren Kolonien bestand. Als junger Mann war er während des Zweiten Weltkriegs für das Vichy-Regime tätig, die französische Regierung, die eng mit der deutschen Besatzungsmacht kooperierte. Von 1956 bis 1958, also während des Algerienkrieges, verfolgte er als Präfekt der algerischen Provinz Constantine einen harten Kurs, bis er nach Paris versetzt wurde.

Übertragungen der Gewalt von Indochina über Algerien nach Frankreich lassen sich im französischen Fall mehrfach belegen, im britischen Fall führten prominente Karrieren von der Aufstandsbekämpfung in Malaya über die Niederschlagung des „Mau-Mau-Aufstands“ in Kenia bis zum Einsatz gegen die Gewalt der Irisch-Republikanischen Armee (*Irish Republican Army, IRA*) in Nordirland.

### Europa als Austragungsort des antikolonialen Befreiungskampfes

Es würde allerdings bei weitem zu kurz greifen, allein auf die von Europäern verübte Gewalt zu blicken. Drei Beispiele mögen genügen, um zu ermesen, wie der antikoloniale Befreiungskampf von den Kolonisierten auch nach Europa getragen wurde. Auch hier bietet Frankreich das markanteste Beispiel. Die algerische Befreiungsfront FLN führte ihren Kampf gegen die verhassten französischen Kolonialherren ab 1958 auch auf französischem Boden. Besonders in Paris, Lyon und Lille kam es mehrfach zu Anschlägen, allein zwischen Ende August und Anfang Oktober 1961 wurden in Paris elf französische Polizisten ermordet und eine Reihe weiterer verletzt.

Ein weiterer Schauplatz postkolonialer Gewalt waren die Niederlande. Hier politisierte und radikalisierte sich insbesondere die zweite Generation jener Molukker, die in den 1950er-Jahren nach Europa gekommen waren. Nachdem die niederländische Regierung dem 1950 ausgerufenen und 1955 von indonesischen Truppen eroberten autonomen Staat Ambon keine Unterstützung gewährte und sie selbst in den Niederlanden marginalisiert waren, griffen junge Molukker in den 1970er-Jahren zu politischer Gewalt. Schon 1970 wurde die Dienstwohnung des



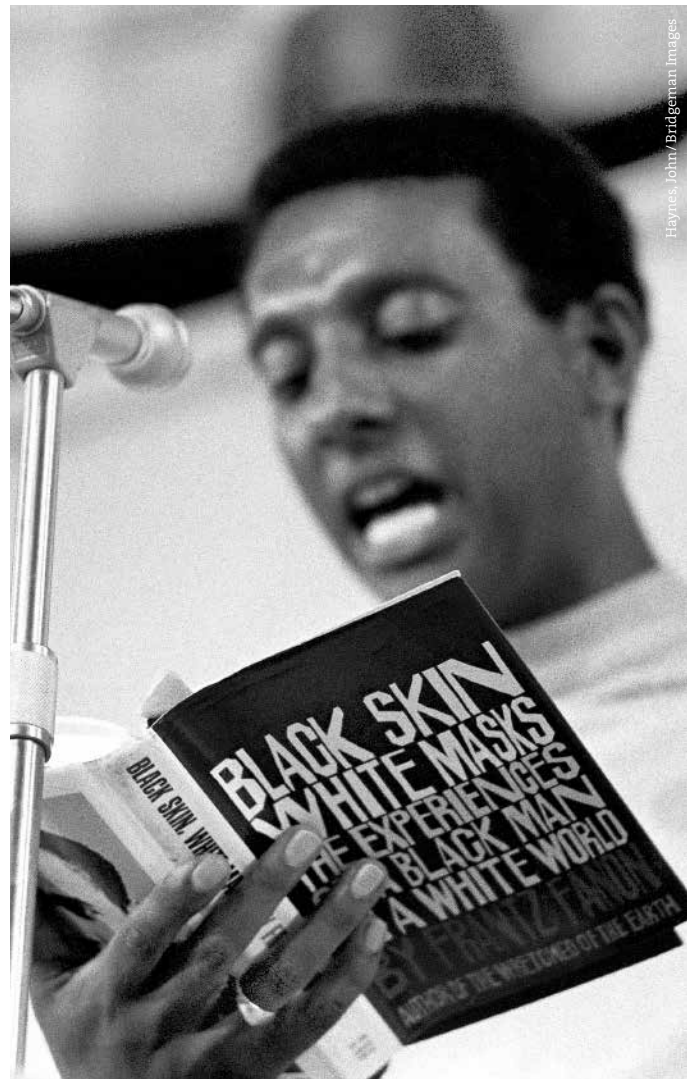
In den Niederlanden radikalisierten sich in den 1970er-Jahren die Molukker, die für einen unabhängigen Staat in der ehemaligen Kolonie Indonesien eintreten. Mit einer Zugentführung machen sie auf sich aufmerksam.



Viele Weiße Jugendliche fühlen sich in den 1960er- und 70er-Jahren von den kolonialen Unabhängigkeitskämpfern angesprochen. Selbst im Fußballstadion, bei der Partie Stuttgart gegen Dortmund am 18. November 1967, zeigt man Sympathie.

indonesischen Botschafters in den Niederlanden von Tätern aus ihren Kreisen überfallen, wobei es zu Toten und Verletzten kam. 1975 schließlich machten sie durch eine spektakuläre Zugentführung in der Provinz Drente und die Besetzung des indonesischen Konsulats in Amsterdam auf sich aufmerksam, zwei Jahre später nahmen sie in einer Grundschule Geiseln und entführten abermals einen Zug. Durch diese erneute Herausforderung sah sich die niederländische Regierung veranlasst, von ihrem bis dahin eher vermittelnden Kurs abzurücken und Härte zu zeigen. „Innere Sicherheit“ etablierte sich in Reaktion darauf in den Niederlanden unumkehrbar als zentrales Politikfeld.

Schließlich ist im Kontext postkolonialer Gewalt auf ein Phänomen hinzuweisen, das in der europäischen Öffentlichkeit nur selten in diesem Zusammenhang gesehen wird: Auch die Gewaltaktionen der IRA, die seit den 1920er-Jahren immer wieder aufflackerten und sich nach 1969 und dann vor allem nach den „troubles“ von 1972 vollends intensivierten, deutet die neuere historische Forschung zunehmend als postkoloniale Gewalt. Denn der IRA ging es zunächst um die Unabhängigkeit Irlands, dann um die Vereinigung der Republik Irland mit dem weiterhin zum Vereinigten Königreich gehörenden Nordirland. Und die nordirische wie die britischen Regierungen hielten gewaltvoll dagegen und brachten auch die britische Armee zum Ein-



Einflussreich sind auch die Veröffentlichungen von Frantz Fanon. Der in Trinidad geborene US-Bürgerrechtler und Aktivist der Panafrikanischen Bewegung Stokely Carmichael liest 1967 in London öffentlich aus dessen Buch „Black Skin – White Masks“.

satz. Allein nach 1971 kostete dieser Konflikt 3500 Menschen das Leben, mehr als die Hälfte davon waren Zivilisten.

Nicht ausgeblendet werden darf in diesen Zusammenhängen, dass sich Teile der Weißen Jugend Europas in den 1960er- und 1970er-Jahren von den gewaltvollen kolonialen Unabhängigkeitskämpfen angesprochen fühlten und sich die radikalen Positionen kolonialer Gruppen aneigneten. Die Schriften Mao Zedongs, vor allem aber Frantz Fanons übten hier einen markanten Einfluss aus.

Der aus Martinique stammende, dann in Algerien aktive Psychiater und Philosoph Frantz Fanon verfasste mit den „Verdamnten dieser Erde“ (*Les damnés de la terre*) 1961 eine Schrift, die, in 15 Sprachen übersetzt, bald zu einem zentralen Text für die oppositionellen Jugendbewegungen im Westeuropa der 1960er-Jahre wurde. In ihr argumentierte er, dass das koloniale Subjekt sich nur durch Gewalt seiner selbst bewusst werden und sich befreien könne. Damit mobilisierte er nicht nur politisch, sondern gab auch den *postcolonial studies* späterer Jahre erste Impulse. Nicht von ungefähr beriefen sich linke Terrorgruppen in Westeuropa auf die Schriften Fanons, wenn sie ihre Taten als antkolonialen Befreiungskampf in den Metropolen selbst deuteten oder sich im Sinne Maos auf der „äußersten Linie der Befreiungskämpfe“ wähten.

## Frantz Fanon – eine Ikone des Antikolonialismus

Das Buch schlug ein wie eine Bombe: Im Dezember 1961 erschien auf Französisch im linken Pariser Verlag Maspéro „Die Verdammten dieser Erde“. Der Text, halb sozialpsychologische Analyse des Kolonialismus, halb politische Kampfschrift, avancierte zu einem zentralen Erweckungstext der antikolonialen Linken in vielen Teilen der Welt. In den zehn Jahren nach seinem Erscheinen erlebte das Buch acht Auflagen in Frankreich, vier in den Vereinigten Staaten und drei in Großbritannien. In Deutschland erschien es zunächst 1966 im Suhrkamp Verlag, drei Jahre darauf in der seinerzeit weitverbreiteten und von einem progressiven Geist umwehten Reihe „rororo aktuell“.

Der Autor, Frantz Fanon, war, wie einer seiner Biographen schrieb, ein Mann „mit vielen Identitäten, vielen Talenten und vielen Betätigungen“. 1925 auf der von Frankreich kolonial beherrschten Karibikinsel Martinique geboren, studierte er in Frankreich und ging zu Beginn der fünfziger Jahre nach Algerien, wo er einige Jahre als Chefarzt in einer psychiatrischen Klinik arbeitete. Nach dem Ausbruch des algerischen Unabhängigkeitskrieges schloss er sich dem *Front de Libération Nationale* (FLN) an, für den er zeitweilig als Gesandter unterwegs war. Die Unabhängigkeit Algeriens erlebte er freilich nicht mehr. Nur drei Tage nach der Publikation von „Die Verdammten“ starb er in einem Krankenhaus in Washington an Leukämie.

Fanon stellte in seiner Schrift Gewalt als letztlich einziges wirksames antikoloniales Gegenmittel hin. Den Gedanken der Menschenwürde, wie er im Westen vertreten wurde, empfand er hingegen als heuchlerisch, weshalb er sich ausdrücklich von ihm distanzierte. „Von jenem idealen Menschen“, schrieb Fanon, „hat der Kolonisierte niemals gehört. Was er auf seinem Boden gesehen hat, ist, dass man ihn ungestraft festnehmen, schlagen, aushungern kann.“ Der Glaube an Rechts- und Menschenrechtsversprechen war für ihn lediglich ein faules Arrangement mit den kolonialen Unterdrückern. Fanons Sicht von Gewalt als Gegeninstrument zur Kraft des Kolonialismus hat seinerzeit eine Reihe von anderen afrikanischen Intellektuellen angesteckt, galt aber auch als Inspiration für den europäischen Terrorismus. So berief sich die Rote Armee Fraktion auf Fanon, um Gewalt als legitimes Mittel gegen den „neuen Faschismus“ in der Bundesrepublik zu propagieren.

In den achtziger Jahren versank Fanons Werk nicht nur hierzulande mehr oder weniger in der Nichtbeachtung. [...] Kaum bemerkt wurde in Deutschland, dass Fanon jedoch gleichzeitig zu einer Galionsfigur der postkolonialen Studien wurde. Den Ton setzte einer ihrer maßgeblichen Theoretiker, Homi Bhabha, der hervorhob, dass Fanon die schmerzhafteste Erinnerung an die Geschichte von Rasse und Rassismus, Kolonialismus und kolonialer Identität mit größerer Tiefe und Poesie als jeder andere Schriftsteller vor Augen geführt habe. [...]

Im Mittelpunkt der postkolonialen Wiedergeburt Fanons stand zunächst sein 1952 publizierter Erstling „Schwarze Haut, weiße Masken“, in dem er eine Körper und Sprache einbeziehende Phänomenologie des Rassismus entfaltete. Das Buch stellte eine [...] Mischung aus Psychoanalyse, Existenzphilosophie, Literatur und autobiografischen Reflexionen mit dem Ziel dar, die durch den Rassismus hervorgerufenen Phänomene der Entfremdung schwarzer Menschen zu fassen. [...]

[...] Fanons Beschreibung der psychologischen Effekte alltagsrassistischer Erfahrung, die ihren unmittelbaren Bezugspunkt im Alltag der französischen Karibik-Kolonien, vor allem aber in den Lebensumständen schwarzer Migranten im Frankreich der Nachkriegszeit hat, [ist] von vielen Fanonologen [...] aus diesem Kontext herausgelöst und [...] sehr allgemein als Referenz für die Zeitlosigkeit des Alltagsrassismus genutzt worden. Seit einiger Zeit feiern die „Verdammten dieser Erde“ ebenfalls ihre Renaissance, ebenso werden weitere Schriften wie „Für die afrikanische Revolution“, oder „Aspekte der algerischen Revolution“ neu entdeckt und gelesen. [...]

Wie erklärt sich die breite Rezeption? „Wenn wir Fanon etwas verdanken“, schreibt Achille Mbembe in seiner „Kritik der schwarzen Vernunft“, „dann ist es der Gedanke, wonach in jeder menschlichen Person etwas Unbezähmbares, nicht zu Bändigendes steckt, das Herrschaft nicht zu eliminieren, einzudämmen oder vollständig zu unterdrücken vermag.“ Fanons Werk sei für alle Unterdrückten bis heute eine „Waffe aus Feuerstein“. Überdies habe Fanon die Unerlässlichkeit einer radikalen gesellschaftlichen Erneuerung unterstrichen. Immer mehr Menschen gerade im „globalen Süden“ brächten die Notwendigkeit zur Sprache, sich vom Pessimismus und Nihilismus Europas abzuwenden. Fanons Biographin Alice Cherki, die in einer algerischen Klinik als seine Assistentin arbeitete, hebt wie viele andere die Aktualität Fanons in unserer von Kriegen, Gewalt und Rassismus geprägten Ära neoliberaler Globalisierung hervor. Denn er habe gegen plakative ethnische und rassistische Zuschreibungen ebenso argumentiert wie eindringlich vor den über mehrere Generationen reichenden psychologischen Folgen von Kriegstraumata, Folter und anderen Formen entmenschlicherender Gewalt gewarnt.

Fanons [...] Studien sind bis heute stimulierend, weil sie jede kulturalistische und identitäre Interpretation des Politischen ablehnen, Wichtiges zur Verknüpfung von Krieg und sozialem Wandel zu sagen haben und den Kompromiss zwischen „kolonisierten Eliten“ und der „Bourgeoisie in den Metropolen“ als zentrales, bis heute präsenteste Kennzeichen der Dekolonisation herausstellen. Überdies nahm Fanon in mancher Hinsicht die vielbeschworene „Provinzialisierung Europas“ vorweg.

Ihm entgingen jedoch die Ambivalenzen der kolonialen Ordnung, die Versuche und Möglichkeiten der Kolonisierten, sich mit den Einnisierungen der Kolonialherren auseinanderzusetzen, sie gar für sich zu nutzen. Er reduzierte den Kolonialismus auf einen binären Antagonismus [eine Auseinandersetzung zweier Gegner], machte aus ihm eine manichäische Welt [also eine Welt, die von ihren Betrachtern ohne Schattierungen ideologisch unterteilt wird in Anhänger des Guten oder des Bösen]. Fanons Werk bietet wenig für die Analyse des Kolonialismus und ist erst recht kein Passepartout zum Verständnis gegenwärtiger globaler Problemlagen. Die Kritik an unkritischen Huldigungen sollte freilich nicht davon abhalten, die von Fanon aufgeworfenen Fragen weiter zu diskutieren. Dazu sind sie zu wichtig.

Andreas Eckert, „Die Verdammten wachen wieder auf“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. September 2017

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt von Frankfurter Allgemeine Archiv



ullstein bild - CARO / Paulus Pontzaak



picture alliance / dpa / Oliver Berg



picture alliance / ZUMAPRESS.com / Beowulf Sheehan



© Philippe MATSAS / Opale / Leemage / ddp images

In der postkolonialen Literatur verschmelzen höchst unterschiedliche Schreibstile und Erzählweisen. Die Werke des indischstämmigen Literaturnobelpreisträgers Vidiadhar Surajprasad Naipaul, der Algerierin Assia Djebar, Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, des nigerianischen Schriftstellers, Kritikers und Professors Chinua Achebe und der karibischstämmigen Maryse Conde, die 2018 den Alternativen Literaturnobelpreis erhielt, sind heute Klassiker.

GABRIELE METZLER

# Kultureller Wandel und hybride Identitäten

**Mit der Dekolonisierung verband sich ein tiefgreifender kultureller Wandel in den westeuropäischen Gesellschaften, der noch längst nicht abgeschlossen ist. Formen des Erzählens über den imperialen Raum veränderten sich ebenso wie das Denken über die wissensbedingten Grundlagen von Identität. Der Wandel erfasste nicht allein intellektuelle Debatten, sondern auch Jugendkulturen sowie ganz alltägliche Praktiken wie etwa Esskulturen.**

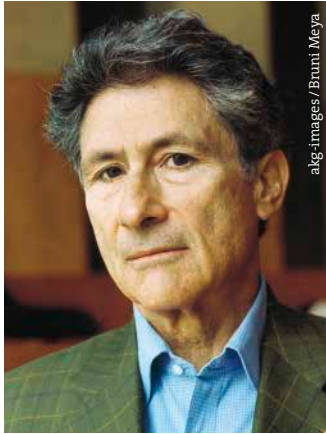
## Postkoloniale Literaturen und Theoriebildung

In Erzählungen, Gedichten und Romanen meldeten sich seit den ausgehenden 1940er-Jahren Autoren und Autorinnen zu Wort, die ihre Erfahrung von Kolonialherrschaft, Dekolonisierung und oft auch Migration nach Europa thematisierten. Die Geschichten, die sie erzählten, kreisten seltener um die harte materielle Ausbeutung und politische Entrechtung während der europäischen Herrschaft, häufiger sprachen sie von den Schwierigkeiten, aus einer Lebenssituation „dazwischen“ (*in-between*) eine eigene Identität zu gewinnen. Kulturelle Unterschiedlichkeit und hybride, aus Verschiedenem neu zusammengesetzte Identitäten – das waren die Leit motive postkolonialen Erzählens, das sich ansonsten denkbar vielfältig darbot. 1989 bemühten sich britische Literaturwissenschaftler mit dem Sammelband „*The Empire writes back*“ erstmals um eine systematische Bestandsaufnahme, gelangten aber hauptsäch-

lich zu der Einsicht, wie heterogen koloniale Erfahrungen und Erinnerungen waren.

In der postkolonialen Literatur verschmelzen höchst unterschiedliche Schreibtraditionen und Erzählweisen, Themenstellungen und Perspektiven. Auch die Sprache („Kreolisierung“) weist ein größeres Variantenspektrum auf als die jeweilige „traditionelle“ Nationalliteratur. Regionale Schwerpunkte folgen dabei in einigen Fällen der Geografie der ehemaligen Imperien: In Großbritannien bereichern Autoren und Autorinnen vor allem aus Indien, Afrika und der Karibik die Literatur, in Frankreich sind Einflüsse aus dem Maghreb, der Karibik und Westafrika spürbar. Die Werke von Salman Rushdie, Zadie Smith, Chinua Achebe, V.S. Naipaul, Wole Soyinka, aber auch Kamel Daoud, Boualem Sansal oder Assia Djebar haben längst den Status von Klassikern erlangt.

Was sie literarisch verarbeiten, hat auch Niederschlag in der sozial- und kulturwissenschaftlichen Theoriebildung gefunden. Die postkoloniale Theorie (*postcolonial studies*) widmet sich vorrangig der Frage, wie kulturelle Unterschiede konstruiert und in Machtverhältnisse übertragen werden. Als einer der ersten kritisierte Frantz Fanon die Hegemonie einer Weißen Kultur, der sich die Schwarzen nicht widersetzen könnten („*Peau noire, masques blancs*“/„Schwarze Haut, weiße Masken“, 1952). Um überhaupt sichtbar zu werden, trügen sie „weiße Masken“, und weil sie kein authentisches Leben führen könnten, sondern stets die Weiße Kultur als leitend verstünden, prägten sie Minderwertigkeitskomplexe und neurotische Existenzen aus. Daraus könnten sie sich nur durch Gewalt befreien, nur durch Gewalt könnten die Schwarzen zu eigenständigen Subjekten werden, schrieb er 1961 in seinem Klassiker „*Die Verdammten dieser Erde*“.



alg-images/Brnni Meya



Bettmann/Getty Images



© Ekko von Schwichow/schwichow.de

1978 wird Edward Said mit seinem Buch „*Orientalism*“ zum zentralen Bezugspunkt postkolonialer Theoriebildung. Die Theorien des Philosophen Michel Foucault beeinflussen in den 1980er-Jahren die *Subaltern Studies*, während Gayatri Chakravorty Spivak den westlichen Blick der Theorien kritisiert.

### Edward Sais „*Orientalism*“ und die „*Subaltern Studies*“

Zum zentralen Bezugspunkt postkolonialer Theoriebildung wurde Edward Sais *Orientalism* von 1978. Schon zuvor hatte es Kritik daran gegeben, wie Weiße Wissensformen als vermeintlich überlegen konstruiert worden waren, etwa durch Alberto Memmis „*Portrait du colonisé, portrait du colonisateur*“ von 1957. Said legte nun systematisch die wissensbedingten Grundlagen des europäischen Kolonialismus offen. Im Zentrum seiner Studie standen die Orientwissenschaften. An ihnen zeigte Said, wie eine eurozentrische Perspektive jedwede Beschäftigung mit „dem Orient“ bestimmte, ja „den Orient“ überhaupt erst erschuf. Indem westliche Wissenschaftler „dem Orientalen“ feste Eigenschaften zuschrieben, konnte „der Westen“ als positives Gegenbild etabliert und bestätigt werden. Aus solchen Zuschreibungen von „Andersein“ („*Othering*“) hätten, so Said, die Europäer ihre Identität gewonnen.

Sais Schrift gab den *Postcolonial Studies* einen nachhaltigen und wirkmächtigen Impuls. Seit den 1980er-Jahren erlebten sie einen ungeheuren Aufschwung. Drei Diskursstränge erlangten zentrale Bedeutung: die *Subaltern Studies*, die Frage nach Hybriditäten und die Bestrebungen nach einer wahrhaft globalen Perspektive.

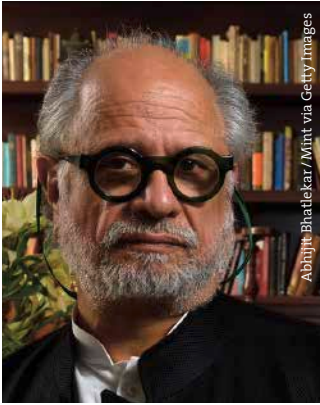
Bereits Edward Said hatte in „*Orientalism*“ kritisiert, dass es immer nur westliche Sprecher waren, die über „den Anderen“ sprachen, „der Andere“ selbst jedoch immer stumm bleibe. Diesen Faden griffen die in den 1980er-Jahren aufkommenden *Subaltern Studies* auf. Um den indischen Historiker Ranajit Guha gruppierten sich Wissenschaftler und suchten der kulturellen Hegemonie der Weißen Kolonialherren die Geschichte der Kolonisierten „von unten“ entgegenzusetzen. Übte zunächst der italienische Schriftsteller, Politiker und marxistische Philosoph Antonio Gramsci erheblichen Einfluss auf sie aus, machten sie sich später auch die Theorien des französischen Philosophen Michel Foucault und des französischen Poststrukturalismus zu eigen. Dessen Anhänger vertreten die Ansicht, Sprache müsse nicht unbedingt die objektive Realität

beschreiben, sondern könne bewusst oder unbewusst Unterscheidungen und Hierarchien ausdrücken und damit gleichsam herstellen. Auch regional erweiterte sich ihr Fokus: Hatte zunächst Indien im Zentrum des Interesses gestanden, so rückten in den 1990er-Jahren die US-Wissenschaftler John Beverly und Ileana Rodríguez die Erfahrungen Lateinamerikas ins Blickfeld.

Die *Subaltern Studies* kritisierten nicht nur, dass *People of Color* lange Zeit an die Ränder der Geschichtsschreibung gedrängt und der vermeintlichen Handlungsmacht Weißer Menschen untergeordnet worden waren. Autorinnen und Autoren wie der aus Jamaika stammende britische Soziologe Stuart Hall oder die indischstämmige Literaturtheoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak nahmen die Formen von Wissensproduktion und Theoriebildung auch ganz grundsätzlich ins Visier. In ihrem einflussreichen Aufsatz „*Can the Subaltern speak?*“ von 1988 leuchtete Spivak den Eurozentrismus auch kritischer Theorien scharf aus. So kritisierte sie, dass beispielsweise auch die westliche feministische Theorie am Ende doch eine *westliche* Position sei, aus der heraus beansprucht würde, für die „Subalternen“ (Spivaks Bezeichnung für die Kolonisierten) zu sprechen – anstatt sie selbst zu Wort kommen zu lassen. Deren Wissen, so argumentierten Spivak wie auch Hall, werde marginalisiert, weil es nicht als Wissen anerkannt sei.

### Das Konzept der Hybridität und Europa als „Provinz“

Der indischstämmige, in den USA lehrende Kulturwissenschaftler Homi K. Bhabha setzte an einer anderen Stelle gängiger Kulturverständnisse an. Der Vorstellung, es gebe nach außen abgeschlossene Kulturen, von denen man nur der einen oder der anderen angehören oder von der einen in die andere wechseln könne, setzte er das Konzept der Hybridität entgegen. Aus der Begegnung mit einer anderen Kultur, wie sie gerade Migrantinnen und Migranten erfuhren, erwachse nicht einfach deren Übernahme, sondern es entstehe etwas ganz Neues „zwischen“ den Kulturen. In diesem „dritten Raum“ prägten sich „hybride Identitäten“ aus, durch sie



Abhijit Bhatlekar / Mint via Getty Images



imago / Beiga

Der indischstämmige Homi K. Bhabha sieht aus der Begegnung verschiedener Kulturen eine neue Kultur entstehen, während sich der Historiker Dipesh Chakrabarty gegen den Eurozentrismus und für eine globalgeschichtliche Perspektive verwendet.

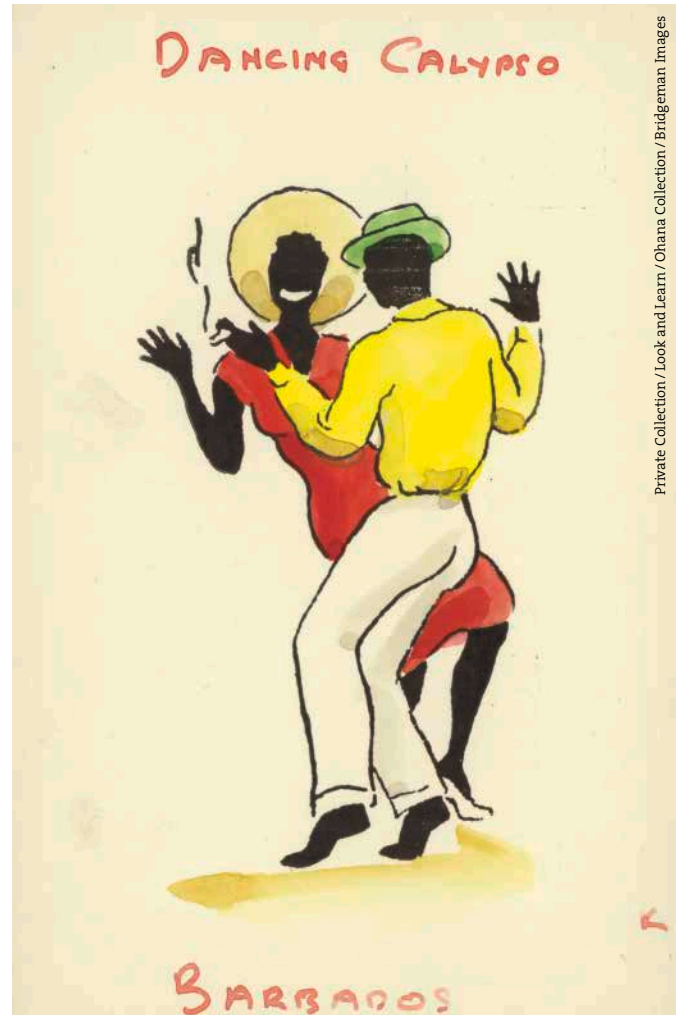
fänden Migrantinnen und Migranten zu ihrem Status als Subjekte, durch sie ließe sich die hegemoniale Weiße Kultur subversiv wenden.

Gegen den Eurozentrismus wandte sich schließlich auch eine dritte Strömung innerhalb der *Postcolonial Studies*, die echte globale Perspektiven einforderte. Besonderen Einfluss erlangte hier das Buch „*Provincializing Europe*“ („Europa als Provinz“, 2000) aus der Feder des indischstämmigen, ebenfalls in den USA lehrenden Historikers Dipesh Chakrabarty. Er suchte damit Wege für eine Globalgeschichtsschreibung zu eröffnen, in der Europa als eine „Provinz“ unter anderen erscheine und nicht die leitende Erzählperspektive einnehme. In der Tat hat, davon ausgehend, das Feld der *Global History* seither einen enormen Aufschwung erfahren. Globalgeschichte bedeutet nicht, die ganze Welt zum Gegenstand historischer Untersuchungen zu machen, was schlechterdings gar nicht möglich wäre. Vielmehr geht es darum, danach zu fragen, in welchen globalen Zusammenhängen die spezifischen untersuchten Themen stehen – kurz, Globalgeschichte bezeichnet eine Perspektive und nicht einen Gegenstand historischer Forschung.

Die *Postcolonial Studies* haben sich im akademischen Leben Europas und der USA fest etabliert. Durch ihre Anregungen hat sich dort der Blick auf die Welt, auf den Kolonialismus wie auch auf die Dekolonisierung und die postkolonialen Beziehungen erheblich verändert. Damit geht die Bedeutung der *Postcolonial Studies* weit über die Wissenschaft hinaus: Sie beeinflussen Literatur, Film und bildende Kunst, aber auch die Art und Weise, wie die Europäer sich im Alltag verhalten und wahrnehmen.

## Populäre Musik und Jugend(protest-)kulturen

Mag man die *Postcolonial Studies* (irrtümlich) für einen lediglich auf intellektuelle Kreise begrenzten Diskurs halten, so treten postkoloniale Einflüsse in anderen gesellschaftlichen Bereichen sehr viel unmittelbarer zu Tage. Aus den europäischen Jugendkulturen, speziell aus der populären Musik, sind sie nicht mehr wegzudenken. Großbritannien, ohnehin der Vorreiter europäischer Popmusik und neuer Jugendkulturen, bildete hierfür das „Einfallstor“.



Private Collection / Look and Learn / Ohana Collection / Bridgeman Images

In der Musik ist der postkoloniale Einfluss früh spürbar. Kurz nach 1945 findet der Calypso, eine Tanz- und Musikrichtung aus der Karibik, viele Anhänger unter den Weißen Jugendlichen.

Hatte in der Zwischenkriegszeit der US-amerikanisch geprägte Jazz die europäische Musikkultur aufgewirbelt, so kamen nach 1945 auch Einflüsse aus der Karibik zur Geltung. Vor allem die Weiße Arbeiterjugend nahm sie auf und integrierte sie in die entstehende Jugendsubkultur. *Calypso*, dann auch *Bluebeat*, *Ska* und mit dem *Rocksteady* eine Vorform des *Reggae* wurden in den 1950er- und 1960er-Jahren populär. Da sich die britischen Radiostationen dieser Musik lange Zeit verweigerten, waren die Jugendlichen auf improvisierte Konzerte angewiesen, bei denen die von unabhängigen Labels produzierten Schallplatten öffentlich gespielt wurden. Auf diese Weise fanden die auf Jamaika verbreiteten „*Sound Systems*“ mit mobilen Abspielgeräten und Lautsprechern Eingang in die britische Jugendkultur. Der improvisierte, performative, raue Charakter dieser Konzerte stand in offensichtlichem Kontrast zur europäischen Musikkultur, was besonders männliche Jugendliche anzog. Regelmäßig kam es am Rande solcher Aufführungen, gerade wenn Wettbewerbe zwischen *Sound Systems* durchgeführt wurden, zu Krawallen und handgreiflichen Auseinandersetzungen.

### Rastafari-Kult und Hybridität von Musikkulturen

Freilich konnte sich diese Musik, wie auch andere Teile einer zunächst subversiven Jugendkultur, der Kommerzialisierung nicht widersetzen. 1964 gelangte mit Millie Smalls „*My Boy*

*Lollipop*“ ein *Ska*-Titel auf Platz zwei der britischen *Charts*. Bob Marley wurde als rebellischer Star konsequent vermarktet, sein Reggae-Album „Exodus“ stand über 65 Wochen in den britischen *Charts*.

Aus Jamaika kam mit dem Reggae auch der Rastafari-Kult nach Westeuropa. Das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ widmete 1982 eine zwölfseitige Reportage diesem Thema, in dem das Exzessive, gleichzeitig aber auch Naturverbundene und die freie Sexualität der Rasta-Kultur hervorgehoben wurden. „Für zivilisationsmüde Weiße“ bestünde genau darin ihre Attraktivität.

Tatsächlich bot der Rastafarianismus, der (mit Vorläufern) als messianische Religion um den äthiopischen Kaiser Haile Selassie in den 1930er-Jahren seinen Ursprung hatte, eine sinnliche Alternative zu der gerade von vielen Jugendlichen als kalt und technokratisch empfundenen westlich-europäischen Gesellschaft der 1970er- und 1980er-Jahre. Mit sogenannten *Dreadlocks* und in die Farben Äthiopiens (rot, gelb und grün) gekleidet, suchten sie auch äußerlich eine Gegenwart zu inszenieren, wobei der Konsum von Marihuana und Reggae-Musik zusätzlich spirituelle Erleuchtung versprach. Hier wurde eine außereuropäische, als Widerstand gegen den Kolonialismus ins Leben gerufene religiös-politische Bewegung von Jugendlichen in Westeuropa angenommen und für deren eigene Zwecke umgewandelt, was zu einer Globalisierung des Bewusstseins junger Menschen in Europa beitrug.

Die westeuropäische Rasta-Bewegung lässt sich ebenso als Beleg für die Hybridität von postkolonialen Kulturen werten wie die aus der Karibik, dann auch aus Afrika nach Europa kommende Musik. Ein bemerkenswertes und erfolgreiches Beispiel für die Vermischung unterschiedlicher Musikkulturen ist die französische Rap-Musik, die sich seit den 1980er-Jahren entwickelte. Die Stadt Marseille rühmt sich auf ihrer *Homepage*, eine der beiden Hauptstädte des französischen Hip-Hop zu sein, einer Musik, die laut Selbstdarstellung der Stadt „wie eine Blume aus dem Beton der Vorstädte hervorspross“.

Marseille, das die postkoloniale Zuwanderung in besonderem Maße erlebte und ab den 1960er-Jahren in eine tiefe ökonomische und soziale Krise geriet, galt aus Sicht der französischen Rechten schon als eine „fremde Stadt“, die von „Ausländern besetzt“ worden sei, wie der damalige Chef des rechtspopulistischen/rechtsextremen *Front National*, Jean-Marie Le Pen, 1987 behauptete. Gegen diese Unterstellung wehrte sich die junge Hip-Hop-Szene und setzte ihr ein grundlegend anderes Bild der Stadt entgegen: Die Musiker von IAM, einer bis heute in Frankreich populären Hip-Hop-Band, deren Mitglieder fast alle in Marseille geboren sind, ihre familiären Wurzeln aber auch in Algerien, Italien, dem Senegal sowie auf Madagaskar und La Réunion haben, bezeichnen Marseille als eigenen Planeten („*planète MARS*“). Dieser „Planet“ sei nicht bedrohlich, wie vom *Front National* behauptet, sondern bunt, vielfältig und kreativ. Zu dieser kreativen Vielfalt gehört auch die aus Algerien transferierte Popmusik *Raï*, deren bekanntester Vertreter Cheb Khaled ebenfalls in Marseille lebt. Hier zeigt sich



Mit dem jamaikanischen Musiker Bob Marley werden der Reggae und der Rastafarikult um den äthiopischen Kaiser Haile Selassie in Europa populär. Ein Plakat zeigt Marley und sein Idol.



Die Mitglieder der französischen Rapmusik-Band IAM kommen aus unterschiedlichen Nationen und setzen dem Vorwurf, ihre Heimatstadt Marseille sei wegen deren hoher Zuwanderung „überfremdet“, ihre eigene Sicht entgegen: den Planeten MARS, der durch seine Buntheit, Vielfalt und Kreativität besticht.

## Songs kehren zurück nach Westafrika

Transatlantische Konversationen muss man nicht über den Atlantik hinweg führen, es geht auch von Brooklyn nach Manhattan. Auf der einen Seite, in Brooklyn, wohnt Angélique Kidjo, berühmt dafür, mit ihrer großen, warmen Jazz-Stimme westliche Pop-Stile und westafrikanische Musiktradition zu vereinen. [...] Auf der anderen Seite, in Manhattan, lebt David Byrne [...], früher war er [...] der Frontmann der sagenhaften Avantgarde-Pop-Band *Talking Heads*.

Wovon handelt die transatlantische Konversation der beiden? Davon, dass die *Talking Heads*, als sie 1980 mit Brian Eno ihr berühmtes Album „*Remain In Light*“ produzierten, stark vom Afrobeat inspiriert waren, genauer: von Fela Kuti's „*Afrosiac*“-LP aus dem Jahr 1973. Kuti's kreiselnde Polyrythmen waren aus dem Album und seinem Hit, „*Once In A Lifetime*“, deutlich herauszuhören. [...] In „*Once In A Lifetime*“ passten diese Polyrythmen perfekt zu Byrnes paranoid schwindeligem Monolog: Wie bin ich hierher gekommen, und wo bin ich überhaupt?

Angélique Kidjo liebt den Song. Als sie ihn zum ersten Mal hörte, 1983, war sie gerade vor dem marxistisch-leninistischen Regime ihrer Heimat, damals die „Volksrepublik Benin“, nach Paris geflohen, wo sie Jazz studierte. „*Once In A Lifetime*“ lief überall, und Kidjo erkannte darin den Afrobeat aus Nigeria wieder. Aber wenn sie mit ihren Kommilitonen darüber sprach, höhnten die: „Afrobeat? Quatsch, das ist Rock. So komplexe Musik gibt es doch bei euch in Afrika gar nicht!“ Sprich: Während dieser transatlantischen Konversation – zwischen den *Talking Heads* und dem Afrobeat aus Westafrika – war schon mal ein sehr wichtiger Punkt unter den Tisch gefallen, nämlich: woher der Einfluss, der kreative Impuls kam. Dabei hatte David Byrne im Presseinfo zum Album den Namen Fela Kuti sogar explizit erwähnt. [...]

Angélique Kidjo hat bei einem Konzert im vergangenen Jahr in der New Yorker *Carnegie Hall* eine packende Coverversion von „*Once In A Lifetime*“ gesungen, Byrne kam dazu als Gast auf die Bühne. Und nun hat sie, mit Segen der *Talking Heads* und mit Hilfe des Pop-Produzenten Jeff Bhasker, ein neues Album veröffentlicht: „*Remain In Light*“ (Kravenworks Records). Sie covert auf ihm tatsächlich das komplette *Talking-Heads*-Album, von vorne bis hinten. [...]

Sie sagt: „Ich bringe das Album dorthin zurück, wo es herkommt: nach Westafrika.“ Und das stimmt gleich im doppelten Sinne: Zum einen lässt Kidjo auf ihrer Version des Albums den nigerianischen Schlagzeuger Tony Allen trommeln. Der spielte in den Siebzigern in Fela Kuti's Afrobeat-Orchester, was bedeutet: Hier darf der legendäre *Drummer*, der dem Afrobeat in den



2015 erhält Angélique Kidjo bei den Grammy Awards in Los Angeles für „*Eve*“ den Preis für das beste Weltmusikalbum des Jahres.

Siebzigern seine packende Polyrythmik besorgte und dem die *Talking Heads* nacheiferten, selbst den historischen Kreis schließen [...].

Am faszinierendsten aber ist, wie Kidjo die *Songs* teilweise nicht mehr auf Englisch singt, sondern auf, tja: Yoruba? Fon? Eine andere der zahlreichen westafrikanischen Sprachen? [...]: Das Vertraute klingt plötzlich in Teilen fremd [...]. Es bleibt ein Rätsel – während sich die Musik mit ihrer wunderbar warmen Produktion auf Antrieb erschließt. Der Effekt ist nicht zu unterschätzen: Kidjo gibt „*Remain In Light*“ ein Stück weit die Fremdheit zurück, die das Album 1980 im Original ausstrahlte. Bevor es in den Pop-Kanon aufgenommen und dort zu „weißer Rockmusik“ wurde.

Jan Kedves, „Aneignung der Aneignung“, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. Juni 2018

die Stärke der Stadt gerade in der Aneignung und Verschmelzung verschiedener kultureller Formen und in der hybriden Identität, die daraus entstanden ist.

Für die westeuropäischen Jugendkulturen ist die Bedeutung dieser hybriden Musikkulturen nicht zu unterschätzen. Sie boten ihnen Möglichkeiten, ihre Haltung zur Welt und ihren Protest gegen westliche Lebensstile zum Ausdruck zu bringen, sich von den etablierten und bürgerlichen Formen der europäischen Musikkultur abzugrenzen; gerade in der Musik, anders als etwa in der postkolonialen Literatur, eine neue Körperlichkeit zu finden und auszuprobieren. Mit dieser Erweiterung künstlerischer Ausdrucksformen und ästhetischer Produktion eröffneten sich neue Sinnhorizonte.

## Alltägliche Aneignungen: *Ethnic Food*

Mit der postkolonialen Migration kamen andere Lebensstile in die westeuropäischen Gesellschaften. Am sichtbarsten wurden sie in der Alltäglichen aller Aktivitäten: beim Essen.

Schon früh hatten sich wechselseitige Beeinflussungen zwischen europäischen und nichteuropäischen Küchen entwickelt. Die Europäer brachten Koch- und Essgewohnheiten aus Europa mit in die Kolonien und trafen dort auf andere Nahrungsmittel, Gewürze und Zubereitungsweisen. Im Ergebnis entstand häufig etwas, das heute gerne „*fusion cuisine*“ genannt wird.



Insofern griffe die Behauptung zu kurz, die kulinarischen Einflüsse der postkolonialen Migration nach 1945 seien gänzlich neu oder völlig „fremd“ gewesen. Allerdings waren sie bis dahin in Europa nur einer Minderheit aus eigener Anschauung bekannt. Die Mehrheit der Europäer ernährte sich mit traditioneller heimatlicher Kost und war auch in Anbetracht der allgemein schwierigen wirtschaftlichen Situation in der Nachkriegszeit nicht zu kulinarischen Experimenten in der Lage. Vor diesem Hintergrund erschlossen sich mit den Restaurants und Imbissen, die postkoloniale Migranten eröffneten, ungewohnte, interessante, aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft „exotische“ Geschmackswelten.

Zu den Migranten aus den ehemaligen Kolonien, die die nationalen Küchen in Westeuropa veränderten, gesellten sich diejenigen, die aus Süd- oder Südosteuropa, aus Italien, Griechenland und dem damaligen Jugoslawien, sowie aus dem türkischen und arabischen Raum nach Westen und Norden kamen.

Bald waren indonesische Restaurants aus den Niederlanden, indische Gaststätten aus Großbritannien oder maghrebische Restaurants aus Frankreich nicht mehr wegzudenken. Bis heute findet sich die „Reistafel“, ein umfangreiches Angebot aus bis zur vierzig unterschiedlichen Gerichten, die zu Reis serviert werden, auf der Speisekarte nahezu jeden indonesischen Restaurants in den Niederlanden. Ursprünglich entstammte die *Rijsttafel* der Kultur der niederländischen Kolonialherren in Ostindien, die damit ihren Reichtum und den exotischen Überfluss ihrer Kolonie demonstrativ zur Schau stellten. In Indonesien selbst war diese Form des Mahls nach der Unabhängigkeit als typisch niederländisch verrufen und daher kaum mehr üblich.



Picture alliance/dpa/Sandra Gätke

Mit der „indonesischen Reistafel“ stellten die Niederländer einst den kulinarischen Reichtum ihrer Kolonie unter Beweis. Das Gericht ist heute in Indonesien verpönt, aber im Angebot fast jedes niederländischen Asia-Restaurants zu finden.

Nicht nur geschmackliche, sondern auch zeitliche Auf- und Abschwünge sind festzustellen. So war das indische Curry in Großbritannien bereits im 19. Jahrhundert beliebt, ein erstes indisches Restaurant eröffnete in London 1809. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts ließ die Begeisterung für indisches Essen spürbar nach, und so waren es in den 1950er- und 1960er-Jahren tatsächlich erst wieder die Zugewanderten aus Südasien, die diese alte britische Vorliebe wiederbelebten. Schon 1960 zählte man in Großbritannien 500 indische Restaurants, zehn Jahre später waren es mehr als doppelt so viele.

*Ethnic food* brach den kulinarischen Nationalismus auf, der sich in den westeuropäischen Gesellschaften in der Moderne herausgebildet hatte. An die Stelle nationaler Essgewohnheiten und Kochstile trat ein buntes und vielfältiges, häufig in den Stilen gemischtes Angebot von Essen aus aller Welt.

## Hybride Identitäten postkolonialer Gemeinschaften

Weit mehr als für die Europäer veränderten sich durch die postkoloniale Migration Lebensstil und Identität der Zuwanderer selbst. Dabei warf die sprachliche Anpassung zunächst die wenigsten Probleme auf. Die meisten Zuwanderer beherrschten die Sprache der vormaligen Kolonialherren, nicht zuletzt deshalb, weil diese vielfach Spracherwerb als Beleg für Assimilationsfähigkeit und -bereitschaft gewertet und einheimischen Sprachen im offiziellen Leben so gut wie keinen Raum gelassen hatten.

Anders sah es mit religiösen Zugehörigkeiten aus. Nur sehr zögerlich finden sich die westeuropäischen Gesellschaften bis heute bereit, etwa muslimischen Festen und Riten Raum zu geben. Dies gilt auch für andere religiöse Gruppen wie Buddhisten oder Hindus. Und für diejenigen unter den Zuwanderern, die christlichen Glaubens waren, mochte sich die Situation nur auf den ersten Blick einfacher darstellen. Denn sie mussten feststellen, dass die Glaubenspraxen in Europa sich von denen ihrer Heimatländer in Afrika oder Asien unterschieden.

Bei ihrer Suche nach Wohnraum und Beschäftigung sahen sich die zugewanderten Menschen ein ums andere Mal Diskriminierungen ausgesetzt, und bisweilen vererbten sich Ungleichheiten über mehrere Generationen hinweg. Noch heute haben die Nachkommen derjenigen, die aus dem Maghreb nach Frankreich einwanderten, unterdurchschnittliche Bildungsabschlüsse, während die Erwerbslosenrate unter ihnen über dem französischen Durchschnitt liegt.

Ob darin eine Ursache für den wachsenden radikalen Islamismus gesehen werden kann, ist nicht eindeutig geklärt. In Frankreich tragen darüber seit einigen Jahren die Sozialwissenschaftler Olivier Roy und Gilles Kepel eine Kontroverse aus: So sieht Kepel generell in einer Hinwendung zum islamischen Fundamentalismus die Ursache für Terror, während Roy darin eher eine Folge „islamisierten Radikalismus“ erkennt. Aus seiner Sicht hat dieser Radikalismus soziale Ursachen und trägt wesentlich Merkmale eines Generationenkonflikts, religiöse Begründungen legten sich gewissermaßen erst später darüber.

Tatsächlich hat es sich immer wieder als schwierig erwiesen, in einer Weißen Mehrheitsgesellschaft zu eigener Identität zu finden. Wie spannungsreich, aber auch wie produktiv und aufregend dieser Prozess sein kann, zeigen prominente Beispiele von Hybridisierungen. Der *Notting Hill Carnival* in London,



Im Karneval der Kulturen in Berlin, der vom Vorbild des Notting Hill Carnival inspiriert wurde, äußert sich außereuropäisches Selbstbewusstsein und zeigt sich die gewachsene gesellschaftliche Vielfalt, hier beim Festumzug 2015.

heute eines der touristischen Großereignisse in der britischen Hauptstadt, hat seine Wurzeln in den Kämpfen der afrokaribischen *Community* um Anerkennung. Die „race riots“ der späten 1950er-Jahre (siehe auch S. 64f.) gaben Zugewanderten Anlass, ihre eigene Kultur offen zu thematisieren und in die britische Gesellschaft einzubringen. Das ging nicht ohne Konflikte vonstatten, sind doch die karibischen Herkunftskulturen sehr viel heterogener als der *Carnival* heute zeigt.

Bemerkenswerterweise prägte sich erst in Großbritannien eine verbindende afrokaribische Identität zwischen Menschen aus Jamaika, Trinidad und Tobago und den weiteren Karibikinseln aus. Hatten der *Notting Hill Carnival* wie auch sein niederländisch-indonesisches Pendant, der seit 1959 stattfindende *Pasar Malan Besar* (heute: *Tong Tong Festival*) ihre Wurzeln in einer (öffentlichen) Bekundung kulturellen Eigensinns und des Stolzes auf die eigene (Herkunfts-)Kultur, so erfuhr der *Notting Hill Carnival* in den 1980ern und 1990ern einen massiven Kommerzialisierungsschub. Heute ist er eines – wenngleich das größte – von multikulturellen Festivals, wie es seit 1996 auch in Berlin als „Karneval der Kulturen“ stattfindet.

Der allgemeinen Assimilierungsrhetorik setzten diese Festivals die Erzählung multikultureller Gesellschaften entgegen; sie verweisen darauf, wie vielfältig die kulturellen Wurzeln der heutigen westeuropäischen Gesellschaften sind und machen sie auf spektakuläre Weise sichtbar.

## Erinnerungskulturen im Wandel

Die westeuropäischen Gesellschaften betonten lange Zeit eher die positiven Seiten ihrer Kolonialherrschaft. Prominent argumentiert beispielsweise der britische Historiker Niall Ferguson, dass gerade das britische *Empire* weltweiten Handel gefördert, in seinem Bereich korruptionsfreie Institutionen etabliert und westliche Standards von guter Regierung verbreitet habe. Andere Historiker wie Wolfgang Reinhard verweisen darauf, dass die Europäer medizinischen und wissenschaftlichen Fortschritt und moderne Infrastrukturen, ein modernes Bildungswesen und soziale Versorgungssysteme nach Asien und Afrika gebracht hätten.

## Kolonialmuseen erfinden sich neu

Diese Bilanz wird in den aktuellen Debatten stark in Frage gestellt. Vor allem in Museen und Ausstellungen werden Perspektivwechsel und bislang Ausgeblendetes sichtbar. In Paris sind die historischen Absichtungen der europäischen Begegnung mit „dem Anderen“ besonders gut erkennbar. Dort wurde im *Palais de la Porte Dorée*, das 1931 anlässlich der Kolonialausstellung gebaut wurde, 2007 ein Nationales Einwanderermuseum, die *Cité nationale* (seit 2012: *Musée de l'histoire de l'immigration*), eröffnet. Am Gebäude sind die Repräsentationen französischer Kolonialherrschaft überall noch sichtbar, in Wandmalereien, die von der „Zivilisierungsmission“ künden, in Statuen von exotischen Tieren oder in Wandverzierungen, die tropische Pflanzen darstellen. Die Ausstellung selbst erzählt indes eine ganz andere Geschichte: die von Einwanderung, von unterschiedlichen Wegen nach und Schicksalen in Frankreich, und wie sich die französische Gesellschaft durch die Einwanderung gewandelt hat. Auch in Großbritannien ist das Thema postkolonialer Zuwanderung öffentlich präsent, wenngleich hier die Initiativen zur Erinnerung häufig eher auf lokaler Ebene anzutreffen sind.



Während die Fassadengestaltung des Pariser Einwanderermuseums Stolz auf die koloniale Vergangenheit Frankreichs ausstrahlt, erzählt das Innere von menschlichen Schicksalen und dem gesellschaftlichen Wandel.



Auch das Museum zur Internationalen Sklaverei in Liverpool beschreitet inhaltlich und gestalterisch neue Wege. Mit ihm stellt sich die Stadt ihrer Vergangenheit und thematisiert die Verantwortung für das koloniale Erbe.



Straßennamen mit kolonialem Hintergrund stoßen zunehmend auf öffentliche Kritik. Im Frühjahr 2017 taufte Aktivisten mit einem kleinen Zusatz die Berliner Mohrenstraße um.



Auf einer Gedenkveranstaltung in Berlin nimmt eine Delegation von Herero und Nama 2018 die sterblichen Überreste zweier Vorfahren entgegen, die in den Kämpfen gegen die deutsche Kolonialmacht von 1904 bis 1908 ums Leben kamen.

Daneben haben sich die großen Kolonialmuseen in den vergangenen Jahren neu erfunden. Das Amsterdamer Tropenmuseum, 1910 aus dem vier Jahrzehnte zuvor in Haarlem gegründeten Museum hervorgegangen, hat sich schon vor einiger Zeit von einer exotisierenden Zurschaustellung ethnologischer Objekte und Artefakte abgewandt und stattdessen begonnen, einen kritischen Blick auf postkoloniale Probleme zu richten. Das Königliche Museum für Zentralafrika im belgischen Tervuren wird aktuell renoviert, zur Wiedereröffnung am 9. Dezember 2018 wird eine neu konzipierte Ausstellung angekündigt. Die Sklaverei als Teil der Kolonialgeschichte thematisiert das *International Slavery Museum* in Liverpool, das freilich auch den britischen Anteil an ihrer Abschaffung hervorhebt.

Neben diesen offiziellen Präsentationen sind vielfältige lokale Initiativen aktiv, die der postkolonialen Erinnerung vor Ort öffentlichen Raum verschaffen. Sie machen sichtbar, wie koloniale Zuschreibungen im Alltag fort dauern, etwa in Kampagnen für die Umbenennung von Straßen. So hat das Afrikanische Viertel in Berlin eine kritische Geschichtswerkstatt auf den Plan gerufen, die durch eine Gedenkstele und informative Spaziergänge auf die koloniale Vergangenheit aufmerksam macht.

### Forderungen nach (Rückgabe und) Wiedergutmachung

Wie stark der so lange selbstverständliche Umgang mit dem kolonialen Erbe in Europa inzwischen hinterfragt wird, belegen die Kämpfe um Rückgabe/(Rück-)Erstattung von Objekten und Kunstwerken aus wissenschaftlichen Sammlungen und Museen wie auch die umstrittenen Forderungen der kolonialen Nachfolgestaaten nach Wiedergutmachung. Die Nachfahren der Herero und Nama strengten schon 2001 eine Klage vor einem New Yorker Gericht an, um die deutsche Bundesregierung und deutsche Firmen zur Zahlung von Wiedergutmachungsleistungen in Höhe von vier Milliarden D-Mark (zwei Mrd. Euro) zu bewegen. Nachdem dieses Verfahren scheiterte, ist seit Beginn des Jahres 2017 wieder eine Sammelklage von Vertretern der Herero und Nama in New York anhängig, deren Ausgang noch ungewiss ist. Die deutsche Regierung versucht in ihren Verhandlungen mit Namibia derzeit, eine offizielle Entschuldigung an einen Reparationsverzicht zu koppeln. Auch die tansanische Regierung erhob die Forderung nach

Wiedergutmachung für die Niederschlagung des *Maji Maji*-Aufstands 1905 bis 1907.

Nahezu alle ehemaligen westeuropäischen Kolonialmächte sehen sich heute vergleichbaren Forderungen gegenüber. Diese überlagern aktuell die Frage nach möglichen positiven (Entwicklungs-)Effekten europäischer Herrschaft in Afrika und Asien. Dagegen verweisen afrikanische und asiatische Regierungen oder Vertretungen einzelner ethnischer Gruppen auf die Erfahrungen extremer Gewalt bis hin zu Genoziden und wirtschaftlicher Ausplünderung, von Zwangsarbeit und Vernichtung von Kulturen. Zu einer gemeinsamen Anerkennung kolonialer Schuld durch die westeuropäischen Gesellschaften ist es bislang noch nicht gekommen, obwohl argumentiert werden könnte, dass der Kolonialismus ein europäisches Projekt war und entsprechend aufgearbeitet werden sollte.

Doch es geht nicht allein um finanzielle Kompensationen, sondern auch um die Rückgabe von Objekten und Kunstwerken. Auf diesem Feld kam es in den vergangenen Jahren wiederholt zu Aktionen. So gab etwa die Berliner Charité 2011 zwanzig Schädel von Herero und Nama aus ihrer anatomischen Sammlung an Namibia zurück; weitere Restitutions von Schädeln und Gebeinen folgten in späteren Jahren. Gerade die anatomischen und medizinhistorischen Sammlungen der europäischen Universitäten und Kliniken beherbergen bis heute sterbliche Überreste von Menschen aus den Kolonien, die zu Zwecken der medizinischen und anthropologischen Forschung während der Kolonialzeit nach Europa gebracht worden waren.

Mag sich diese Art der Restitution mittlerweile eingespielt haben, so ist die Rückgabe ethnologischer Objekte und Kunstwerke sowie archäologischer Fundstücke nach wie vor hoch umstritten. Prominentestes Beispiel ist der Anspruch Ägyptens auf Rückführung der Büste der Nofretete aus dem Berliner Pergamonmuseum, und auch die großen Museen in Paris und London müssen sich mit vergleichbaren Forderungen auseinandersetzen.

Gegen Rückgaben wird argumentiert, dass in vielen Museen postkolonialer Staaten eine adäquate und sichere Unterbringung von Kunstwerken und anderen Objekten nicht gewährleistet sei; dass bei vielen Kulturgütern gar nicht sicher sei, ob sie widerrechtlich außer Landes gebracht worden seien; und dass die Kulturgüter selbst auch zum kulturellen Erbe Europas

## Schwieriges Kolonialerbe – die Schädel-sammlungen deutscher Museen

Felix von Luschan glaubte vermutlich nicht, dass er etwas Unrechtes tat. Nachdem der Anthropologe 1885 Direktorialassistent am Museum für Völkerkunde in Berlin wurde, startete er eine gigantische Sammelaktion. In seinem Auftrag sammelten Europäer in verschiedenen Kolonialgebieten tausende Schädel. Damit wollte Luschan wie andere Wissenschaftler seiner Zeit die Entwicklung der Menschheit erforschen.

Heute gibt es noch rund 5500 Schädel und Gebeine aus der Luschan-Sammlung. Über Umwege sind sie in den Besitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz gekommen – „ein schwieriges Erbe“, wie Präsident Hermann Parzinger unumwunden zugibt.

Denn Respekt vor der Totenruhe kannten die Sammler nicht: Es habe eine regelrechte „Sammelwut“ geherrscht, sagt der Archäologe Bernhard Heeb. „Es kam vor, dass Schädel aus Grabstätten entnommen wurden, teilweise bei Nacht und Nebel. Manchmal waren menschliche Überreste aber auch unter freiem Himmel zu finden. Diese einfach so mitzunehmen ist aus heutiger Sicht natürlich auch ein Unding“ [...].

In Einzelfällen bekamen die Sammler Schädel wohl auch geschenkt. Auch Missionare und Verwaltungsbeamte schickten Schädel an deutsche Forschungseinrichtungen, oft sogar ohne konkreten Auftrag. Kolonialsoldaten schickten die Köpfe ermordeter Einheimischer ins damalige Deutsche Reich.

Nun liegen noch immer tausende Schädel und Gebeine in deutschen Archiven. Für diese lange kein Thema – für die Nachfahren in Afrika aber umso mehr. „Viele Menschen, die ich kenne, finden es schrecklich, dass sie ihre Vorfahren noch nicht würdevoll begraben konnten“, sagt Mnyaka Sururu Mboro. Mit seinem Verein „Berlin Postkolonial“ recherchiert der gebürtige Tansanier seit Jahren zum Thema.

Deutsche Museen ignorierten lange die dunkle Vergangenheit, die in ihren Archiven schlummerte. [...] Doch seit einigen Jahren wächst der Druck. Zwischen 2011 und 2014 gab zunächst die Berliner Charité mehrere Schädel und Gebeine an Namibia zurück, die aus dem Völkermord an den Herero und Nama stammen. Auch andere Sammlungen haben bereits menschliche Überreste zurückgegeben.

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz zog vergangenes Jahr nach. Sie startete ein Projekt, um die Herkunft und die sogenannten „Erwerbsumstände“ von rund 1000 Schädeln zu ermitteln. Ein polnischer Forscher hatte sie im Auftrag Luschans gesammelt. Der Großteil stammt vermutlich aus dem heutigen Ruanda. „Wir haben aber keine Primärdokumentationen wie Inventar- oder Erwerbungsbücher mehr, wir haben augenblicklich nur die Beschriftungen auf den Schädeln selber“, sagt Archäologe Heeb, der

das Projekt verantwortet. Denn viele Ursprungsdokumente sind längst verloren gegangen.

Für Heeb und sein Team heißt das: Archivarbeit. Listen und Reiseberichte sollen Aufschluss über die Herkunft der Schädel geben. Im nächsten Schritt will er vor Ort forschen, gemeinsam mit afrikanischen Kollegen. Auch die Geschichte der übrigen Schädel soll irgendwann erforscht werden.

„Wir forschen, um zurückzugeben“ sagt Stiftungspräsident Parzinger. Allerdings: Es gibt kein Gesetz, das die Stiftung oder andere Institutionen dazu zwingt. Nur Richtlinien des Deutschen Museumsverbands. Sie empfehlen Besitztümer zurückzugeben, die unrechtmäßig erworben wurden. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz versichert, dass es ihr um einen würdevollen Umgang mit den Gebeinen geht. Nach Abschluss der Forschungen will sie mit den Regierungen der Herkunftsländer das weitere Vorgehen inklusive Rückgaben abstimmen. „Wenn man die menschlichen Überreste in den Herkunftsländern wieder bestatten will, dann ist das für uns in Ordnung. Aber ich finde, sie sollten nicht wieder in einem feuchten Keller landen, aus dem wir sie gerade herausgeholt haben“, sagt Parzinger.

Aktivisten wie der gebürtige Tansanier Mboro bleiben aber skeptisch. „Man sagt immer, man müsse erst prüfen, ob die Schädel illegal nach Deutschland gekommen sind. Bei diesem Ansatz kann man immer Gründe finden, die Schädel hierzubehalten.“ Aus seiner Sicht sei es kein Problem, die Herkunft der Schädel zu ermitteln. Man müsse dafür die Menschen vor Ort einbinden. „Es gibt viele Menschen in Tansania, die wissen, wo ein Mensch geköpft und sein Schädel nach Deutschland gebracht wurde.“

Manche Gräber seien sogar entsprechend markiert worden, sagt der tansanische Historiker Reginald Kirey. „Die Familie von Chief Songea hat das Grab bewusst in zwei Hälften gestaltet – eine Hälfte für den Körper und eine Hälfte für den Kopf, die noch leer ist.“ Tansanias Regierung prüft nach Medienberichten, den Kopf des berühmten traditionellen Herrschers zurückzufordern. Kolonialsoldaten hatten ihn 1906 getötet. [...]

Das Projekt der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist zunächst auf zwei Jahre angelegt. Die Schädel-Debatte könnte weitaus länger dauern – und bald nicht nur deutsche Museen betreffen. „Solche Schädel-sammlungen gibt es nicht nur in Berlin, sondern auch in London und Paris. Auch dort wird es irgendwann Thema sein“, sagt Parzinger.

Daniel Pelz, „Streit um Schädel: Dunkles Erbe in deutschen Museen“, Deutsche Welle vom 6. April 2016,

[www.dw.com/de/streit-um-sch%C3%A4del-dunkles-kolonialerbe-in-deutschen-museen/a-43270316](http://www.dw.com/de/streit-um-sch%C3%A4del-dunkles-kolonialerbe-in-deutschen-museen/a-43270316)

gehörten. Ein viel diskutiertes Konzept ist das des „geteilten Erbes“ (*shared heritage*). Es besagt, dass das aus den Kolonien stammende Erbe allen, also gerade auch den Angehörigen vormals kolonisierter Gesellschaften, zugänglich sein und von westlichen Museen lediglich verwahrt werden solle. Gehören würde es der ganzen Welt.

## Rechtliche Aufarbeitung und Diskussion von Tabuthemen

Bislang ist es nicht gelungen, international eine eindeutige Rechtsgrundlage für Restitutionsen zu schaffen, die bei einem Verstoß auch Sanktionen vorsähe. Zwar haben die Vereinten

Nationen bzw. die UNESCO eine Reihe von Erklärungen und Konventionen verabschiedet, die jedoch längst nicht von allen maßgeblichen Staaten ratifiziert wurden. Hinzu kommt, dass in Ländern wie Frankreich alle kulturellen Güter in französischen Museen und Sammlungen zum nationalen Kulturerbe zählen und das Eigentum an ihnen nicht aufgegeben werden darf. Präsident Emmanuel Macron hat allerdings bei einem Besuch in Burkina Faso im November 2017 einen grundlegenden Politikwandel seines Landes im Sinne umfassender Rückgaben angekündigt. Sollte dies umgesetzt werden, hätte das sicher auch gewichtige Folgen für die Debatten in anderen europäischen Ländern.

In Deutschland spitzen sich solche Debatten derzeit am Berliner Humboldt-Forum zu, wo dem Anspruch der Planer, globale kulturelle Zusammenhänge zu zeigen, die Kritik an der kolonialen Herkunft vieler Objekte entgegengehalten wird.

Wie lässt sich Erinnerung formen? In Frankreich wurde mehrfach versucht, Erinnerung gesetzlich zu regeln. Schon 2001 erklärte die Pariser Nationalversammlung die Ermordung der Armenier im Ersten Weltkrieg zu einem Genozid. Im selben Jahr stufte sie auf Initiative der aus Französisch-Guyana stammenden Abgeordneten Christine Taubira die Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein. Mit dem Gesetz „Loi du 23 février 2005“ schließlich gab das Parlament einige Leitlinien vor, wie der Kolonialismus im Geschichtsunterricht in den Schulen zu behandeln sei.

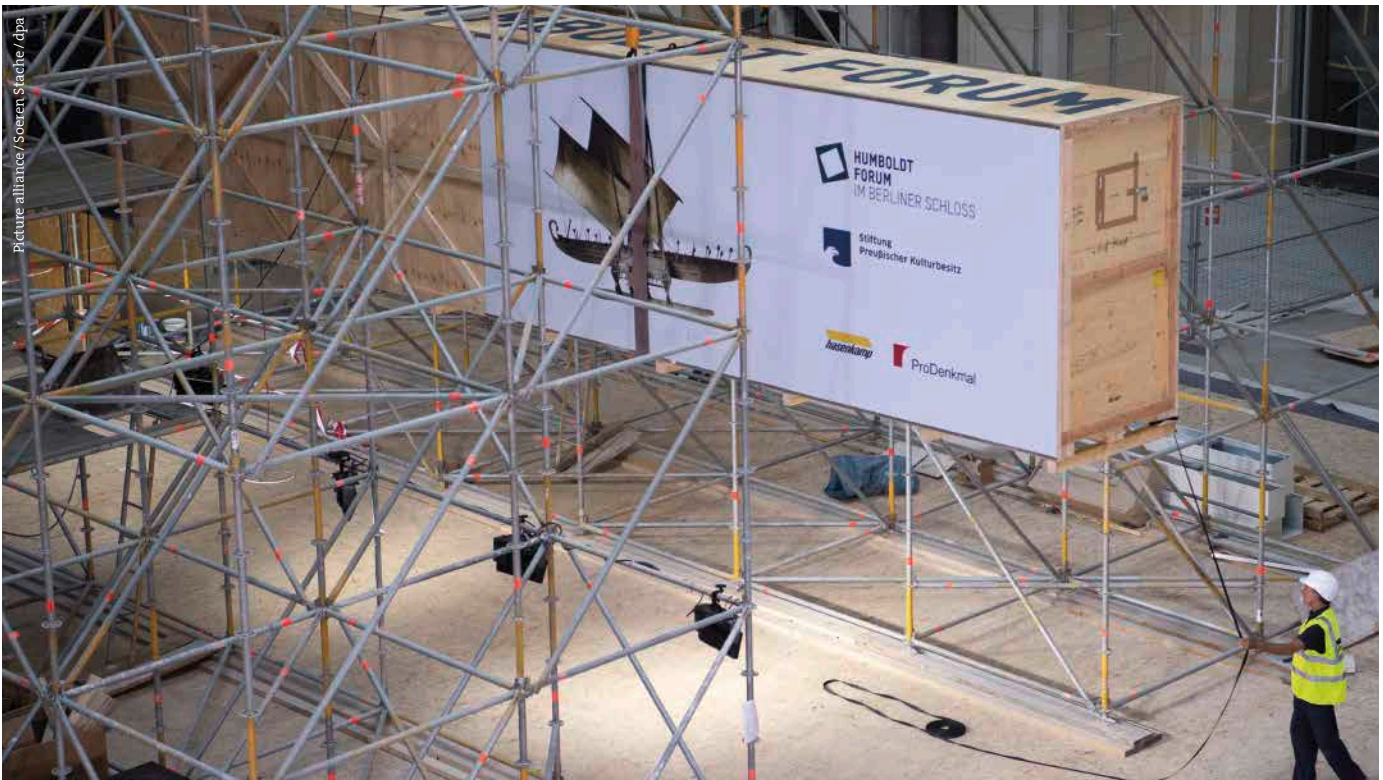


Im November 2017 spricht sich Frankreichs Staatspräsident Macron bei einem Besuch in Burkina Faso (im Bild mit Präsident Kabore), für eine Wende in Frankreichs Umgang mit Kulturgütern aus den ehemaligen Kolonien aus.

Öffentlich umstritten war insbesondere die Maßgabe, die „positiven Errungenschaften“ französischer Herrschaft, namentlich in Nordafrika, an den Schulen zu vermitteln. Nach öffentlichen Protesten, unter anderem auch durch namhafte französische Historikerinnen und Historiker, die sich in ihrer Petition „Liberté pour l'histoire“ gegen offizielle Vorgaben für die Deutung von Geschichte und damit gegen alle Erinnerungsgesetze wandten, wurde die entsprechende Klausel dieses Gesetzes 2006 außer Kraft gesetzt.

Die Nachfolgesellschaften der europäischen Kolonialstaaten tun sich schwer mit der kolonialen Vergangenheit, erst allmählich lösen sich Tabus auf. So sprach man in Frankreich offiziell bis 1999 nicht von einem Krieg in Algerien, sondern von „Operationen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Nordafrika“. In den Niederlanden, wo lange von „Polizeiaktionen“ gesprochen worden war, bekannte die Regierung sich offiziell erst 2001 zu Massakern während des Krieges in Indonesien. Ein Gericht sprach den wenigen Überlebenden einer dieser Aktionen eine fünfstellige Entschädigungssumme zu.

Um die Jahrtausendwende kam die exzessive Gewalt während der Kolonialherrschaft und der Dekolonisation verstärkt zur Sprache. Die französische Öffentlichkeit diskutierte über die weite Verbreitung der Folter in Indochina und Algerien, nachdem die Zeitung *Le Monde* 2000 vom Schicksal eines algerischen Folteropfers berichtet hatte: Louissette Ighilahriz war als FLN-Mitglied während des Algerienkrieges von 1957 bis 1962 inhaftiert und nach eigenen Angaben vergewaltigt und gefoltert worden. Auf den Zeitungsbericht folgte dann ein öffentlicher Rechtfertigungsversuch des ehemaligen französischen Generals Paul Aussaresses, wonach die schwierige Situation in Algerien ihm und der Armee keine andere Wahl gelassen habe als systematisch zu foltern.



Im Mai 2018 wird ein Luf-Boot aus Ozeanien als erstes Ausstellungs-Großobjekt aus dem Ethnologischen Museum in das Humboldt-Forum überführt. Die Diskussion um Eigentumsrechte und die Rückgabe von Kunstwerken und Objekten aus außereuropäischen Regionen stellt die europäischen Museen vor völlig neue Herausforderungen, von denen auch das Humboldt-Forum nicht unberührt bleibt.

## Engagement für die Rückgabe kolonialer Güter ...

Bei einem Besuch in Burkina Faso im November 2017 sprach sich der französische Staatspräsident Emmanuel Macron für einen neuen Umgang mit dem seit Kolonialzeiten in Frankreich befindlichen Kulturerbe afrikanischer Länder aus. Er beauftragte die Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy und den Schriftsteller und Wirtschaftswissenschaftler Felwine Sarr, einen Plan für Restitutionsen zu erarbeiten.

### SZ: Wie gehen Sie vor?

**Felwine Sarr:** Zunächst zeichnen wir eine Karte von der Herkunft der Objekte, um uns darüber klar zu werden, was und wie viel aus welchem Land stammt. Wir müssen darüber nachdenken, wie man die Objekte an ihren Herkunftsorten resozialisiert. Welches Museum eignet sich? Und welche Vorstellungen von Museen existieren dort? Unsere Mission schließt auch die Frage ein, was man restituiert und wie, und was „Restitution“ überhaupt bedeutet, für Europa und für die afrikanischen Länder. Wir müssen berücksichtigen, wie lange Zeit seit dem Verlust der Dinge vergangen ist. Und wir müssen danach fragen, welche Bedeutung sie in der Gegenwart entwickeln können.

### SZ: Welches Verhältnis zu den afrikanischen Institutionen streben Sie an?

**Bénédicte Savoy:** Wir suchen den Kontakt zu ihnen und sie den zu uns. Aber wir werden uns in deren Belange nicht einmischen. Die Experten in Afrika sollen selber entscheiden, wie sie mit ihren Sammlungen umgehen wollen. Wir entwerfen nur Ideen.

**Sarr:** Ganz wichtig ist es, kulturellen Imperialismus zu vermeiden. Die Restitutionsen dürfen nicht an Bedingungen geknüpft sein. Wir wollen nicht vorgehen wie die Weltbank: Wir geben euch das zurück, aber nur unter der und der Bedingung. Vor allem wollen wir diese sehr komplexen Fragen mit Fantasie angehen.

### SZ: Macron spricht in dem Brief an Sie von Restitutionsen, aber auch von „Zirkulation“, von „Teilen“. Schränkt er sein Versprechen der Rückgabe damit wieder ein?

**Savoy:** Er legt sich nicht fest auf eine Definition. Denn es muss ein Format gefunden werden, bei dem alle Gewinner sind. Die, die zurückgeben, sollen das Gefühl haben, etwas kulturell Wichtiges und ethisch Richtiges zu tun, auch zum Wohle der Werke, die nicht leiden dürfen. Die andere Seite soll ebenfalls glücklich sein und sich nicht überfordert fühlen. Dass zwischen Europa und Afrika jetzt überhaupt über diese Dinge gesprochen wird, dass Felwine und ich eine Arbeitsgruppe zusammengestellt haben mit Afrikanern aus Afrika und aus der Diaspora und mit Parisern, das hat es noch nie gegeben. Schon das ist ein riesiger Schritt. Auch das ist eine Form der Zirkulation: Statt verkrampt den sogenannten Kulturbesitz zu hüten, wird er gemeinsames Gesprächsthema.

**Sarr:** Der Begriff Restitution ist mir sehr wichtig. Ja, das Wort kann verschiedene Bedeutungen haben, aber der Präsident erkennt, dass diese Objekte nicht Frankreich gehören, dass Frankreich sie anderen Kulturen weggenommen hat, und er verspricht, sie zurückzugeben. Man muss zwei Schritte unterscheiden. Der erste ist das Restituieren mit all den Fragen, die es aufwirft. Der zweite Schritt ist die Idee, dass ein Objekt in der Welt zirkulieren kann, dass es als „Gemeingut“ allen gehört. Ich will die erste Etappe nicht überspringen. Die Idee der Restitution steht nicht im Gegensatz zur Idee der Zirkulation. Wir dürfen auf den historischen und symbolischen Wert des Zurückgebens nicht verzichten.

### SZ: Was heißt es für Ihre Arbeit, dass die Objekte so lange außerhalb Afrikas waren?

**Savoy:** Es ist anders als etwa in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg: 1945 hat die Sowjetunion ganze Museen von Dresden

und Berlin nach Moskau gebracht, zehn Jahre später kamen große Teile davon wieder zurück. Jeder wusste, was fehlte. In Afrika wissen die Menschen heute nicht mehr, was sie vor hundert Jahren verloren haben. Auch das ist eines unserer Ziele: In Afrika das Bewusstsein dafür zu schaffen, was in Paris liegt. Wie wollen sie eine Vision für ihr Kulturerbe haben, wenn sie gar nicht wissen, was ihr Kulturerbe ist? Wie wollen sie Kuratoren ausbilden, wenn es in ihrem Land keine Sammlungen gibt?

### SZ: Was weiß man in Afrika über die entwendeten Objekte und wie dringlich ist das Bedürfnis, sie zurückzubekommen?

**Sarr:** Das ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. Viel hängt von der Intensität des Verlusts ab. In Benin ist der Wunsch sehr stark, die Objekte zurückzuerhalten, weil man dort sehr viel verloren hat und unter sehr tragischen Umständen. Ähnlich ist es in Mali, Nigeria, Kamerun oder der Elfenbeinküste. Es gibt auch große Unterschiede zwischen den Eliten und den einfachen Leuten. Generell schwindet in Afrika die Kenntnis von diesen Dingen aus dem kollektiven Gedächtnis. Wir wollen dieses Gedächtnis auffrischen.

**Savoy:** Viele afrikanische Objekte in unseren Museen wurden bei militärischen Aktionen geraubt. Wie 1868 in Magdala in Äthiopien, 1892 in Dahomey im heutigen Benin oder 1898 in Benin City, heute Nigeria. Diese „Strafexpeditionen“ markierten oft das Ende hundertjähriger Königreiche, sie stellten eine riesige Demütigung dar. Oft erinnern sich die Leute daran, aber wissen nicht, dass viele kostbare Gegenstände nach Europa verschickt wurden. Den Leuten einen direkten materiellen Kontakt zu diesen Ereignissen zu ermöglichen, ist auch eine Form der Restitution, eine Restitution von Geschichte. [...]

### SZ: Sie bringen diesen Ländern etwas, das in eine Vergangenheit weist, die sie vielleicht lieber hinter sich lassen. Vielleicht ist manchen Menschen in Afrika die Zukunft wichtiger.

**Sarr:** Die Beziehung von Afrika und Europa hat ökonomische, politische, historische, symbolische Dimensionen. Wollen wir die geopolitischen oder ökonomischen Beziehungen verändern, müssen die symbolischen Beziehungen verändert und neu erfunden werden. Deshalb ist es für mich wichtig, über Geschichte zu sprechen und über diese Objekte. Ich glaube nicht, dass die Afrikaner von Frankreich Jobs oder mehr ökonomische Hilfe erwarten. Was sie fordern, ist Respekt und ein Gleichgewicht im Umgang miteinander.

**Savoy:** Restitutionsen sind keine Selbstgeißelung. Ich würde sie als Form ehrlicher Dankbarkeit verstehen: Wir Europäer haben 100 oder 120 Jahre lang von diesen Werken profitiert, unsere Picassos, unsere Kirchner, unsere Noldes, unsere Man Rays haben sich daran entzündet, die Surrealisten. Aus diesen Kunstwerken ist etwas entstanden, das uns Europäer ausmacht. Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die Leute in den Herkunftsregionen sich an ihnen entzünden dürfen, die Künstler, die Schulkinder, die Jugend des Kontinents. Jetzt sollen diese Werke ihrer Kreativität zugutekommen. Es geht um Symbolik, aber es geht auch um Kreativität. Kreativität ist immer Zukunft. [...]

Bénédicte Savoy, 45, lehrt als Kunsthistorikerin an der TU Berlin und am Collège de France. Zuletzt erschien von ihr „Die Provenienz der Kultur“.

Felwine Sarr, 45, ist Schriftsteller und Professor für Ökonomie an der Universität Gaston Berger in Saint-Louis, Senegal. Sein 2016 erschienenes Buch „Afrotopia“ ist eines der meistdiskutierten neuen Werke zum Verhältnis von Afrika und dem Westen.

„Jetzt gestalte mal“. Interview von Jörg Häntzschel mit Bénédicte Savoy und Felwine Sarr, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. April 2018

### ... und was bei der Rückgabe von Kulturgütern zu beachten ist

[...] Schon 1973 verabschiedete die UN-Vollversammlung eine Resolution, in der sie sich für die sofortige Rückführung der unter der Kolonialherrschaft geraubten Kunstschatze aussprach. [...] Die unabhängig gewordenen Staaten der „Dritten Welt“ hatten damals [allerdings] mit weit wichtigeren Problemen zu kämpfen, die ihnen die alten Kolonialherren hinterlassen hatten. Restitutionsforderungen verdeckten sie nur.

Für die Repatriierung geraubter Kunstgegenstände haben sich relativ früh auch deutsche Ethnologen eingesetzt. Einer von ihnen war der vormalige Direktor des Bremer Überseemuseums Herbert Ganslmayr. 1984 veröffentlichte er zusammen mit dem Fernsehjournalisten Gert von Paczensky ein erstes kritisches Resümee. Es trug den Titel „Nofretete will nach Hause“. Das Berliner Ägyptische Museum hat ihr diesen Wunsch bekanntlich bis heute nicht erfüllt. Auch die Zahl der aus den Völkerkundemuseen des deutschsprachigen Raums zurückgeführten Objekte ist gering. [...]

Der größte Posten ist eine Sammlung von etwa dreißig Kultobjekten aus Kongo, die in den frühen achtziger Jahren vom „Haus der Völker und Kulturen“ in St. Augustin zurückgegeben wurden. Der Leiter des von der Steyler Mission getragenen Museums konnte sich zu einem solchen Schritt leichter entschließen als seine Kollegen aus staatlichen und städtischen Sammlungen, die dazu zahlreiche bürokratische Hindernisse hätten überwinden müssen – von einer genauen Überprüfung der komplizierten juristischen Sachlage bis hin zur Genehmigung der vorgesetzten Behörden.

Museumskuratoren [...] stehen [...] Restititionen keineswegs so reserviert gegenüber, wie oft behauptet wird. Selbstverständlich kommen sie nicht der Forderung jeder Privatperson nach, die in Berufung auf weit zurückliegende Abstammungslinien den Anspruch auf ein besonders wertvolles Stück erhebt. Anders sieht es aber bei Sprechern indigener Gruppen aus, die eindeutig legitimiert sind. [...]

Die [geringe] Zahl von restituierten Kulturgütern ergibt sich [...] schlicht aus der mangelnden Nachfrage. [...] [Im Zeitraum zwischen 2013 und 2016] lag dem Auswärtigen Amt in Berlin nur eine einzige offizielle Anfrage vor. Sie stammte von der namibischen Regierung und bezog sich auf die im Stuttgarter Lindenmuseum aufbewahrte Familienbibel Hendrik Witboois, der den Aufstand der Nama gegen die deutsche Kolonialmacht

angeführt hatte. Die grundsätzliche Bereitschaft des Museums zur Rückgabe scheiterte bislang jedoch an den Besitzansprüchen, die neben der Regierung Namibias auch die Nama und Witboois Nachfahren vorbringen. [...]

Die aus alten deutschen Kolonialgebieten stammenden Museumsobjekte werden zu Zeugen einer historischen Bringschuld. [...] Auf die Worte wird man daher bald Taten folgen lassen müssen. Dass auch die „Nehmerländer“ sie als Zeichen guten Willens ansehen werden, nimmt man dabei als selbstverständlich an.

Allerdings dürfte das gar nicht so einfach sein. Denn man muss die Partner erst einmal finden. [...] Das hängt mit der ethnischen Vielfaltigkeit der aus den ehemaligen Kolonien hervorgegangenen Staaten zusammen. Ihr Kulturerbe ist alles andere als einheitlich. So dürften die muslimisch geprägten Eliten aus dem Norden Nigerias, die über Jahrzehnte die Staatsoberhäupter des Landes gestellt haben, nur geringes Interesse daran haben, die Götterstatuetten, Ahnenfiguren und Geistermasken der nach islamischer Doktrin als „heidnisch“ geltenden Völker aus dem Süden des Landes zurückzufordern. Anders verhält es sich mit den von der britischen Strafexpedition gegen Benin 1897 geraubten Bronzen. Bei ihnen handelt es sich um Zeugnisse einer bis ins zwölfte Jahrhundert zurückreichenden höfischen Kunsttradition. Sie stehen daher nicht nur für das Nigeria unter der Kolonialherrschaft angetane Unrecht, sondern auch für die Größe seiner kulturellen Vergangenheit.

Doch gibt es auch in den unabhängig gewordenen ehemaligen Kolonialstaaten immer noch an den Rand gedrängte und rechtlose ethnische Minderheiten. [...] Häufig sind es solche Lokalkulturen, die in relativer Abgeschiedenheit ihren jeweils eigenen Kunststil entwickelten, von denen die Glanzstücke ethnologischer Museen stammen. Würden sie selbst Rückgabeforderungen vortragen und so auf ihre prekäre Lage aufmerksam machen, wäre dies durchaus nicht im Sinne der derzeit Regierenden. [...]

Karl-Heinz Kohl ist emeritierter Professor für Ethnologie an der Universität Frankfurt am Main. Er leitete zwischen 2013 und 2016 ein Forschungsprojekt zum Thema „Repatriierungsforderungen im postkolonialen Diskurs: Die Restitutionspolitik ethnologischer Museen seit 1970“.

Karl-Heinz Kohl, „So schnell restituieren die Preußen nicht“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Mai 2018, aktualisiert online 26. Mai 2018

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt von Frankfurter Allgemeine Archiv

In Großbritannien erschütterten 2005 die fast zeitgleich erscheinenden Studien der US-amerikanischen Historikerin Caroline Elkins und des britischen Historikers David Anderson über die Brutalität des britischen Vorgehens gegen die *Mau Mau* in Kenia das britische Selbstbild von der glatten und wohlorganisierten Dekolonisation. Gerade in jenen europäischen Ländern, die ihre Identität entweder aus ihrem Status als Opfer nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft (wie Frankreich, die Niederlande und Belgien), aus ihrem Kampf gegen die Diktaturen im Zweiten Weltkrieg (wie Großbritannien und wiederum Frankreich) oder aus ihrer als friedfertig bewerteten Dekolonisation abgeleitet hatten, wurden nun lange geltende historische Gewissheiten in Frage gestellt.



Einweihung eines Denkmals für die Opfer des Mau-Mau-Aufstands in Nairobi 2015. Zuvor hatte sich 2013 die britische Regierung nach jahrelangem Rechtsstreit zu einer Entschädigungszahlung an rund 5000 Kenianer verpflichtet.

GABRIELE METZLER

# Ausblick

Mit dem Kolonialismus ist die europäische Epoche zu Ende gegangen, die die Geschichte der Neuzeit geprägt hat. Vom späten 15. bis zum späten 20. Jahrhundert gestalteten die Europäer einen „imperialen Raum“, in dem die Frage nach der Geltungskraft von Rechten und nach Zugehörigkeiten ein ums andere Mal zu ihren eigenen Gunsten entschieden wurde. Dies war kein unilinearer, unumstrittener Prozess, vielmehr verbanden sich damit mannigfache Kämpfe und Konflikte, Widerstände, Gegenläufigkeiten und Subversionen. Die vielfältigen Verflechtungen mit den Amerikas, mit Asien und Afrika haben nicht nur die dortigen, sondern auch die europäischen Gesellschaften mitgeprägt.

Blickt man auf die Welt von heute, so scheint es, als sei von Europas einstmaliger globaler Größe nur wenig übrig geblieben. Andere geben den Takt der Weltpolitik vor und die Europäer sind nur Akteure unter mehreren. Dass sich dies schon um 1900 mit dem Aufstieg der USA abzeichnete, ließ sich übersehen, solange ihre Imperien den europäischen Mächten Rang und Macht in der Welt sicherten. Nach 1945, als sich die neue, die postkoloniale Ordnung der Welt abzuzeichnen begann, herrschte zunächst der Glaube, mit der politischen Integration Westeuropas und „privilegierten“ Beziehungen

nach Afrika („Eurafrika“) ließe sich Ersatzmacht schaffen. In Frankreich und Großbritannien hatte die Vorstellung imperialer Größe auch dann noch Bestand, als die Auflösung ihrer Kolonialreiche längst in vollem Gange war. Reste davon blitzten 2017 noch einmal auf, als einige britische Befürworter eines Austritts aus der Europäischen Union in Aussicht stellten, dass sich der alte internationale Rang des Vereinigten Königreichs noch einmal in neuer Form herstellen ließe.

Die Epoche der europäischen Kolonialreiche ist unwiederbringlich Vergangenheit, aber ihre Geschichte wirft Fragen auf, die auch für heute wichtig sind. Sind globale Ungleichheiten Folgen des Kolonialismus, oder entstehen sie aus anderen Logiken? Wie lassen sich europäische Einflüsse in Asien und Afrika, etwa in der medizinischen Versorgung oder im Bildungswesen, abwägen gegen gewaltvolle Aktionen, die in Teilen nach heutigen Maßstäben als Völkermord zu bewerten sind? Welche Form kann gemeinsame Erinnerung annehmen, welche Voraussetzungen sind dafür zu erfüllen – von Seiten der Europäer wie auch der vormals kolonisierten Gesellschaften? Lassen sich die unterschiedlichen Erfahrungen integrieren in eine Geschichte – und damit immer auch in die Zukunft – der Einen Welt?



*Eine Welt formen, in der die Menschen in ihrer Vielfalt gleichberechtigt integriert sind: eine Aufgabe für die Zukunft, die die Reflektion über die gemeinsame Vergangenheit zur Voraussetzung hat.*



## Wie weit reicht die Verantwortung des Kolonialismus?

[...] Der Kolonialismus wirkt in der politischen Gegenwart fort. Dschihad, Krieg, Hunger, Migration, Umweltkrisen – keines dieser harten Themen von heute ist zu verstehen ohne die Kolonialgeschichte.

[...] Es ist auch kein Zufall, dass der Dschihad seine Basis dort hat, wo einst Kolonialkriege geführt wurden [...]. Oder in jenen Ghettos des globalen Nordens, in denen heute die Nachkommen der Kolonisierten leben. Ebenso wenig zufällig ist es, dass die in den globalen Norden ziehenden Migranten überwiegend aus dessen ehemaligen Kolonien stammen. Mit anderen Worten: Der Kolonialismus ist der große Bumerang, der auf seine Herkunftsländer zufliegt.

[...] Der Kolonialismus hat sich sogar verallgemeinert.

Sein Wesen heißt Unterordnung und Ausplünderung fremder Völker, namentlich ihrer Rohstoffe und Arbeitskräfte. Wird der Begriff des Kolonialismus weit gefasst und nicht auf die Existenz staatsrechtlich abhängiger Kolonien verengt, dann lässt sich sagen, dass seine Zeit noch lange nicht zu Ende ist. Zu seinen Methoden zählen auch unfaire Handel, das Ausnutzen geringer Sozial- und Umweltstandards in armen Ländern oder der Massentourismus, soweit er auf wirtschaftlicher, ökologischer oder sexueller Ausbeutung beruht.

Seit etwa 50 Jahren lässt das Interesse der reichen Länder an vielen Nahrungsmittel- und Industrierohstoffen nach. Einige davon haben jedoch wieder Konjunktur, insbesondere die sogenannten Konfliktrohstoffe wie Zinn, Tantal und Wolfram, die sich in unseren Smartphones und anderen elektronischen Massenartikeln finden. Häufig sind diese Rohstoffe Anlass und Geldquelle bewaffneter Konflikte oder werden unter unmenschlichen Bedingungen gewonnen.

[...] In Diskussionen über dieses Thema taucht regelmäßig der Einwand auf: Der Kolonialismus mag seinen Anteil daran haben, dass es uns materiell so gut geht – aber können arme Länder ihre Probleme wirklich nur auf den Kolonialismus zurückführen? Ist nicht auch schlechtes Regieren, sind nicht auch Völkerhass, Verblendung und Korruption daran schuld?

Durchaus. Aber es ist nicht einfach jeder seines Glückes Schmied. Die Kolonialmächte errichteten in den abhängigen Gebieten ihnen genehme Herrschaftsstrukturen; sie erkoren lokale Machthaber zu Präsidenten über fiktive Nationen oder zu Häuptlingen von Stämmen, die sogenannte Völkerkundler zusammenfantasiert hatten. Und als die Kolonialherren endlich abzogen, hinterließen sie oft korrupte Regime, die ihnen eine fortgesetzte Ausbeutung der Ressourcen garantierten.

Oder es kamen die Gegner der Kolonialherren an die Macht. [...] [Dann] war die Dekolonisierung allzu oft soziale Revanche und die Machtübernahme von Leuten, die überhaupt erst einmal herausfinden mussten, was das für sie heißt: Macht. [...] Das sind die Umstände, aus denen Regime entstanden, denen auch Wohlmeinende schlechtes Regieren vorwerfen. Zu Recht! Nur muss man wissen, wie es dazu kam. Und wohin es führt. [...]

Gero von Randow, „Die Neuvermessung der Welt“, in: DIE ZEIT Nr. 32 vom 2. August 2018

[...] Ist die Epoche des Kolonialismus, die vor mehr als einem halben Jahrhundert endete, wirklich der Hauptgrund für die anhaltende Kluft zwischen Nord und Süd? Für Armut, Hunger, Terror, Krieg?

[...] Der islamistische Terror [...], der sich auf den Dschihad beruft, ist nicht zuletzt eine Reaktion auf die Moderne, die die muslimische Welt erfasst hat. Bis heute wird er vor allem innerhalb der muslimischen Gemeinschaft geführt, dort fordert er bis heute auch die meisten Opfer. [...]

Es führt auch kein direkter Weg vom Kolonialismus zu den Umweltkrisen unserer Tage. Natürlich spiegelt der Klimawandel die globale Ungleichheit und verschärft die Gerechtigkeitsfrage. Die einen, mehrheitlich Reiche, verbrauchen die Ressourcen; bei den anderen, mehrheitlich Arme, steigt der Meeresspiegel, haben Hitze und Dürre tödliche Folgen. Nur hat der Kolonialismus zum Klimawandel nicht allzu viel beigetragen. [...]

Wer die heutigen Flucht- und Migrationsströme mit der Kolonialgeschichte erklären will, muss alle regionalen und historischen Unterschiede ignorieren. [...] [W]enn jede Form der Ausplünderung und Unterdrückung eine Form des Kolonialismus darstellt, dann wird der Begriff historisch vollständig entleert – der Kolonialismus gewissermaßen enthistorisiert. [...]

[...] [A]uch in Afrika hat die postkoloniale Geschichte verschiedene Richtungen eingeschlagen. Ein auffälliges Gegenbeispiel auf der Wohlstandsskala des südlichen Afrikas ist Botswana. [...] Die postkolonialen Politiker dort garantierten Eigentumsrechte, pluralistische Mitbestimmung und demokratische Wahlen. Ihre Politik bediente nicht nur ihre Stammes- oder Clanmitglieder, sondern schaffte Teilhabemöglichkeiten für alle Bürger – [...] eine inklusive Gesellschaft.

Ganz anders verfuhr der frühere Freiheitskämpfer und spätere Diktator Robert Mugabe in Simbabwe. Nach der Unabhängigkeit des Landes 1980 schaffte er es, das Bruttoinlandsprodukt bis 2008 zu halbieren. [...]

Mugabe hatte seine Gegner entweder buchstäblich oder wirtschaftlich erdrosselt und lediglich seinen Anhängern Jobs und Ländereien verschafft. Das Ergebnis war ein korruptes, ausbeuterisches Regime, das freies Unternehmertum systematisch verhinderte und weder Recht noch Eigentum garantierte.

Natürlich endete der Einfluss der Kolonialmächte selten mit dem Abzug. Auch waren die Strukturen, die sie in den früheren Kolonien hinterließen, unterschiedlich.

[...] Es geht nicht darum, die historische Verantwortung für die Grausamkeiten des Kolonialismus zu leugnen. Auch soll nicht bestritten werden, dass Einfluss und Lebenschancen auf dieser Welt ungerecht verteilt sind. Die Frage, vor der wir stehen und vor die uns die Menschen, die aus dem Süden zu uns kommen, stellen, lautet, wie wir dieser Ungerechtigkeit begegnen. [...]

Jochen Bittner / Matthias Krupa / Ulrich Ladurner, „Nicht bloß Opfer der Geschichte“, in: DIE ZEIT Nr. 34 vom 16. August 2018

## Literaturhinweise

Altmann, Gerhard: Abschied vom Empire. Die Innere Dekolonisation Großbritanniens 1945–1985, Göttingen 2005, 451 S.

Bühl, Achim: Rassismus. Anatomie eines Machtverhältnisses, Wiesbaden 2016, 315 S.

Buettner, Elizabeth: Europe after Empire. Decolonization, Society, and Culture, Cambridge 2016, 563 S.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte, Kolonialismus (APuZ 44–45/2012), 56 S., online unter [www.bpb.de/apuz/146969/kolonialismus-verfuegbar](http://www.bpb.de/apuz/146969/kolonialismus-verfuegbar)

Dies. (Hg.): Reihe Informationen zur politischen Bildung, Nr. 331 Naher Osten, Bonn 3–4/2016; Nr. 336 Israel, Bonn 1/2018. Online unter [www.bpb.de/izpb-verfuegbar](http://www.bpb.de/izpb-verfuegbar)

Chakrabarty, Dipesh: Europa als Provinz. Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung, Frankfurt a.M. 2010, 224 S.

Desta, Elisabeth (Hg.): Illustrated (Hi)stories. Kolonialsoldaten im Ersten Weltkrieg, Berlin 2018, 207 S. (bpb-Schriftenreiheband 10144)

Diallo, M. Moustapha: Visionäre Afrikas. Der Kontinent in ungewöhnlichen Porträts, Wuppertal 2014, 368 S. (bpb-Schriftenreiheband 1533)

do Mar Castro Varela, María / Dhawan, Nikita: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung, 2., komplett überarb. Aufl., Bielefeld 2015, 369 S.

Dreesbach, Anne: Gezähmte Wilde. Die Zurschaustellung „exotischer“ Menschen in Deutschland 1870–1990, Frankfurt a.M. 2005, 371 S.

Fanon, Frantz: Die Verdammten dieser Erde, Berlin 1981, 267 S.

Foroutan, Naika / Geulen, Christian / Ilmer, Susanne / Vogel, Klaus / Wernsing, Susanne (Hg.): Das Phantom „Rasse“. Zur Geschichte und Wirkungsmacht von Rassismus, Köln/Weimar/Wien 2018, 215 S.

Frey, Marc: Dekolonisierung in Südostasien. Die Vereinigten Staaten und das Ende der europäischen Kolonialreiche, München 2006, 359 S.

Gieler, Wolfgang: Staatenlexikon Afrika. Geographie, Geschichte, Kultur, Politik und Wirtschaft, 2., aktual. u. erweit. Aufl., Frankfurt a.M. 2016, 768 S. (bpb-Schriftenreiheband 1691)

Habermas, Rebekka: Skandal in Togo. Ein Kapitel deutscher Kolonialherrschaft, Frankfurt a.M. 2016, 301 S.

Hansen, Peo / Jonsson, Stefan: Eurafrica. The Untold History of European Integration and Colonialism, London 2014, 344 S.

Iriye, Akira (Hg.): Geschichte der Welt. 1945 bis heute – Die globalisierte Welt, München 2013, 955 S. (bpb-Schriftenreiheband 1413)

Jansen, Jan C. / Osterhammel, Jürgen: Dekolonisation. Das Ende der Imperien, München 2013, 144 S.

Kalter, Christoph: Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich, Frankfurt / New York 2011, 567 S.

Ders. / Schuhmann, Annette (Hg.): Dekolonisierung und postkoloniale Gesellschaften in Afrika. Perspektiven der Forschung, in: Zeitgeschichte-online, Juni 2010, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/thema/dekolonisierung-und-postkoloniale-gesellschaften-afrika>

Klose, Fabian: Menschenrechte im Schatten kolonialer Gewalt. Die Dekolonisierungskriege in Kenia und Algerien 1945–1962, München 2009, 359 S.

Kruke, Anja (Hg.): Dekolonisation. Prozesse und Verflechtungen 1945–1990, Bonn 2009, 461 S.

Kreienbaum, Jonas: „Ein trauriges Fiasko“. Koloniale Konzentrationslager im südlichen Afrika 1900–1908, Hamburg 2015, 349 S.

Laurien, Ingrid: Kenia. Ein Länderporträt, Berlin 2015, 208 S. (bpb-Schriftenreiheband 10219)

Mangold, Ijoma: Das deutsche Krokodil. Meine Geschichte, Reinbek bei Hamburg 2017, 345 S.

Matthies, Volker: Im Schatten der Entdecker. Indigene Begleiter europäischer Forschungsreisender, Berlin 2018, 248 S.

Mbembe, Achilles: Kritik der schwarzen Vernunft, Berlin 2014, 332 S.

Ders.: Ausgang aus der langen Nacht. Versuch über ein entkolonialisiertes Afrika, Berlin 2016, 300 S.

Osterhammel, Jürgen / Jansen, Jan C.: Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen, 8., aktual. Aufl., München 2017, 144 S.

Osterhammel, Jürgen: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, 2. Aufl., München 2016, 1568 S.

Reinhard, Wolfgang: Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415–2015, 4., ergänzte Aufl., München 2018, 1648 S. (bpb-Schriftenreiheband 10021)

Reybrouck, David van: Kongo. Eine Geschichte, Berlin 2012, 783 S. (bpb-Schriftenreiheband 1346)

Rheinisches JournalistInnenbüro: „Unsere Opfer zählen nicht“. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg 4., unv. Aufl., Berlin/Hamburg 2012, 444 S.

Said, Edward W.: Orientalismus, Frankfurt a.M. 2009, 464 S.

Savoy, Bénédicte: Die Provenienz der Kultur: Von der Trauer des Verlusts zum universalen Menschheitserbe, 2. Aufl., Berlin 2018, 72 S.

Sarr, Felwine: Afrotopia, Berlin 2018, 200 S.

Smith, Andrea (Hg.): Europe's Invisible Migrants. Consequences of the Colonists' Return, Amsterdam 2002, 250 S.

Speitkamp, Winfried: Deutsche Kolonialgeschichte, Stuttgart 2005, 208 S.

Von der Heyden, Ulrich / Zeller, Joachim (Hg.): Kolonialmetropole Berlin. Eine Spurensuche, Berlin 2002, 320 S.

Weidner, Stefan: Jenseits des Westens. Für ein neues Kosmopolitisches Denken, München 2018, 367 S.

Wernsing, Susanne / Geulen, Christian / Vogel, Klaus (Hg. für das Deutsche Hygiene-Museum Dresden): Rassismus. Die Erfindung von Menschenrassen, Göttingen 2018, 176 S.

Zimmerer, Jürgen (Hg.): Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte, Frankfurt a.M. 2013, 524 S. (bpb-Schriftenreiheband 1405)

Ders. / Zeller, Joachim (Hg.): Völkermord in Deutsch-Südwestafrika, 3., aktual. Aufl., Berlin 2016, 278 S.

## Internetadressen

[www.berlin-postkolonial.de/](http://www.berlin-postkolonial.de/)

[www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/postkolonialismus-und-globalgeschichte/](http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/postkolonialismus-und-globalgeschichte/)

[www.dhm.de/fileadmin/lemo/suche/search/index.php?a=bestand&b=suche&q=Kolonialismus](http://www.dhm.de/fileadmin/lemo/suche/search/index.php?a=bestand&b=suche&q=Kolonialismus)

[www.francophonie.org/](http://www.francophonie.org/)

[www.hamburg-postkolonial.de/willkommen.html](http://www.hamburg-postkolonial.de/willkommen.html)

[www.oei.es/](http://www.oei.es/)

[www.slavevoyages.org/voyage/search](http://www.slavevoyages.org/voyage/search)

[www.thecommonwealth.org/](http://www.thecommonwealth.org/)

<https://zeitgeschichte-online.de/thema/dekolonisierung-und-postkoloniale-gesellschaften-afrika>

## Die Autorin

**Prof. Dr. Gabriele Metzler** ist Professorin für Geschichte Westeuropas und der transatlantischen Beziehungen am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktorin des An-Instituts Centre Marc Bloch.

Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Wandel von Staatlichkeit seit 1945; Staat und Terrorismus sowie Geschichte der westeuropäischen Gesellschaften in der Erfahrung der Dekolonisation.

## Weitere Angebote zum Thema



## Impressum

### Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: [www.bpb.de/izpb](http://www.bpb.de/izpb), E-Mail: [info@bpb.de](mailto:info@bpb.de)

### Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Dr. André Hein (Volontär)

### Redaktionelle Mitarbeit:

Robin Bein, Passau; Dilan Hatun, Erfurt; Christoph Rasemann, Frankfurt am Main; Charlotte Zentgraf, Sankt Augustin

### Gutachten:

Dr. Manfred Bormann, Studiendirektor a. D., Sickinge; Dr. Christoph Kalter, Center for Global History, Freie Universität Berlin

### Titelbild:

Bruno DE HOGUES / Gamma-Rapho via Getty Images  
Das Palais de la Porte dorée in Paris wurde anlässlich der Kolonialausstellung von 1931 errichtet und beherbergt heute ein Einwanderer-museum. Im Vordergrund eine Plastik des senegalesischen Künstlers Diadji Diop von 2009 mit dem Titel „Dans le bonheur“

### Umschlag-Rückseite:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth

### Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Hirschenstraße 16, 90762 Fürth

### Kartographie:

mr-kartographie, 99867 Gotha

### Druck:

apm alpha print medien AG, 64295 Darmstadt

### Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

### Erscheinungsweise:

vierteljährlich  
ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 450 000

### Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

November 2018

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

## Anforderungen

bitte schriftlich an  
Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock  
Fax: 03 82 04/66-273 oder direkt bestellen unter [www.bpb.de/informationen-zur-politischen-bildung](http://www.bpb.de/informationen-zur-politischen-bildung)

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

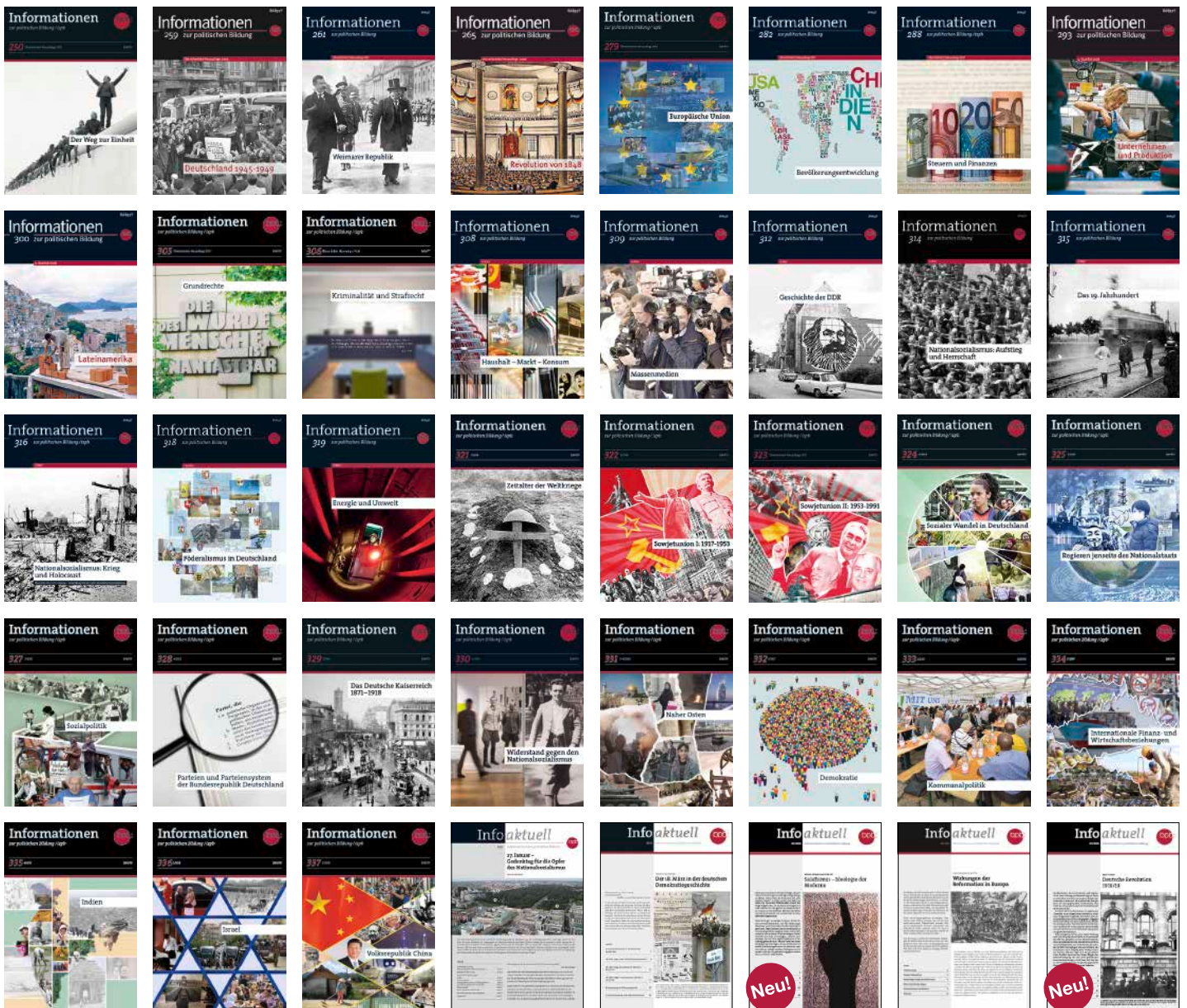
**Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten** bitte melden an [informationen@abo.bpb.de](mailto:informationen@abo.bpb.de)

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0 Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.



# Kompaktes Wissen. In Heftform.



Die Informationen zur politischen Bildung  
 Recherchieren und bestellen: [www.bpb.de/izpb](http://www.bpb.de/izpb)